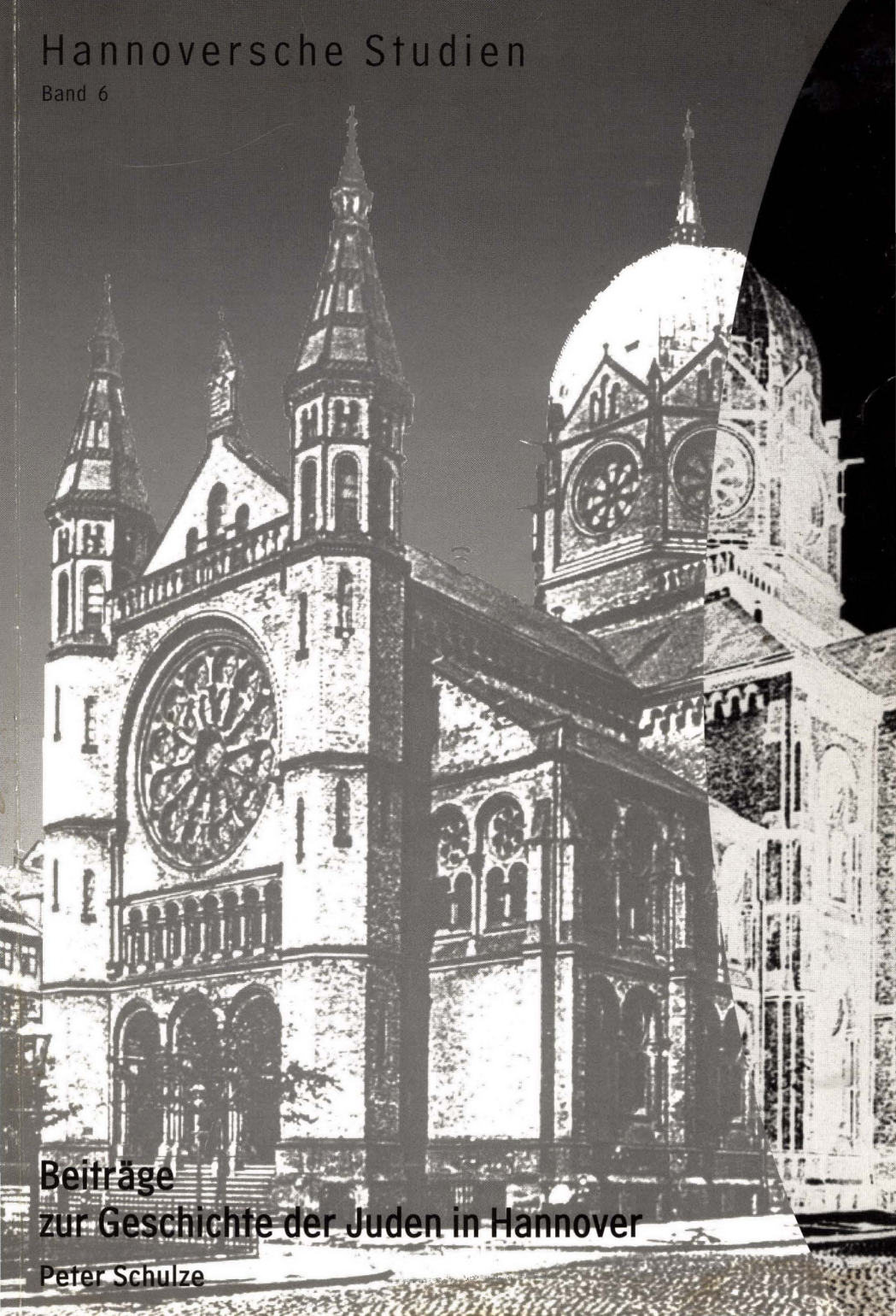
Hannoversche Studien

Band 6



Beiträge zur Geschichte der Juden in Hannover

Peter Schulze

Hannoversche Studien

Schriftenreihe des Stadtarchivs Hannover

Band 6

Im Auftrag der Landeshauptstadt Hannover

herausgegeben von Karljosef Kreter

Hergestellt mit freundlicher Unterstützung

des Vereins zur Förderung des Wissens über jüdische Geschichte und Kultur e. V.

und der Stadtsparkasse Hannover

Digitized by Project Zikaron
Touro University-NY Libraries
www.zikaron.tourolib.org
2026

Peter Schulze

Beiträge zur Geschichte der Juden in Hannover

Peter Schulze

Beiträge zur Geschichte der Juden in Hannover

Hannover 1998

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Schulze, Peter:

Beiträge zur Geschichte der Juden in Hannover / Peter Schulze. - Hannover: Hahn, 1998

(Hannoversche Studien; Bd. 6)

ISBN 3-7752-4956-7

ISBN 3-7752-4956-7

1998

Verlag: Hahnsche Buchhandlung, Hannover

Herstellung: Druckerei Wolf GmbH, Isernhagen

Inhaltsverzeichnis

Seite

Zu diesem Buch 7

Geschichte der Juden in Hannover – ein Überblick 9

1. Vor dem Eintritt in die bürgerliche Gesellschaft 10
2. Nach der Gleichstellung: Kampf um sozialen Aufstieg 15
3. Als Bürger in der Republik von Weimar 24
4. Unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 35
5. Der lange Weg zum Neuaufbau der jüdischen Gemeinde 43

Historischer Stadtplan: Juden in Hannover 1914

Landrabbinat und Landrabbiner in Hannover 1687-1938 47

1. Die Errichtung des hannoverschen Landrabbinats 1687 und die Landrabbiner von 1687 bis 1802 47
2. Vom Beginn der Vakanz 1802 bis zur staatlichen Neubegründung des Landrabbinats 1829-1831 58
3. Das Landrabbinat Hannover in der Amtszeit des Landrabbiners Nathan Adler 1830-1845 70
4. Das Landrabbinat Hannover in der Amtszeit des Landrabbiners Samuel Ephraim Meyer 1845-1882 81
5. Das Landrabbinat Hannover in der Amtszeit des Landrabbiners Selig Gronemann 1883-1918 101
6. Der letzte Landrabbiner Samuel Freund 1924-1938 112

Gedruckte Quellen und Literatur 117

Zur Ehre der Thora und zur Zierde des Schreins.
Historische Thoravorhänge aus Hannovers früheren Synagogen 119

Geschichte der Synagogen-Gemeinde im 19. Jahrhundert 143

Die Berliners – eine jüdische Familie in Hannover (1773-1943) 149

„Es ist alles so, wie es gewesen ist, und nichts ist so, wie es gewesen ist."
Ein Gespräch mit Werner Kraft 156

Turnbruder und Chawer.
Zur Geschichte der jüdischen Sportbewegung in Hannover 169

Heimat auf Widerruf – Jüdische Jugend in Hannover um 1930 177

Das Jahr 1933 als Wendepunkt im Leben der hannoverschen Juden 189

Über die Suche nach den Namen jüdischer Opfer aus unserer Stadt..... 193

Ein Rundgang über den Friedhof An der Strangriede 205

Plan des historischen jüdischen Friedhofs An der Strangriede in Hannover

Personenregister 209

Abbildungsnachweis 222

Pläne im hinteren Umschlagdeckel

ZU DIESEM BUCH

Die „Beiträge zur Geschichte der Juden in Hannover" vereinigen eine Reihe von Arbeiten, die während langjähriger Forschungen zur jüdischen Lokalgeschichte entstanden sind und – inzwischen zumeist vergriffen – der interessierten Öffentlichkeit erneut zugänglich gemacht werden sollen.

Einen knappen Überblick zur jüdischen Lokalgeschichte gibt der erste Beitrag (S. 9-46), der die begleitenden Texte der 1988 eröffneten Ausstellung „Juden in Hannover" in der Alten Predigthalle auf dem jüdischen Friedhof An der Strangriede enthält.

Der Aufsatz „Landrabbinat und Landrabbiner in Hannover 1687-1938" (S. 47-118) entstand aus Anlaß des 300. Jahrestags der Errichtung des Landrabbinats. In dieser Studie geht es nicht nur um die Geschichte von Rabbinat und Gemeinde und den Kampf um die rechtliche Gleichstellung der Juden, deren Fürsprecher die Rabbiner waren, sondern auch um die außergewöhnliche Rechtsstellung des hannoverschen Landrabbinats, dem von Gesetzes wegen Synagogengemeinden, jüdische Schulen, Stiftungen und andere Einrichtungen zur Aufsichtsführung in staatlichem Auftrag unterstellt waren. Ohne diesen besonderen Status der hannoverschen Rabbiner, die Angestellte der Gemeinde waren und zugleich deren vorgesetzte Aufsichtsinstanz, ist weder die Modernisierung der jüdischen Einrichtungen im 19. Jahrhundert noch die Aufrechterhaltung der Einheitsgemeinde im 20. Jahrhundert denkbar.

Die Entwicklung der kleinen Gemeinde Hannover zur großstädtischen Synagogengemeinde wird in dem Beitrag „Geschichte der Synagogen-Gemeinde im 19. Jahrhundert" (S. 143-148) skizziert. Mit dem Anwachsen Hannovers zur Großstadt nahm auch die Zahl der jüdischen Einwohner zu; viele zogen vom Land in die Stadt in der Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse.

Die 1987 entstandene Arbeit über Geschichte und Bedeutung der Familie Berliner (S. 149-155) belegt die wirtschaftliche Integration der hannoverschen Juden; dagegen wurde die Aufnahme der Juden in die „Gesellschaft" nur teilweise zugestanden. Kulturelles Mäzenatentum jüdischer Bürger war erwünscht; eine größere Gruppe jüdischer Künstler und Wissenschaftler gab es in Hannover – wo eine übergreifende Öffentlichkeit fehlte – nicht. Die Erinnerungen des Schriftstellers Werner Kraft an die Schulzeit und spätere Bibliothekarstätigkeit in Hannover (S. 156-168) enthalten deutliche Hinweise auf die ihm als Juden und Intellektuellen entgegengebrachte Distanz.

In Zusammenhang mit dem Problem der Integration der jüdischen Minderheit stellt sich auch die Frage nach dem Wandel jüdischer Identität in einer großstädtischen Gemeinde wie Hannover. Dem kann man nicht zuletzt auf den jüdischen Friedhöfen nachgehen, wo – seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert – die Zweisprachigkeit der Grabinschriften, Übernahme von Grabmalformen und -dekor von christlichen Friedhöfen und Einrichtung von Erbbegräbnissen auf

Verbürgerlichung und Akkulturation verweisen. Jedoch sorgte die traditionsreiche Beerdigungsbrüderschaft weiterhin für rituelle Beisetzungen, und auch die besondere Bedeutung der Friedhöfe als Stätten ewiger Erinnerung an die früheren Generationen blieb unangetastet (S. 205-208).

Mit jährlichen Ausstellungen alter Thoravorhänge erinnerte die Gemeinde in den zwanziger Jahren an die jahrhundertelange Tradition jüdischen Gottesdienstes in Hannover; Fotografien dieser Vorhänge zeigt die 1989 entstandene Dokumentation „Historische Thoravorhänge aus Hannovers früheren Synagogen" in der Alten Predigthalle (S. 119-142).

Neuerwachendes jüdisches Selbstbewußtsein steht im Mittelpunkt von Beiträgen über die jüdische Sportbewegung (S. 169-175) und über die „Jüdische Jugend in Hannover um 1930" (S. 177-188). Vor allem die in den zwanziger Jahren gegründete „Jugendgemeinde" war ein beispielloser und erfolgreicher Versuch zur Wiederbelebung und Reintegration städtischen Judentums; allerdings wurde die denkbare Perspektive einer Erneuerung der jüdischen Gemeinde durch die jüngere Generation zerstört durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten.

Der Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft im Jahr 1933 bedeutete Diffamierung und Ausgrenzung jüdischer Menschen, „Judenboykott" und Berufsverbot (S. 189-192); am Ende der Verfolgungen stand die Vernichtung der Gemeinde und der Massenmord an den Juden. Anfang 1997 habe ich in einem Vortrag über meine Arbeit an der Dokumentation der Namen und Schicksale der jüdischer Opfer des Nationalsozialismus aus Hannover berichtet; der Vortragstext ist in diesem Band nachzulesen (S. 193-204).

Die Beiträge in diesem Buch sind unverändert übernommen, jedoch wurde die Illustrierung erneuert und ein gemeinsames Personenregister (S. 209-221) hinzugefügt.

Wenn auch lange nicht abgeschlossen, haben meine bisherigen Forschungen zur jüdischen Lokalgeschichte dazu beigetragen, daß die jahrzehntelang nur symbolisch erinnerte historische Existenz der jüdischen Minderheit ebenso als ein wesentlicher Teil der Stadtgeschichte angesehen wird wie deren Vertreibung und Vernichtung nach 1933. Im Mittelpunkt zukünftiger Forschungen wird neben der Ergänzung der Namensdokumentation jüdischer Opfer vor allem die Geschichte der Juden in den zwanziger und dreißiger Jahren stehen, außerdem eine Studie zur Opplerschen Synagoge sowie die Geschichte und Bedeutung der jüdischen Friedhöfe in Hannover.

Peter Schulze

GESCHICHTE DER JUDEN IN HANNOVER – EIN ÜBERBLICK [1]

Seit 700 Jahren leben Juden in Hannover. Von ihrer Anzahl her bildeten die jüdischen Einwohner stets nur eine kleine Gruppe. Aber nicht nur nach der Bevölkerungsstatistik stellten die Juden eine Minderheit innerhalb der Stadtgemeinde dar. In einer von christlichen Anschauungen geprägten – das bedeutet: den Juden gegenüber feindlichen – Umgebung hielten sie an ihren religiösen Überlieferungen fest, den traditionellen, rituell vorgeschriebenen Lebensformen – beispielsweise der Heiligung des Schabbat, der Orientierung an einem eigenen Festkalender und der Befolgung besonderer Speisegesetze. Dadurch waren die Juden für ihre Umgebung als Außenseiter zu erkennen. Die von der christlichen Kirche vor und nach der Reformation ausgehende Feindschaft gegenüber den vermeintlich Ungläubigen entlud sich in wiederholten Übergriffen und Vertreibungen. Die allgemeine Ablehnung der Juden fand ihren Niederschlag in dem besonderen Rechtsstatus, nach dem jüdische Einwohner in Hannover nur mit ausdrücklicher, zeitlich begrenzter Genehmigung seitens der Obrigkeit leben durften, als Fremde ohne die Rechte anderer Einwohner.

Die im 17. Jahrhundert beginnende Tolerierung des Judentums als Religion schloß die gesellschaftliche Ausgrenzung der Juden keineswegs aus; symbolhaft erscheint die Anlage der ersten Synagoge 1703 auf einem für die Öffentlichkeit unsichtbaren Platz im Hinterhof. In dieser Abgeschiedenheit entwickelte sich in der kleinen Kehilla (hebr.: Gemeinde) ein jüdisches Leben von einiger Bedeutung. Die eigenständige jüdische Kultur ermöglichte die Aufrechterhaltung des Judentums, seiner religiösen Identität und seines sozialen Zusammenhangs.

Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, mehr als 550 Jahre, existierte die jüdische Minderheit am Rande der Gesellschaft, bis auch im Königreich Hannover das für sie geltende Ausnahmerecht aufgehoben wurde und die Juden von Gesetzes wegen mit den übrigen Einwohnern gleichgestellt wurden. Den veränderten äußeren Lebensbedingungen entsprach ein innerer Wandel des Judentums. An die Stelle der altfrommen Kehilla trat die Synagogengemeinde als Religionsverband eingeschriebener Mitglieder. Aber kein Reformgesetz konnte die Folgen jahrhundertelanger Diskriminierung aufheben: die einseitige Berufsstruktur der Juden, nachdem ihnen die Teilhabe an städtischer Handwerks- und ländlicher Agrarproduktion stets versperrt worden war, und das negative, von Mißtrauen und Feindseligkeit geprägte Bild von den Juden bei Teilen der Bevölkerung; die Juden blieben auch nach ihrer rechtlichen Gleichstellung als Minderheit erkennbar.

Beschwörungen einer Normalität friedlichen jüdisch-deutschen Zusammenlebens vor der Nazizeit verwechseln Wunsch und Wirklichkeit. Die wenigen Jahrzehnte zwischen Emanzipation und Nationalsozialismus brachten zwar einen sozialen

---

[1] Der Text entstand 1988 für die Ausstellung „Juden in Hannover", die seither in der Alten Predigthalle auf dem Friedhof An der Strangriede zu sehen ist. Zuerst veröffentlicht unter dem Titel: „700 Jahre jüdische Geschichte und Kultur in Hannover", in: Juden in Hannover. Beiträge zur Geschichte und Kultur einer Minderheit, Hannover 1989, S. 2-78.

Aufstieg des Judentums in der bürgerlichen Gesellschaft, aber zugleich formierten sich antiliberale und antidemokratische Bewegungen mit judenfeindlicher Programmatik: der moderne Antisemitismus, der noch vor der Jahrhundertwende auch in Hannover viele Anhänger für das Ziel einer erneuten Ausgrenzung der Juden mobilisierte.

1933 wurde Antisemitismus zum Regierungsprogramm. Der Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft markierte den Sieg einer barbarischen Variante moderner Gesellschaftsentwicklung und bedeutete die Zurücknahme aller aufklärerischen Versprechungen von Gleichheit und Freiheit. Die Juden wurden sofort unter Ausnahmerecht gestellt, und innerhalb von wenigen Jahren steigerte sich die Verfolgung Einzelner zum monströsen Massenmord an den deutschen und europäischen Juden. Die altehrwürdige jüdische Gemeinde Hannover wurde vernichtet. Dies war zugleich das Ende einer jüdischen Kultur zwischen familiärer Tradition und synagogaler Gemeinschaft.

1. VOR DEM EINTRITT IN DIE BÜRGERLICHE GESELLSCHAFT

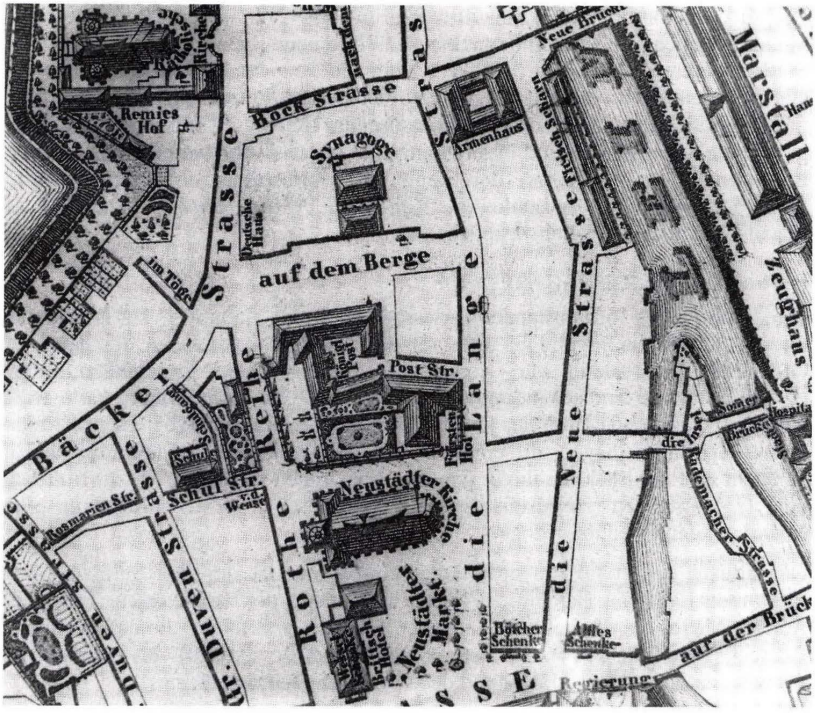
JUDEN IM MITTELALTERLICHEN HANNOVER

Die ältesten Quellen mit Nachrichten über Juden in Hannover stammen aus dem 13. Jahrhundert: ein Pfandregister von 1292 nennt erstmals einen jüdischen Einwohner. Die Aufnahme jüdischer Familien in der Stadt ist vielfach belegt (1488, 1499, 1550 und 1580) und bereits 1303 bestimmte der Rat in den Statuten: „Niemand soll die Juden durch Worte oder Taten verletzen". Freilich duldete die junge und aufstrebende Stadt vorwiegend jüdische Kaufleute und Geldverleiher, deren Ansiedlung den Bürgern gute Geschäfte versprach und die Wirtschaftskraft förderte.

Nach der Pestkatastrophe von 1348 – die Juden wurden als Brunnenvergifter beschuldigt und vertrieben – folgten zwei Jahrhunderte einer schwankenden Politik gegenüber den Juden: mal rief der Rat jüdische Geschäftsleute in die Stadt, mal entzog er ihnen den Schutz und ließ sie verjagen. Die Reformation 1532 verstärkte noch die judenfeindliche Stimmung, und schließlich verbot der Rat 1588 sämtliche Geldgeschäfte zwischen Christen und Juden, woraufhin alle jüdischen Einwohner die Stadt verlassen mußten. Bis ins 19. Jahrhundert hinein gab es keine Juden in der Altstadt Hannover mehr.

DIE JÜDISCHE GEMEINDE IN DER HANNOVERSCHEN NEUSTADT 1608-1842

Auch in der von welfischen Fürsten direkt verwalteten Neustadt jenseits des Hohen Ufers hatte es 1591 Ausweisungen von Juden gegeben. Dennoch ließ 1608 der landesherrliche Vogt Molinus wieder eine Ansiedlung jüdischer Familien zu und gestattete auch die Einrichtung einer Synagoge. Seither bestand eine – zahlenmäßig kleine – jüdische Gemeinde unter dem Schutz der fürstlichen Regierung in der Neustadt Hannovers.



Hannovers erste Synagoge von 1703 „auf dem Berge" – im Hinterhof des Hauses Bergstraße 8. Ausschnitt aus dem Stadtplan von 1826/1831.

Die Fürsten bedienten sich in dem Bestreben, ihre absolute Regierungsmacht auszubauen, einzelner jüdischer Kaufleute, die als Kreditgeber, Heereslieferanten und Hoffaktoren herangezogen wurden. Der bedeutendste unter ihnen war Leffmann Behrens (1634-1714), der seinen Einfluß am Hof nutzte und sich für seine jüdischen Glaubensgenossen einsetzte: 1703 durfte ein eigenes Synagogengebäude errichtet werden.

Diese Synagoge stand „auf dem Berge" im Hinterhof des Gebäudes Bergstraße 8, in dem sich seither Kultus-, Schul- und Verwaltungsräume der jüdischen Gemeinde (bis zur Enteignung 1942) befanden. Der Synagogenbau belegt zwar die Tolerierung der jüdischen Bewohner der Neustadt, aber die Wahl des für die Öffentlichkeit unsichtbaren Bauplatzes im Hinterhof zeigt, daß die Juden am Rande der Gesellschaft standen.

Die Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung blieb bis in das 19. Jahrhundert hinein bestehen: die Gemeinde mußte 1827 ihre neue Synagoge an der gleichen Stelle errichten. „Es ist zu bedauern, daß die Ansicht des wirklich schönen Gebäudes gänzlich verdeckt ist", schrieb der Lehrer Salomon Blogg. Über dem fast quadratischen Innenraum in klassizistischem Baustil mit freistehendem Lesepult sowie Thoraschrein und Predigtkanzel an der Ostwand waren an drei Seiten Emporen für die Teilnahme der Frauen am Gottesdienst errichtet. Die Alte Synagoge wurde 1870 geschlossen. Von Ende 1938 an bis 1941 wurden hier erneut Gemeindegottesdienste abgehalten.

DER ÄLTESTE JÜDISCHE FRIEDHOF

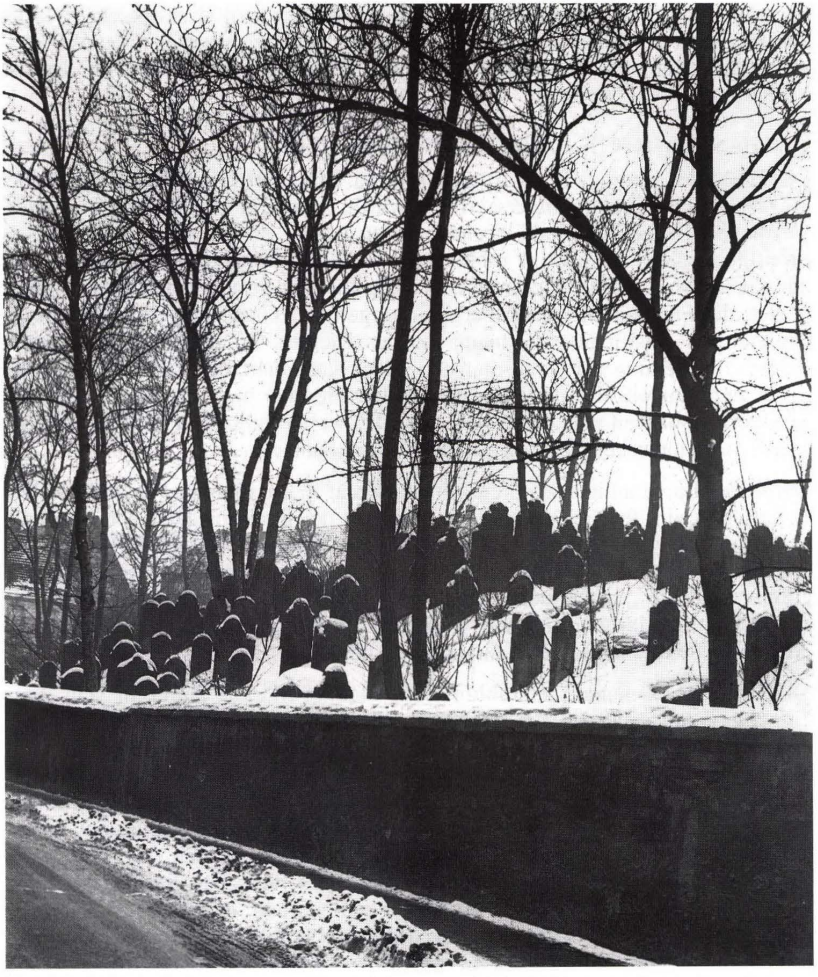
Um die Mitte des 16. Jahrhunderts erwarben die Juden Hannovers zur Beisetzung ihrer Toten einen Sandhügel weit vor den Toren der Stadt, an der heutigen Oberstraße. Der Friedhof war – von einer Hecke abgesehen – ungeschützt, so daß es wiederholt zu Grabschändungen durch sandabfahrende Fuhrleute kam. 1671 wurde auf dringende Bitte der jüdischen Gemeinde ein Schutzbefehl des Amtsvogts von Langenhagen auf einer noch heute vorhandenen Steintafel publik gemacht und ausdrücklich davor gewarnt, „der Juden Grabstadt ... (zu) fiolieren oder (zu) turbieren (zu beschädigen oder zu stören)". 1740 wurde dann eine Mauer um den Friedhof gezogen.

Der älteste der etwa 700 erhaltenen Grabsteine ist der des Salman Gans (gestorben 1654) aus Hameln; als letzter wurde 1866 der hannoversche Fabrikant Adolph Meyer hier beigesetzt. Unter den Gräbern finden sich die des Leffmann Behrens (gestorben 1714), des Astronomen Rafael Levi (1779), des Hofmedicus Dr. Marcus Jacob Marx (1789) und der Vorfahren Heinrich Heines.

Die Verwaltung des Friedhofs wie auch die Beachtung der religionsgesetzlichen Pflichten gegenüber den Toten oblag dem 1762 gegründeten Wohltätigkeitsverein, der ältesten jüdischen Institution in Hannover neben der Gemeinde und dem Landrabbinat. Nach jüdischer Tradition bildeten stets die bedeutendsten Persönlichkeiten in der Gemeinde die Chewra Kadischa (= heilige Brüderschaft), die die Verstorbenen beizusetzen hatte.

JÜDISCHES LEBEN AM RAND DER GESELLSCHAFT

Wie überall in Deutschland waren die Juden auch im Fürstentum Calenberg und den übrigen welfischen Territorien bloß geduldete Bewohner. Ein befristetes Aufenthaltsrecht wurde von den Landesherren nur einer begrenzten Anzahl von Juden durch Ausstellung eines besonderen Schutzbriefes verliehen, freilich nur gegen erhebliche Abgaben zugunsten des fürstlichen Fiskus. Das Schutzverhältnis gewährte den „vergleiteten" Juden und ihren Familienangehörigen eine gewisse Sicherheit für Leben und Eigentum und erlaubte die freie Ausübung der jüdischen Religion. Ihren Lebensunterhalt durften sich die Juden nur durch Klein- und Wechselhandel sowie das Pfandleihgeschäft verdienen; jeder andere Nahrungserwerb wie Landwirtschaft, Handwerk oder eigentlicher Handel war ihnen verboten. Dennoch wurden sie zu allen üblichen Steuern und zu den



Der Alte jüdische Friedhof an der Oberstraße – vermutlich der älteste noch erhaltene jüdische Begräbnisplatz in Norddeutschland – ist eines der bedeutendsten Bau- und Kulturdenkmäler in Niedersachsen.

Abgaben an die christliche Geistlichkeit herangezogen und mußten für den Schutzbrief Jahr um Jahr hohe Gebühren, das Schutzgeld, entrichten. Der Eingang dieser Zahlungen wurde von den staatlichen Behörden genau überwacht.

Den „unvergleiteten" Juden war nach dem Edikt von 1733 über „Aufenthalt und Handlung der Juden" als Fremden jeder längere Aufenthalt verboten. Die Armen

dagegen waren unerwünscht, und man wollte sie mit drakonischer Härte abschrecken, das Land zu betreten: auf diese bedauernswerten „Betteljuden" warteten Gefängnis, Zeichnung durch das Brandmal und – bei der dritten Verhaftung – die Todesstrafe.

DAS HANNOVERSCHE LANDRABBINAT 1687-1845

Das Edikt des Herzogs Ernst August vom 10. März 1687, durch das den Juden die Wahl eines Landrabbiners erlaubt wurde, ging auf ein Gesuch der unter staatlichem Schutz im Lande lebenden Juden zurück, die bis dahin ihre internen Streitigkeiten vor auswärtige rabbinische Gerichte hatten bringen müssen. Der hannoversche Landrabbiner war zuständig für das gesamte damalige Staatsgebiet, die Fürstentümer Calenberg, Göttingen und Grubenhagen. Er fungierte zugleich als geistliches Oberhaupt und als Richter. Zu seinen Kompetenzen gehörte die Leitung der Gottesdienste in den Synagogen, die Aufsicht über religiöse Zeremonien, die Auslegung jüdischer Gesetze und vor allem auch die Zivilgerichtsbarkeit unter den jüdischen Einwohnern, soweit in deren Streitsachen nach jüdischem Recht geurteilt werden konnte.

Durch das Landrabbiner-Privileg griff der Staat in die inneren Verhältnisse der Judenschaft ein. Freilich änderte das Edikt an der Rechtlosigkeit der nicht mit Schutzbriefen versehenen Juden nichts. Immerhin hatte sich aber das Prinzip der religiösen Toleranz durchgesetzt, denn fortan waren jüdische Gottesdienste erlaubt, und die „Schutzjuden" waren als eine Bevölkerungsminderheit (1700: ca. 70 Familien im ganzen Land) geduldet, die ihr symbolisches Bindeglied in der Person des gemeinsamen Landrabbiners besaß.

1830 wurde als neuer Landrabbiner Dr. Nathan Markus Adler in sein Amt eingeführt. Adler, der 1803 in Hannover geboren war, hatte bereits mit 19 Jahren das Rabbinerdiplom erhalten und als erster deutscher Rabbiner den akademischen Grad eines Doktors der Philosophie erworben. Mit großem Engagement betrieb er die Neuordnung der inneren Verhältnisse der jüdischen Gemeinden und die Modernisierung des Schul- und Synagogenwesens. Richtungsweisend waren die von ihm 1831 mit Zustimmung der staatlichen Behörden erlassenen „Bestimmungen wegen des jüdischen Schulwesens im Bezirke des Land-Rabbiners zu Hannover" (Sicherung der jüdischen Schulen, Schulpflicht von 5 bis 14 Jahren, Vorschriften für Lehrer, Unterrichtsplan) sowie die 1832 verfaßte „Allgemeine Synagogen-Ordnung für die Israeliten des hiesigen Land-Rabbiner-Bezirks" (Eingriffsrechte des Landrabbiners in die Gemeinden, Ordnung des Gottesdienstes, Einführung der Predigt in deutscher Sprache, Gebet für das Königshaus). Adlers Reformen setzten sich durch; er wurde zum Erbauer des neuzeitlichen Judentums in Hannover. Durch den von Adler 1833 initiierten und geführten „Verein zur Beförderung von Handwerken unter den israelitischen Glaubensgenossen" sollte die Berufsausbildung junger Juden wirksam unterstützt und langfristig deren sozialer Aufstieg aus eigener Kraft gesichert werden. 1845 wurde Adler zum Chief-Rabbi in Großbritannien gewählt und ging nach London.

2. NACH DER GLEICHSTELLUNG: KAMPF UM SOZIALEN AUFSTIEG

DER LANGE WEG ZUR RECHTLICHEN GLEICHSTELLUNG DER JUDEN IM KÖNIGREICH HANNOVER

Wiederholt trat die jüdische Gemeinde Hannovers in Petitionen an König, Regierung und Ständeversammlung für die rechtliche Gleichstellung der Juden mit den christlichen Einwohnern im Königreich ein: „Noch immer erkaufen Euer Königlichen Majestät israelitische Unterthanen gleich verachteten Sclaven alljährlich um feiles Geld den landesherrlichen Schutz ... Noch jetzt dürfen uns Gilden und Innungen die Aufnahme in ihre Zünfte versagen und uns gleichsam wie Ehrlose auf immer von aller Gemeinschaft mit den gewerbetreibenden Bürgern ausschließen ... Die Gnade unseres Königs ist unser letzter, letzter Zufluchtsort! ... (Er möge) gleich den anderen Fürsten des deutschen Bundes seinen jüdischen Unterthanen in Hannöverschen Landen Bürgerfreiheit und Bürgerglück gewähren ..." (aus der Petition vom 23.5.1828).

Erst das „Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Juden" von 1842 veränderte die Lage der Juden, wenn auch nur durch halbherzige Maßnahmen: Aufhebung des Schutzverhältnisses, Öffnung von Handwerken und Gewerbe, allerdings Beibehaltung des Judenschutzgeldes unter anderem Namen, des Verbots von Grunderwerb und weiterer diskriminierender Vorschriften. Überall, auch in Hannover, wurden durch das Gesetz „Synagogengemeinden" mit dem Recht der Selbstverwaltung neu konstituiert. Die bedrückende Vorschrift des „Judeneids" wurde 1845 abgemildert, die Sonderabgabe für Juden entfiel 1847. Die revolutionären Ereignisse des Jahres 1848 führten schließlich zu einer Verfassungsänderung, wonach „die Ausübung der politischen und bürgerlichen Rechte ... von dem Glaubensbekenntnis unabhängig" sei.

Nachfolger des Landrabbiners Adler, der 1845 ins Amt eingeführte Dr. Samuel Ephraim Meyer, trat mit Nachdruck für die Beseitigung aller noch bestehenden Diskriminierungen für die Juden ein. Meyers geduldigem und konsequenten Engagement ist es zuzuschreiben, daß seit 1851 staatliche Subventionen für das jüdische Schulwesen vor allem auf dem platten Lande und seit 1868 auch für die kleineren Synagogengemeinden gezahlt wurden. Ein anderes Beispiel: Durch langjährige Verhandlungen mit den Militärbehörden gelang es Meyer, für die jüdischen Soldaten Dienstbefreiungen an den höchsten religiösen Festtagen zu erreichen. Meyers Landrabbinatsbezirk bestand seit 1845 aus den Regierungsbezirken Hannover und Lüneburg; die seiner Aufsicht unterstellten 54 jüdischen Gemeinden besuchte er auf regelmäßigen Inspektionsreisen. Er kümmerte sich besonders um den Ausbau der jüdischen Armenfürsorge und die Verbesserung der Gemeindeschulen. An der Gründung der Bildungsanstalt für jüdische Lehrer 1848 in Hannover war er maßgeblich beteiligt.

Meyer stärkte das Landrabbinat; während seiner 37jährigen Amtszeit erwarb er sich hohes Ansehen und das Vertrauen sowohl der Behörden als auch der jüdischen Gemeinden. Es gelang ihm, die Einheit des hannoverschen Judentums zu wahren und den Ausbau seiner Institutionen zu fördern. Er wirkte als erfolgreicher Sachwalter der Juden in seinem Bezirk.



Präparanden der hannoverschen „Bildungsanstalt für jüdische Lehrer" mit Direktor Dr. Lesser Knoller, vor dem Seminargebäude Ohestraße 8 (um 1910).
Nach bestandenem Examen konnten die Studierenden der im Jahr 1848 gegründeten Anstalt als Lehrer und Vorbeter in den jüdischen Landgemeinden des Königreichs Hannover tätig werden.

DER BAU DER NEUEN SYNAGOGE 1864-1870

In der Synagogengemeinde Hannover war Landrabbiner Samuel Meyer zugleich als Ortsrabbiner tätig. Die Entwicklung der jüdischen Gemeinde war von einem stetigen Zustrom jüdischer Familien aus den kleinen Landgemeinden bestimmt – nach Aufhebung des Niederlassungsverbots 1842 durften auch die Juden ihren Wohnsitz frei wählen. Mit dem Anwachsen Hannovers zur Großstadt nahm auch die Zahl der jüdischen Einwohner stark zu (1833: 537, 1852: 668, 1871: 1.936, 1910: 5.155). Aus der kaum bedeutenden jüdischen Kleingemeinde des 18. Jahrhunderts wurde eine der 10 deutschen Großgemeinden, viele ihrer Mitglieder erwarben das Bürgerrecht der Stadt.

Die Alte Synagoge von 1827 erwies sich bald als zu klein, und auf Samuel Meyers Initiative hin wurde ein Neubau beschlossen. Meyer leitete persönlich die Baukommission, die sich für das Projekt des Architekten Edwin Oppler entschied und dafür vom Staat einen Bauplatz gegenüber der Alten Synagoge erwerben konnte.



An der Bergstraße in der Calenberger Neustadt, in Nachbarschaft zu den Hauptkirchen der Stadt, stand das nach dem Entwurf von Edwin Oppler errichtete große Bethaus der hannoverschen Synagogengemeinde, ein hochaufragendes, freistehendes Gebäude auf einem neugeschaffenen zentralen Platz: demonstratives Symbol für die rechtliche Gleichstellung der Juden. Zeitgenossen würdigten das Bauwerk als „Perle der hannoverschen Architektur".

Die hochaufragende Neue Synagoge wurde demonstrativ als freistehendes Gebäude auf einem neugeschaffenen zentralen Platz in Nachbarschaft zu den Hauptkirchen der Stadt errichtet: der Bau symbolisierte den Respekt und die Anerkennung, die inzwischen den Juden entgegengebracht wurden.

Der dreischiffige Zentralbau hatte im Erdgeschoß 650 Plätze für Männer und auf den Emporen 450 Plätze für Frauen; die im Innenraum lediglich ornamental ausgeschmückte Synagoge besaß keine Orgel, denn die hannoversche Gemeinde begnügte sich stets mit dem Einsatz eines großen Synagogenchores. In einer Tresorkammer verwahrte die Gemeinde alte wertvolle Thoraschreinvorhänge und Kultgeräte.

Die Einweihung der Neuen Synagoge am 15. September 1870 bildete einen Höhepunkt im Gemeindeleben; die Synagoge blieb für sieben Jahrzehnte bis zur Zerstörung am 9. November 1938 das religiöse Zentrum der hannoverschen Juden und Wirkungsstätte der Rabbiner Meyer, Gronemann, Freund und Schorsch.

EDWIN OPPLER – ARCHITEKT DER JÜDISCHEN GEMEINDE UND DES KÖNIGSHAUSES

Zwischen 1861 und 1870 trieb die hannoversche Synagogengemeinde mit der Anlage des neuen Friedhofs Strangriede und der Neuen Synagoge zwei Bauprojekte voran, deren Ausgestaltung im Zusammenhang mit dem Anwachsen der Zahl der jüdischen Einwohner und ihrer steigenden Respektierung in der nichtjüdischen Bevölkerungsmehrheit eine besondere Bedeutung zukam. Beide Projekte wurden dem 1831 in Oels nahe Breslau geborenen Architekten Edwin Oppler anvertraut. Mehr als 30 seiner über 100 Bauprojekte wurden in Hannover errichtet und wiesen Oppler als bedeutenden hannoverschen Baumeister aus. Sein Interesse galt nicht nur dem Bau von Geschäftsgebäuden und prächtigen Wohnhäusern. Berühmt wurde er als Synagogenbaumeister wegen der von ihm gewählten programmatischen Formsprache: „Der deutsche Jude (muß) also im deutschen Staate auch im deutschen Style bauen!" – als welchen Oppler die mittelalterliche Romanik ansah. 1864 wurde Oppler vom König zum verantwortlichen Leiter für den Innenausbau der Marienburg berufen, eine Tätigkeit, die ihm den Ehrentitel eines „Königlichen Baurats" einbrachte.

DER FRIEDHOF STRANGRIEDE ALS HISTORISCHER FRIEDHOF DER HANNOVERSCHEN JUDEN 1864-1924

1859 erwarb die jüdische Gemeinde einige damals weit vor der Stadt liegende Grünflächen für ihre neue Friedhofsanlage, heute An der Strangriede. Nach Opplers Bauentwurf wurde die Straßenfront repräsentativ gestaltet durch eine Predigthalle mit symmetrisch angelegten Nebengebäuden (Verwaltung, Leichenhaus, Betsaal). 1864 wurde der Friedhof feierlich eingeweiht.

Der sechs Jahrzehnte genutzte Friedhof ist ein Dokument für die Entwicklung des hannoverschen Judentums in seiner Wachstums- und Aufstiegsphase. Das Streben der jüdischen Bürger nach gesellschaftlicher Integration und Anerkennung führte zur Aufhebung traditioneller jüdischer Beisetzungsregeln: es erschienen Inschriften in deutscher Sprache, Erbbegräbnisse wurden zugelassen, Grabsteine zunehmend individuell und prachtvoll gestaltet.

Die Friedhofshalle ist ein historischer Ort von großer Bedeutung: als erster und einziger noch bestehender Sakralbau Opplers, als Gedenkstätte der jüdischen Gemeinde für ihre Gefallenen des Krieges 1914-1918 und als eines der „Judenhäuser" vom 4. September 1941 an und letzter Aufenthaltsort für mehr als 100 Menschen vor deren Deportation in die Nazi-Vernichtungslager.



Israelitisches Krankenhaus und Altersheim an der Ellernstraße.
Krankenbesuch und Krankenpflege gelten nach jüdischer Anschauung als religiöse Pflicht. 1901 eröffnete der „Verein für Altersversorgung und Krankenpflege" das Israelitische Krankenhaus an der Ellern- und Vereinsstraße; angeschlossen war ein Altersheim. Das jüdische Krankenhaus war wegen der ausgezeichneten medizinischen Betreuung auch bei nichtjüdischen Patienten sehr beliebt, bis zum Beginn der Nazizeit. Im Juli 1942 wurden Ärzte, Pflegepersonal, Patienten und Heimbewohner nach Theresienstadt deportiert.

DER AUSBAU DER MODERNEN GROSSGEMEINDE – ORGANISIERTES JUDENTUM IN HANNOVER BIS 1914

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts verloren die traditionellen jüdischen Institutionen, die Gelehrten- und Schulstiftungen an Bedeutung; nach und nach entstanden verschiedene neue Einrichtungen in Hannover, durch deren Aufbau die Juden ihr Gemeindeleben den modernen pädagogischen und sozialfürsorgerischen Entwicklungen öffneten. Mit der Einrichtung einer Gemeindeverwaltung und eines Armensekretariats im neuen Gemeindehaus Lützowstraße (1875) und der Einführung eines modernen Synagogensteuersystems reagierte die Gemeinde auf den Anstieg der Zahl ihrer eingetragenen Mitglieder (1844: 75, 1871: 326, 1914: 1.081); an die Stelle der alten Kehilla (= Gemeinde) trat die neuzeitlich organisierte Großgemeinde mit ihren bürokratischen Strukturen.

Geistiger Führer des Judentums war der seit 1883 amtierende Landrabbiner Dr. Selig Gronemann; er sah eine seiner Aufgaben in der Wahrung der jüdischen Einheit angesichts der aufkommenden antisemitischen Bewegungen. Als Ortsrabbiner engagierte sich Gronemann in allen wichtigen sozialen und religiösen Vereinigungen. Er wollte ein Bewahrer des Judentums und seiner religiösen Überlieferung sein.

DAS AUFBAUWERK DES MORITZ SIMON: AHLEM, STEINHORST, PEINE

Eine der bedeutendsten jüdischen Einrichtungen Hannovers wurde die 1893 in Ahlem begründete „Israelitische Erziehungsanstalt", eine Initiative des Bankiers Moritz Simon. Simon hatte nach einer Banklehre und Studien in Amerika 1852 in Hannover mit seinem Vater das „Bankhaus Alexander Simon" gegründet. Seit den achtziger Jahren galt sein eigentliches Engagement jedoch der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des Judentums. Er wollte der einseitig auf den Handel ausgerichteten Berufsstruktur der Juden, der Beschränkung der Armen auf Hausier- und Kleinhandel und der Abwanderung der Jugend in die Großstädte entgegenwirken. Sein Projekt einer „Berufsumschichtung der deutschen Juden", der Rückkehr zu produktiven Tätigkeiten in Landwirtschaft, Gartenbau und Handwerk begriff Simon als Erziehungsaufgabe; er setzte dabei auf das Prinzip der Selbsthilfe (Simons Wahlspruch findet sich über seiner Grabstätte angebracht).

Moritz Simon gründete 1885 in Hannover den „Verein zur Förderung des Gartenbau- und Handfertigkeitsunterrichts" und sammelte erste Erfahrungen in der praktischen Unterrichtung von Kindern auf dem von ihm gestifteten Schulgelände an der Ohestraße. Sein Lebenswerk wurde die Gartenbauschule in Ahlem, für die er 1892 aus eigenen Mitteln Land erwarb und Gebäude errichten ließ: am 2. Juni 1893 bezogen die ersten Zöglinge die Anstalt, die von Beginn an sowohl eine Volksschulbildung als auch die anschließende Gartenbaulehre ermöglichte; später wurden weitere handwerkliche Ausbildungsgänge (Bäcker, Schuhmacher u. a.) eingerichtet; 1902 schließlich wurde die Mädchenabteilung mit einer Hauswirtschaftsschule eröffnet.

Nach 25jährigem Bestehen konnte die Ahlemer Schule 1919 stolz auf ihre vier erfolgreichen Abteilungen (Gartenbauschule für Jungen und Mädchen, Volksschule mit Schulgarten und Handfertigkeitswerkstatt, Haushaltungsschule für Mädchen und handwerkliche Lehrstätten) verweisen. Bis dahin hatten bereits mehrere hundert Jugendliche aus allen Teilen Deutschlands und dem Ausland die Anstalt besucht und einen Schul- oder Berufsabschluß dort erworben.

Simon wollte, daß Ahlem zur „Kulturaufgabe der deutschen Judenheit" werden sollte, und es gelang ihm auch, die überregionalen jüdischen Organisationen und die großen Gemeinden zu interessieren und zu dauerhafter Förderung zu bewegen. Er selbst plante neue Vorhaben, deren Verwirklichung angesichts seines Todes 1905 in die Hand der von ihm testamentarisch errichteten und mit einem Vermögen von mehr als 3 Millionen Mark ausgestatteten „Alexander und Fanny Simon'schen Stiftung" gelegt war. „Im Interesse meiner Glaubensgenossen und des Vaterlandes", hatte Simon verfügt, solle die Stiftung „Hand- und Fabrikarbeit, Handwerk, Landwirtschaft, Garten- und Obstbau unter den Israeliten ... verbreiten."

Das 1909 erworbene Lehrgut Steinhorst diente der landwirtschaftlichen Ausbildung junger Juden. Auf dem 863 Morgen umfassenden Gut wurden gleichzeitig 18 Lehrlinge in der Acker-, Weide-, Forst- und Gartenwirtschaft ausgebildet.

1913 nahm das in Peine erbaute „Simon'sche Seminar für Gartenbau und Handfertigkeit" die Arbeit auf. Hier wurden in Abstimmung mit den staatlichen Schulbehörden Halbjahreskurse für Lehrer- und Lehramtskandidaten aller Konfessionen eingerichtet, um sie für den Unterricht im Schulgarten und in Handfertigkeiten besonders auszubilden. Zum Seminar gehörten neben den Werkstätten Mustergärten, eine Gemüseplantage und ein botanischer Garten.

Beide Einrichtungen stellten während des Krieges ihre Arbeit ein. Die inflationäre Geldentwertung zerstörte das Stiftungsvermögen und nach 1919 mußten das Lehrgut und das Seminar aufgegeben werden.

DIE BERLINERS – EINE JÜDISCHE FAMILIE IN HANNOVER 1773-1943

Die Familie Berliner war über 170 Jahre in die Geschichte der hannoverschen Juden eingebunden, sechs Generationen erlebten die Zeit des Schutzjudentums, die Periode der rechtlichen Gleichstellung und des sozialen Aufstiegs der Juden bis zum Antisemitismus des 20. Jahrhunderts und der nationalsozialistischen Judenverfolgung.

Seit 1773 lebte Jacob Abraham Joseph aus Berlin als Schutzjude in der Neustadt. Er führte mit seiner Frau Dina ein schweres Leben, mühsam sicherten sie sich durch Losverkauf und das Angebot eines rituellen Mittagstisches ihre Existenz. Dem Sohn Moses Berliner gelang es, sich mit einer kleinen Tuchhandlung selbständig zu machen, die später von seinem Sohn Samuel übernommen wurde. Großes Ansehen genossen Moses und Samuel Berliner bei ihren Glaubensgenossen, die sie zum Vorsteher des Wohltätigkeitsvereins bzw. Rechnungsführer der Landrabbinatskasse wählten. Als erstes Mitglied der Familie erwarb Samuel Berliner für sich und seine Frau Sally das hannoversche Bürgerrecht.

Die junge vierte Generation nahm die Chance zum sozialen Aufstieg nach Beseitigung des Sonderrechts für Juden wahr. Aus Samuel und Sallys Söhnen wurden zunächst Geschäftsleute, später – als die technischen Erfindungen des nach USA ausgewanderten Bruders Emil (Mikrofon 1877, Schallplatte und Grammophon 1887) produktionsreif erschienen – bewährten sich vor allem Jacob und Joseph Berliner auch als Techniker und Fabrikanten: sie gründeten 1881 die „Berliner Telephonfabrik", 1898 die „Deutsche Grammophon Gesellschaft" und 1900 die „Hackethal-Gesellschaft". In vier Generationen hatten die Berliners den Weg vom Schutzjudentum zum Fabrikantenstand zurückgelegt. Ungeachtet ihrer wirtschaftlichen Erfolge blieben die Berliners stets engagiert in der jüdischen Gemeinde und ihren Institutionen: Jacob war verantwortlich für das Beerdigungswesen und leitete den Gottesdienst in der Synagoge, Manfred war für die Gartenbauschule Ahlem und Moritz für das Lehrerseminar tätig, Joseph wurde 1919 in den Gemeindevorstand gewählt, dessen Vorsitzender er von 1921 bis 1938 war.

Die Geschichte der Familie Berliner in Hannover endete einerseits durch Tod der älteren Generation, andererseits durch Wegzug der Jüngeren, schließlich – nach 1933 – durch Emigration teils nach Palästina, teils nach USA. Als letzten gelang Paul und Blanka Goldmann Ende 1940 die Flucht aus Deutschland.

Zurück blieben in Berlin Cora Berliner, die in der Reichsvertretung der deutschen Juden verantwortungsvolle Aufgaben übernommen hatte, und in Hannover Clara Berliner. Beide Cousinen wurden Opfer des nationalsozialistischen Massenmords an den Juden: Cora wurde im Juni 1942 in den Osten verschleppt, Clara am 16. März 1943 in das KZ Theresienstadt deportiert, wo sie neun Monate später umgekommen ist.

JUDEN IN HANNOVER ALS STÄDTISCHE HONORATIOREN UND POLITISCH AKTIVE BÜRGER

Nach dem Wegfall der äußeren Diskriminierungen der jüdischen Bevölkerungsminderheit gelang einzelnen Juden der Aufstieg in die lokale Honoratiorenschicht. Erster jüdischer Bürgervorsteher wurde 1859 der Fellhändler Behrens; einige Jahre später wurde auch der Geschäftsmann Daniel Heinemann von den Bürgern seines Wohndistrikts in das Ratskolleg entsandt.

In der Wahl Heinemanns wird zweierlei sichtbar: zum einen die Zustimmung für den Kaufmann und „Hoflieferanten", dessen Erfolg der Bau eines großen Geschäftshauses an Georg- und Bahnhofstraße belegte, zum anderen die Anerkennung für den Repräsentanten des Judentums – Heinemann war seit 1863 Vorsteher der Synagogengemeinde.

Erst mit der Reichsverfassung von 1871 erhielten die hannoverschen Juden endgültig das aktive und passive Wahlrecht, und manche engagierten sich in den entstehenden politischen Parteien. Der Kaufmann und Schriftsteller Isaac Hirsch, einer der wenigen Vertreter der jüdischen Orthodoxie in Hannover, trat 1893 mit einer Schrift gegen die antisemitische Agitation auf.

Für den Weg jüdischer Bürger auf die Seite der bürgerlichen Revolutionäre von 1848 und der sich konstituierenden Arbeiterbewegung steht der bedeutende hannoversche Arzt Louis Kugelmann, der seit den sechziger Jahren mit Karl Marx befreundet war und sich um die Verbreitung von dessen Schriften, u. a. des „Kapital", in Deutschland bemühte. Kugelmann war Mitglied der Internationalen Arbeiterassoziation und blieb bis zu seinem Tode der Sozialdemokratie verbunden.

ANTISEMITISMUS IN HANNOVER VOR 1914

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde – trotz anhaltender judenfeindlicher Tendenzen in den sozialen Mittel- und Unterschichten – die „Judenfrage" wesentlich im Sinne einer Emanzipation der Juden, d. h. ihrer rechtlichen Gleichstellung und sozialen Integration diskutiert. Seit der gesellschaftlichen Krise der Jahre nach 1870, der Großen Depression, dominierte die gegenläufige Tendenz, der Antisemitismus, mit Forderungen nach erneuter Ausgrenzung der Juden.

Die moderne antisemitische Bewegung im Kaiserreich aktivierte die hergebrachte religiös motivierte Judenfeindschaft und verband sie mit wirtschaftlichen, politischen und rassistischen Argumentationen zu einer neuartigen Weltanschauung, die im Kampf gegen das in die Gesellschaft integrierte Judentum die



Hannover, Osterstraße.

Das Kaufhaus Molling an der Gr. Packhofstraße, vor 1900.
Von den knapp 6.000 jüdischen Einwohnern Hannovers um 1930 traten nur wenige als Personen des öffentlichen Lebens hervor. Stadtbekannt waren aber die Namen der Inhaber von Kaufhäusern im Zentrum wie „Elsbach & Frank", „Bormass", „Sternheim & Emanuel" und „Molling".
Das Textilkaufhaus Molling hatte sich aus einem 1862 durch den aus Hildesheim stammenden Kaufmann Max Molling gegründeten „Weißwaren- und Wäschegeschäft" entwickelt. Anfang der dreißiger Jahre, in den Jahren der Weltwirtschaftskrise, mußte das Kaufhaus Molling seine Tore schließen.

Beseitigung der liberalen Staats- und kapitalistischen Sozialordnung anstrebte. Erstmals wurde der Antisemitismus zu einem politischen Kampfmittel der Parteien, von dem sich nur die linksliberale Fortschrittspartei und später auch die SPD offen distanzierten.

Zwar zerfielen die eigenständigen antisemitischen Parteien nach der Jahrhundertwende, aber ihr Programm wurde von antiliberalen und antisozialistischen Organisationen wie dem Alldeutschen Verband, dem Bund der Landwirte und dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband übernommen und in deren völkischen Nationalismus integriert.

PATRIOTISCHER EINSATZ UND VERWEIGERTE ANERKENNUNG

Bei Kriegsausbruch 1914 zogen die Wehrpflichtigen unter den Juden – insgesamt 761 Männer aus einer Bevölkerung von etwa 4.500, Frauen, Kinder und Alte einbegriffen – wie die nichtjüdischen Soldaten ins Feld, viele als Kriegsfreiwillige wie die Cousins Alfred und Felix Berliner, begeistert und überzeugt von der Aufgabe, das Vaterland zu verteidigen. Die Frauen wurden in den Hilfsorganisationen tätig; Kriegsstiftungen entstanden. Gemeinde und Vereine

stellten der Kriegshilfe große Geldbeträge zur Verfügung; Krankenhaus, Seminaristeninternat, Kinderhort, Erholungsheim und Ahlemer Mädchenhaus wurden dem Militär als Hilfslazarette übergeben.

Nach dem Waffenstillstand 1918 wurden 92 jüdische Kriegstote aus Hannover gezählt; von den 175 eingezogenen Ahlemer Schülern und Absolventen waren allein 26 gefallen. Unter den Opfern waren Felix Berliner, Ernst Müller und Semmy Berliner. Unberücksichtigt sind noch die im österreichischen Heer dienenden Soldaten aus ostjüdischen Familien.

Die mit dem Kriegseinsatz verbundene Demonstration nationaler Zuverlässigkeit blieb jedoch ohne die erhoffte Wirkung. Jüdische Soldaten wurden diskriminiert und benachteiligt, und auf Verlangen des Kriegsministeriums wurde 1916 sogar eine „Judenzählung" im Militär durchgeführt. Der immer radikaler auftretende Antisemitismus, der insbesondere die Angst vor der „jüdischen Gefahr" aus dem eroberten Osteuropa schürte, wurde seit 1915 zu einem wichtigen Faktor der alldeutschen Kriegspropaganda gegen Verzichtspolitik und internationale Verständigung und band die alten Eliten des Kaiserreichs mit dem beunruhigten Mittelstand und Kleinbürgertum zusammen: deren Revolutionsfurcht wurde in Judenfeindschaft umgelenkt.

1921 richtete die Synagogengemeinde in der Halle Strangriede eine Gedenkstätte für die gefallenen jüdischen Soldaten ein. Die Halle wurde dafür durch einen Anbau an der östlichen Stirnseite erweitert, in dem dann die Ehrentafeln mit den Namen der Gefallenen angebracht wurden. Einige der Kriegstoten sind auf dem Friedhof in einer Ehrenreihe beigesetzt.

3. ALS BÜRGER IN DER REPUBLIK VON WEIMAR

DIE JUDEN HANNOVERS NACH 1918

Das politische Selbstverständnis der großen Mehrheit der jüdischen Bürger entsprach dem Namen des „Centralvereins", den sie unterstützten: sie fühlten sich als „deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens". Parteipolitisch waren die Juden hauptsächlich dem Liberalismus zugeneigt, den verfassungstreuen „Demokraten" und der rechten „Deutschen Volkspartei", aber manche wählten auch das katholische Zentrum oder die SPD. Die monarchistisch und nationalistisch Orientierten wurden heimatlos der antisemitischen Ausrichtung der Deutsch-Nationalen wegen.

In sozialer und religiöser Hinsicht stellte das hannoversche Judentum eine heterogene Gruppe dar. Krieg und Inflation hatten die jüdischen Mittelstandsfamilien genauso getroffen wie das nichtjüdische Bürgertum. Die ostjüdischen Familien bildeten einen eigenen sozialen Zusammenhang; in ihren kleinen Geschäften spielte die Mitarbeit der Angehörigen eine große Rolle. Auch in der religiösen Prägung gab es Unterschiede zwischen Ostjuden und Alteingesessenen, die ihrerseits ihr Judentum teils in traditioneller Intensität, teils distanziert praktizierten oder indifferent waren.



Beim Spaziergang im Georgengarten: die Familie Beermann aus der Königsworther Straße (1932). Markus Beermann, geboren 1878 im westpreußischen Tütz, lebte seit 1905 in Hannover; er arbeitete zunächst als Bankkaufmann, wurde dann Privatbankier und war schließlich Bücherrevisor. Die drei Töchter Lotte, Ruth und Ilse, geboren 1908, 1912 und 1919 in Hannover, verließen Deutschland in den Jahren 1935 und 1936 und emigrierten nach Palästina; die Eltern folgten ihnen dorthin wenige Monate vor Kriegsbeginn.

Nach dem Tode des Landrabbiners Gronemann 1918 wurde das Landrabbinat erst 1924 wieder besetzt. Das Amt hatte durch den Rückgang des Landjudentums und die Schließung aller jüdischen Schulen viel von seiner früheren Bedeutung eingebüßt. Daher wirkte der neue Landrabbiner Dr. Samuel Freund, der seit 1907 in der hannoverschen Gemeinde tätig war, als Prediger und Organisator hauptsächlich in Hannover. In seiner Schrift „Tatsachen zur Judenfrage" setzte er sich mit der antisemitischen Welle der Nachkriegsjahre auseinander und drückte seine Hoffnung auf Vernunft und Eintracht in der neuen Republik aus. Mit mutigen Diskussionsbeiträgen in Versammlungen der Antisemiten trat Freund als ein Verteidiger der Juden auf und versuchte auch noch in der Zeit der national-

sozialistischen Verfolgung, der bedrängten jüdischen Gemeinschaft Halt und Zusammenhalt zu vermitteln.

DER NEUAUFBAU DER JÜDISCHEN WOHLFAHRT

Krieg und Inflation hatten die traditionelle Grundlage der jüdischen Armenfürsorge, die auf Stiftungen, Legaten, Sammlungen und Spenden beruhte und sich auf das karitative Engagement Einzelner verlassen konnte, zerstört. Gleichzeitig waren Armut und soziales Elend auch in der jüdischen Bevölkerung erheblich angestiegen.

Die Synagogengemeinde mußte die Wohlfahrtsaufgaben weithin selbst übernehmen und faßte ihre Kräfte in der „Zentralstelle für Wohlfahrtspflege" zusammen. Von hier aus wurden 1927/28, wie der Verwaltungsbericht erläuterte, allein 251 Familien mit insgesamt 647 Personen betreut. Die Notstandsküche mußte über 29.000 Essensportionen ausgeben, die Brotverteilung, die Kleiderkammer, die Wanderfürsorge, der Arbeitsnachweis und die Beratungsstellen wurden ganzjährig in Anspruch genommen. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum mehr als 180.000 RM für Wohlfahrtszwecke aufgewendet, wovon ein großer Teil durch die Synagogengemeinde aufgebracht wurde, die darüberhinaus noch die Besoldung der Verwaltungs- und Betreuungskräfte sowie der Gemeindeschwester zu tragen hatte.

JUDEN IN DER HANNOVERSCHEN ÖFFENTLICHKEIT DER ZWANZIGER JAHRE

Aus der knapp 6.000köpfigen jüdischen Bevölkerung können nur wenige als Personen des öffentlichen Lebens bezeichnet werden. In der Kommunalpolitik wurden zwei jüdischen Bürgervorstehern von ihren Parteien wichtige Aufgaben übertragen: Justizrat Philip Benfey wurde einer der Sprecher der „Bürgerlichen Mitte", Iwan Katz Fraktionsredner erst der SPD, später der KPD. Beide waren aber nur bis 1924 im Rat tätig. In der Industrie war die große Zeit der Fabrikantenpersönlichkeiten inzwischen vorbei: aus den Familienbetrieben waren längst Aktiengesellschaften geworden. Stadtbekannt blieben dagegen die Namen der Inhaber von Kaufhäusern im Zentrum wie Molling, Elsbach & Frank, Bormass und Sternheim & Emanuel. Ferdinand Elsbach war Sprecher der Einzelhandelsvereinigung Hannover. Eine ähnliche Funktion übte der Privatbankier Dr. Karl Herzfeld als Vorsitzender des Vereins Hannoverscher Bankfirmen e.V. aus. Über Hannover hinaus bekannt war Kommerzienrat Hermann Gumpel, einer der Leiter der deutschen Kaliindustrie. Siegmund Seligmann, seit 1879 Direktor der Continental-Gummiwerke, wurde 1923 zum Ehrenbürger der Stadt ernannt. Bedeutende Wissenschaftler wie Reinhold Rüdenberg, Otto Meyerhof und Carl Neuberg waren zwar in Hannover geboren, lebten und wirkten jedoch an anderen Orten. Nur vorübergehend waren Künstler wie der Opernkapellmeister Richard Lert und der Schauspielregisseur Georg Altman in Hannover tätig.



Abendgesellschaft im Hause von Walter und Margarete Elsbach an der Hohenzollernstraße (1929). Die Elsbachs zählten zu den wohlsituierten hannoverschen Bürgern, der Dipl. Ingenieur Walter Elsbach, geboren 1893 in Hannover, war als Mitinhaber des Bekleidungshauses Elsbach & Frank ein bekannter Geschäftsmann. Am Beispiel der Elsbachs wird deutlich, daß eine unausgesprochene soziale Diskriminierung auch alteingesessene jüdische Familien traf: zwar hatte man im geschäftlichen Leben vielfältige Kontakte mit überwiegend nichtjüdischen Partnern, aber zum persönlichen Kreis gehörten doch fast nur jüdische Freunde.

DAS JÜDISCHE GEMEINDELEBEN 1918-1933

Die Modernisierung der Gemeindeverwaltung und ihre Anpassung an die veränderten Gesetze der Republik, insbesondere nach der Erzbergerschen Steuerreform 1919, gehörte zu den wichtigsten inneren Aufgaben der Synagogengemeinde. Nacheinander erarbeitete der Vorstand unter der Leitung des Kommerzienrats Joseph Berliner ein neues „Statut betreffend das Abgabewesen" (1923), eine neue „Anstellungs-, Besoldungs- und Disziplinarordnung" für die Gemeindebeamten (1925), die neue „Friedhofs- und Beerdigungsordnung" (1926) und ein neues „Statut für die Verwaltung der Synagogengemeinde" (1930). Umstritten war die 1930 erlassene Wahlordnung, weil sie kein allgemeines Stimmrecht vorsah und weiterhin die Ostjuden ausgeschlossen blieben.

Inzwischen hatten sich in der Synagogengemeinde sogar zwei Parteien gebildet: die „Liberalen" waren an Reformen des Gottesdienstes in der Synagoge interes-

siert und wollten ihren Einfluß im Gemeindevorstand verteidigen, während die „Volkspartei" den althergebrachten traditionellen Gottesdienst beibehalten und vor allem sämtlichen in Hannover lebenden jüdischen Männern und Frauen ein Stimmrecht ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Beruf und Steuerkraft erkämpfen wollte.

Trotz der erheblichen finanziellen Schwierigkeiten, in die die Gemeinde nach 1918 geriet, wurden verschiedene Einrichtungen neu geschaffen oder modernisiert. Im November 1924 konnte an der damaligen Burgwedeler Straße in Bothfeld der dritte jüdische Friedhof Hannovers eingeweiht werden. Seine Anlage war nötig geworden, weil die Aufnahmemöglichkeiten auf dem Friedhof Strangriede erschöpft waren. Die Verwaltung der bisherigen Stiftungs-Waisenhäuser wurden im gleichen Jahr reformiert und das Gebäude am Emmerberg unter der Bezeichnung „Vereinigte Waisenhäuser der Synagogengemeinde Hannover" wieder in Betrieb genommen. 1925 eröffnete die Gemeinde im Neubau an der Ohestraße erstmals einen großen jüdischen Kindergarten. Mit dem Projekt eines großzügig angelegten Altersheims für „alleinstehende Damen der gebildeten Stände" trat die 1927 gegründete „Minna-James-Heineman-Stiftung" an die Öffentlichkeit. Nach Plänen des bekannten Architekten van de Velde wurde die Anlage 1930 an der Brabeckstraße in Kirchrode errichtet.



Frühstückspause im jüdischen Kindergarten an der Ohestraße.
Bereits 1914 entstand auf dem Gelände des Lehrerseminars aus privaten Spenden ein Neubau für einen jüdischen Kindergarten. Die Synagogengemeinde und der „Jüdische Frauenverein" als Träger wollten vor allem für Kinder aus ärmeren Familien ein fürsorgliches Tagesheim schaffen. Krieg und folgende Geldentwertung verzögerten die Eröffnung des Kindergartens; erst 1925 konnte man die Einweihung der lange geplanten Einrichtung feiern. Dem Kindergarten angeschlossen war ein Hort für Schulkinder, deren Eltern berufstätig waren.







Die Religionsschule der jüdischen Gemeinde.
Die Einrichtung einer Gemeinde-Religionsschule im Jahr 1836 gehörte zu den reformerischen Bestrebungen des Landrabbiners Adler. Die Schule sorgte fortan für den Religionsunterricht der Kinder aus jüdischen Familien: Lehrer Weinberg mit Schülerinnen (1930); Hebräischstunde; der dreizehnjährige Simon ist „Bar Mizwa" (hebr.: Sohn der Pflicht) geworden und - nach erstmaligem Aufruf zur Thoravorlesung in der Synagoge - in die Gemeinde aufgenommen.

Von 1920 bis 1938 erschien das „Nachrichtenblatt" als jüdische Wochenzeitung in Hannover. Es enthielt aktuelle Berichte, politische wie religiöse Beiträge lokale Korrespondenzen und Termine sowie Anzeigen.

Die Jugendarbeit der Gemeinde wurde neu aufgebaut und vor allem durch die Berufung Dr. Emil Schorschs als Rabbiner, dem man den Religionsunterricht und die Betreuung der jungen Generation anvertraute, entscheidend gefördert. Das „Israelitische Familienblatt" berichtete: „Besondere Sorgfalt hat die Gemeinde der modernen Gestaltung des Religionsunterrichts zugewandt ... Aus grauen Stuben wurden farbenfrohe Räume. Die alten Bänke schwanden, ganz disziplinlose Tische und Stühle traten an ihre Stelle. Veraltete Lehrbücher

mußten neuzeitlichen Lernmethoden weichen. Im engen Zusammenhang mit dieser Arbeit steht die von Dr. Schorsch geleitete Jugendgemeinde, die in ihrem allsabbathlichen Jugendgottesdienst regelmäßig über 150 Besucher aufweist."

NEUE STRÖMUNGEN IM JUDENTUM: DER ZIONISMUS UND DIE JÜDISCHE JUGENDBEWEGUNG

Der moderne Zionismus entwickelte sich am Ende des 19. Jahrhunderts aus dem erwachenden jüdischen Nationalbewußtsein. Die organisierte zionistische Bewegung entstand aus der Initiative Theodor Herzls, der in seiner 1896 erschienenen Schrift „Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage" die Bildung eines eigenen jüdischen Staates vorschlug.

Der erste Kongreß der Zionisten in Basel 1897 beschloß als Leitsatz: „Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina" – kurzfristig sollte die Besiedlung „Palästinas mit jüdischen Ackerbauern, Handwerkern und Gewerbetreibenden" gefördert werden.

Seit 1901 bestand auch eine Ortsgruppe der Zionisten in Hannover, in der sich unter der tatkräftigen Leitung des jungen Referendars Sammy Gronemann, Sohn des Landrabbiners, zwei verschiedene Generationen zusammenfanden: Ältere aus zumeist religiösen Beweggründen, Jüngere aus Begeisterung über Herzls Projekt. Trotz aller Werbung und aktiver Versammlungstätigkeit konnten die hannoverschen Zionisten bis in die dreißiger Jahre nur eine kleine Minderheit unter den Juden mobilisieren; die große Mehrheit stand dem Zionismus ablehnend oder verständnislos gegenüber.

Nach der Jahrhundertwende kam es zu weiteren Initiativen aus der jüngeren Generation des hannoverschen Judentums. 1904 wurde unter heftiger Kritik seitens des Gemeindevorstands erstmals eine eigenständige „Jüdische Turnerschaft" gegründet, nicht zuletzt auch als Reaktion auf antisemitische Tendenzen in den hannoverschen Turn- und Sportvereinen. Die „Jüdische Turnerschaft" ging später in den „Vereinigten Turnerschaften Hannover" auf. Der VTH betrieb neben dem Turnsport auch Leichtathletik und vor allem verschiedene Mannschaftsspiele.

Konkurrent und Wettkampfpartner des „deutschjüdischen" VTH war der 1919 gegründete „ostjüdische" Sportverein „Bar Kochba Hannover", der ebenfalls Turnriegen, Ballspielmannschaften und eine Leichtathletikabteilung unterhielt.

Neben den Sportgruppen bildete sich auch eine jüdische Jugendbewegung in Hannover. Der erste Jugendbund war der zionistisch geprägte „Blau-Weiß", der mit Heimabenden, Diskussionen und Wanderfahrten bereits die Arbeitsweise der später gegründeten Bünde vorwegnahm. Nach der Auflösung der religiös und politisch neutralen „Kameraden" um 1932 entstanden mehrere Organisationen, die sowohl die religiösen wie die nichtreligiösen, die pro- und antizionistischen,



Professor Theodor Lessing (1872-1933).
Lessing, seit 1908 Privatdozent, seit 1922 Professor der Philosophie an der Technischen Hochschule in Hannover, war Mitbegründer der „Freien Volkshochschule Hannover-Linden", deren Leitung seine Frau Ada Lessing übernahm.

die konservativen und die sozialistischen Tendenzen innerhalb der jüdischen Jugend repräsentierten. Zu den späteren Gründungen zählt auch der 1933 entstandene Bund „Makkabi Hazair", dessen Mitglieder im Stil der damaligen Zeit mit Wimpeln und in Fahrtenkluft auftraten. Die Sport- und Jugendbewegungen organisierten einen großen Teil der jüdischen Jugend in Hannover und repräsentierten den aktivistischen Teil im Judentum.

ANTISEMITISMUS UND GEGENREVOLUTION: KAMPF GEGEN DEMOKRATIE UND MENSCHENRECHTE – FÜR DIE VÖLKISCHE DIKTATUR

Die antisemitische Agitation der zwanziger Jahre trat radikaler und brutaler auf als die der Vorkriegszeit. Mehr noch als das Erscheinungsbild hatten sich aber gesellschaftliche Bedeutung und politische Funktion des Antisemitismus verändert: aus dem Randphänomen der wilhelminischen Gesellschaft wurde ein zentraler Faktor für die Schaffung einer einheitlichen Front der Republikgegner in der sozial heterogenen und politisch zersplitterten Rechten.

Noch vor den Hunger- und Friedensrevolten der Arbeiter 1918 hatte sich der Kern der Gegenrevolution formiert, als deren Vollstrecker 1933 die Nationalsozialisten die Macht eroberten. Nach der Kapitulation 1918 verbreitete die zunächst geschwächte Rechte in Millionen von Flugblättern und Plakaten ihre

Behauptung, daß „die Juden" alle Schuld an der Katastrophe trügen. Gerade die antisemitische Agitation sollte der Rechten innerhalb des parlamentarischen Systems erneut eine Massenbasis verschaffen. Für den Aufstieg des Nationalsozialismus, vor allem den inneren Zusammenhalt der faschistischen Massenbewegung, war der Antisemitismus von ausschlaggebender Bedeutung.

ANTISEMITISMUS IN HANNOVER

In Hannover war der organisierte Antisemitismus durch die Deutsch-Nationale Volkspartei, den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, eine Vielzahl völkischer Gruppen, darunter dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, sowie die 1921 gegründete Ortsgruppe der NSDAP vertreten. Auf Resonanz stieß die Agitation der Antisemiten vor allem in den bürgerlichen Bevölkerungsschichten. Die großen hannoverschen Tageszeitungen „Anzeiger" und „Kurier" druckten kommentarlos antisemitische Anzeigen und sogar seitenlange Beilagen ab. Aufsehen erregten die jahrelangen Kampagnen gegen die Aufführung moderner Theaterstücke in Hannover.

Wiederholt wurden die religiösen Stätten der Juden geschändet, wurde die Synagoge beschmiert, zum Beispiel 1927 mit riesigen Hakenkreuzen und der Aufschrift „Schlagt die Juden tot!" Im übrigen setzte die NSDAP jedoch ihre antisemitische Propaganda eher taktisch ein, etwa bei der Mittelstandsagitation in ihren Kampagnen gegen die angeblich „jüdische Erfindung" der Warenhäuser.

Unübersehbar war die Verbreitung des Antisemitismus unter Akademikern und im Bildungsbürgertum, wie die Rufmord-Kampagne gegen Theodor Lessing, Professor der Philosophie in Hannover, in den Jahren 1925/26 offenlegte. Lessing hatte durch seine sozialkritische Berichterstattung über den Fall und Prozeß des Massenmörders Haarmann und seine scharfe Opposition zur Wahl des Generalfeldmarschalls Hindenburg in das Amt des Reichspräsidenten einen Sturm der Entrüstung im deutschnationalen und völkischen Lager hervorgerufen. Als die Studenten begannen, nicht nur Lessing persönlich zu terrorisieren, sondern mit demonstrativem Abzug aus Hannover drohten, vereinigte sich die Bürgerschaft mit Oberbürgermeister Menge an der Spitze, um Lessings Vertreibung aus dem Lehramt durchzusetzen und dadurch wirtschaftlichen Schaden von der Stadt abzuwenden. Auf einer Hochschultoilette war zu lesen: „Ich begrüße die Beseitigung des Judenschweines." Lessing mußte schließlich seine Lehrveranstaltungen einstellen. Nach seiner Flucht aus Hannover wurde er am 30. August 1933 in Marienbad durch sudetendeutsche Nationalsozialisten ermordet.

JÜDISCHE ABWEHRVERSUCHE

Die hannoversche Gruppe des „Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" bemühte sich nach Kräften, der antisemitischen Propagandaflut seit 1918 entgegenzutreten. Der Central-Verein stand über den verschiedenen religiösen Richtungen im Judentum und war auch parteipolitisch neutral; er wollte die deutschen Juden „in der tatkräftigen Wahrung ihrer staatsbürgerlichen und



„Masel tow!" (hebr.: Viel Glück!) lautet ein traditioneller jüdischer Glückwunsch; „Masel tow!" wünscht man einem Brautpaar bei der Hochzeit.
Als im Sommer 1929 eine Angestellte der Fa. J. Krieger & Co., Trikotagen und Wäscheversand, Tivolistraße 4, heiratete und per Eisenbahn in die Flitterwochen fuhr, kletterten ihre Kolleginnen auf das Dach des direkt an der Bahnstrecke stehenden Geschäftshauses und wünschten dem jungverheirateten Paar auf der Vorbeifahrt: „Masel tow!".

gesellschaftlichen Gleichstellung ... bestärken." Im CV wurde der Antisemitismus niemals bagatellisiert, der Abwehrkampf vielmehr intensiv durch eigene Publikationen, Aufklärungsschriften, Anzeigen und Flugblätter betrieben. Den Aufstieg des Nationalsozialismus begriff man im CV als Folge von Fehlinformation, mangelnder rationaler Erkenntnis und unzureichender liberaler Gesinnung, setzte demgegenüber auf Sachlichkeit, politische Leidenschaftslosigkeit und die Überzeugungskraft der Wahrheit. An der Seite des CV stand der betont nationale Reichsbund jüdischer Frontsoldaten. Außerhalb des Judentums erhielt der CV bei seinen Appellen an Vernunft und Rechtsstaatlichkeit lediglich die Unterstützung der SPD, die sich in einer Broschüre scharf mit dem „Juden- und Rassenhaß des reaktionären Faschismus" – so der Titel – auseinandersetzte.

MINDERHEIT IN DER MINDERHEIT: OSTJUDEN IN HANNOVER

Das fast unvorstellbar große soziale Elend der Juden in Osteuropa, die politische Repression und der ständige Schrecken der Pogrome insbesondere im Zaren-

reich, führten noch vor der Jahrhundertwende zur Emigration hunderttausender Juden. Das Ziel der Mehrzahl war die Auswanderung nach Amerika. Im Transitland Deutschland entstanden jüdische Hilfskomitees zur Unterstützung der Juden aus Osteuropa, zum Beispiel in Berlin.

Besonders stark war die Fluchtbewegung 1905/06, ausgelöst durch furchtbare Pogrome nach dem russisch-japanischen Krieg und der revolutionären Erschütterung des Zarismus.

Auch durch Hannover rollten in dieser Zeit täglich zwei Auswandererzüge mit 200-300 Personen. Manche der ostjüdischen Emigranten blieben für Wochen oder Monate, ehe sie ihre Reise fortsetzten, andere für immer: bis 1913 hatten sich 800 Juden aus Galizien und Polen endgültig in Hannover niedergelassen. Diese Zuwanderer setzten große Erwartungen in ihr neues Leben in Deutschland: es schien ihnen nicht nur Rechtssicherheit sowie Wohlstand durch harte Arbeit zu bieten, sondern auch Kultur, Toleranz und Bildungsaufstieg für die Kinder.

Als unmöglich stellte sich jedoch sogleich die Aufnahme der Ostjuden in das hannoversche Judentum heraus. Die deutschen Juden empfanden eine große Distanz gegenüber ihren osteuropäischen Glaubensgenossen, deren Sprache, Kleidung, traditionelle Religiosität und Armut sie an ihre eigene Herkunft aus dem durch die Emanzipation überwundenen voraufklärerischen deutschen Ghettojudentum erinnerte. Die Synagogengemeinde organisierte zwar vielfältige und vorbildliche Fürsorgemaßnahmen für die Ostjuden, verweigerte ihnen jedoch prinzipiell Mitgliedschaft und Mitsprache. Die ostjüdische Bevölkerung schuf sich ihre eigenen Unterstützungs- und Kulturvereine und betete in eigenen Betstuben.

In der Agitation der Antisemiten – besonders seit 1918 – wurden die ostjüdischen Flüchtlinge dämonisiert. Die antisemitische Hetze ließ die Flüchtlinge teils als gefährliche bolschewistische Sendboten aus dem Osten, teils als ausbeuterische Kapitalisten erscheinen, die Deutschlands Kultur und Moral verderben wollten. Forderungen kamen auf, die Ostjuden in Lagern einzusperren und zu deportieren. Führend in der Hetze gegen die Ostjuden in Hannover war die deutschnationale Niederdeutsche Zeitung.

Eine der ostjüdischen Familien in Hannover waren die Stubs; die Eltern Leo und Chaja Stub mit ihren Kindern Mathilde, Emil, David, Friedel und Simon sowie die Großeltern Chaim und Liebe Stub. Seit 1901 lebten die Großeltern Stub in Hannover, betrieben einen Altwarenhandel in der Bäckerstraße. Ihr Sohn Leo flüchtete 1915 vor den anrückenden russischen Armeen nach Hannover, wo die Familie in der Altstadt ein kleines Lebensmittelgeschäft mit rituellen Nahrungsmitteln für jüdische Kunden eröffnete. Die Stubs unterstützten stets die zionistische Bewegung; 1933 beschlossen sie, angesichts der Nazi-Herrschaft Deutschland zu verlassen und gingen nach Palästina, um dort – die Eltern in Tel Aviv, die Kinder in verschiedenen Kibbuzsiedlungen – abermals eine Existenz zu begründen.

4. UNTER DER HERRSCHAFT DES NATIONALSOZIALISMUS

Zur „Judenfrage" hatte die NSDAP in ihrem Parteiprogramm von 1920 verkündet: „Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist, ohne Rücksichtnahme auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein. Wer nicht Staatsbürger ist ..., muß unter Fremdengesetzgebung stehen ... Wir fordern, daß alle Nicht-Deutschen, die seit 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden."

Gegen den Aufstieg der Nazis hatten die deutschen Juden – vor allem durch die Aufklärungsarbeit des Centralvereins jahrelang zu wirken versucht. Nach der Niederlage der NSDAP bei den Novemberwahlen schrieb das Nachrichtenblatt zur Jahreswende 1932/33: „Der Hitlerwahn scheint zurückzugehen. Das deutsche Volk glaubt den ewigen Versprechungen nicht mehr ... Das Jahr 1933 möge Ruhe bringen, zum Nutzen der Juden und des deutschen Volkes." Die Hoffnungen waren trügerisch: gerade die vorübergehende Schwächung der Nationalsozialisten erleichterte es dem bürgerlichen Lager, der NSDAP am 30. Januar 1933 die Regierungsmacht zu übertragen. Nach den Märzwahlen und der ersten Terrorwelle gegen die Arbeiterbewegung stimmten alle Parteien bis auf die SPD sogar einer unbegrenzten Handlungsvollmacht für die Regierung durch das Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 zu.

Der radikale Nazi-Antisemitismus war jetzt Regierungsprogramm; von einem Tag auf den anderen war die politische, rechtliche und wirtschaftliche Existenz der deutschen Juden höchst unsicher geworden.

Der von der Reichsregierung für den 1. April 1933 ausgerufene „Juden-Boykott" und das am 7. April verfügte „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" sowie das „Gesetz gegen die Überfüllung von deutschen Schulen und Hochschulen" vom 25. April zeigen die nationalsozialistische Praxis des Antisemitismus als Wechselspiel von Terror und Politik gegenüber den Juden.

Am Boykottag zogen in Hannover wie überall SA-Posten vor sogenannten jüdischen Geschäften, vor Arztpraxen und Anwaltskanzleien auf, um die Inhaber einzuschüchtern und Kunden und Besucher abzuschrecken. Der Aufruf des Stürmer-Verlegers und Gauleiters Streicher war in Hannover durch eine Sonderausgabe der Niedersächsischen Tageszeitung verbreitet worden. Viele Juden erlebten erstmals die Bedrohung durch die Nationalsozialisten unmittelbar – durch die Sperrposten und hetzerische Parolen, durch Beschmierungen und Plakatierungen an ihren Geschäften.

Im organisierten Boykott und zahlreichen anderen überfallartigen Aktionen gegen Ladengeschäfte nahm die Terrorisierung von Juden eher die Form des traditionellen Pogroms an und eröffnete dabei den radikalen Antisemiten innerhalb der Parteiorganisation und SA ein Aktionsfeld. Die aus dem Kreis der Altnazis wiederholt in scheinbar neutraler Aufmachung publizierten Zusammenstellungen der „Juden in Hannover" sollten in Wirklichkeit zum Pogrom

aufhetzen; ihnen war die scheinheilige Frage vorangestellt: „Wer kann beweisen, daß an folgenden Juden jemals Greuel verübt wurden?" In diesen Zusammenhang gehört auch die von der hannoverschen Studentenschaft am 10. Mai 1933 an der Bismarcksäule in der Masch inszenierte Bücherverbrennung. Bis 1938 kam es in Hannover immer wieder zu einzelnen Ausschreitungen und Übergriffen gegenüber Juden durch Mitglieder der Nazi-Massenorganisationen – als Ausdruck eines ungeregelten Antisemitismus von unten.

Dem stand die „kalte" antijüdische Politik von Regierung und Verwaltung gegenüber, deren wesentliches Merkmal die präzise Normierung von Gesetzen und Verordnungen sowie deren konsequente Umsetzung war. Bereits mit den ersten Maßnahmen 1933 war ein Sonderrecht für Juden eingeführt worden. Damit wurde die im 19. Jahrhundert erreichte Rechtsgleichheit beseitigt und der Prozeß der Emanzipation mit einem Schlag rückgängig gemacht. Von einschneidender Bedeutung waren die sogenannten Nürnberger Gesetze vom 15. September 1935, denn sie bildeten den gesetzlichen Rahmen für die weitere Verfolgung der Juden. Das „Reichsbürgergesetz" sonderte die Juden als „Staatsbürger" minderen Rechts von den „Reichsbürgern" ab, und mit einer Vielzahl von Durchführungsbestimmungen perfektionierte die Bürokratie in der Folgezeit die rechtliche und soziale Diskriminierung der Juden, vor allem durch die Ende 1935 publizierten Arierparagraphen: „Jude ist, wer von mindestens drei der Rasse nach volljüdischen Großeltern abstammt ...". Als Folge der Entrechtung der Juden nahmen die Fälle von Eigentumsübertragungen an Nichtjuden, die sogenannten Arisierungen von Betrieben, Geschäften und Grundstücken schnell zu.

Der Terror gegen einzelne Personen sowie das Entsetzen und die wirtschaftliche Not auf der Seite der Juden führten bereits 1933 zu einer erheblichen Fluchtbewegung aus Deutschland. Jüdische Hannoveraner verließen ihre Heimatstadt und emigrierten teils in verschiedene westeuropäische Länder, teils nach Palästina – darunter der Schriftsteller Werner Kraft, der seine Stelle als Bibliothekar an der Provinzialbibliothek verloren hatte und zuerst nach Paris, 1934 nach Jerusalem ging.

SELBSTHILFE UND SELBSTBEHAUPTUNG IN DER NOT - DIE JÜDISCHE GEMEINSCHAFT IN HANNOVER 1933-1938

Für die Juden in Hannover bedeutete der Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft: Entlassungen jüdischer Angestellter und Beamter, Berufsverbot für viele Ärzte und Juristen, auch Künstler, erste Geschäftsaufgaben nach den Boykottaktionen und erzwungene Firmenverkäufe, Ausschluß jüdischer Mitglieder aus Organisationen und Vereinen, verstärkte Diskriminierung und Ausgrenzung in der Öffentlichkeit, soziale Isolierung in der Nachbarschaft und in den Schulen. Niemand trat mehr für die Juden ein; sie waren – nach jahrzehntelangem Kampf um gesellschaftliche Integration – plötzlich auf sich allein gestellt.



Kinderfest des Jüdischen Frauenvereins, Chanukka 1934.
Ein Höhepunkt bei diesem Fest war das Märchenstück vom „Spielzeugkünstler", der immer neue Spielsachen wie Puppen und Harlekins erfand, die von Kindern dargestellt wurden. „Aber das Allerschönste war doch, wie der Spielzeugkünstler eingeschlafen war und ihm im Traum der Chanukkaleuchter aus seiner Kindheit erschien. Der war so groß wie ein Mensch, und auf seinen Armen, gerade unter den brennenden acht Lichtern, guckten strahlende Kindergesichter hervor und unten zu Füßen der Menora lagen als Gaben alle die Spielsachen aus dem Stück aufgebaut..." (aus: Nachrichtenblatt der Synagogengemeinde Hannover).

In dieser Situation waren die hannoverschen Juden gezwungen, sich ungeachtet aller sozialen Unterschiede und internen Auseinandersetzungen zur Selbsthilfe zusammenzufinden. In der Synagogengemeinde wurde den Zionisten eine stärkere Vertretung im Vorstand eingeräumt; 1937 gelang auch die lange umstrittene Beseitigung des Aufnahmeprinzips, und fortan waren alle in Hannover lebenden jüdischen Männer und Frauen gleichberechtigte Gemeindemitglieder.

Trotz der wirtschaftlichen Schwächung der Juden gelang es der Gemeinde, ihr Budget zu erhalten und ihre Einrichtungen zu bewahren und auszubauen: der jüdische Stellennachweis half hunderten Arbeitsloser, die jüdische Fürsorge weitete ihre Tätigkeit aus, für Auswanderungswillige wurden Beratungsstellen geschaffen – darunter eine Zweigstelle des Palästinaamtes – sowie Sprachkurse organisiert.

Für die jüdischen Jugendlichen, aber auch für ältere Arbeitslose waren die bereits 1933 eingerichteten Kurse zur Berufsausbildung und Umschulung wichtig. Die Gartenbauschule in Ahlem richtete Notkurse von dreimonatiger Dauer ein, die den Teilnehmern handwerkliche Grundkenntnisse vermitteln sollten.

Die Einwanderung nach Palästina wurde vor allem von den zionistischen Jugendorganisationen angestrebt, die für ihre schulentlassenen Mitglieder überall in Deutschland landwirtschaftliche Ausbildungszentren und – in den Städten – Wohngemeinschaften für Jugendliche mit Lehrstellen aufbauten. Die jüdischen Sport- und Jugendbewegungen versuchten, den Kindern und Jugendlichen durch systematische Erziehungsarbeit neues Selbstvertrauen zu vermitteln. Um diese Arbeit zu fördern, ließ der Gemeindevorstand 1934 die Alte Synagoge renovieren und stellte sie für die Jugendbetreuung und als Turnhalle zur Verfügung.

Das wichtigste Vorhaben der Synagogengemeinde war die Einrichtung der jüdischen Volksschule, die im Mai 1935 mit 4 Lehrern und 84 Schülern eröffnet wurde. Im Schulgebäude Lützowstraße konnten in den folgenden Jahren mehrere hundert Kinder in einer geschützten Atmosphäre unterrichtet werden. Der Erwachsenenbildung dienten die Vorträge im „Jüdischen Lehrhaus", einer Art Volkshochschule, deren Aufbau ebenso wie die Vielfalt kultureller Angebote und Informationsveranstaltungen innerhalb der Gemeinde Ausdruck der Selbstbehauptung der hannoverschen Juden war.

DER POGROM VOM 9. NOVEMBER 1938

Seit dem Frühjahr 1938 gingen die Nationalsozialisten mit einer Vielzahl von bürokratischen und Polizeimaßnahmen gegen die Juden vor, um deren wirtschaftliche Ausschaltung zu beschleunigen und den Druck zur Auswanderung zu verschärfen: Zwang zur Vermögensanmeldung (26.4.), Anmeldung und öffentliche Kennzeichnung der „jüdischen Betriebe" (14.6.), prinzipielles Berufsverbot für Ärzte und Anwälte (25.7. und 29.9.), Zwang zur Annahme „jüdischer Vornamen" (17.8.). Die Synagogengemeinden verloren ihren Rechtsstatus (28.3.) und konnten ihre Mitglieder weniger denn je schützen. Im Juni setzte eine Verhaftungswelle im gesamten Reichsgebiet ein; im Oktober wurden 17.000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit aus Deutschland ausgewiesen, darunter 484 Juden aus Hannover, die in einer Nacht- und Nebelaktion zusammengetrieben und am 28.10. über die polnische Grenze deportiert wurden.

Höhepunkt des NS-Terrors gegen die Juden 1938 war der organisierte Pogrom vom 9., 10. und 11. November, als überall in Deutschland von Nazi-Aktivisten, darunter SA- und SS-Einheiten, Synagogen in Brand gesteckt, jüdische Einrichtungen zerstört, Wohnungen und Geschäfte geplündert und demoliert wurden. Es blieb nicht bei Angriffen auf Gebäude und Eigentum: 30.000 Juden wurden in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen verschleppt, wo mehrere Hundert von ihnen durch Mißhandlungen umkamen und den übrigen die sofortige Auswanderung unter Zurücklassung allen Besitzes abgepreßt werden sollte. Neue Verordnungen verboten jede weitere Geschäftstätigkeit und bewirkten zugleich eine Sperrung aller nach erheblichen Vermögensabtretungen an den Staat verbliebenen Geldbeträge (12.11.). Die soziale Isolierung wurde durch den Ausschluß jüdischer Schulkinder von öffentlichen Schulen und ein generelles Verbot des Besuchs kultureller Veranstaltungen vertieft. Jüdische Organisationen wurden zerschlagen, die jüdische Presse ver-



Die zerstörte Synagoge am Morgen des 10. November 1938.

boten; die legale Existenz des deutschen Judentums war beendet, die jüdischen Familien der Verelendung preisgegeben.

Für die Zerstörung der Neuen Synagoge in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 waren Kommandos der hannoverschen SS verantwortlich, die am Abend vorher zu einer Kundgebung im nahegelegenen Konzerthaus zusammengezogen war. Gegen Mitternacht wurde die Synagoge ausgeraubt und in Brand gesteckt. Die spät alarmierte Feuerwehr beschränkte sich auf den Schutz der umstehenden Häuser. Am frühen Morgen wurde die Kuppel durch die Technische Nothilfe gesprengt.

Im Verlauf des 10. November schwärmten die SS-Kommandos im gesamten Stadtgebiet zu Verhaftungsaktionen und Wohnungs- sowie Geschäftsplünderungen aus. Tagsüber wurde auch die 1928 erbaute Halle auf dem jüdischen Fried-

hof Bothfeld in Brand gesetzt und zerstört. Die Polizei griff nicht ein; ihre Berichte geben jedoch einen Überblick über die Zerstörungen. Insgesamt wurden 334 Juden aus Hannover und Umgebung verhaftet und in das KZ Buchenwald deportiert; 27 Wohnungen und 94 Ladengeschäfte wurden demoliert.

Die NS-Propaganda prägte für den – geplanten – Pogrom die verharmlosende Bezeichnung „Reichskristallnacht" und stellte die Ereignisse als Ausdruck spontanen Volkszorns über das Pariser Attentat Herschel Grünspans hin – Grünspans Familie, seit 27 Jahren in Hannover ansässig, war unter den Deportierten der Oktober-Aktion gewesen. Die Propagandathese von der Volkswut sollte bemänteln, daß der Novemberpogrom eine Wende in der nationalsozialistischen Behandlung der „Judenfrage" darstellte: war der Antisemitismus auch schon vor 1938 immer mehr zur Staatsangelegenheit geworden, so wurde jetzt die NS-Judenpolitik an die SS übertragen, die über Apparat und Personal des modern organisierten Reichssicherheitshauptamts verfügte.

Fortan kam individuellen Übergriffen von Antisemiten keine wesentliche Bedeutung mehr zu – die Bevölkerung konnte sich abseits halten und angesichts des staatlichen Vernichtungsprogramms bei aller judenfeindlichen Prägung und in Indifferenz flüchten.

GHETTOISIERUNG, VERSCHLEPPUNG UND ERMORDUNG

Nach dem Novemberpogrom 1938 war innerhalb der jüdischen Gemeinde an eine geregelte Arbeit im Interesse der noch in Hannover lebenden 2.000 Juden nicht mehr zu denken, denn die Gestapo kontrollierte jedes Vorhaben der Gemeindevorsteher, nachdem sie bereits die Akten der Gemeindeverwaltung sowie die Bibliothek beschlagnahmt hatte. Auch das Archiv des Landrabbinats wurde nach dem Tod des Landrabbiners Freund im Juni 1939 konfisziert. Gemeinderabbiner Schorsch war nach seiner Entlassung aus Buchenwald noch 1938 mit seiner Familie aus Deutschland geflüchtet, so daß die hannoversche Gemeinde ohne Rabbiner war. Für den Gottesdienst wurde wieder die Alte Synagoge – 68 Jahre nach der Schließung – in Benutzung genommen.

Auf Anordnung der Gestapo mußten sich 1939 fast alle jüdischen Einrichtungen und Vereine in Hannover auflösen oder verloren durch Eingliederung in die „Reichsvereinigung der Juden" ihre Selbständigkeit, darunter die Gartenbauschule Ahlem. Die Reichsvereinigung, der alle Juden angehören mußten, stand unter Befehl und Aufsicht des Reichssicherheitshauptamtes, das auf diese Weise die Enteignung des jüdischen Vereinsvermögens und der Stiftungen zugunsten des Staats betrieb. Einzig die Heineman-Stiftung blieb aus außenpolitischen Gründen – der amerikanischen Staatsbürgerschaft ihres Gründers wegen – bis zur deutschen Kriegserklärung an die USA im Dezember 1941 unangetastet.

Hoffnungslos überfordert war die jüdische Fürsorge, die aus nachlassenden Mitteln immer mehr Hilfsbedürftige unterstützen mußte. Nach der Auswanderung vieler Jugendlicher und jüngerer Familien und der Massenflucht zwischen Novemberpogrom 1938 und Kriegsbeginn 1939 war die hannoversche





Ermordet 1941-1945.
Jüdische Kinder und Jugendliche aus Hannover wurden Opfer des Nazi-Massenmords: Die Brüder Heinrich und Nathan Pomeranz, geboren 1925 und 1938, wurden mit ihren Eltern im Juni 1939 nach Polen deportiert – ihr späteres Schicksal ist unbekannt; Hilde Cohn, geboren 1930, wurde nach Riga deportiert und ist „verschollen". Die Namen dieser und anderer Kinder und Jugendlichen stehen auf den Schrifttafeln des Mahnmals am Opernhaus.

Gemeinde überaltert, und nur die wenigen arbeitsfähigen, zum Straßenbau zwangsverpflichteten Männer hatten noch ein eigenes Einkommen. Mit Einführung des Bezugsscheinsystems bei der Lebensmittel- und Kleiderversorgung der Bevölkerung wurden einschränkende Sonderregeln für die Juden erlassen und noch fortwährend verschärft: keine Versorgung mit Fleisch und Fisch, keine Kleiderkarte, keine Milchlieferungen, keine Raucherkarte, keine Obst- und Süßwaren. Besondere Anordnungen der Gestapo Hannover für die Juden, etwa Ausgehverbot, Verbot des Kontakts zu Nichtjuden, Zuweisung von Einkaufszeiten mußten von den Gemeindevorstehern publik gemacht werden, denen für den Fall von Verstößen mit Kollektivstrafen gedroht wurde. 1940/41 gab es für die hannoverschen Juden kaum noch eine Hoffnung auf Emigration; Angst und Schrecken breiteten sich aus.

Im Sommer 1941 verwandelten zwei weitere einschneidende Maßnahmen die soziale Ausgliederung der Juden in sichtbare Ghettoisierung: am 1. September wurde die „Kennzeichnung der Juden" angeordnet und das Tragen des „Judensterns" in der Öffentlichkeit verlangt; zugleich mußten die Juden ihre Wohnungen verlassen und auf polizeilichen Befehl hin in ein behördlich bestimmtes sogenanntes Judenhaus umsiedeln. Diese Maßnahme, die in Hannover bereits seit 1939 angebahnt worden war, wurde vom 3. bis 5. September

abschließend durchgeführt; dabei arbeiteten Gestapo, Stadtverwaltung und staatliche Behörden eng zusammen. Mehr als 1.000 Menschen, darunter Alte, Kinder und Kranke, wurden in 14 hannoverschen Judenhäusern, die überall im Stadtgebiet lagen, zusammengepfercht.

Die Friedhofshalle Strangriede wurde zum Massenquartier für über 100 Juden. Aus einer Zeugenaussage 1949: „So wurde ich auf Anordnung, welche am 3.9. 1941 vormittags etwa 10 Uhr übergeben wurde, befristet bis zum 4.9.1941 – 18 Uhr – also innerhalb 36 Stunden aus der Wohnung in die Räume des Hauses Strangriede 55 eingewiesen, welches auf dem Jüd. Friedhof liegt. In diesem Hause sowie im Nebengebäude in der Leichenhalle wurden etwa 130 Menschen untergebracht. Dieselben bekamen nur einen ganz begrenzten Raum von etwa 2 qm, wo nur eine Bettstelle stehen konnte. Als Schlafgelegenheit wurden angewiesen die Leichenhalle sowie der Bodenraum im Haus Strangriede 55. In diesen Räumen wurden die Eingewiesenen in unwürdigster Weise untergebracht. Es wurde auf Geschlecht oder Altersunterschied keinerlei Rücksicht genommen. Es lag neben der alten Frau ein junger Mann, daneben ein junges Mädchen, dann wieder ein Ehepaar, ebenso wurden auch Kinder wahllos mit eingewiesen.

Der Bodenraum wie auch die Halle waren nicht verschalt und dadurch im Winter furchtbar kalt und im Sommer unerträglich heiß. Durch diese schlechte Unterbringung sind natürlich viele Leute krank geworden. Ferner stand für die gesamte Belegschaft nur eine Toilette und im Parterre auf dem Flur nur eine Wasserleitung zur Verfügung. Herr Dr. Riehn (Gesundheitsamt) hat sich zu der Zeit die Räume angesehen und auf die Gefahren hingewiesen; ihm ist dann aber, soweit mir bekannt ist, mitgeteilt worden, er möge sich um derartige Angelegenheiten nicht kümmern."

Furchtbare Lebensumstände herrschten auch in anderen Judenhäusern. Im Dezember 1941 wurden Gerüchte zur Gewißheit, daß die Deportation der hannoverschen Juden in den Osten bevorstehe.

Bereits 1939 waren die im eroberten Polen lebenden Juden in Ghettos eingeschlossen worden, und im Winter 1939/40 hatte es bereits Deportationen deutscher Juden dorthin gegeben. Der organisierte Massenmord an den europäischen Juden begann nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941, wo den SS-Einsatzgruppen bis zum Jahresende eine Million Menschen zum Opfer fielen. Seit Herbst 1941 wurden die deutschen Juden nach dem Osten deportiert, in die Ghettos von Lodz, Riga, Minsk, Lublin. Ihr Schicksal und das aller Juden im deutschen Machtbereich wurde auf der berüchtigten Wannsee-Konferenz am 30. Januar 1942 besiegelt, bei der die Vertreter des Reichssicherheitshauptamts, der NSDAP und der verschiedenen Reichsministerien die organisierte Vernichtung des jüdischen Volkes beschlossen, ein Mord- und Ausraubungsprogramm ungekannter Größenordnung. Dafür entstanden neben den hunderten Konzentrationslagern besondere Todes- und Vernichtungslager, die Mordfabriken von Chelmno, Belzec, Sobibor, Treblinka, Majdanek und Auschwitz.

Aus Hannover und Umgebung wurden zwischen 1941 und 1945 bei acht Transporten 2.400 Juden in Ghettos und Vernichtungslager verschleppt, davon am 15.12.1941 1.001 nach Riga, am 31.3.1942 500 nach Warschau, am 23.7.1942 584 nach Theresienstadt, am 2.3.1943 38 nach Auschwitz, am 16.3.1943 31 nach Theresienstadt, am 30.6.1943 9 nach Theresienstadt, am 11.1.1944 17 nach Theresienstadt und am 20.2.1945 220 nach Theresienstadt.

Die Deportationsbefehle gingen von der Gestapo Hannover aus; staatliche, kommunale und Justizbehörden wirkten bei der Durchführung der Aktionen mit oder waren informiert. Die Zusammenlegung der Juden in wenigen Massenquartieren war eine den Abtransport vorbereitende Maßnahme gewesen. Wiederholt wurden Bewohner der Strangriede-Gebäude von den Deportationen erfaßt.

Nur wenige der 2.400 Deportierten überlebten; sie berichteten später von den kaum vorstellbaren Schrecken und Leiden während der Zeit ihres Ghetto- und Lageraufenthalts. Die Riga-Deportierten waren auf Arbeitskommandos in der Rüstung aufgeteilt worden, jedoch war ihr Leben – von Mißhandlungen, Hunger und Krankheiten abgesehen – ständig bedroht durch die regelmäßigen Selektionen im Ghetto und die Weitertransporte in eines der Vernichtungslager. Dieses Schicksal teilten auch die nach Theresienstadt deportierten Juden. Die im März 1942 Verschleppten gelangten nach Warschau und wurden Opfer der Vernichtung des dortigen Ghettos. Beim Einmarsch der amerikanischen Truppen in Hannover lebten in der Stadt weniger als 100 Juden, die meisten geschützt durch nichtjüdische Angehörige. Zugleich wurden die seit 1943 in Hannover errichteten KZ-Außenlager mit einigen hundert jüdischen Häftlingen befreit.

5. DER LANGE WEG ZUM NEUAUFBAU DER JÜDISCHEN GEMEINDE

Die Besetzung Hannovers durch amerikanische Truppen bedeutete für die wenigen überlebenden Juden die Befreiung aus ständiger Lebensgefahr. Aus ihrer Mitte bildete sich ein Hilfskomitee für die dringlichsten Aufgaben: Kontakt zur Besatzungsmacht mußte hergestellt werden, Verpflegung, Kleidung, Möbel und Wohnraum waren zu beschaffen, den Rückkehrern aus den Lagern mußte geholfen werden, viele bedurften ärztlicher Hilfe. Unter der Leitung von Norbert Prager fand am 8. September 1945, dem jüdischen Neujahrstag, der erste Gottesdienst im Haus Spinozastraße 5 statt; dort waren die ersten Heimkehrer untergebracht worden.

Im Laufe des Jahres 1945 ging die soziale Fürsorge für die jüdischen Hannoveraner auf den „KZ-Ausschuß“ über, der als eine Organisation der Selbsthilfe in Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung alle Opfer der Nazi-Herrschaft betreute. Die neu gegründete Jüdische Gemeinde versuchte, den Zusammenhalt der hannoverschen Juden zu wahren und das religiöse und kulturelle Leben zu stärken. Die Gemeinde war erst in der Rumannstraße untergebracht; seit 1950 befanden sich Betsaal und Verwaltung in der Ellernstraße.

Neben der Jüdischen Gemeinde trat das „Jewish Committee Hannover“ als Interessenvertretung der in der Stadt lebenden Displaced Persons auf, früherer

Zwangsarbeiter, die aus verschiedenen Ländern nach Norddeutschland verschleppt worden waren, sowie Überlebender des KZ Bergen-Belsen. Das Jewish Committee hatte zeitweise für mehr als tausend Menschen zu sorgen, die zum größten Teil auf eine Einreiseerlaubnis nach USA oder Palästina warteten.

„Der neu gegründeten jüdischen Gemeinde zu Hannover im Jahre 1945 für das Archiv. Am 10. April (Dienstag) 1945 Vormittag 10.30 besetzten amerik. Truppen Hannover. Wir sind von den 'Nazis' befreit! Nach einigen Tagen beginnen die Herren Nussbaum, Prager u. Jonas sich zu bemühen, eine neue Jüdische Gemeinde zu gründen und die jüdischen Interessen wahrzunehmen. Diesen Herren ist es zu danken, daß am Sonnabend den 8. September 1945 (Neujahr) um 9 1/2 vormittags der 1. Gottesdienst in der Spinozastr. 5 (vorher Nietzschestr.) abgehalten werden konnte. Herr Prager hat die Gottesdienste, Neujahr und Versöhnungstag, als Vorbeter, Kantor und Vorleser bewundernswert durchgeführt. September 1945 Heinrich Sandler".

DIE GEMEINDE IN DEN FÜNFZIGER JAHREN

Bis 1949 hatten die meisten der im Nachkriegs-Hannover lebenden Juden, ob Heimkehrer oder DPs, die Stadt verlassen und waren ausgewandert. Dennoch blieb die Jüdische Gemeinde bestehen: manche, vor allem ältere Mitglieder, fühlten sich den Belastungen eines Neuanfangs im Ausland nicht gewachsen, andere wollten aus persönlichen Gründen trotz der schrecklichen Erlebnisse der Verfolgung in ihrer Heimatstadt bleiben. Für diese Menschen hatte die Gemeinde zu sorgen. Ihr erstes großes Bauprojekt war die Errichtung eines jüdischen Altersheims, das 1953 in der Haeckelstraße 6 eröffnet wurde. Zwei weitere wichtige Aufgabenbereiche der Gemeinde bis in die sechziger Jahre hinein: die Beratung und Unterstützung für die in aller Welt lebenden Mitglieder der früheren Synagogengemeinde bei ihren Ansprüchen nach den Wiedergutmachungsgesetzen, daneben die Hilfe für Besucher, die als Zeugen in NS-Prozessen nach Hannover kamen.

Das Jewish Committee löste sich 1955 auf, und die von ihm betreuten Familien wurden Gemeindemitglieder. Seit 1957 wurde wieder Religionsunterricht für Kinder und Jugendliche erteilt. Langsam verlor die Jüdische Gemeinde auch ihrem Selbstverständnis nach den Charakter eines vorübergehenden Provisoriums. Bis dahin hatten die über 400 Juden in Hannover ihre Lebensperspektive in Deutschland mit der Formel „auf gepackten Koffern sitzend" beschrieben. Nunmehr wirkten soziale Faktoren wie Sprache, Beruf und familiäre Beziehungen in zunehmendem Maße bindend.

In der „Restgemeinde" waren – vielleicht unerwartet – Kontinuität und Tradition entstanden, und man mußte sich mit dem Fortbestand einer Jüdischen Gemeinde Hannover auseinandersetzen. Damals begann die Planung eines neuen Zentrums für die zukünftige Arbeit der Gemeinde in der Haeckelstraße. Vorstand und Repräsentanz entschieden sich für den Neubau einer Synagoge, eines Kultur-



Einweihung der Synagoge an der Haeckelstraße 1963.
Bei der Grundsteinlegung für die neue Synagoge an der Haeckelstraße sprach der Gemeindevorsteher Norbert Prager von einem ‚geschichtlichen Neubeginn für die Juden in Hannover", nachdem aus der „Restgemeinde" der ersten Nachkriegsjahre eine neue Jüdische Gemeinde Hannover mit mehreren hundert Mitgliedern entstanden war. Mit dem feierlichen Einzug der Thorarollen wurde die neue Synagoge am 10. November 1963 in Anwesenheit zahlreicher Gäste eingeweiht.

zentrums mit Saalbau und Bibliothek sowie eines Wohnhochhauses für jüdische Familien.

Noch vor der Grundsteinlegung für das neue Gemeindezentrum konnte im September 1960 die neue Friedhofshalle in Bothfeld eingeweiht werden. In einer kleinen, aus diesem Anlaß herausgegebenen Broschüre schrieb der „Zentralrat der Juden in Deutschland" zu der gleichzeitigen Errichtung eines Gedenksteins für die ermordeten Juden Hannovers: „Das Ausmaß der Katastrophe, die uns nach 1933 heimgesucht hat, ist zu gewaltig, als daß die Namen derer aufgezeichnet und bewahrt werden könnten, die dem Rassenwahn zum Opfer fielen. Das Andenken dieser Millionen wird in den Herzen der Juden allerorts weiterleben, solange das jüdische Volk besteht ... Indem wir unsere Toten ehren, ehren wir uns selbst. Ihr Andenken verpflichtet uns zu jüdischer Aufbauarbeit, welche die Tradition unserer verstorbenen Brüder an kommende Generationen weitergeben wird."

Unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit wurde die neue Synagoge am 10. November 1963 eingeweiht, 25 Jahre nach dem Nazi-Pogrom von 1938. Die Landesregierung begrüßte die „Entwicklung der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen" ausdrücklich. Die Stadt Hannover betonte die „aufrichtige und von gegenseitigem Vertrauen getragene Zusammenarbeit mit der hannoverschen Jüdischen Gemeinde" und übergab zugleich das der Gemeinde gewidmete Gedenkbuch „Leben und Schicksal". Die jüdischen Gemeinden wurden seit den fünfziger Jahren vom Staat gefördert. Der Anwesenheit von Juden in der Bundesrepublik und der Etablierung neuer Synagogengemeinden wurde aus innen- und außenpolitischen Gründen eine hohe symbolische Bedeutung beigemessen: sie galten als Nachweis für die Überwindung der NS-Vergangenheit und den Aufbau der Demokratie. In der Gesellschaft bestand jedoch der Antisemitismus fort, wie die Welle neonazistischer Übergriffe und Anschläge auf jüdische Friedhöfe 1959/60 zeigte; im Januar 1960 wurde das damalige Gemeindehaus Ellernstraße mit Hakenkreuzen beschmiert. Mehrfach gab es auch in Hannover Friedhofsschändungen: zuletzt 1977 und 1987.

1988 besteht die Jüdische Gemeinde Hannover aus 370 Mitgliedern. Als ihre Hauptaufgaben begreift sie die Pflege der religiösen und traditionellen Überlieferungen des Judentums, die Wahrung der Interessen der Mitglieder, die soziale Fürsorgearbeit und die Unterstützung Israels.

LANDRABBINAT UND LANDRABBINER IN HANNOVER 1687-1938 [1]

1. DIE ERRICHTUNG DES HANNOVERSCHEN LANDRABBINATS 1687 UND DIE LANDRABBINER VON 1687 BIS 1802

Wie überall in Deutschland waren die Juden im ausgehenden 17. Jahrhundert auch im Hannöverschen, das als Fürstentum Calenberg gemeinsam mit den südniedersächsischen Territorien, den Fürstentümern Göttingen und Grubenhagen einen der welfischen Staaten bildete, bloß geduldete Bewohner. Lange Zeit fanden die politischen Machtkämpfe zwischen den Landesherren und den Ständen auch ihren Ausdruck in der unterschiedlichen Behandlung der Juden: während die Stände, die Adel, Kirche und Städte repräsentierten, sich aus religiös motivierter Abneigung und wirtschaftlicher Konkurrenzangst immer wieder einer dauerhaften Niederlassung von jüdischen Familien widersetzten und eine Stadt wie Hannover sogar ein Ansiedlungsverbot von 1588 an mit Wirkung bis in das 19. Jahrhundert hinein erlassen konnte, ließen die Landesherren eine begrenzte Anzahl von Juden in den von ihnen direkt verwalteten Ortschaften wie der Neustadt Hannover durchaus zu, freilich nur gegen erhebliche Abgabenleistungen zugunsten des fürstlichen Fiskus. Ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht besaßen nur diejenigen Juden, denen dies von der landesherrlichen Regierung in einem besonderen „Schutzbrief" bescheinigt worden war. Das Schutzverhältnis gewährte den „vergleiteten Juden" und ihren Familienangehörigen nebst den sonstigen im Haushalt lebenden Personen eine gewisse Sicherheit für Leben und Eigentum und erlaubte auch die freie Ausübung der jüdischen Religion, aber zugleich wurden die Möglichkeiten der Juden, sich ihren Lebensunterhalt zu verschaffen, eingeschränkt: sie durften an ihrem Wohnort Klein- und Wechselhandel sowie das Pfandleihgeschäft betreiben; jeder andere Nahrungserwerb wie Landwirtschaft, Handwerk und eigentlicher Handel war ihnen prinzipiell versagt. Dennoch wurden sie zu allen üblichen Steuern und zu den Abgaben an die christliche Geistlichkeit herangezogen und mußten außerdem für den Schutzbrief und dessen regelmäßige Erneuerung hohe Gebühren, das „Schutzgeld", entrichten. Die Anzahl der Schutzjuden wurde von der Regierung sorgfältig kontrolliert; um 1700 waren im Lande insgesamt 72 zugelassen, von denen 9 in und um Münden, jeweils 7 in Osterode und in der Neustadt Hannover und die übrigen verstreut zwischen Hameln, Göttingen und Diepholz ihren Wohnsitz hatten.

---

[1] Veröffentlicht 1987, in: „... daß die Juden in unsern Landen einen Rabbinen erwehlen ...". Beiträge zum 300. Jahrestag der Errichtung des Landrabbinats Hannover am 10. März 1987, Hannover 1987, S. 9-82.
Archivalische Quellen wurden verwendet im Stadtarchiv Hannover [Bestände Altregistratur Hannover, Stadt Linden und Hauptregistratur], im Niedersächsischen Hauptstaatsarchiv Hannover [Bestände Hann 74 (Ämter), Hann 80 Hannover (Landdrostei Hannover), Hann 93 (Geheime Räte, Innere Landesverwaltung), Hann 110 (Staatsrat), Hann 122a (Oberpräsident), Hann 131 (Landrabbinat Hannover), Hann 150 (Provinziallandtag) und Hann 180 Hannover (Regierungspräsident Hannover)] und im Zionistischen Archiv Jerusalem [Memoiren Sammy Gronemann].

Während die Schutzjuden unter einigermaßen gesicherten, wenn auch eingeschränkten Bedingungen lebten, gab es keine Existenzmöglichkeiten für die unvergleiteten Juden. Die Regierung betrachtete sie in ihrem Edikt von 1733 über „Aufenthalt und Handlung der Juden" als Fremde, erlaubte ihnen zwar die Durchreise durch das Land, ließ aber keinen längeren Aufenthalt an einem Ort als für drei, in größeren Städten für acht Tage zu und drohte mit Geldstrafen und Abschiebung. Dies galt jedoch nur für „reputirliche" Juden, gemeint waren Geschäftsleute. Die Armen dagegen waren unerwünscht, und man wollte sie mit drakonischer Härte abschrecken, das Land zu betreten: auf diese bedauernswerten Menschen, die sogenannten Betteljuden, warteten Gefängnis, Zeichnung durch das Brandmal und – bei der dritten Verhaftung – die Todesstrafe.

Bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts blieb die Rechtsstellung der hannoverschen Juden im wesentlichen unverändert, bis dahin war mit der Erteilung oder Verweigerung des Schutzbriefs darüber entschieden, ob Juden im Land toleriert wurden und eine bescheidene Existenz fristen konnten oder ob mittels der Polizeigesetze gegen sie vorgegangen wurde. An diesem bedrückenden Bild jüdischer Lebensbedingungen vom 17. bis weit in das 19. Jahrhundert hinein ändert auch die Tatsache nichts, daß immer wieder einzelne Juden, zumal in den größeren Orten und vor allem in der Neustadt Hannover, nahe am Hof und der Regierung, zu größerem Wohlstand gelangten und gelegentlich auch als Persönlichkeiten aus der Anonymität der am Rande der Gesellschaft geduldeten Judenschaft heraustraten. Entscheidend für einen solchen sozialen Aufstieg war die Anknüpfung enger Beziehungen zum Landesfürsten und dessen Administration, die bei der Absicherung absolutistischer Machtansprüche nach innen und außen, der Ausstattung der Hofhaltung und dem Ausbau des Landes auf tüchtige Helfer angewiesen waren. Dazu wurden auch in Hannover jüdische Kauf- und Finanzleute herangezogen, unter denen Leffmann Behrens (1634-1714) die größte Bedeutung zukommt: seine Kredite ermöglichten es Herzog Ernst August, sich 1692 erfolgreich um die Verleihung der Kurwürde und die Erhebung seines Staates zum Kurfürstentum zu bemühen. Leffmann Behrens, der für seine langjährigen Dienste 1698 von Herzog Georg Wilhelm den Rang eines Hof- und Kammeragenten erhielt, nutzte seinerseits den ihm zugewachsenen Einfluß am Hof, um sich immer wieder für ein besseres Los einzelner jüdischer Glaubensgenossen einzusetzen. Darüberhinaus wurde er zu einem Sprecher für jüdische Interessen: 1673 intervenierte er erfolgreich beim Herzog, als wiederholt der jüdische Friedhof geschändet worden war und konnte erreichen, daß der Herzog seinen Schutzbefehl zugunsten der Begräbnisstätte erneuerte und bekräftigte.

DAS LANDRABBINER-PRIVILEG VOM 10. MÄRZ 1687

Die wohl folgenreichste Initiative von Leffmann Behrens war die durch ihn angeregte Errichtung des hannoverschen Landrabbinats im Jahre 1687. Das Edikt Herzog Ernst Augusts vom 10. März 1687, durch das den Juden die Wahl eines Rabbiners erlaubt und in dem dessen Rechte und Pflichten umrissen wurden, beschreibt die Einflußnahme von Leffmann Behrens: dieser hatte im Auftrage

aller Schutzjuden eine Eingabe an den Herzog gemacht und darin berichtet, daß sie immer dann, wenn Streitigkeiten unter ihnen nach jüdischen Gesetzen entschieden werden müßten, gezwungen seien, sich an auswärtige Rabbiner zu wenden, ein ebenso zeitaufwendiges wie kostspieliges Verfahren, das der abfließenden Gelder wegen auch mit erheblichen Nachteilen für die Wirtschaft des Landes verbunden sei. Diese Argumentation überzeugte, und Behrens' Bitte, den hannöverschen Juden möge ein eigener Rabbiner nach ihrer Wahl zugestanden werden, hatte Erfolg. Dieser Rabbiner, mit Zuständigkeit für das gesamte Staatsgebiet, nämlich die Fürstentümer Calenberg, Göttingen und Grubenhagen, sollte als geistliches Oberhaupt und Richter zugleich fungieren. Zu seinen Kompetenzen gehörte die Leitung des Gottesdienstes in den Synagogen, die Aufsicht über religiöse Zeremonien, die Auslegung jüdischer Gesetze und vor allem auch die Zivilgerichtsbarkeit unter den jüdischen Einwohnern, soweit in deren Streitsachen nach jüdischem Recht geurteilt werden konnte.

Das herzogliche Edikt bestimmte die Aufgaben des Rabbiners in vier Punkten näher:

„1. Erstlich Ihre Jüdische Gesetze, und Ceremonien in ihrer Schule oder Synagoge ... zu dirrigiren und zu solchem ende der unter ihnen gewöhnlichen Zwangs Mitteln und des also genanndten Schul Bannes sich zu gebrauchen.

2. dann auch zweytens, diese wohl unter ihnen Unseren Schutz Juden entstehende Streitigkeiten, als die welche frembde Juden etwa haben oder noch erheben mögten, in Sachen in welchen ihnen denen Mosaischen Gesetzen zu folgen gestattet wird, gühtlich zu vergleichen und zu entscheiden.

3. Was nun drittens derselbe entscheiden und erkennen wird, demselben beyde Theile gebührend geleben, und nachkommen, bey einer nahmhaften Geld Straffe, welche nach Befindung der Personen und anderer Umbstände von ... (dem) Rabbi zu determinieren und halb Unserem Fisco halb ... (der) in Unseren Landen vergleiteter Judenschaft heimfallen und eingeliefert werden soll ...

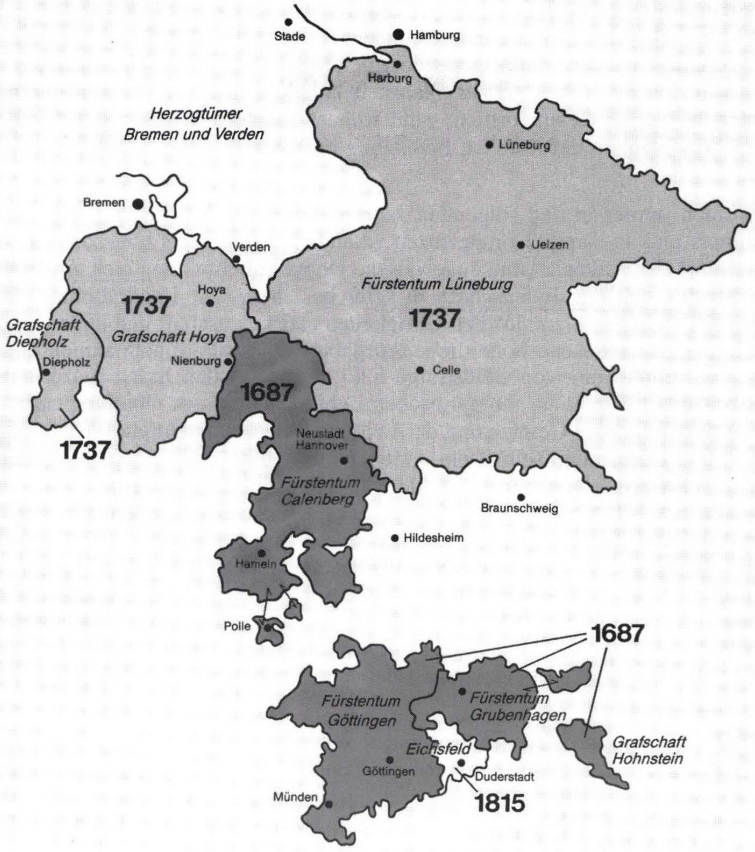
4. Und wie dann Viertens solche Unsere gnädigste Verordnung bloß von denen unter Juden vorfallenden Sachen und Streitigkeiten, weiter aber nicht gemeinet, zu förderst auch ohne Verringerung und Abbruch Unserer Jurisdiction in Civil und Criminal Fällen ... zu verstehen ist, also befehlen wir der sämbtlichen Judenschaft und ihren Rabbi ernstlich und bey Vermeidung der Wiederaufhebung gegenwärtiger Concession ..., daß Sie weiter als was vorhin ... von Uns gestattet wird, nicht gehen ... auch bey denen Straffen keinen Unterschleiff machen noch gestatten sondern dahin sehen sollen, damit die Helfte davon ... gebührend eingeliefert werde ..." (nach einer Abschrift aus dem 18. Jahrhundert).

Das Edikt verteilt sowohl Rechte als auch Pflichten für Rabbiner und Judenschaft nicht zufällig: wo das staatliche Interesse eher gering ist wie bei Synagogenordnung und religionsgesetzlicher Auslegung, wird dem Rabbiner in knappen Worten ein eigenständiger Entscheidungsbereich zugewiesen; demgegenüber werden wortreich Mahnungen und Warnungen formuliert, wo die uneingeschränkten Rechte der landesherrlichen Justiz unterstrichen werden und wo an

die finanziellen Interessen der staatlichen Verwaltung erinnert wird. Das Ausmaß innerjüdischer Streitigkeiten in den Gemeinden jener Zeit ist unbekannt, aber es darf als sicher unterstellt werden, daß Herzog Ernst August sich aus der von ihm erlassenen „Concession" ebenso erhebliche finanzielle Vorteile erhoffte wie sein Sohn Georg Ludwig, der als Kurprinz das Edikt 10 Jahre später, am 9. Oktober 1697, wörtlich erneuerte. Es erscheint nur folgerichtig, wenn dem Rabbiner zur Durchsetzung von ihm verhängter Geldstrafen ohne weiteres jegliche Unterstützung der Behörden zugesagt wurde.

Durch die Errichtung des Landrabbinats 1687 griff der welfische Staat nachhaltig in die inneren Verhältnisse der Judenschaft ein. Freilich galt das „privilegium" zur Wahl eines Landrabbiners nur für die Schutzjuden, während sich an dem harten Los und der Rechtlosigkeit der unvergleiteten Juden und insbesondere der jüdischen Armen, der Betteljuden, überhaupt nichts änderte. Immerhin machte die Regierung durch ihr Edikt deutlich, daß die Zeiten der regelmäßig wiederkehrenden Judenvertreibungen und des mit Zwangsmitteln geförderten Kirchenbesuchs, der staatlich forcierten Judenmission, vorüber waren. Das Prinzip der religiösen Toleranz setzte sich durch. Überall war nunmehr der jüdische Gottesdienst erlaubt, wenn auch die Anlage von Synagogen weiterhin ausdrücklicher Genehmigungen bedurfte. Während vor der Erteilung des Landrabbinerprivilegs die Regierung durch die Schutzbrieferteilung nur einzelnen Personen gewisse Rechte einräumte, anerkannte sie durch ihr Edikt gemeinsame Rechte aller (Schutz-) Juden und konstituierte sie gewissermaßen von oben zu einer Bevölkerungsgruppe, die – als eine der Minderheiten innerhalb der Gesellschaft, unabhängig von dem unsicheren Rechtsstatus jedes Einzelnen, fortan prinzipiell geduldet – ihr symbolisches Bindeglied in der Person des zugestandenen gemeinsamen Rabbiners besaß.

Die neue Politik gegenüber den Juden wurde durch die Erneuerung des Landrabbinerprivilegs 1697 und durch dessen abermalige Bekräftigung in den Verordnungen König Georgs I. vom 7./18. Dezember 1716 sowie König Georgs II. vom 8. Juli 1737 nachdrücklich unterstrichen. Durch die beiden letztgenannten Verordnungen wurde das Landrabbinat noch weiter ausgebaut: 1716 wurde die Richterfunktion des Rabbiners ausdrücklich auch für Streitigkeiten unter Juden in „GeldSachen, Handel und Wandel" betont und ihnen verboten, sich etwa durch Dritte vor ausländische Rabbiner zitieren zu lassen, 1737 wurde die Zuständigkeit des hannoverschen Landrabbiners auf das Fürstentum Lüneburg und die Grafschaften Hoya und Diepholz ausgedehnt (siehe Karte: Das Landrabbinat Hannover 1687-1845). In der Verordnung von 1737 wurde erstmals von dem Recht streitender Parteien gesprochen, gegen das Urteil des Rabbiners in die Berufung bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit zu gehen; jedoch bestand eine solche Möglichkeit wohl auch schon vorher. Dieser Verfahrenshinweis macht aber deutlich, daß die Amtsführung des Landrabbiners selbst der Aufsicht des Staates unterworfen war. Diese staatliche Aufsicht erstreckte sich wie selbstverständlich auch auf das Synagogenwesen und erlaubte den lokalen Obrigkeiten, Eingriffe des Landrabbiners in die Gemeinden rechtlich zu überprüfen.



Das Landrabbinat Hannover 1687–1845

Zum Landrabbinat Hannover seit

- 1687
- 1737
- 1815

Die zugehörigen Territorien sind vereinfacht dargestellt. Am 1. 7. 1845 wurden die südniedersächsischen Gebiete Göttingen, Grubenhagen, Hohnstein und das Eichsfeld dem Landrabbinat Hildesheim zugeordnet.

Entwurf: Peter Schulze
Kartographische Bearbeitung:
Landkreis Hannover
Abteilung Kartographie/Rohde

Eine der wichtigsten Aufgaben für die Landrabbiner wurde nach der Celler Oberappellationsgerichtsordnung von 1712 die Beteiligung bei der Eidesabnahme von Juden vor Gericht. Der besondere „Judeneid" gehörte zu den demonstrativen Diskriminierungsmaßnahmen gegenüber den Juden. Der Landrabbiner mußte vor dem Eid den Schwörenden zur Wahrheit anhalten und vor Meineid warnen; außerdem war er verantwortlich, zehn weitere jüdische Männer beizubringen, deren Anwesenheit der rituellen Bedeutung der Eidesleistung wegen notwendig war.

Was auch immer in den folgenden Jahrhunderten an der Stellung des Landrabbiners und an seinen Kompetenzen verändert wurde, stets blieb die von der Errichtung des Amtes an ihm zugewiesene Doppelfunktion, zugleich ein Diener des Staates und der Judenschaft zu sein, bestehen. Der Landrabbiner stand einerseits zwischen Staat, lokalen Obrigkeiten und Judenschaft und hatte von der Regierung zugewiesene hoheitliche Aufgaben (Disziplinarmaßnahmen gegen Einzelne, Einziehung von Geldstrafen u.a.) gegenüber den Juden auszuführen. Andererseits sollte er im innerjüdischen Leben anerkanntes Oberhaupt bei der Auslegung religiöser Gesetze und der Leitung oder Beaufsichtigung von Gottesdienst und Gemeinden sein. Dem Amtsinhaber mußte seine doppelte Aufgabe um so schwieriger erscheinen, als dem Judentum traditionell eine rabbinisch-bürokratische Hierarchie, vergleichbar dem Aufbau der Kirchenorganisation, fremd ist, und die Gemeinden sich stets durch ihre Mitglieder selbstverwaltet haben. In dieser Hinsicht schuf die hannoversche Regierung mit dem besonderen Institut eines staatlich beaufsichtigten Landrabbinats eine in der Geschichte der Juden außergewöhnliche Regelung. Man kann sagen: durch das Landrabbinerprivileg dehnte der welfische Staat seine Kirchenhoheit, das ius circa sacra, über das er als Teil seiner allgemeinen Staatshoheit verfügte, auch auf das Judentum aus.

Während die Motive, Erwartungen und Vorbehalte seitens der Regierung leicht erkennbar erscheinen, schweigen die Quellen über das eigentliche Anliegen der Juden, so wie es durch Leffmann Behrens vorgebracht worden war. Ihre Intention kann es nicht gewesen sein, zum ersten Mal einen Rabbiner oder Gelehrten ins Land zu holen, denn es darf getrost unterstellt werden, daß zumindest die wohlhabenden Juden in ihrer Familie auch einen Hauslehrer aufgenommen hatten oder sogar – was als Ehrenpflicht galt – Talmudgelehrte finanzierten. Allerdings mag dies nur für die etwas größeren unter den kleinen Gemeinden, besonders für die in der Neustadt Hannover, zutreffend gewesen sein. Vielleicht spielte der Gedanke eine Rolle, ein Landrabbiner könne vor allem für die abseits auf den Dörfern lebenden ärmeren Juden segensreich wirken, mithin seine geistliche Fürsorge gerade denen zukommen lassen, die aus eigenen Mitteln niemals einen Rabbiner oder Lehrer würden unterhalten können. Möglicherweise zielte das Vorhaben aber auch auf eine längerfristige Wirkung zugunsten des Judentums ab: denn durch einen gemeinsamen Landrabbiner mochte nach und nach ein Zusammengehörigkeitsgefühl der verstreut lebenden Juden entwickelt und ihr Zusammenhalt gefördert werden, zum Wohle ihrer

Gemeinschaft und jedes Einzelnen angesichts der Rechtsunsicherheit und schwierigen Erwerbsverhältnisse. Aus jüdischer Sicht wurde rückblickend in der Einrichtung des Landrabbinats etwas wie der Kern einer „Gesamtorganisation des hannoverschen Judentums mit dem Rabbiner an der Spitze" (Freund 1937) erkannt.

DIE SECHS LANDRABBINER VON 1687 BIS 1802

Nachdem durch das Edikt von 1687 die Institution des Landrabbinats geschaffen worden war, kam es darauf an, sie durch die Berufung hervorragender Gelehrter und eindrucksvoller Persönlichkeiten mit Leben zu erfüllen und ihr Autorität zu verschaffen. Die sechs bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts amtierenden hannoverschen Landrabbiner konnten diesen Ansprüchen mehr als gerecht werden. Nachrichten über die Personen und ihre Amtsführung sind nur spärlich überliefert; allerdings hat Gronemann in seinem Buch über die jüdischen Familien Hannovers (1913) ein Kapitel über die Landrabbiner veröffentlicht und hierfür die Nachrufe im hannoverschen Memorbuch und die entsprechenden Grabsteininschriften vom alten Friedhof übersetzt und herangezogen; seine Arbeit liegt den folgenden Anmerkungen zugrunde.

1687 wurde Joseph ben Meschullam Süßel Cohen zum ersten Landrabbiner bestimmt. Ob seiner Ernennung eine Wahl durch die Schutzjuden vorausging, ist unbekannt. Vielleicht hatte die Empfehlung durch Leffmann Behrens, mit dem Süßel weitläufig verschwägert war, ausgereicht. Süßel stammte ursprünglich aus Frankfurt und hatte sich nach der Vertreibung aus Fulda in Osterode am Harz niedergelassen. In einem Bericht über ihn heißt es: „Der Judenrabbi Joseph Süssel wohnt in einem gemieteten Hause ... betreibt große Handlung mit Ausleihung großer Kapitalien, mit Wechseln, Gold, Silber, Juwelen, Waffen und Pfändern." Süßel war ein Kaufmann, der als frommer Jude über genügende Gelehrsamkeit verfügte, um sein Amt als Landrabbiner zu versehen. Da er aber auch seinen Wohnsitz in Osterode beibehielt, wo er am 20. November 1703 starb, ist zu vermuten, daß er wohl nur nebenamtlich als Landrabbiner tätig war.

Zu Süßels Nachfolger wurde 1704 mit dem 68jährigen Joseph Meyer Friedberg ein Mann berufen, der bereits jahrelang als Rabbiner in Hamburg und in Friedberg – daher sein Name – tätig gewesen war und der als Gelehrter größtes Ansehen besaß, was sich nicht zuletzt in der großen Zahl ihm zur Prüfung und Empfehlung vorgelegter jüdisch-wissenschaftlicher Werke zeigt. Friedberg, der wie alle seine Nachfolger seinen Wohnsitz in der Neustadt Hannover nahm, „war ein Mann von asketischer Frömmigkeit, der sich unausgesetzt Fasttage auferlegte und im Winter bei strengster Kälte das Eis zerschlug, um ein religiöses Tauchbad zu nehmen." Ihm wurde der „Nimbus eines Heiligen" zugeschrieben, was erklärt, warum sich sein Wirkungskreis über Hannover hinaus ins Braunschweigische ausdehnte. Im hohen Alter von 99 Jahren starb Friedberg am 17. Februar 1735.

Erst zwei Jahre nach Friedbergs Tod kam es zur Wiederbesetzung des Amtes. Zunächst hatten sich viele der Schutzjuden, die zur Rabbinerwahl aus dem ganzen Lande zusammenkommen und vor der landesherrlichen Verwaltung der

Neustadt Hannover, dem Gerichtsschulzenamt, ihr Votum bekanntgeben mußten, vor der Wahl sehr schnell auf einen Nachfolger geeinigt: es sollte der Hannoveraner Cosman Lehmann sein, ein Stief- und Schwiegersohn des einflußreichen Hof- und Kammeragenten Michael David. Gegen diesen Vorschlag bildete sich jedoch eine Opposition innerhalb der hannoverschen Judenschaft, die durch ihre Sprecher Joseph David Oppenheimer und Salomon Levi schwere Bedenken gegen Lehmann geltend machten, dabei auf seine Abhängigkeit von seiner Familie, seine mangelnde religiöse Vorbildung und vor allem sein Alter verwiesen: Cosman Lehmann war erst 20 Jahre alt. Beide Parteien breiteten ihren Streit vor der Regierung aus, und die Erbitterung war so groß, daß sogar eine Teilung des Amts mit je einem Rabbiner für Hannover und für die ländlichen Gebiete in Betracht gezogen wurde. Die Auseinandersetzung macht deutlich, wie wichtig inzwischen das Amt des Landrabbiners von den Juden genommen wurde. Die Hannoveraner wollten einen Mann mit Erfahrung, Augenmaß und gründlicher Ausbildung, mit „authoritet und modestie ..., weil das Amt eines Rabinen sehr schwer fällt, indem derselbe allen Juden welche in hiesigen Chur-Landen ... sich finden vorstehet, und alle darin vorkommende Jüdische Ceremonien, Reinigungen, Policey, Ehestiftung und Ehescheidung auch Rechtssprüche ... decidiren, und die Protocolla und Acta darüber führen muß ...". An den Rabbiner seien daher hohe Anforderungen zu stellen, er müsse „zu dem Ende die Ebraische Sprache aus dem Grunde nebst dem Talmut und alles was daher fliesset und von denen alten darüber commentirt, verstehen, ... (indem) auch dergleichen Rabinen zufoderst viele Jahre auf denen Jüdischen Universitäten zu Prag, Franckfurth, Fürt und dergleichen sich aufhalten müssen, ehe und bevor selbe das Amt eines Rabinen auch an denen geringsten Orten amtiren können."

Die Regierung war gefordert und folgte den Argumenten der Hannoveraner. Somit blieb es bei einem ungeteilten Landrabbinat. Die Bewerbung Cosman Lehmanns wurde gestrichen, die Regierung traute ihm seines jugendlichen Alters wegen die notwendige „Geschicklichkeit, Gelehrsamkeit und Erfahrung" nicht zu. Zugleich regelte sie das Wahlverfahren neu, um für die Zukunft ähnliche Auseinandersetzungen wenn nicht zu unterbinden, so doch wenigstens zu steuern. Nach diesem Wahlreglement vom 7. Oktober 1735 sollte die Rabbinerwahl durch eine Kommission vorbereitet werden, zu der die Vorsteher sowie weitere vier durch das Los bestimmte Mitglieder der hannoverschen Gemeinde gehörten. Diese Wahlkommissare hatten die Aufgabe, „drey geschickte Jüdische Schrift- und Rechts-Gelehrte aus ihrem Volcke aus(zu)suchen und (zu) benennen", sie zu Probevorträgen einzuladen und schließlich nach Festsetzung eines Wahltermins, die Juden in Stadt und Land zur Stimmabgabe zusammenzurufen. Nur die persönlich abgegebene Stimme zählte. Gewählt war der Bewerber mit den meisten Voten, er wurde neuer Landrabbiner – seine Bestätigung durch die Regierung vorausgesetzt.

Wenig später wurde auf diese Art und Weise Isaak Selig Karo zum hannoverschen Landrabbiner gewählt und 1737 in sein Amt eingeführt. Dieses Wahl-

ergebnis zeigte, daß sich die hannoversche Gemeinde erneut hatte durchsetzen können. Denn Karo war – wie die Hannoveraner es gewünscht hatten – ein bekannter Gelehrter, der schon in den bedeutenden Gemeinden von Kalisch und Posen als Rabbiner gewirkt hatte; er stammte im übrigen aus einer berühmten Familie und wurde als Nachkomme Josef Karos, des großen Talmudisten des 16. Jahrhunderts und Verfasser des jüdischen Religionskodex Schulchan aruch, angesehen. Karo setzte seine Lehrtätigkeit auch in Hannover fort und zog eine große Zahl von Schülern hierher. Er starb am 24. Mai 1755. Eine Verfügung aus Karos Amtszeit gibt Auskunft über das Gehalt des Landrabbiners und dessen Aufbringung. 1741 war das Jahressalär für den Landrabbiner auf 250 Taler festgesetzt worden. Eine Hälfte dieses Betrags hatten die hannoverschen Schutzjuden, die andere Hälfte alle auswärtigen aufzubringen; die Beiträge jedes einzelnen Schutzjuden wurden nach der Höhe seines Vermögens geschätzt und mußten dem Rabbiner in Hannover eingeschickt werden. Zwanzig Jahre später wurden in den einzelnen Gemeinden Beauftragte für Einsammlung und Übersendung der Zahlungen bestellt. Noch im Todesjahr Karos, 1755, wurde Abraham Meyer Cohen aus Hamburg zum Nachfolger berufen, der in seiner knapp bemessenen Wirkungszeit in Hannover – er starb bereits am 28. Juni 1758 – intensiv als Gelehrter arbeitete und die entsprechende Tradition der hannoverschen Landrabbiner fortsetzte.

1761 fiel die Wahl auf Levi Josua, auch Arje Leibusch genannt. Leibusch war wohl „der anerkannteste Talmudgelehrte" (Freund) unter den Landrabbinern des 18. Jahrhunderts. Unter seinen Vorfahren waren mehrere „Meister talmudischer Gelehrsamkeit" (Gronemann), nicht zuletzt Leibuschs Vater, Jakob Josua Falk, dessen bedeutendstes Werk Pne Jehoschua er ergänzte und kommentierte. Diese Arbeit unter dem Titel Pne Arje hat Leibusch zu seinem Ehrennamen verholfen: als Levi Josua oder Leibusch kannten ihn Eingeweihte, aber als „Pne Arje" war er weithin berühmt. Sein jüdisch-wissenschaftliches Werk besteht aus mehreren Veröffentlichungen, aus Gutachten, mit denen er in öffentliche Kontroversen eingriff sowie aus einer Vielzahl handschriftlicher Arbeiten. Das Ansehen Leibuschs bei den jüdischen Gelehrten seiner Zeit zeigt sich auch darin, daß seine Approbationen – das sind Zustimmungsvermerke zu den Werken Dritter – von vielen Kollegen für ihre Publikationen gewünscht und veröffentlicht wurden. Leibusch amtierte 28 Jahre als Landrabbiner in Hannover; nach seinem Tode am 6. März 1789 widmete ihm die hannoversche Gemeinde in Grabinschrift und Memorbuch einen Nachruf „in begeisterten Worten ... (er habe) unausgesetzt die Thora verbreitet (und sei) in der Jugend wie im Alter bis zu seinem letzten Atemzuge für sein Volk in den Riß getreten" (Gronemann).

Die Verehrung Leibuschs endete nicht mit dessen Tod, sondern übertrug sich auf seinen Sohn Behrend Josua, auch Isaschar Berisch genannt, der schon wenige Wochen später als Nachfolger seines Vaters zum Landrabbiner gewählt wurde. Wie jener hatte Berisch im Lehrhaus in Halberstadt studiert, jedoch war er nicht allein an rabbinischen Studien interessiert, sondern öffnete sich den aufklärerischen Strömungen und beschäftigte sich intensiv mit sprachwissenschaftlichen,

mathematischen und astronomischen Fragen. Rafael Levi, der berühmte hannoversche Astronom und sein Lehrer, lobte mit glühenden Worten seinen einzigartigen Kenntnisreichtum. Nach eigenen Aufzeichnungen hat Berisch – was schier unglaublich klingt – in seinem Leben 28mal den Talmud vollständig durchgearbeitet; jedenfalls kann nicht bezweifelt werden, daß auch er zu den unermüdlich arbeitenden Gelehrten im Amt des Landrabbiners gehörte.

Eine seiner letzten Amtshandlungen vor seinem Tode 1802 war die Mitwirkung an einem „Regulativ für die hiesige Juden-Gemeinde" vom 9. August 1802. Darin wird von „mancherley Unordnungen" in der hannoverschen Judenschaft gesprochen, vor allem, „daß verschiedene jüngere Mitglieder ... selbst in der Synagoge dem Ober-Land-Rabbiner die schuldige Achtung und Folgsamkeit" verweigert hätten. Das Regulativ sicherte in mehreren Punkten das Recht des Landrabbiners, an der Leitung der hannoverschen Gemeinde teilzunehmen.

Nach Berischs Tod am 25. November 1802 blieb das Landrabbinat für fast 28 Jahre verwaist; während dieses langen Zeitraums wurden die Geschäfte durch kommissarische Beauftragte weitergeführt.

DIE BEDEUTUNG DES HANNOVERSCHEN LANDRABBINATS VON 1687 BIS 1802

Im Todesjahr Berischs bestand das Landrabbinat 115 Jahre. Allein diese Tatsache mag dafür stehen, daß es den sechs verschiedenen Amtsinhabern gelungen war, ihren vielfältigen Aufgaben prinzipiell gerecht zu werden und die schwierige Doppelfunktion des hannoverschen Landrabbiners in ihrer Zeit erfolgreich auszufüllen. Über ihre amtlichen Verrichtungen ist allerdings nur wenig überliefert. Sollte die Mahnung der Regierung in ihrem erneuerten Landrabbinerprivileg von 1716, schon lange seien „keine Straff-Gelder in Unsere Rentkammer eingeflossen" so zu verstehen sein, daß die Streitfälle unter den Juden abgenommen hätten, und könnte dies dann durch die friedensstiftende Tätigkeit von Joseph Süßel und Joseph Meyer Friedberg, der ersten beiden Landrabbiner, bewirkt worden sein? Von Friedberg ist bekannt, daß er seinen Bezirk bereist und die kleinen Gemeinden besucht hat; Kurfürst Georg Ludwig hatte ihm hierfür einen speziellen Paß ausgestellt, um seine Sicherheit unterwegs zu garantieren.

Wenn es zu Streitigkeiten kam, dann wegen der Verhängung des „Schulbanns" (Verbot der Teilnahme am jüdischen Leben), einem Zwangsmittel, das dem Landrabbiner gegenüber einzelnen Personen bei der Aufsicht über die Gemeinden zur Verfügung stand. Der Regierung ging es in allen Fällen, in denen sie in solche Streitsachen eingriff oder in denen ihr Beistand angerufen wurde, vorrangig darum zu prüfen, ob etwa der Landrabbiner sich ihm nicht zustehende Rechte angemaßt hatte oder im Einzelfall überzogen hart vorgegangen war – so im Streit um den Bann gegen einen Bedienten des Joseph Ganss aus Hannover 1720 und gegen den Schutzjuden Simon Davidt in Celle 1723. Ausdrücklich wurden die Landrabbiner in dem Edikt von 1737 angewiesen, beim Aussprechen des Schulbannes so „zu verfahren, daß solches jedesmal mit gebührender

Behutsamkeit geschehen möge, und niemand darunter praegraviret werde." In den genannten wie auch in anderen Fällen, beispielsweise dem einer Bannandrohung gegen Nathan Schiff in Hameln 1773, wurden die beteiligten Landrabbiner Friedberg und Leibusch vor das Gerichtsschulzenamt Hannover befohlen und dort kräftig gerüffelt, auch unter Strafandrohung aufgefordert, ihre Maßnahmen umgehend zurückzunehmen.

Gegen Karo wurden schon im Jahr nach dessen Amtsantritt 1737 heftige Beschwerden erhoben: er habe eigenmächtig neue Synagogenordnungen erlassen, den Juden auf dem Lande neue Auflagen gemacht und wende den Bann „um Kleinigkeit willen gar zu häufig" an. Während der Untersuchung wurden die hannoverschen Vorsteher zu allen Vorwürfen gehört, und das meiste stellte sich als übertrieben heraus. Aus der Erklärung des Vorstehers Oppenheimer wird der Streit jedoch als prinzipieller Konflikt zwischen rabbinischer Autorität und Gemeindeautonomie erkennbar: „Der jetzige Rabbiner sey aus Polen gebürtig, woselbst den Rabbinern sehr große Macht über die Juden zustehe, und könten in dergleichen Fällen für sich thun, was sie wollten." Man habe aber schon mit Karo verhandelt und es sei ihm „unter der Hand remonstriert worden, daß sich solches bey der hiesigen Judenschaft nicht practicieren lassen würde." In seinem Abschlußbericht schrieb der Gerichtsschulze Telgmann von dem „geistlichen Hochmuth" des Rabbiners, der sich erst im Hannöverschen eingewöhnen müsse – ein Urteil, das sein begrenztes Verständnis für innerjüdische Probleme offenlegt. Jedenfalls führe Karo „dem Vernehmen nach zu Beobachtung der Jüdischen Ceremonial-Gesetze, ein strenges Leben und Wandel, und stehet daher bey der Judenschaft in ziemlicher Autorität und Ansehen." Auch in der Amtszeit Berischs kam es zu Konflikten, zunächst – anläßlich einer Schenkung – über die Anwendung jüdischer Gesetze durch den Landrabbiner. Demgegenüber wollte die Obrigkeit, in diesem Falle das Amt Hoya, das allgemeine Landesrecht durchsetzen. Nach dem Tod des dortigen Schutzjuden Aaron Spannier sollte der Brautschatz der Witwe in Höhe von 400 Talern an den Sohn Levin Ahron Spannier fallen. Berisch bestätigte die entsprechende Schenkungserklärung der Mutter und die Zustimmung der noch minderjährigen Schwester Rechle: die Sache sei rechtsgültig, weil Rechle 20 Jahre alt und nach jüdischem Herkommen bereits volljährig sei. Dagegen schritt das Amt Hoya ein und pochte auf die Landesgesetze in Ehe- und Erbschaftssachen: der Landrabbiner habe seine Kompetenzen überschritten. Auch in diesem Fall gab das Gutachten des hannoverschen Gerichtsschulzenamts den Ausschlag für die Anwendung allgemeinen Rechts; Berischs Entscheidung war somit ungültig. Zwei Jahre später wurde der Landrabbiner wiederum ins Unrecht gesetzt. Die Gemeinde in Diepholz hatte sich eine neue Thora für den Gottesdienst gekauft, kam aber untereinander in Streit wegen der Umlage für die Kosten. Berisch griff ein und setzte einen säumigen Beitragszahler mit Strafandrohungen unter Druck. Die Regierung hielt ihm jedoch entgegen, daß die Ausgaben der Gemeinden nicht seiner Aufsicht unterstellt seien, sondern vielmehr der Kontrolle der lokalen Obrigkeiten.

Der Grundtenor in den Entscheidungen der Regierung über die Amtsführung der Landrabbiner von Süßel bis Berisch ist leicht zu erkennen: stets wurden die Rabbiner auf die ihnen in den Privilegien von 1687, 1697, 1716 und 1737 übertragenen Aufgaben hingewiesen und ihre Kompetenzen entsprechend beschränkt, nicht aber darüberhinaus beschnitten. Es hat den Anschein, daß die Regierung nicht von sich aus in die Amtsführung eingegriffen und ihre Aufsichtsfunktion aus der Distanz wahrgenommen hat. Die alltäglichen Schwierigkeiten im Verkehr zwischen Rabbiner und Behörden dürfen nicht übersehen werden: für die Regierung mußten in Streitsachen die in Jüdisch-Deutsch gehaltenen und in hebräischer Schrift abgefaßten Dokumente erst übersetzt werden.

Das Landrabbinat war zum Zeitpunkt von Berischs Tod 1802 zu einem Amt mit Tradition geworden. Seine Beständigkeit korrespondierte mit der Ruhe und Bedächtigkeit, die in die Staatsgeschäfte des Kurfürstentums nach Erhebung des Landesherrn zum britischen Monarchen 1715 und dessen Weggang nach London eingekehrt waren. Allerdings ist kaum zu beurteilen, in welchem Umfang die Landrabbiner außerhalb des Judentums als seine Sprecher akzeptiert wurden. Um 1800 war die große Zeit der Hofjuden, die ursprünglich die Repräsentanten der Juden gewesen und an die auch die Landrabbinerprivilegien adressiert worden waren (1687: an Leffmann Behrens, 1716: an Michael David) lange vorbei.

Deutlich ist jedoch die nachhaltige Wirkung, die die Landrabbiner im innerjüdischen Leben, vor allem auch in der jüdischen Gelehrtenwelt hinterließen: Hannover war durch Persönlichkeiten wie Joseph Meyer Friedberg, Isaak Selig Karo, Arje Leibusch und Isaschar Berisch zu einem Zentrum talmudischer Forschung und jüdischer Gelehrsamkeit geworden.

2. VOM BEGINN DER VAKANZ 1802 BIS ZUR STAATLICHEN NEUBEGRÜNDUNG DES LANDRABBINATS 1829-1831

Nach dem Tod des Landrabbiners Berisch 1802 standen einer unmittelbaren Neuwahl verschiedene Hindernisse im Wege. Die hannoversche Gemeinde hatte vor der Wahl die Festlegung eines höheren Gehalts vorgeschlagen, um geeignete Kandidaten interessieren zu können, aber dies war ohne Zustimmung der Landgemeinden nicht möglich. Beschlüsse hierzu wie das Wahlverfahren selbst waren jedoch ausgeschlossen, da das Land 1803 von den Franzosen besetzt, 1805 zwar an Preußen abgetreten, jedoch 1806 erneut durch Napoleon mit Krieg überzogen wurde. So kam es auf Vorschlag des Gemeindevorstehers Jacob Moses Gumprecht unter Zustimmung des hannoverschen Gerichtsschulzen Kaufmann am 29. Februar 1804 zu einer Verfügung des General-Polizey-Departements, nach der bis auf weiteres eine interimistische Verwaltung der Landrabbinatsgeschäfte durch die drei von der Michael-Davidschen-Stiftung in Hannover unterhaltenen Gelehrten Isaak Salomon Wilna, Michael Meyer Frensdorff und Markus Adler eintreten sollte. Den Schutzjuden wurde bedeutet, sich wo erforderlich an die genannten Gelehrten zu wenden wie früher an den Landrabbiner. Diese Regelung traf aber – wenigstens außerhalb Hannovers – nur

auf geringe Zustimmung, und 1808 mußten die Rabbinatsverweser bei der Regierung darüber Klage führen, daß die meisten Schutzjuden im Lande ihnen die Rabbinatsgelder verweigerten.

DER GELEHRTE MARKUS ADLER ALS RABBINATSVERWESER 1804-1830

Da die politischen Umstände weiterhin eine ordnungsgemäße Neuwahl des Landrabbiners nicht zuließen, wurde aus dem Provisorium der interimistischen Verwaltung eine Dauereinrichtung. Allerdings starben zwei der drei Rabbinatsverweser früh, Wilna am 18. April 1806 und Frensdorff am 1. Dezember 1810, so daß der dritte, Markus Adler, bis 1830 allein die Last der Geschäftsführung zu tragen hatte. Markus Adler entstammte einer bekannten Frankfurter Familie, deren traditionelle Gelehrsamkeit er fortsetzte. Durch die Michael Davidsche Gelehrtenstiftung nach Hannover gerufen, arbeitete er 47 Jahre lang in dem von ihr unterhaltenen Lehrhaus. Freund macht darauf aufmerksam, daß die Stiftungsgelehrten und besonders Adler keineswegs „nur Männer des alten Schlages waren und sich hermetisch gegen die Anforderungen der neuen Zeit verschlossen", und er belegt dies mit Adlers Gutachten von 1820 zur Frage der Beerdigung jüdischer Toter: „Adler (entschied) entgegen der vielverbreiteten Sitte ..., die Toten am selben Tage zu beerdigen ... (dahin), daß man mit der Bestattung ... 48 Stunden warten solle" und schlug vor, diese Wartezeit für die Juden zur Norm zu erheben.

Die Institution des Landrabbinats überstand unter Adlers Verwaltung mehr schlecht als recht die politischen Veränderungen der ersten beiden Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts. Hannover war 1810 dem von Napoleon geschaffenen Königreich Westfalen einverleibt worden, das seinen jüdischen Bewohnern die vollen Bürgerrechte gewährte – in den Jahren 1811 und 1812 zahlte das jüdische Konsistorium in Kassel das Gehalt für Adler. Aber diese erste politische und rechtliche Befreiung der Juden blieb Episode und wurde nach Wiederkehr der alten Regierung wieder rückgängig gemacht. Im Rahmen des restaurativen Wiederaufbaus des welfischen Staatswesens, das durch den Wiener Kongreß territorial ausgeweitet und zum Königreich erhoben wurde, war kein Platz für Vorstellungen über ausgeweitete Untertanenrechte und Verbesserung der Lage der Juden.

Erst in den zwanziger Jahren erinnerte sich die Regierung der Institution des Landrabbinats. 1823 erging die Aufforderung an den hannoverschen Gerichtsschulzen Kaufmann, über die Verwaltung des Landrabbinats zu berichten. Kaufmanns Untersuchung fiel kritisch aus. Nach seinem Urteil konnte auch der letzte lebende Rabbinatsverweser, Markus Adler, den Anforderungen an das Amt nicht gerecht werden: „Dieser übrigens rechtliche und im Talmud und den übrigen jüdischen Religionsgesetzen und Gebräuchen gelehrte Mann kann nun aber den Geschäften eines Oberland-Rabbiners nicht weiter vorstehen, weil er auch bereits 63 Jahre alt ist, weil er der deutschen Sprache so wenig im Reden als im Schreiben mächtig und daher bei wichtigen Handlungen als Abnahme von Judeneiden und ähnlichen Vorfällen im Gericht ganz unbrauchbar, in weltlichen Dingen völlig unerfahren ist und deshalb das gehörige Ansehen und die einem

Oberland-Rabbiner ganz unerläßlich notwendige Autorität bei der hiesigen Judenschaft so wenig als im Lande besitzt." Kaufmann zog die Schlußfolgerung, es müsse nunmehr – und zwar „so bald als irgend möglich" – ein neuer Landrabbiner gewählt werden.

DER BEGINN DER REORGANISATION DES LANDRABBINATS

Dies war leichter gesagt als getan. Zu viele politische und auch soziale Veränderungen hatte es gegeben, Vorschläge zur „Verbesserung der Juden" waren veröffentlicht, die Aufhebung ihrer bedrückenden Rechtsstellung war denkbar geworden – man konnte nicht einfach an der letzten Rabbinerwahl anknüpfen und die 1802 nicht mögliche Neuwahl jetzt nachholen. Es begann vielmehr eine jahrelange Diskussion, in der die Institution des Landrabbinats Hannover schließlich umfassend überprüft und reorganisiert wurde, eine Phase, die mit der 1829 erfolgenden Neuwahl eines Landrabbiners nicht beendet war, sondern erst mit dem Erlaß neuer Dienstvorschriften 1831 zum Abschluß kam. Die Planungen und Erörterungen nahmen – in formaler Hinsicht – einen eigenartigen Verlauf. Zwar behielt sich die Regierung in sämtlichen Punkten die letzte Entscheidung vor, jedoch delegierte sie die eigentlichen Arbeiten sowie die jeweilige Kontaktaufnahme mit den Vertretern der Juden die ganze Zeit über an einen Beauftragten. Als dieser „Commissarius" wurde erneut der hannoversche Gerichtsschulze Kaufmann berufen. Er erschien in den Augen der Regierung wegen seiner langjährigen Verwaltungserfahrung in der Stadt mit der bedeutendsten jüdischen Gemeinde als Experte für alle das Judentum betreffende Fragen. Kaufmann prägte in den folgenden Jahren mit seinen Gutachten und Vorschlägen wesentlich die Regierungspolitik gegenüber den Juden.

DER KAMPF DER HANNOVERSCHEN JUDENSCHAFT UM DIE AUSWEITUNG DES LANDRABBINATSBEZIRKS

Zunächst ging es um den territorialen Zuschnitt des Amtsbezirks für den zukünftigen Landrabbiner, vor allem darum, ob nach der Erweiterung des Königreichs um die hildesheimischen, osnabrückischen und ostfriesischen Gebiete die Zuständigkeit des hannoverschen Landrabbinats entsprechend und zusätzlich noch auf die Provinz Bremen-Verden ausgedehnt werden sollte. Die Landdrosteien, die staatlichen Verwaltungen der einzelnen Landesteile und Vorläufer der späteren Regierungsbezirke, wurden zur Prüfung aufgefordert, ob der neue Landrabbiner „nicht zugleich für sämmtliche Juden des Königreichs anzusetzen seyn möchte". Diese Prüfung führte im Februar 1824 zu einer überraschenden Entscheidung der Regierung: dem hannoverschen Landrabbinat sollten keine neuen Gebiete zugeordnet, sondern sogar sein südlicher Bezirk von Münden bis Osterode von ihm abgetrennt werden. Den Ausschlag für diese Wendung mag die in materieller Sicht unsichere Stellung des Rabbiners in Hildesheim gegeben haben, zu dessen Stärkung die dortige Landdrostei die Zulegung des Gebiets zwischen Harz und Weser befürwortete. Umgehend erhielt der Gerichtsschulze Kaufmann die Anweisung, die Landrabbinerwahl für den verbleibenden Amtsbezirk in Gang zu bringen.

Dagegen und vor allem gegen die erhebliche Verkleinerung des Landrabbinats erhoben die Vorsteher der hannoverschen Judenschaft heftigen Protest. In ihrem Gesuch an die Regierung vom 21. April 1824 vertraten sie nachdrücklich die Forderung nach Einsetzung eines Oberlandrabbiners für das gesamte Königreich: „Der Wunsch der hiesigen Gemeinde gehet dahin und muß von allen Israeliten im Lande dahin gehen, daß allhier ein Oberland-Rabbiner für das ganze Königreich Hannover erwählt und angestellt werde, ... (damit) die gewünschte Ordnung unter den Israeliten sowohl in Rücksicht ihrer religiösen Handlungen als auch ihrer weltlichen Handel, insoweit selbige zur Entscheidung eines Oberland-Rabbiners stehen, erhalten werden kann." Sie verwiesen auf die in Hannover residierenden Gelehrten, mit denen der Landrabbiner zusammenwirken könnte und auf die Bereitschaft der hannoverschen Juden, die Hälfte seines Gehalts zu tragen. Im übrigen widerspreche die Abtrennung von Göttingen und Grubenhagen den überkommenen Landrabbinerprivilegien. Diese Position der Hannoveraner wurde von Kaufmann nachhaltig unterstützt – sonst könne kaum unter den Juden „einige Ordnung, Ruhe und gleichförmige Behandlung in ihren Angelegenheiten eingeführt" werden. Dennoch wurden die hannoverschen Petenten durch die Regierung barsch zurückgewiesen und ihnen auch die Vollmachten bestritten, für alle Juden im Lande zu sprechen. Immerhin wurden die zuvor abgetrennten Gebiete wieder zurückgegeben.

Der zweite Anlauf zur Neuwahl wurde befohlen. Nun schlug die hannoversche Gemeinde eine Änderung des Verfahrens vor: statt durch das Los sollten die mit den Vorstehern Abraham Herz Cohen, Michel Berend, Ezechiel Simon und Gumpel Lazarus zum Wahlmännergremium zusammentretenden vier Gemeindemitglieder ordentlich gewählt werden. Dies geschah am 24. Juni 1824 in einer Gemeindeversammlung unter Leitung Kaufmanns; die anwesenden 21 Schutzjuden bestimmten zu Beisitzern Herz Wolff Herz, Esaias Samson, Ephraim Meyer und David Jacques. In die Vorbereitungen für die Aufstellung einer Liste mit drei Kandidaten für das Landrabbinat platzte die nächste Überraschung. Die Regierung beschloß, den Lüneburger Bezirk an das Landrabbinat Hildesheim anzuschließen und versetzte dadurch nicht nur die direkt Betroffenen, sondern vor allem wieder die hannoversche Gemeinde in höchste Erregung: „Wir wissen uns nicht zu erklären, wodurch die hiesige jüdische Gemeinde diese Ungnade auf sich gezogen oder wodurch wir es verschuldet, daß eine der ältesten Landes-Provinzen, welche seit beynahe hundert Jahren ausdrücklich der hiesigen jüdischen Gemeinde beygelegt gewesen und immer schon sich zu uns gehalten, uns entnommen ... werden solle ...". Ein Ausweg sollte jetzt in direkten Verhandlungen zwischen den Gemeinden Hannover und Hildesheim gefunden werden, zu denen mit Zustimmung der Regierung unter der Leitung Kaufmanns Delegationen aus beiden Städten am 22. Februar 1825 zusammentrafen. Ein Anschluß Hildesheims an Hannover lag in der Luft. Schließlich blieb aber alles beim alten, nachdem eine Gemeindeversammlung in Hildesheim auf völliger Unabhängigkeit bestand und endlich die Regierung alle Pläne zu Gebietsreformen einstweilig zu den Akten legte.

DIE BILDUNG VERSCHIEDENER PARTEIUNGEN IM VORFELD DER LANDRABBINERWAHL

Zum dritten Male wurde das Wahlgeschäft Anfang 1826 wieder aufgenommen, diesmal – gemäß der Verfassungsurkunde von 1824 für die vereinigte Alt- und Neustadt Hannover – unter Leitung des Stadtdirektors Rumann. Neue Hindernisse ließen aber nicht lange auf sich warten. Diesmal bestanden sie in erheblichen Meinungsverschiedenheiten in der hannoverschen Judenschaft selbst, wie Rumann an die Landdrostei berichtete: „Ein Theil wünsche den alten Marcus Adler, jedoch nur unter der Bedingung, daß ihm sein Sohn, ein junger Mann von einigen und zwanzig Jahren, der noch 2 Jahre in Göttingen zu studiren habe, adjungiert werde. Andere hätten ihr Augenmerk auf einen Mann in Braunschweig gerichtet, noch Andere endlich wünschten einen gewissen Ettlinger aus Carlsruhe ...". Dem Wunsch nach Verschiebung der Kandidatenpräsentation wollte Rumann dennoch nicht nachgeben, den drei Parteien gehe es nur um „Zeit und Raum für ihre Candidaten zu intriguiren ..." und er setzte durch öffentliche Einladung den Wahltermin fest. Der interne Kampf wurde jetzt in Form mehrerer Petitionen an die Regierung herangetragen.

Dabei ging es wesentlich um die Bewerbung des jungen Nathan Adler. 14 Gemeindemitglieder protestierten gegen dessen Nominierung, verwiesen auf sein jugendliches Alter von 22 Jahren und warnten davor, „daß ein Minderjähriger an die Spitze unserer geistlichen Verwaltung gesetzt werde." Dem widersprachen 14 andere Gemeindemitglieder. Wieder und wieder wurde der entscheidende Wahltermin verschoben, und Rumann, entnervt durch das „wetterwendische Judenvolk" – wie er in einem ätzenden Kommentar schrieb – wollte sein Mandat aufgeben. Im Wahlausschuß setzten sich schließlich die Freunde des jungen Nathan Adler durch und beantragten kurzerhand die Aussetzung des gesamten Wahlverfahrens, um nicht zuletzt dessen Volljährigkeit abzuwarten. Ihnen kam die Regierung entgegen und ließ durch die Landdrosteien alle Obrigkeiten anweisen, unter den Schutzjuden eine Umfrage durchzuführen, „ob sie eine zweyjährige Aussetzung der Landrabbinerwahl wünschen" und wie außerdem in diesem Zeitraum die gemeinsam zu tragenden Unterhaltungskosten für Kranke aufgebracht werden sollten. Der Bericht über diese wohl einmalige Abstimmung lag im März 1827 vor. Danach hatten sich 486 Stimmen für und 156 Stimmen gegen die Aussetzung der Wahl erhoben, 50 Enthaltungen waren gezählt worden; die Juden in Adelebsen hatten sich prinzipiell gegen das Landrabbinat ausgesprochen: es sei „ganz überflüssig". Die Aussetzung der Wahl war beschlossen.

DER DRITTE ANLAUF ZUR NEUWAHL DES LANDRABBINERS 1829

Bei der großen Zustimmung zur erneuten Verschiebung hatte die Armut in den jüdischen Landgemeinden sicher eine wesentliche Rolle gespielt, denn die weiterhin andauernde interimistische Verwaltung des Landrabbinats verursachte der schlechten Honorierung für Markus Adler wegen nur geringe Kosten. Dennoch hatte dieser immer wieder große Schwierigkeiten, die ihm aus dem

flachen Land zustehenden Zahlungen durchzusetzen und mußte sich, wie im Jahr 1828, zu ihrer Beitreibung der Hilfe der Behörden bedienen. In vielen Landgemeinden hatte sich die Auffassung verbreitet, bei den von ihnen aufzubringenden Beiträgen für Adlers Gehalt handele es sich um freiwillige Leistungen; Gemeinden mit eigenem Rabbiner, wie diejenige in Celle, zahlten gar nichts mehr.

Der Regierung wurde bei der Untersuchung der finanziellen Lage des Rabbiners Adler deutlich, wie sehr die Institution des Landrabbinats bereits an Autorität verloren hatte. Nachdem darüber hinaus schon seit Jahren Unterstützungszahlungen für arme und kranke Juden im Lande aus der königlichen General-Kasse vorgestreckt worden waren, gab die mangelhafte finanzielle Lage des Landrabbinats Anfang 1829 den Ausschlag für eine abermalige Anweisung der Regierung, die Neuwahl eines Landrabbiners umgehend vorzunehmen. Völlig überraschend erklärte jetzt die hannoversche Gemeinde, daß „die Anstellung eines Landrabbiners ... von keinem wesentlichen Nutzen" und zu kostspielig sei, aber die Regierung setzte ihre Absicht durch und gab auch dem Wahlkommissar Rumann die von diesem erwünschte Rückendeckung zur Beendigung der Vakanz im Landrabbinat.

Im Rückblick stellt diese fast 3 Jahrzehnte andauernde Vakanz keine zufällige Unterbrechung der Tradition des Amtes dar. Zwar mutet das Hin und Her der zwanziger Jahre, die Wahlansetzungen und -verschiebungen, die Gebietsabtrennungen und -rückgaben, schließlich die Diskussion unter rein finanziellen Gesichtspunkten merkwürdig und nebensächlich an. Aber die jahrelange Unmöglichkeit einer personellen und organisatorischen Lösung in der Landrabbinatsfrage hatte grundlegendere Ursachen. Denn seit der Jahrhundertwende waren überall in Deutschland, nicht nur in Hannover, soziale und politische Veränderungen eingetreten, die auch die aus dem 17. und 18. Jahrhundert überkommene Stellung der jüdischen Minderheit in der Gesellschaft und gegenüber dem Staat betrafen. Gleichzeitig amtierte aber eine reaktionäre Regierung, die – im Bewußtsein der in ihren Augen glücklich überstandenen bewegten Zeiten – ihre politische Maxime, die hannoverschen Verhältnisse des vorigen Jahrhunderts wieder herzustellen, auch gegenüber den Juden praktizierte.

Vor allem in der hannoverschen Gemeinde hatte sich die soziale Zusammensetzung seit den Zeiten eines Leffmann Behrens oder eines Michael David verändert: es waren nicht mehr die unter sozialem Druck und in Unfreiheit lebenden Juden, die eines am Hof wohlangesehenen Fürsprechers bedurften; vielmehr zeigte sich in ihrer Führung eine für das Judentum neue soziale Schicht von Personen, Geschäftsleute mit bürgerlichem Lebenszuschnitt und gewachsenem Selbstbewußtsein, denen die Episode der westfälischen Herrschaft erstmals die Bürgerfreiheiten erfahrbar gemacht hatte. Zwar unterzeichneten sie in ihren Petitionen an die Regierung weiterhin „ganz gehorsamst", verfochten aber zugleich nicht ohne Erfolg gemeinsam ihre Interessen.

Die Auseinandersetzungen der zwanziger Jahre – vordergründig um den Zeitpunkt der Landrabbinerwahl – lassen sich in drei verschiedene Phasen unterteilen. Zunächst wollte die Regierung die Neuwahl, verhielt sich aber reserviert, als die hannoverschen Sprecher nicht nur für eine Belebung des Landrabbinats, sondern auch für dessen Ausweitung auf das gesamte Königreich eintraten. Die Regierung befürchtete jedoch den starken Einfluß der selbstbewußten Hannoveraner auf dieses „Oberland-Rabbinat"; dessen Genehmigung wäre mithin das falsche Signal gewesen, da doch an der Rechtsstellung der Juden gar nichts verändert werden sollte. In der Folgezeit wiederholte sie in geradezu bornierter Eintönigkeit immer wieder die Prinzipien der alten Privilegien von 1687, 1697 und 1716, während die Judenschaft – solange ihre internen Differenzen nicht geklärt waren – die Dinge lieber unentschieden lassen und die schwache Interimsverwaltung beibehalten wollte. Schließlich kam es 1829 zu einer paradox anmutenden Wendung, als sowohl Judenschaft als auch Regierung ihre bisherigen Positionen aufgaben: einerseits erklärten die Juden plötzlich das Landrabbinat für unnütz und unnötig, andererseits ließ die Regierung ihre Auffassung fallen, das Institut des Landrabbinats sei als Privileg gewährt, könne mithin von der Judenschaft – nach Gutdünken – angenommen oder aber auch ausgeschlagen werden.

DIE WIEDERERRICHTUNG DES LANDRABBINATS ALS ERKLÄRTES ZIEL STAATLICHER POLITIK SEIT 1829

Die leitenden Beamten der Landdrostei Hannover hatten mit ihrem Bericht vom 4. März 1829 bei der Regierung den Ausschlag gegeben – darin unterstellten sie den jüdischen Sprechern aus Hannover, „nur böser Willen oder Unkenntnis der Verhältnisse" könne zu ihrer Aussage geführt haben. Denn „nur durch den Land-Rabbiner", wußte die Behörde, „unter Beistand einer gewissen Anzahl sogenannter jüdischer Gelehrter können gewisse, die Judenschaft angehende religiöse ... (und) bürgerliche Gegenstände behandelt werden, und nur wenn ein tüchtiger Land-Rabbiner angestellt ist, können wir hoffen zu erlangen, daß sehr bedeutende hiesige jüdische Stiftungen künftig gehörig verwaltet werden." Ein Nachgeben und erneuter Wahlaufschub sei schließlich auch „für das Ansehen der Behörden höchst nachtheilig." In diesen Darlegungen spielt das Argument des alten Privilegs für die Juden keine Rolle mehr. Hier stellt eine Behörde fest, daß aus staatlicher Sicht das Landrabbinat benötigt werde und fordert konsequenterweise, daß es notfalls auch gegen die Wünsche der Juden durchgesetzt werden müsse.

Die Konsequenz ist klar: nicht mehr die Juden oder ihre Vertreter bestimmen, was ihr eigenes Interesse darstellt, welcher Einrichtungen sie bedürfen, ob sie einen gemeinsamen Landrabbiner benötigen – und dies schien 1829 keineswegs eindeutig, sondern die staatliche Verwaltung selbst legt fest, daß die jüdische Religion ohne einen Landrabbiner nicht praktiziert werden kann, sie stellt Anforderungen an die Professionalität des Landrabbiners und formuliert

Aufträge an ihn. Die Regierung übernahm diese Position vollständig; die Landdrostei Hannover hatte mit ihrer Definition dessen, was im jüdischen Interesse liege, gegenüber den Juden selbst die Oberhand behalten.

Während den Juden seit Errichtung des Landrabbinats 1687 trotz ihrer ansonsten bedrückenden sozialen und rechtlichen Situation eine begrenzte Selbstverwaltung nach eigenen religiösen Gesetzen und Bräuchen, in die die Regierung nur gelegentlich und im Ausnahmefall eingriff, zugestanden worden und dadurch in der noch festgefügten ständischen Gesellschaft des 18. Jahrhunderts ihre Duldung als Minderheit zum Ausdruck gekommen war, wurde 1829 der Staat von sich aus aktiv und verfügte aus eigenem Interesse die Erneuerung des Landrabbinats. Angesichts der differenzierten, teilweise abwartenden, teilweise ablehnenden Positionen zum Institut des Landrabbinats in der Judenschaft muß man von einem durch die Regierung aufgezwungenen Landrabbinat sprechen. Der staatliche Zugriff auf das Landrabbinat 1829, der in den folgenden Jahren durch präzise Richtlinien und Einzelvorschriften in geltendes Recht umgesetzt wurde, kann als politische Reaktion auf die aufkeimenden Emanzipationsbestrebungen des Judentums verstanden werden. Die hannoversche Regierung, die sich – wie sie bereits einige Jahre zuvor in einer Erklärung auf der Bundesversammlung in Frankfurt deutlich gemacht hatte – eine Gleichberechtigung von „Israeliten" als Angehörigen einer „National-Religion" in einem christlichen Staat schlichtweg nicht vorstellen konnte, wollte zwar folgerichtig an der alten Rechtsstellung der Juden festhalten und lehnte ihre auf Reformen abzielenden Petitionen ab, hielt es aber doch für notwendig, die Lage der Juden durch Verbesserung ihres Schulwesens und ähnliche Maßnahmen auf langsame Weise und unter Kontrolle der Regierung zu verändern. Bei diesen und anderen Vorhaben, wie der Neuordnung der jüdischen Stiftungen, wollte sich die Regierung des Landrabbinats als eines Instruments ihres politischen Willens bedienen.

DIE NEUEN VORSTELLUNGEN VOM RABBINERAMT INNERHALB DER JUDENSCHAFT

Die 1829 durch die Regierung eingeleiteten Veränderungen in der Stellung des Landrabbiners lassen rückblickend die Phase der Vakanz seit 1802 als eine Zäsur in der Geschichte des Landrabbinats erscheinen. Aber auch innerhalb der Judenschaft, vorweg der hannoverschen Gemeinde, hatten sich bei vielen neue Vorstellungen von den Aufgaben des Rabbiners gebildet. Solche neuen Ideen hatte der hannoversche Wahlmännerausschuß Anfang 1826 niedergelegt: danach solle der Landrabbiner sich nicht nur mit den Zeremonien und Streitigkeiten – wie es Tradition sei – beschäftigen; er habe vielmehr auch „auf einen rechtschaffenen und moralisch guten Wandel seiner Gemeinde zu sehen, und darauf durch gutes Beyspiel, und durch öftere, in einem sanften Ton und einer allgemein verständlichen Sprache gut vorgetragene Ermahnungen zu wirken, und dadurch den gemeinen Mann in den ihm nützlichen Dingen zu belehren, und ihn überhaupt mit seinen Pflichten gegen Gott und seinen Nebenmenschen bekannt zu machen." Hier war etwas Neues angesprochen, nämlich die pädagogisch-

moralische Erziehungsaufgabe des Rabbiners, für die ihm das Mittel der erbaulichen Predigt zu Gebote stehen sollte. Diese Aufgabe fordere „einen redlichen, geschickten und von Menschenliebe beseelten Mann. Denn es liegt unverkennbar in der Natur des Menschen, daß er, nachdem er sich während der ganzen Woche den Nahrungssorgen ... hingegeben und mit irdischen Dingen sich beschäftigt hat, an dem zur Ruhe gewidmeten Tage sich gerne sammelt, seinen Geist zum Schöpfer erhebt, und ein religiöser gut gefaßter Vortrag so auf gebildete und ungebildete Menschen von großer Wirkung seyn muß."

In dieser Vorstellung wurde im Grunde genommen von dem überkommenen Bild der alten jüdischen Gemeinde, in der die Gläubigen täglich morgens und abends selbst ihren Gottesdienst gestalten, Abschied genommen. Statt dessen ging man davon aus, daß die Mitglieder an den sechs Werktagen sich hauptsächlich ihrer Berufstätigkeit widmen mußten und daher der Gottesdienst am Feiertag, dem Sabbath, mit einem besonderen Höhepunkt, einer in deutscher Sprache gehaltenen, für alle Synagogenbesucher verständlichen Ansprache, ausgestattet werden sollte. Dahinter stand eine veränderte Auffassung vom Rabbinat. Dies wurde auch ganz offen gesagt: „In früheren Zeiten ... wurde von dem Rabbiner gefordert, daß er fast den ganzen Talmud durchzustudiren und jede schwierige und tief gedachte Stelle erklären müsse, so, daß derjenige, welcher sich dieser Laufbahn widmen wollte, mit aller Anstrengung und Aufmerksamkeit erst nach 20 Jahren vielleicht es dahin bringen konnte, daß er mit irgendeinem Rufe als Rabbiner auftrat. Daß hierbey keine Zeit für den Rabbiner übrig blieb, sich in den übrigen Wissenschaften umzusehen, mit den Weltbegebenheiten bekannt zu werden, seinen Geschmack auszubilden, und sich zu dem richtigen Berufe eines Predigers und guten Redners vorzubereiten, ist augenfällig." Daraus erkläre sich, warum die bisherigen talmudistisch orientierten Ansprachen, selbst wenn sie „wirklich sehr tiefes Denken und Scharfsinn verriethen ... für den größten Theil der Zuhörer verloren gingen ... der gemeine Mann (verstand) wenig davon und hörte sie mit Gleichgültigkeit an."

Diese modernen Ansichten wurden von einer Mehrheit in der hannoverschen Gemeinde geteilt, wenn auch sicherlich nicht von allen Mitgliedern. Freimütig räumte diese Partei jedoch ein, wie schwer es sei, „ein völlig tüchtiges Subject" nach ihren Wünschen, einen Kandidaten auf der Höhe der Zeit zu finden. Genau diese Aufgabe wurde dem Wahlmännerausschuß durch den Beschluß der Regierung 1829 unwiderruflich abverlangt.

NATHAN ADLERS WAHL ZUM NEUEN LANDRABBINER 1829

Der Ausschuß präsentierte seine Kandidaten am 7. Mai 1829 dem Wahlkommissar Rumann, und es konnte nicht überraschen, daß zwei der drei genannten Bewerber auch schon 1826 vorgeschlagen worden waren: der junge Nathan Adler, soeben zum Landrabbiner in Oldenburg ernannt und der Mannheimer Rabbiner Ettlinger; außerdem wurde der Hildesheimer Landrabbiner Wolfsohn benannt. Im Juli wurde die eigentliche Wahlhandlung eingeleitet; eine Modifizierung des alten Wahlreglements von 1735 sorgte dafür, daß tatsächlich

alle zur Stimmabgabe berechtigten, auch die ärmeren Schutzjuden, wählen konnten: sie mußten nicht mehr zur Wahl nach Hannover kommen, sondern konnten ihre Entscheidung – Gemeinde für Gemeinde – vor ihren lokalen Obrigkeiten treffen, die daraufhin an die Landdrosteien zu berichten hatten. Diese Prozedur wurde in den folgenden Wochen durchgeführt und endete schließlich mit einem eindeutigen Ergebnis: wie schon im Wahlmännergremium konnte Nathan Adler, der Sohn des Rabbinatsverwesers Markus Adler, eine „überwiegende Mehrheit der Stimmen" auf sich vereinigen. Seine Befürworter waren vermutlich vor allem die Mitglieder der hannoverschen Gemeinde, in der er 1803 geboren und in deren Mitte er aufgewachsen war, die er offensichtlich schon 1826 mit seiner damaligen Probepredigt nachhaltig beeindruckt hatte.

Quellen über die Wahl, vor allem die Resonanz auf das Ergebnis in der Judenschaft und die mit der Person Adlers und dessen baldigem Amtsantritt als neuer Landrabbiner verbundenen Erwartungen fehlen völlig. Man kann die Wahl Nathan Adlers als einen glücklichen Kompromiß zwischen Reformern und Orthodoxen in der Judenschaft des Landrabbinatsbezirks verstehen, denn Adler verband die von seinem Vater geförderte traditionelle jüdische Gelehrsamkeit mit der gewünschten Aufgeschlossenheit für neuzeitliche Wissenschaften und verfügte offensichtlich nicht nur über beachtliche rednerische Fähigkeiten, sondern auch über eine gewinnende Persönlichkeit: die hannoverschen Vorsteher, die zur Prüfung und Bestätigung der Wahl durch die Regierung nicht weniger als 21 verschiedene Zeugnisse Adlers vorlegten, schrieben ihm ausdrücklich auch „Herzensgüte" zu. Für die Qualifikationen und Qualitäten Adlers sprach nicht nur seine Berufung in das Landrabbinat von Oldenburg 1829, sondern auch – zeitgleich mit der Wahl in Hannover – ein Ruf nach Kassel.

Adlers ganze Persönlichkeit war gefordert, wollte er angesichts der innerjüdischen Bewegungen und Veränderungen, in einer Zeit erwachenden jüdischen Selbstbewußtseins und Strebens nach Rechtsgleichheit und Bürgerrechten einerseits sowie verstärkter staatlicher Eingriffe und Kontrollinteressen andererseits erfolgreich als Landrabbiner tätig sein. Innerhalb der Judenschaft hatte er zusammenzuführen und zu einigen, zwischen jüdischer Minderheit und Staat mußte er vermitteln, den Spielraum zur allgemeinen Verbesserung der Lage der Juden vergrößern und möglichst weit ausschöpfen.

DIE „INSTRUCTION FÜR DEN LAND-RABBINER ZU HANNOVER" VOM 15. APRIL 1831

In den Monaten nach Adlers Wahl wurde die Einrichtung des Landrabbinats einer vollständigen Revision unterzogen. Alle möglichen Aspekte kamen dabei zur Sprache: das Rabbinergehalt und seine Aufbringung, die besonderen Gebühren des Landrabbiners für seine Amtshandlungen, die Strafkompetenz des Rabbiners, seine Büro- und Rechnungsführung und vor allem der zukünftige Umfang seiner Aufgaben, Rechte und Pflichten. An ihrem Ende stand die Verabschiedung von Rechtsgrundlagen für das Landrabbinatsamt, die teilweise bis in das 20. Jahrhundert Gültigkeit besaßen.

Am 26. November 1829 bestätigte die Regierung die Wahl Adlers zum Landrabbiner und kündigte ihm „eine Instruction hinsichtlich seiner Stellung zu den verschiedenen jüdischen Gemeinden und seiner Obliegenheiten" an. Der Landdrostei wurden als wesentliche Punkte für die Ausarbeitung einer solchen Instruktion übermittelt: dem Landrabbiner werde als Wohnsitz die Neustadt Hannover angewiesen, er habe im Rahmen der alten Privilegien zu wirken und müsse bei Differenzen zwischen ihm und den Gemeinden die Entscheidung der Landdrostei anerkennen. Weiterhin seien die Einnahmen und Ausgaben des Landrabbinats zu regeln. Die Landdrostei holte ihrerseits Rat von den lokalen Behörden ein und gab dann den Auftrag, eine Dienstvorschrift für den Landrabbiner zu entwerfen, an den inzwischen zum Hofrat ernannten Kaufmann weiter. Kaufmann machte sich Ende 1829 an die Arbeit, ließ sich alle Akten kommen, hörte sich die Vorschläge von Vertretern der Judenschaft an und übergab im Februar 1830 einen ersten Entwurf auch an den designierten Landrabbiner Adler, der sich mit eigenen Vorschlägen dazu äußerte.

Adler beschrieb sein zukünftiges Amt selbstbewußt als dasjenige, „unter ... (dessen) Anordnung, Aufsicht und Vollziehung die jüdischen Unterrichts-Anstalten und Kirchen-(Synagogen) Verhältnisse in allen ihren Beziehungen gestellt sind", die er „im Sinne und Geiste deutscher Cultur verwalten" wolle. Seine Kommentare zu einzelnen Paragraphen im Kaufmannschen Entwurf sind knapp und präzise sowohl in der positiven wie der negativen Kritik, seine Forderungen werden mit besonderem Nachdruck formuliert, wo es um die Stellung, die potestas ecclesiastica, des Rabbiners geht, etwa hinsichtlich der Beibehaltung der jüdisch-rituellen Ehescheidung, und seine organisatorischen Anregungen belegen sein Verwaltungstalent: dezentrale Führung der Personenregister, Portofreiheit, obrigkeitliche Festlegung der Rabbinatsgebühren usw.

Die Vorsteher der hannoverschen Gemeinde berieten lange, bevor sie in einem umfangreichen Schriftsatz ihre Stellungnahme abgaben. In der Hoffnung, „daß auch die jüdischen Unterthanen des Königreichs Hannover recht bald aufhören werden, bloß Geschützte zu seyn, daß die vorhandenen Beschränkungen, Handel und Gewerbe der Juden betreffend, aufgehoben und die in dieser Hinsicht bis jetzt noch als nothwendig angeordnete ... besondere Aufsicht ... hinwegfallen wird", baten sie, dem Landrabbiner möge in keinem Falle – wie vorgesehen – abverlangt werden, eventuelle Überschreitungen der Schutzkonzessionen durch Juden in der Funktion „eines untersten Polizeidieners" denunzieren zu müssen. Im übrigen wünschte die Gemeinde ein Mitwirkungsrecht bei der Aufsicht über die Stiftungen, von deren Urkunden Abschriften erstellt und „zuvörderst in dem Gemeindeschrank aufbewahret" werden sollten, außerdem eine erhebliche Verbesserung des jüdischen Schulwesens und – im Interesse der armen Landgemeinden – den Wegfall der Prüfungspflicht für die dortigen Religionslehrer, in jener Zeit zumeist Autodidakten mit entsprechend geringen Entlohnungsansprüchen.

Der Landdrostei fiel es schwer, sämtliche Entwürfe und Vorschläge zu einer brauchbaren Instruktion zu verarbeiten, und sie zögerte auch mit der

Begründung, „weil eine Feststellung der Verhältnisse der Judenschaft zum Staat überhaupt vielleicht bevorsteht." Nochmals wurden die hannoverschen Gemeindevorsteher und Adler, der inzwischen von seinem Oldenburger Posten freigekommen und im August 1830 sein Amt als hannoverscher Landrabbiner angetreten hatte, zu einer offiziellen Anhörung vorgeladen, die am 19. Oktober 1830 in Kaufmanns Wohnung stattfand.

Bei dieser Besprechung schlugen Adler und die anderen Sprecher eine tiefgreifende Reform des Verhältnisses zwischen Staat und jüdischen Untertanen vor: erstmals sollten jüdische Gemeindeverbände als rechtsfähige Institutionen zugelassen und mit der Führung der Personenregister, Armenpflege „und überhaupt Verbesserung des sittlichen Zustandes" betraut werden. Die einzelnen Landesteile sollten Obervorsteher wählen und durch diese die Verbindung zum Landrabbiner aufrechterhalten. Kaufmann stand diesem Vorschlag zwar skeptisch gegenüber, weil er es für problematisch erachtete, „eine auf einer großen Strecke zerstreuete Masse von Individuen, welchen bislang nur sehr wenig staatsbürgerliche Rechte ertheilt worden sind, in eine Societät zu vereinen". Aber er befürwortete dennoch die Zulassung jüdischer Gemeinden, weil anders die gewünschten Ziele, vor allem die im staatlichen Interesse liegende ordentliche Personenregisterführung, Erhebung von Beiträgen für das Landrabbinat und die Verteilung der Armenlasten, nicht zu erreichen seien.

Der Regierung gingen die Vorschläge viel zu weit, und sie lehnte sie Anfang 1831 mit der Begründung ab, „eine solche Organisation würde ... den Juden eine Stellung einräumen, welche ihnen nach der gegenwärtigen Verfassung und Gesetzgebung nicht zusteht." Zur gleichen Zeit lagen der Ständeversammlung Petitionen der Juden Hannovers, Hildesheims und Ostfrieslands vor, „daß den israelitischen Glaubensgenossen im Königreiche gegen Übernahme der bürgerlichen Pflichten die staatsbürgerlichen Rechte eingeräumt werden mögen." Diese Petitionen fanden bei den Abgeordneten jedoch nur wenig Unterstützung, und auch die Regierung war nicht bereit, die Rechtsstellung der Juden zu verbessern.

Daher stellte die schließlich am 15. April 1831 von der Landdrostei Hannover herausgegebene „Instruction für den Land-Rabbiner zu Hannover" einen Kompromiß zwischen althergebrachten hannoverschen judenrechtlichen Vorschriften und einigen moderneren Vorstellungen und Vorschlägen dar. Zu den Neuerungen zählte die Aufgabe des Landrabbiners, die Schulpflicht jüdischer Kinder durchzusetzen und für „tüchtige Lehrer" zu sorgen; dabei sollten ihm die Aufsicht über das Schulwesen und besonders das Recht helfen, die örtlichen Lehrer auf ihre Befähigung hin zu prüfen. Besonders wichtig war die Bestimmung, daß zukünftig der Unterricht in den Schulen und ebenso die Predigten, in den Synagogen in deutscher Sprache erfolgen sollte. Außerdem erhielt der Landrabbiner Einfluß auf alle jüdischen Stiftungen mit pädagogischen, religiösen und sozialen Zweckbestimmungen. Im Einklang mit den Bestrebungen, eine kontinuierliche Verwaltung der Juden im Landrabbinatsbezirk durchzusetzen, stand auch die Vorschrift für den Landrabbiner, ständig ein Geburten- und ein Heiratsregister zu führen. Andererseits bezogen sich fast alle

übrigen Anweisungen, etwa über die Kompetenzen des Landrabbiners in Kultus-, Ehe- und Streitigkeitssachen auf die ursprünglichen Landrabbinerprivilegien oder sonstige bestehende Vorschriften.

Sehr genaue Vorschriften wurden über die Einnahmen und Ausgaben des Landrabbinats erlassen – dadurch sollte sichergestellt werden, daß zukünftig die Kosten nicht mehr vom Staat abgedeckt werden mußten. Zur Besoldung des Landrabbiners und zur Unterstützung der jüdischen Armen wurde eine Landrabbinatskasse gegründet, in die sämtliche Schutzjuden im Verhältnis zur Höhe ihres Schutzgeldes Beiträge einzahlen mußten. Das Gehalt des Landrabbiners wurde auf 800 Reichstaler festgesetzt; jeweils zur Hälfte war es von der hannoverschen bzw. der auswärtigen Judenschaft aufzubringen.

Bei alledem wurde immer wieder die Bindung des Landrabbiners an die bestehenden Gesetze und seine Unterordnung unter die Entscheidungen der Landdrostei Hannover betont. Der Landrabbiner hatte der Landdrostei regelmäßig über die Personenregister, über die Stiftungen, über seine Disziplinarmaßnahmen usw. zu berichten; von ihrer Genehmigung hingen Bau oder Anlagen von Synagogen bzw. Friedhöfen ab; von der Landdrostei wurde jährlich das Budget des Landrabbinats festgestellt und danach der jeweilige Einzelbeitrag berechnet, vor ihr mußte jährlich Rechenschaft über die Kasse abgelegt werden; nur mit Genehmigung der Landdrostei durfte der Landrabbiner Inspektionsreisen in seinem Amtsbezirk unternehmen.

Wenn auch das Gehalt des neuen Landrabbiners wie zuvor durch Umlage bei den hannoverschen und auswärtigen Schutzjuden aufgebracht wurde, muß man dennoch den Amtsinhaber seiner in der „Instruction" beschriebenen Aufgaben und seiner Stellung zur staatlichen Verwaltung wegen als einen – zumindest mittelbaren – Staatsbeamten ansehen. Seine vorgesetzte Behörde war die Landdrostei Hannover. Ihr gegenüber war der Landrabbiner in rechtlicher Hinsicht verantwortlich, den Juden seines Bezirks dagegen nur in moralischer Hinsicht. Ihnen stand zwar das Recht zur Wahl des Landrabbiners zu; aber erst durch die staatliche Bestätigung des Gewählten konnte dieser tatsächlich in sein Amt gelangen.

3. DAS LANDRABBINAT HANNOVER IN DER AMTSZEIT DES LANDRABBINERS NATHAN ADLER 1830-1845

ADLERS ERSTE AMTSGESCHÄFTE 1830/31

Zum Zeitpunkt seiner Wahl zum hannoverschen Landrabbiner Mitte 1829 war Adler erst wenige Monate in seinem Oldenburger Amt tätig gewesen. Er hatte sich dort bereits mit großem Eifer an die Arbeit gemacht, eine neue Synagogenordnung herausgegeben, Vorschläge zur Verbesserung des jüdischen Schulwesens unterbreitet und mit Erfolg mehrere Gutachten zur Revision des Judeneides vorgelegt.

Nathan Markus Adler war am 15. Januar 1803 in Hannover als sechstes Kind des Gelehrten und Rabbinatsverwesers Markus Adler geboren worden. Er hatte in der Würzburger Rabbinerschule Abraham Bings gelernt und bereits im Alter von 19 Jahren das Rabbinerdiplom erworben. Adler studierte außerdem an den Universitäten Würzburg und Göttingen; er wurde der erste deutsche Rabbiner, der den akademischen Grad eines Doktor der Philosophie erhielt (1828). Ausgezeichnete Empfehlungen hatten ihm den Weg in sein erstes öffentliches Amt als „Herzoglich-Oldenburgischer Land Rabbiner" gebahnt. Er war gerne nach Oldenburg gegangen, nicht zuletzt – wie er dem dortigen Gemeindevorsteher geschrieben hatte –, „weil ich zugleich dem Wunsche meiner teueren Eltern Genüge leisten könnte, die mich in ihrer Nähe wünschen." Eben dies Motiv, neben den „Pflichten ... gegen das Vaterland", nannte er der Oldenburger Regierung Anfang 1830 wiederum als Begründung für sein Gesuch um Entlassung, um die Stelle in Hannover übernehmen zu können. Auf seinem Entlassungsgesuch notierte die Regierung ausdrücklich ihr „Bedauern" über Adlers schnelles Ausscheiden, was auf seine anerkannte Amtsführung trotz der kurzen Amtszeit schließen läßt.

In Hannover mußte Adler – wie im Oldenburgischen, wo er der erste Landrabbiner war – nach der langen Vakanz im Landrabbinat praktisch von vorne anfangen. Als er im August 1830 sein Amt antrat, war die „Instruction" noch nicht fertig, standen die Gebühren für rabbinische Amtshandlungen nicht fest, mußten die Rechte und Pflichten des Landrabbiners erst noch präzise beschrieben werden. Adler wartete nicht untätig ab, sondern versuchte seinerseits, seine Vorstellungen einfließen zu lassen und drängte die Regierung schließlich auf schnelle Veröffentlichung der angekündigten Anweisungen in dem Bewußtsein, ohne amtliche Bekräftigung seiner Kompetenzen bei den von ihm beabsichtigten Neuordnungen vieler Gemeinden und den Reformen im Synagogen- und Schulwesen den zu erwartenden Widerspruch nur schwer überwinden zu können. Kurz nachdem die „Instruction für den Land-Rabbiner zu Hannover" beschlossen und in der offiziellen Gesetzessammlung des Königreichs veröffentlicht worden war, lag mit gleicher Rechtskraft auch das „Verzeichniß der sämmtlichen Gebühren und Accidenzien des Landrabbiners" vom 20. Mai 1831 nach Adlers Entwurf vor. Darin wurden die Gebühreneinnahmen des Landrabbiners bei Trauungen, Scheidungen, Eideswarnungen und bei Ausstellung von Koscherzertifikaten sowie die Reisekostensätze bestimmt. Das eigentliche Gehalt war durch die Instruktion bereits auf jährlich 800 Reichstaler festgesetzt worden. Im Mai 1831 erhielt Adler von den Landdrosteien Hannover, Lüneburg und Hildesheim Aufstellungen aller Schutzjuden im Landrabbinatsbezirk, deren gemeinsamer Rabbiner er geworden war. Gleichzeitig genehmigte die Landdrostei Hannover auf Adlers Antrag ein Amtssiegel, das die Aufschrift „Land-Rabbiner zu Hannover" tragen sollte.

Vordringlich waren auch die Finanzen des Landrabbinats zu regeln, denn vorläufig mußte die hannoversche Gemeinde Adlers Gehalt vorschießen, während die Regierung auf die Rückzahlung der von ihr verauslagten Unterstützungszahlungen drängte. Die wesentliche Frage bei der Organisierung der

neuen Landrabbinatskasse betraf das Verfahren der Beitragszahlung durch die einzelnen Schutzjuden. Weder der Landrabbiner noch die Vorsteher der hannoverschen Judenschaft waren erpicht darauf, die überkommene Tradition fortzuführen und selbst den mühsamen Einzug der Gelder betreiben zu müssen; sie schlugen daher vor, diese Aufgabe den Behörden zu übertragen. So geschah es, und in einem Rundschreiben der Königlichen Domainen-Kammer vom 19. September 1831 wurden die Rentmeister in den örtlichen Renteien angewiesen, zukünftig mit dem von ihnen einzukassierenden Schutzgeld kurzerhand auch gleich die Beiträge zur Landrabbinatskasse zu erheben und an den Rechnungsführer der Kasse in Hannover abzuführen. Die Höhe der Beiträge wurde in umständlicher Weise jährlich neu berechnet, indem der jeweilige Kassenbedarf vom Landrabbiner benannt, von der Landdrostei festgesetzt und in eine Vielzahl von Grundbeträgen, dem sogenannten Simplum, aufgeteilt wurde, von denen jeder Schutzjude jeweils einen auf je 2 Taler Schutzgeld zu zahlen hatte. Im Rechnungsjahr 1831/32 betrug das Simplum 1 Reichstaler 2 Groschen 5 Pfennige; wer beispielsweise 6 Reichstaler an Schutzgeld schuldig war, mußte also das dreifache Simplum für die Landrabbinatskasse zusätzlich aufbringen. Damit war der Neuaufbau der Landrabbinatsorganisation abgeschlossen, und Adler konnte mit seiner eigentlichen Arbeit beginnen.

DIE REFORMEN DES JÜDISCHEN SCHUL- UND SYNAGOGENWESENS UND DER GEMEINDEN DURCH ADLER

In den ersten Jahren seiner Amtszeit als Landrabbiner mußte sich Adler völlig auf seine Aufgaben im innerjüdischen Leben konzentrieren. Um die Situation in den zumeist sehr kleinen Gemeinden seines Bezirks kennenzulernen und, wo notwendig, ordnend einzugreifen, unternahm Adler 1832 und 1836 erste Inspektionsreisen und ließ sich überall die jeweiligen Probleme der Gemeinden vortragen. Stets wurden Gemeindeversammlungen einberufen; außerdem mußte auch der jeweilige Lehrer sich Adler vorstellen und Rede und Antwort stehen. Bei der Inspektion im Juni und Juli 1838 besuchte Adler nicht weniger als 30 Gemeinden. Für die Gemeinde in Einbeck erließ Adler 1834 ein neues Regulativ. In Hannover wirkte er bei der Gründung der Religionsschule 1836 mit und stellte für die hiesige Gemeinde 1837 ein eigenes Synagogen-Statut auf. Quellen über Adlers Aufsichtsführung über die jüdischen Gemeinden, auch über seine Inspektionen, fehlen. Dank seiner persönlichen Autorität, seiner Beredsamkeit, seines Geschicks im Umgang mit Menschen, seiner Freundlichkeit und notfalls auch seiner Willenskraft wird er sich schnell Respekt verschafft haben, so daß er sich allerorten mit seinen Reformvorstellungen für Synagoge und Schule durchsetzen konnte. Adlers wichtigste Zielsetzungen sind in den zwei Erlassen umgesetzt, die 1831 bzw. 1832 von ihm bzw. den Landdrosteien an alle in seinem Landrabbinatsbezirk lebenden Juden herausgegeben wurden: den „Bestimmungen wegen des jüdischen Schulwesens im Bezirke des Land-Rabbiners zu Hannover" vom 11. Juli 1831 und der „Allgemeinen Synagogen-Ordnung für die Israeliten des hiesigen Land-Rabbiner-Bezirks" vom 2. September 1832.

Die von Adler erlassene Synagogen-Ordnung von 1832 lehnt sich in Aufbau und Wortlaut an die „Allgemeinen Anordnungen", die nach seinem Entwurf zwei Jahre zuvor von der Oldenburgischen Regierung für das dortige Synagogenwesen ausgegeben worden waren. Daher ist es erlaubt, die Kommentierung der Oldenburger Synagogenordnung durch Trepp (1973) auf das hannoversche Dokument zu übertragen, zumal es in der damaligen Zeit kaum wesentliche Unterschiede zwischen den jüdischen Gemeinden – vor allem den Landgemeinden – in Norddeutschland gegeben haben dürfte. Trepp beschreibt die Situation im Oldenburgischen so: „Die Mystik hatte einen starken Halt an der Bevölkerung; für den schlichten Mann bedeutete das die Rezitierung ihm völlig dunkler Sprüche und Gebete, die geheimnisvolle Gottesnamen enthielten, das Tragen von Amuletten, die auch Frauen in der Stunde des Gebärens trugen, es hieß Ekstase im Gebet ... Der Gottesdienst lag ... in den Händen derer, die Einfluß hatten; er war unverständlich, ästhetisch nicht zeitgemäß und konnte einer neuen Generation, die im Leben der Welt stand, nichts bieten." Vermutlich fand Adler eine ähnliche Situation im Hannöverschen vor. Im übrigen stand er auch unter starkem Druck der Landdrostei, deren christliche Beamte aus ihrer Abneigung gegen die äußere Form des jüdischen Gottesdienstes keinen Hehl machten und vom Landrabbiner forderten, auf „die Entfernung widerwärtiger Gebräuche aus (dem) Gottesdienste Bedacht zu nehmen." § 7 der „Instruction" gab ihm die Kompetenz einzugreifen. Adler „übernahm die Aufgabe, seine Gemeinden zu modernisieren, ohne den Geist und die Praxis der orthodoxen Tradition zu stören." (Trepp 1973)

Adlers Einleitung zur Synagogen-Ordnung liest sich wie eine – allerdings mit Vorsicht formulierte – Bestandsaufnahme aller eingerissenen Unzuträglichkeiten im jüdischen Gottesdienst, wenn er postuliert, was Andacht und Gebet bedeuten und bewirken können und ausdrücklich anfügt: „Jede gehässige Nebenabsicht, jeder kleinliche Vorzug, jedes anmaßende Zudrängen, jede unterbrechende Störung muß entfernt seyn und entfernt bleiben aus dem Hause des Herrn." Es ging dem 'Theologen' Adler darum, für den zukünftigen, wahren und andächtigen Gottesdienst „Ordnung und Ruhe in allen Synagogen" durchzusetzen und Störungen generell auszuschließen; der 'Landrabbiner' Adler verschaffte sich zugleich die entsprechenden Einwirkungsmöglichkeiten, nicht nur mittels der örtlichen Vorsteher oder Ältesten (Allgemeine Synagogen-Ordnung, §§ 1-2, 4, 7-9, 11, 14 und 22), sondern auch durch eigene Zuständigkeiten (§§ 1, 9, 13, 19, 21-22). Die Vorsteher wurden verantwortlich für die Durchsetzung der Adlerschen Synagogenordnung, ihre „Anordnungen (waren) von allen Anwesenden augenblicklich zu befolgen" (§ 1), sie hatten „Ruhestörer ... zu ihrer Pflicht zu bringen" (§ 7) und mußten dem Landrabbiner regelmäßig über verhängte Strafgelder berichten (§ 22). Alle diese strengen disziplinierenden Maßregeln dienten dem Zweck, dem jüdischen Gottesdienst eine würdigere Form zu geben: „Der Gedanke, daß wir vor Gott stehen, darf uns nirgends, am wenigsten aber im Gotteshause, verlassen; durch äußere Achtung und Ehrerbietung müssen wir kund thun, daß 'wir lieb haben die Stätte Seines Hauses und den Ort, wo Seine Ehre wohnt.' "

Durch die von ihm erlassene Synagogen-Ordnung griff Adler tief in die eingefahrenen Gewohnheiten vieler Gemeinden ein. Jede seiner konkreten Vorschriften bezog sich offenbar auf derartige Traditionen. Zukünftig sollte es überall in den Gemeinden nur einen einheitlichen Gottesdienst geben (§ 2). Adler mußte sicherstellen, daß Streitigkeiten in einer kleinen Gemeinde mit wenigen Gläubigen nicht zum völligen Abbruch des religiösen Lebens führten, da der jüdische Gottesdienst in jedem Fall die Teilnahme von zehn Männern voraussetzt. Daher war sogar eine Teilnahmeverpflichtung für den Gottesdienst an Sabbat- und Festtagen sowie am Montag und Donnerstag – Tagen, an denen in der Synagoge aus der Thora vorgelesen wird – möglich (§ 4). Der Beginn jedes Gottesdienstes hatte sich nach den Angaben im jährlich erscheinenden „Hannoverschen Israelitischen Kalender" zu richten (§ 3). Die Gläubigen sollten in anständiger Kleidung erscheinen (§ 5), eine Vorschrift, die von Armen oder – wochentags – Handwerkern und Arbeitern kaum befolgt werden konnte. Kleine Kinder sollten dagegen ferngehalten werden (§ 6). Während des Gottesdienstes waren „feierliche Stille und ehrfurchtsvolle Ruhe" gefordert, Störungen wie Umhergehen, Reden und sogar das Zusammenstehen vor und nach der Feier wurden mit Geldstrafen geahndet. Streng verboten war ebenso jede gottesdienstliche Ekstase (§ 7). Der Ablauf des Gottesdienstes wurde genau vorgeschrieben (§§ 8-20) und dabei die Funktion des Vorbeters betont, dem allein das ehrenvolle Recht gegeben wurde, die Thorarolle aus der Lade zu entnehmen bzw. sie wieder dorthin zurückzubringen. Die Beteiligung der Gläubigen, die im jüdischen Gottesdienst von großer Bedeutung ist, wurde geregelt, gesteuert und begrenzt hinsichtlich des Aufrufens zur Thoralesung, der Segnungen, der Korrekturen am Vortrag des Vorbeters. Schließlich wurde die Predigt in deutscher Sprache eingeführt, die vom örtlichen Lehrer unter Aufsicht des Landrabbiners gehalten wurde (§ 19); diese Predigt hatte der „Ermahnung zur Sittlichkeit, Befolgung der mosaischen Lehren und Gebote, allgemeinen Menschenliebe, zum Gehorsam gegen die Obrigkeit" zu dienen. Vorgeschrieben war auch ein „Gebet für Seine Königliche Majestät und dessen erlauchte Familie", das der Vorbeter „feierlichst und mit der Thora im Arm" zu sprechen hatte (§ 18). Die Synagoge durfte nicht vor dem Ende des Gottesdienstes oder gar der Lesung aus der Thora verlassen werden.

Adler stieß mit seiner Synagogen-Ordnung gewiß nicht überall gleich auf große Begeisterung. Seine vielen Vorschriften und Regelungen wirkten jedoch im Laufe der Zeit einigend und friedenstiftend, denn durch sie wurden Streit und Konkurrenz um Ehrenämter und Ehrenpflichten in der Synagoge weitgehend unterbunden. Darüber hinaus erzielte Adler einen pädagogischen und politischen Effekt: die Durchsetzung seiner Synagogen-Ordnung in den Gemeinden war ein Akt der Erziehung und Modernisierung innerhalb des Judentums wie ihn auch die staatliche Verwaltung gewünscht hatte.

Wenige Monate vor der Neuordnung des Synagogenwesens waren die von Adler maßgeblich beeinflußten „Bestimmungen wegen des jüdischen Schulwesens im Bezirke des Land-Rabbiners zu Hannover" von den Landdrosteien erlassen

worden, in denen die Schulpflicht der jüdischen Kinder, die Pflichten und Rechte der Lehrer, die Lehrpläne und die Schuleinrichtung behandelt wurden.

Schulpflicht wurde für alle Kinder vom fünften Lebensjahr an verfügt, bis zum vierzehnten bei Knaben, bis zum dreizehnten bei Mädchen. Erwünscht war der Besuch einer jüdischen Schule; war keine vorhanden, mußte die christliche Ortsschule besucht und lediglich für den Religionsunterricht in den nächstgelegenen Ort mit jüdischer Schule oder auch zur Religionsschule gegangen werden. An die „Tüchtigkeit" der jüdischen Lehrer wurden strenge Maßstäbe angelegt. In einer Prüfung vor dem Landrabbiner waren gute Kenntnisse in deutscher und hebräischer Sprache, biblischer Geschichte, Bibelauslegung, jüdischer Religions- und Sittenlehre, Gebetsübersetzung und den „Elementar-Lehrgegenständen" nachzuweisen. Für die bereits tätigen Lehrer gab es weitere Auflagen, die insbesondere für die in den Landgemeinden angestellten Lehrer sehr hart waren. Dort versahen – der Armut der Gemeinden wegen – die Lehrer zumeist auch die Ämter des Vorbeters und des Schächters, übten gelegentlich noch andere Berufe nebenher aus, arbeiteten sogar ohne Lohn gegen freie Beköstigung reihum. Alles dies sollte nicht mehr vorkommen, der Lehrer sich nur noch auf die Unterrichtsarbeit konzentrieren. Einige Sicherheit sollte ihm geben, daß seine Kündigung nicht ohne Zustimmung des Landrabbiners möglich war und ihm drei Monate zuvor die Gründe dafür bekanntgegeben werden mußten. Jährlich war an den Landrabbiner, der in dieser Hinsicht jüdische Schulaufsichtsbehörde im Auftrag des Staates war, über die Schulen zu berichten. Im Unterricht wurde ein besonderer Schwerpunkt auf die religiöse Ausbildung der Kinder gelegt, aber in den jüdischen Elementarschulen auch deutsche Sprache, Rechnen, Natur- und Erdkunde behandelt. „Der Lehrer", so hieß es in § 15, „sehe besonders auf die moralische und religiöse Bildung seiner Zöglinge; wache für Ruhe, Ordnung und Anstand der Kinder, wo möglich auch außerhalb der Schule; mache Verzeichnisse des Fleißes und Unfleißes, des ordentlichen und unordentlichen Schulbesuchs; sorge zur Anspornung zum Fleiße für die monatliche Versetzung der Kinder; richte sein Augenmerk auf die Reinlichkeit der Kinder und bessere dadurch die etwaigen Mängel der häuslichen Erziehung." Adler nahm seine Aufsichts- und Prüfungspflichten sehr ernst. Über eine seiner Lehrerprüfungen schrieb Salomon Cohn, ein autodidaktischer jüdischer Lehrer aus der Provinz Posen, in seinen Lebenserinnerungen: „In der Stadt Hannover angelangt, wendete ich mich an den damals dort fungierenden Oberrabiner, Doktor N. Adler, ... mit der Bitte, mir bei irgendeiner kleinen Gemeinde im Königreiche als Lehrer und Schächter eine Unterkunft zu verschaffen. Herr Doktor Adler war von der königlichen Regierung autorisiert, jüdische Lehrer zu prüfen, und nach befundenem Maße der Ausbildung ihnen Lehrstellen im Königreiche anzuweisen. Da nun von mir die Kenntnis des Deutschlesens, Schreibens, Rechnens, Realien usw. gefordert wurde, sowie die Vertrautheit mit den Grundsätzen der Erziehung und des Unterrichtes, von denen ich nichts verstand, so wurde ich abgewiesen, jedoch mir bedeutet, in irgendein Fürstentum Deutschlands mich hinzubegeben, wo noch kein Bedürfnis für das

Deutschtum unter den Israeliten obwaltet, und bei Erlangung der nötigen Fertigkeit in demselben wieder herzukommen."

Adlers Synagogen- und Schulordnungen erwecken den Eindruck, seine Amtstätigkeit sei ein einziges großes erzieherisches Vorhaben – eine Art „Verbesserung der Juden" von innen heraus – gewesen. Sicherlich entsprach diese Tendenz vollkommen den Absichten der staatlichen Institutionen, die sich letztlich eine Annäherung der Juden an das Christentum als Ergebnis der Modernisierungen in Gemeinde, Synagoge und jüdischer Schule wünschten. Adlers Ziel war dagegen die Erneuerung des Judentums, „orthodox in der Gesetzesbefolgung, reformiert in Theologie und all den Formen – vor allem dem Gottesdienst –, die nicht mit dem Gesetz in Konflikt standen." (Trepp 1973) Wenn die Regierung in ihrem Landrabbiner einen Erzieher der Juden haben wollte, so hatte sie ihn in Adler.

ADLERS EINSATZ FÜR DIE GLEICHBERECHTIGUNG DER JUDEN IM KÖNIGREICH HANNOVER

Aber Adler war zugleich Kämpfer für die Interessen des Judentums und Verfechter seines Strebens nach rechtlicher Gleichstellung mit den christlichen Bewohnern des Königreichs. Die jüdischen Gemeinden des Landes, an ihrer Spitze die hannoversche Gemeinde, bemühten sich in den dreißiger Jahren – wie schon zuvor – durch das Mittel der Petition an Monarch, Regierung oder Ständeversammlung die bürgerlichen Rechte zu erlangen. Immerhin hatte das Staatsgrundgesetz für Hannover von 1833 eine Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Juden in Aussicht gestellt. Adler versuchte, wo er konnte, die Dinge zu befördern.

1837 war er Mitglied einer Abordnung der Juden beim neuen hannoverschen König Ernst August. Zwei Tage vor der Audienz hatte Adler in der Synagoge eine Trauer- und Gedenkfeier für den verstorbenen König Wilhelm IV. veranstaltet und „einen alle Anwesenden tief ergreifenden Vortrag" gehalten. Für die Juden war es entscheidend, die Einstellung des neuen Monarchen kennenzulernen. Über die Begegnung berichtete die Allgemeine Zeitung des Judentums: „Am 10. (Juli) ertheilten Se. Majestät der Deputation der israelitischen Gemeinde, bestehend aus den (Herren) Oberlandrabbiner Dr. Adler, Kriegs-Agent Cohen, Hof-Agent Berend und Bankier Spanier, Audienz, und empfingen dieselbe huldreich und gnädig. Der Oberlandrabbiner Dr. Adler empfahl dem Könige in kurzen Worten das Wohl von zehntausend getreuen Unterthanen, die in ihren bürgerlichen Rechten so sehr beschränkt, ihr Vertrauen auf die Gnade Sr. Majestät setzten. Höchstdieselben sprachen sich sehr schmeichelhaft gegen den Dr. Adler über die in der Synagoge von ihm gehaltene Trauerrede aus, indem Sie hinzufügten, daß eine von solchen Gesinnungen beseelte Gemeinde Achtung verdiene. Nachdem Se. Majestät noch mehrere Fragen an die einzelnen Mitglieder der Deputation gerichtet, wurde dieselbe gnädig entlassen."

Der Bericht zeigt Adler als Sprecher der Juden nicht nur seines Rabbinatsbezirks, sondern des gesamten Königreichs; der Vorstoß blieb gleichwohl ohne Erfolg. Sicherlich unterstützte Adler die Gemeinden bei ihren Petitionen für Gleichberechtigung, sicherlich drängte er selbst in seinen amtlichen Kontakten mit Landdrostei und Regierung diese zum Handeln. Bekannt ist sein Vorstoß zur Reform des Judeneids 1837, den er an die Ständeversammlung richtete und 1841 wiederholte. Gewiß hat Adler auch auf die mehr als sechs Jahre sich hinziehenden Beratungen des 1836 als Regierungsentwurf vorgelegten Gesetzes „über die Rechtsverhältnisse der Juden" durch Gutachten und auf andere Weise Einfluß ausgeübt, wo er nur konnte – Freund betont, Adler habe an diesen Vorarbeiten „lebhaften Anteil" genommen. Aber es fehlen heute durch den Verlust der Aktenüberlieferung des damals federführenden hannoverschen Innenministeriums die Quellen, um das Engagement des Landrabbiners Adler wie das seines Amtsnachfolgers Meyer für die Rechtsgleichheit der hannoverschen Juden im einzelnen nachvollziehen zu können. Der Kampf um Rechtsgleichheit war natürlich auch nicht alleine oder in erster Linie die Sache der Landrabbiner.

In jedem Falle kann man sich nur auf das frühere Urteil Freunds stützen, daß Adler, obgleich staatlich eingesetzter Landrabbiner, auch gegenüber den Behörden wirkungsvoll und nicht ohne Überzeugungskraft auftrat und für die Interessen des Judentums einstand.

ADLER ALS GUTACHTER DER REGIERUNG

Trepp hat in seiner Untersuchung über Adlers kurze Oldenburger Amtszeit beschrieben, wie die dortige Regierung in ihm auch eine Art Ordnungsbeauftragten sehen wollte. Dasselbe kann man für die hannoversche Regierung, die Justiz, und im Grunde alle Behörden bis zu den lokalen Obrigkeiten hinunter sagen. Ständig wurde der Landrabbiner aufgefordert, der Verwaltung in jüdischen Angelegenheiten Erläuterungen und Aufklärungen zu geben. Wenn einzelne Juden ihren Wohnsitz verlegen oder gar aus dem Ausland, etwa von Hessen oder von Preußen, in das Königreich kommen wollten und entsprechende Anträge auf Niederlassungserlaubnis stellen mußten, wurde oft ein Gutachten Adlers eingeholt. Ein solches Gutachten, in dem Adler 1840 kritisch, wohl aber wahrheitsgemäß über einen jüdischen Handlungsdiener aus Pattensen, der sich nach Hannover verändern wollte, berichtet hatte, führte sogar zu einem langwierigen Rechtsstreit, denn der Betroffene, dessen Anträge abgelehnt worden waren, fühlte sich beleidigt und forderte Entschädigungen.

Als Berater war Adler gefordert, als 1842 endlich das lange erwartete „Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Juden" erschien und neue Rahmenbedingungen setzte, die noch auszufüllen waren. Es war nicht das erhoffte Emanzipationsgesetz, vielmehr bloß ein Bündel diverser Maßnahmen, zumeist halbherziger Veränderungen. Wichtig waren natürlich die Aufhebung des jahrhundertealten Schutzverhältnisses, die Möglichkeit, das städtische Bürgerrecht erwerben zu dürfen und die Öffnung von Handwerken und Gewerbe.

Andererseits blieben die Beschränkungen des Kleinhandels, das Verbot des Grunderwerbs, die Pflicht zur Zahlung einer dem früheren Schutzgeld gleichkommenden Abgabe und die Verweigerung jeglicher politischer Rechte bestehen. Das Gesetz führte jedoch zu einer Reihe von Verordnungen und Bekanntmachungen, die zu einer dauerhaften Rechtsgrundlage für die erstmals mit eigenem Rechtsstatus gebildeten Synagogengemeinden wurden und die in Teilen bis 1938 bestanden: der Bekanntmachung über die Führung der jüdischen Geburts-, Trauungs- und Sterbelisten vom 4. November 1843 und der Bekanntmachung über das jüdische Synagogen-, Schul- und Armenwesen vom 19. Januar 1844 sowie entsprechende Ausschreiben der Landdrosteien.

Adler hatte sich bei den Vorbereitungen dieser Erlasse u.a. über die zukünftigen Aufgaben des Landrabbinats zu äußern. Seine Vorlage vom 7. September 1843 zielte auf einen weiteren Ausbau des Amts und seiner Kompetenzen ab:

„§ 1. In dem ganzen Königreiche sollen in der Folge 4 Land-Rabbiner und ein Ober-Land-Rabbiner angestellt werden ...

§ 3. Der Land-Rabbiner von Hannover fungiert zugleich als Ober-Land-Rabbiner. Derselbe ist als Land-Rabbiner, gleich den übrigen, den betreffenden Königl. Landdrosteien, als Ober-Land-Rabbiner aber dem Königl. Ministerium des Innern untergeordnet ...

§ 6. Dem Ober-Rabbiner liegt die oberste Leitung der jüdisch-religiösen Angelegenheiten der Israeliten des Königreichs in so weit ob, als er die vom Königl. Ministerio des Innern über Gegenstände des Religionswesens verlangten Gutachten und Berichte zu erteilen und Entwürfe über allgemeine, die Juden der sämtlichen Landesteile betreffenden Gegenstände auszuarbeiten und der gedachten Behörde vorzulegen hat, besonders

1. Die allgemeine Synagogen-Ordnung, deren Beschränkung oder Erweiterung.

2. Die allgemeine Schulordnung.

3. Die allgemeine Gemeindeordnung (Bestimmungen über die Vorsteher, das Armenwesen etc.)

§ 7. Demselben liegt ferner ob, die höchsten Orts genehmigte Errichtung und Leitung von Instituten zur Bildung von Lehrern und Vorsängern und hat er sich wegen der Anstellung der Letzteren in den anderen Land-Rabbiner-Bezirken mit den betreffenden Landrabbinern in Kommunikation zu setzen."

Es bleibt dahingestellt, ob Adlers Vorschläge bei der Regierung auf positive Resonanz gestoßen sind; sie stellten sich als undurchführbar heraus – vermutlich aus Furcht vor Bevormundung in anderen Landesteilen. Lediglich seine Idee, ein Institut zur Lehrerausbildung zu gründen – wofür er 1844 in seinem Bezirk um Spenden warb – wurde einige Jahre später verwirklicht.

ADLERS ABSCHIED VON HANNOVER 1845

Überall im Königreich Hannover wurden nach den Bestimmungen von 1842 und 1844 Landrabbinate eingerichtet; dabei blieben die traditionellen Landrabbinate in Hannover, Hildesheim und Ostfriesland bestehen, und in Stade wurde ein viertes Landrabbinat gegründet. Die Regierung griff dabei wieder ihre alten Gebietsveränderungspläne aus den zwanziger Jahren auf und beschloß gegen das Votum der hannoverschen Landdrostei, die vergeblich auf die historisch überlieferten Grenzen des hannoverschen Bezirks verwies und darauf, daß durch die Instruktion von 1831 „eine Ordnung eingetreten (sei), wie sie, unseres Wissens, in den anderen Landestheilen noch nicht vorhanden ist", die Landrabbinatsbezirke den Landdrosteibezirken anzugleichen. Danach umfaßte das hannoversche Landrabbinat nur noch die Landdrosteibezirke Hannover und Lüneburg, während die Bezirke Osnabrück und Aurich dem Landrabbiner in Emden zugeordnet wurden und die Bezirke Stade und Hildesheim jeweils ein eigenes Landrabbinat darstellen sollten. Zum 1. Juli 1845 wurden die Gebiete Göttingen, Grubenhagen und das Eichsfeld somit vom hannoverschen Landrabbinat abgetrennt und dem Landrabbiner in Hildesheim unterstellt.

Dieses Datum war nicht zufällig gewählt worden; vielmehr hatte die Regierung abgewartet, bis Nathan Adler, der Ende 1844 in London zum britischen Oberrabbiner gewählt worden war, seine Stellung in Hannover aufgab. Daran kann man durchaus erkennen, wie sich Adler auch innerhalb der staatlichen Verwaltung hatte Respekt verschaffen können. Es war deutlich geworden: niemals hatte Adler in politischer Hinsicht an seiner patriotischen Einstellung Zweifel aufkommen lassen; dies belegte nicht nur das obligatorische Fürbittengebet für den König, das er in seine Synagogen-Ordnung aufgenommen hatte, sondern gewiß auch die erwähnte Traueransprache für Wilhelm IV. sowie – im Jahre davor – eine Predigt zur Feier von dessen Geburtstag in der Synagoge von Hannover unter der Überschrift: „Des Israeliten Liebe zum Vaterlande". Leider liegen diese Reden Adlers nicht mehr vor.

Nur seine Abschiedspredigt vom 28. Juni 1845 ist bekannt, in der er noch einmal seine rednerischen Fähigkeiten zum Ausdruck brachte. Diese Predigt widmete Adler den Gemeinden seines Rabbinatsbezirks, und sie zeigt nicht nur überzeugend seine Gefühle beim Abschied von der Stadt seiner Geburt, Kinder- und Jugendzeit, seines fast fünfzehnjährigen Wirkens als Landrabbiner und von den Gemeinden, den Menschen in seinem Amtsbezirk, sondern liest sich zugleich wie ein Vermächtnis an die Hannoveraner. Adler fühlt sich „in die Lage eines Vaters versetzt ... der sich von seinen Kindern trennt, viel, noch sehr viel auf dem Herzen hat, aber nicht weiß, welches Wort er als das Wichtigste ihnen an das Herz legen soll." Natürlich weiß der Prediger, was er sagen will und – unter Bezug auf die Tageslesung aus der Thora (Num. 15,41: Damit ihr euch erinnert all meiner Gebote und sie tut, daß ihr heilig seid eurem Gotte.) – ruft er der zuhörenden Gemeinde ihre Pflichten „I. in der religiösen Bildung, II. in dem religiösen Leben und III. in unserer Heiligung" in die

Erinnerung. An dieser Stelle kann nicht die Theologie Adlers untersucht werden. Von Interesse sind jedoch die aktuellen Probleme und Projekte, die Adler in seiner Predigt erwähnt – manches sei wohl „in's Herz" gedrungen, aber noch nicht „in's Leben" getreten – deren Lösung er als Teil seines Vermächtnisses in praktischer Hinsicht hinterließ: die Verbesserung des Religionsunterrichts für die Jugend und der religiösen Bildung in den Gemeinden sowie die Errichtung einer Lehrerbildungsanstalt. Seine Zuhörer forderte Adler auf, die jüdischen Religionsgesetze allesamt einzuhalten, keine Unterscheidungen zu treffen, vor allem die Feier des Sabbat als den Mittelpunkt des jüdisch-religiösen Lebens zu erhalten. Hannover möge weiterhin der „Ruf einer frommen Gemeinde, eines frommen Landes" erhalten bleiben. Schließlich mahnte er – in erster Linie die Hannoveraner, die den anderen zum Vorbild dienen müßten –, am frommen und täglichen Gottesdienst festzuhalten, die Wohltätigkeitsvereine und Armenanstalten zu stärken und einzelne Glaubensgenossen beim Eintritt in ein bürgerliches Gewerbe und Handwerk zu fördern. Er endete mit Gebeten für den König, die Regierung und das ganze Judentum seines Bezirkes.

Adler war als Landrabbiner von Hannover „sowohl völlig neuzeitig wie entschieden orthodox" (Trepp 1973). Von den Gemeinden, von den einzelnen Gläubigen wurde er geachtet, sogar geliebt. Respekt rief er auch bei denen hervor, die sein orthodoxes Judentum nicht anerkennen konnten. Adlers ungeheure Beliebtheit in Hannover hielt auch nach seinem Weggang nach London an und zeigte sich, als man ihm 1855 bei einem Besuch seiner alten Heimatstadt einen begeisterten Empfang bereitete. Darüber berichtete die Allgemeine Zeitung des Judentums: „Der Gemeindevorstand hatte sich beeilt, demselben mannigfache Beweise zu liefern, daß die Verehrung und Hochachtung, deren (er) sich früher im Schoße unserer Gemeinde überall erfreute, auch noch jetzt unverändert dieselbe geblieben sei ...". Ein Festessen mit fast allen Gemeindemitgliedern in Spaniers Hotel bildete den Höhepunkt. „An der Tafel selbst herrschte Frohsinn und Heiterkeit, und alle Anwesenden, wie verschieden auch sonst in ihren religiösen Ansichten, waren doch hier von einem und demselben Gefühle belebt, nämlich von der aufrichtigsten Anhänglichkeit und Verehrung gegen den Mann, dem zu Ehren das Fest veranstaltet war." Adlers Dankrede knüpfte an seine Mahnungen von 1845 an. „Was seinem Herzen ... besonders wohltue, sei die Wahrnehmung, daß ... der Geist in der hiesigen Gemeinde noch immer derselbe geblieben sei ... wie früher, so herrsche in unserer Gemeinde auch jetzt noch Eintracht und Friede und ... sie (finde) auch jetzt noch ihren Ruhm nicht im Niederreißen, sondern im Aufbauen, nicht im Zerstören, sondern im Erhalten und daher seien ihre sämtlichen Institute auch in so blühendem Zustande und gedeihen ihre Anstalten immer mehr." Der Korrespondent formulierte – noch im Hochgefühl des Festes: „Für uns war der Tag einer der schönsten in unserem Leben ...".

4. DAS LANDRABBINAT HANNOVER IN DER AMTSZEIT DES LANDRABBINERS SAMUEL EPHRAIM MEYER 1845-1882

DIE WAHL SAMUEL EPHRAIM MEYERS ZUM NEUEN LANDRABBINER 1845

Die Mahnungen Adlers in seiner Abschiedsrede deuteten bereits auf das Vorhandensein verschiedener religiöser Strömungen in der Judenschaft des Bezirks hin. Wichtig für die Nachfolgerwahl war besonders das Meinungsbild in der hannoverschen Gemeinde, die in einer Versammlung aller Mitglieder über die Liste der drei Kandidaten zu beschließen hatte und mit Mehrheit den Oberlehrer der hannoverschen Religionsschule, Frensdorff, den jungen Rabbinatskandidaten Meyer und den badischen Rabbiner Schott für die eigentliche Wahl präsentierte. Frensdorff hatte sich durch sein großes Wissen Achtung erworben und erschien anfangs als der aussichtsreichste Kandidat, obwohl er der streng orthodoxen Richtung zuneigte. Schott war der Kandidat der Reformpartei; er hatte an der reformorientierten Braunschweiger Rabbinerversammlung von 1845 teilgenommen. Auch Meyer war dort gewesen. Auf ihn entfielen schließlich am 25. September 1845 beim Wahlakt unter Leitung des staatlichen Kommissars Unger im hannoverschen Börsen-Lokal an der Osterstraße die meisten Stimmen der Synagogengemeinden im Landrabbinatsbezirk.

Der Korrespondent der Allgemeinen Zeitung des Judentums konnte seine Verwunderung nicht verbergen: „Ist es schon an und für sich bemerkenswert, daß zu diesem bedeutenden Amte ein sechsundzwanzigjähriger Jüngling erhoben ist, so mußte dem unbefangenen Beschauer noch mehr der heiße Kampf, die allgemeine Erregung auffallen, in welche das sonst ziemlich indifferente Land Hannover bei dieser Wahl versetzt wurde, wozu aber auch freilich die von den Freunden der beteiligten Kandidaten geübten Einwirkungen die hauptsächliche Veranlassung waren." Es ist kennzeichnend für die damalige Stimmung im hannoverschen Judentum, daß sich die Delegierten der Synagogengemeinden gegen jede extreme Richtung, sowohl gegen den orthodoxen, als auch gegen den ausgeprägt reformerischen Kandidaten entschieden. Die Wahl Samuel Meyers war allerdings alles andere als eine Wahl des geringsten Übels und auch nicht dadurch motiviert, daß er ein Kind des Landes war und aus bekannter hannoverscher Familie stammte.

Meyer, obschon mit seinen theologischen Studien erst kurz vor dem Abschluß, hatte schon vorher mit seiner Probepredigt am 2. August 1845 über „Den rechten Gebrauch des Wortes" und seinem dabei entfalteten Rednertalent seine Konkurrenten besiegt. Die Allgemeine Zeitung des Judentums vermittelte in ihrem Bericht zugleich Skepsis und Hoffnung: einerseits wird gefragt, ob der neue Landrabbiner seiner Jugend wegen sich bei der Regierung durchsetzen und von Familienrücksichten freihalten könne, andererseits wird gewünscht, er möge die Gemeinden bei von Adler bisher bekämpften weiteren Gottesdienstreformen wie der Einführung des Chorgesangs und der Modernisierung der Gebete ermuntern und unterstützen.

Samuel Ephraim Meyer war am 2. März 1819 in Hannover als Sohn des Bankiers Ephraim Meyer und dessen Frau Rebekka geboren worden. Viele seiner Vorfahren hatten dem Judentum engagiert gedient: der Großvater Meyer Löb Schnaittach als Schächter in der hannoverschen Gemeinde, der Vater Ephraim als einer ihrer Vorsteher und Sprecher; die Mutter, eine Tochter des Gelnhausener Rabbiners Samuel Levi, war vielen Rabbinerfamilien, auch der Familie Adler, verwandtschaftlich verbunden.

Freund hat recht, wenn er bei Samuel Meyer von der „Mitgift seiner Abstammung" aus einer eingesessenen und bedeutenden jüdischen Familie spricht. Durch entsprechende Erziehung und Ausbildung gefördert, konnte Meyer auch in jungen Jahren die Würde seines neuen Amtes ausfüllen. Freund unterstreicht besonders die Kraft seiner Persönlichkeit: „Er besaß die für einen Verwaltungsbeamten und Vertrauensmann der Regierung erforderliche verwaltungstechnische Schulung, die Überzeugungstreue und den Mut, die ihn überall, wo es galt, für Recht und Ehre des Judentums einzutreten, mit Entschiedenheit, aber auch mit Würde und Besonnenheit das Wort ergreifen ließen."

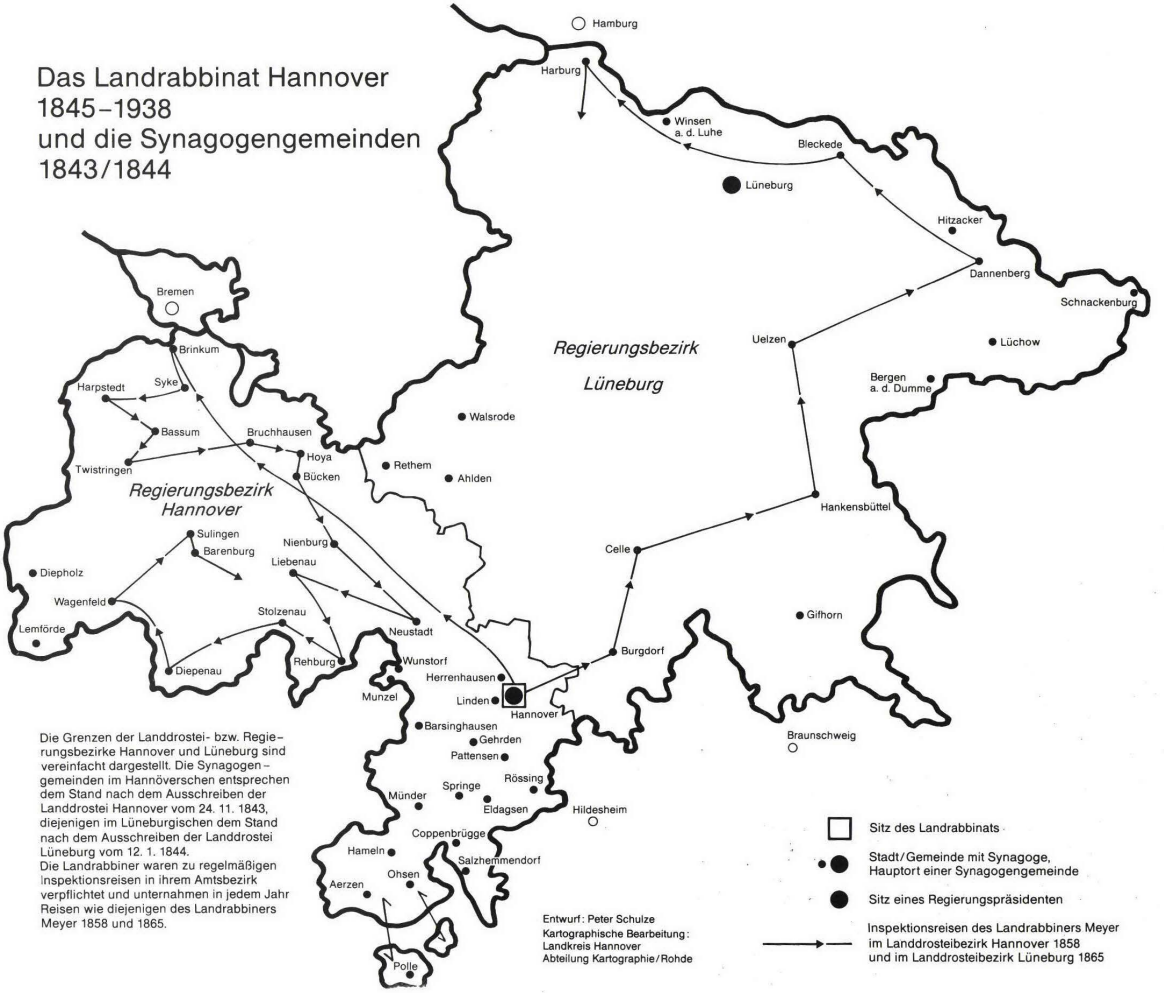
Noch im Oktober 1845 wurde Meyer in sein Amt als Landrabbiner eingeführt. Eine lange Einarbeitungszeit stand ihm nicht zur Verfügung, vielmehr mußte er sich sofort mit ganzer Kraft den verschiedenen gesetzgeberischen Projekten, die die Lage der Juden betrafen, widmen.

DIE GESETZLICHE NEUREGELUNG DES JÜDISCHEN SYNAGOGEN-, SCHUL- UND ARMENWESENS

Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Juden von 1842 und die Anfang 1844 erlassenen Ausführungsbestimmungen hatten, ungeachtet aller Kritik daran, daß durch sie die Juden noch immer nicht gleichberechtigt mit den christlichen Untertanen gestellt wurden, eine Reihe erheblicher Änderungen innerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Landrabbiners mit sich gebracht.

Noch in der Amtszeit Adlers waren als erstes die Bezirke der durch das Gesetz neu errichteten Synagogengemeinden abzugrenzen, nachdem für die Juden der „Parochialzwang" ausgesprochen worden war, d.h. daß jeder Jude im Königreich einer Synagogengemeinde anzugehören hatte. Die 37 Synagogengemeinden im Landdrosteibezirk Hannover wurden durch das Ausschreiben vom 24. November 1843, die 17 Synagogengemeinden im Landdrosteibezirk Lüneburg durch das Ausschreiben vom 12. Januar 1844 amtlich festgestellt (siehe Karte: Das Landrabbinat Hannover 1845-1938 und die Synagogengemeinden 1843/44); Adler war zuvor gehört worden. Die Einrichtung von Synagogengemeinden veränderte wesentlich die innere Struktur des Landrabbinats; während zuvor die einzelnen Juden – in rechtlicher Hinsicht – untereinander nur durch den gemeinsamen Rabbiner, an den sie sich ausschließlich zu halten hatten, verbunden waren, wurden 1843 bzw. 1844 erstmals örtliche Verbände zugelassen, für die – quasi als einer öffentlich festgestellten Körperschaft – verschiedene Rechte (Recht des Vermögenserwerbs durch Stiftungen o.ä., Aufsicht über die örtliche Synagoge, Schule und Armenpflege zunächst durch den Gemeindevorsteher,

Das Landrabbinat Hannover 1845–1938 und die Synagogengemeinden 1843/1844



Die Grenzen der Landdrostei- bzw. Regierungsbezirke Hannover und Lüneburg sind vereinfacht dargestellt. Die Synagogengemeinden im Hannöverschen entsprechen dem Stand nach dem Ausschreiben der Landdrostei Hannover vom 24. 11. 1843, diejenigen im Lüneburgischen dem Stand nach dem Ausschreiben der Landdrostei Lüneburg vom 12. 1. 1844.
Die Landrabbiner waren zu regelmäßigen Inspektionsreisen in ihrem Amtsbezirk verpflichtet und unternahmen in jedem Jahr Reisen wie diejenigen des Landrabbiners Meyer 1858 und 1865.

Entwurf: Peter Schulze
Kartographische Bearbeitung:
Landkreis Hannover
Abteilung Kartographie/Rohde

- Sitz des Landrabbinats
- Stadt/Gemeinde mit Synagoge, Hauptort einer Synagogengemeinde
- Sitz eines Regierungspräsidenten
- Inspektionsreisen des Landrabbiners Meyer im Landdrosteibezirk Hannover 1858 und im Landdrosteibezirk Lüneburg 1865

Stiftungsverwaltung, Führung der Personenstandsregister, eigene Gemeinderechnung) und Pflichten (Pflicht, die Kosten für Synagogen-, Schul- und Armenwesen selbst zu tragen) festgelegt wurden, deren Kontrolle wiederum durch den Landrabbiner erfolgen sollte. In der Praxis übte der Landrabbiner die Aufsicht über das jüdische Synagogen-, Schul- und Armenwesen nicht mehr gegenüber den einzelnen jüdischen Einwohnern seines Bezirks aus, sondern durch und über die örtlichen Synagogengemeinden.

Die Landrabbinatsbezirke wurden teilweise neu- oder umgegliedert (s.o.). Die Regelungen der „Instruction für den Landrabbiner" von 1831 wurden ersetzt durch die Bestimmungen in den §§ 53-71 der Bekanntmachung von 1844; durch sie wurde die über allem stehende Vorschrift in § 20 des Gesetzes von 1842 – „Das Synagogen-, Schul- und Armenwesen der Juden steht unter Aufsicht der Regierung. Diese Aufsicht wird ... durch die Landrabbiner unter Leitung der Landdrosteien ausgeübt" – näher ausgeführt. Im Prinzip blieben die vom Staat schon früher festgelegten Aufgaben des Landrabbiners bestehen, allerdings wurde seine Verpflichtung „zur Begutachtung von Fragen in Bezug auf jüdischen Glauben und auf jüdisches Ritual" für Behörden und Gerichte besonders betont. Neu war auch, daß ein gewählter Landrabbiner einen Nachweis seiner Schulbildung, seines Studiums auf einer deutschen Universität und des Erwerbs eines Rabbinats-Diploms erbringen mußte, bevor er durch die Regierung bestätigt werden konnte. Auf der Grundlage dieser Vorschriften hatte der neue Landrabbiner Meyer den weiteren Ausbau des jüdischen Synagogen-, Schul- und Armenwesens in seinem Bezirk zu betreiben. Allerdings wurde erst 1854 eine neue Schulordnung und sogar erst 1860 eine veränderte Synagogenordnung erlassen. Vordringlich erschien in den Jahren nach 1845 das weitere Streiten für die rechtliche Gleichstellung der Juden im Königreich Hannover.

MEYERS KAMPF FÜR „RECHT UND EHRE" DER JUDEN

In den Jahren 1845, 1847, 1848 und 1850 wurden eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, durch die nach und nach die meisten rechtlichen Beschränkungen für die Juden aufgehoben wurden. Zunächst wurde eine Neuregelung des Judeneids beschlossen (Gesetz über die Eidesleistungen der Juden vom 24. Februar 1845); dabei entfielen einige der bedrückendsten Vorschriften der bisherigen Eidesabnahme, und der Richter selbst hatte ab sofort – wie bei Christen – die Eideswarnung auszusprechen. Vorläufig blieben aber besondere Eidesformeln für Juden vorgeschrieben. Zwei Jahre später wurden wichtige Bestimmungen des halbherzigen Gesetzes von 1842 im Sinne der zukünftigen Gleichstellung korrigiert (Gesetz, ergänzende Bestimmungen über die Rechtsverhältnisse der Juden betreffend vom 15. April 1847); danach galten die Geschäftsbücher eines jüdischen soviel wie die eines christlichen Kaufmanns, besaß das Zeugnis eines Juden gleiche Kraft wie das eines Christen, ließ der Staat seine an die Stelle des früheren Schutzgeldes getretene Forderung nach einer Sonderabgabe fallen und wurde den Juden das Recht zugestanden, „ein Haus mit 1 1/4 Morgen Landes zu erwerben." Die revolutionären Prozesse des Jahres 1848 beschleunigten die Entwicklung auch im Hannöverschen, wo am

5. September ein Zusatz zur Landesverfassung in Kraft trat, wonach „die Ausübung der politischen und bürgerlichen Rechte ... von dem Glaubensbekenntnisse unabhängig" sei. Im Prinzip war mit dieser Bestimmung die Gleichberechtigung der Juden verwirklicht – wenigstens auf dem Papier. Folgerichtig wurde der Judeneid 1850 abermals reformiert und in der Praxis nahezu völlig beseitigt.

Wie Adler in seiner Zeit als Landrabbiner nicht nur von der Regierung als Ratgeber herangezogen worden, sondern auch eigenständig mit Vorschlägen und Forderungen vorstellig geworden war, nutzte auch Samuel Meyer in diesen Jahren jede Möglichkeit, um die rechtliche Gleichstellung der Juden zu fördern und benachteiligende Regelungen zu bekämpfen. Einzelheiten über Meyers Kampf für die Beseitigung der sogenannten Stolgebühren – gemeint sind die traditionellen Zahlungen der Juden an die christlichen Geistlichen als Entschädigung für den Ausfall an Gebühren, die diese an jenen nicht verdienen konnten – sind durch Zuckermanns Bericht in einer Erinnerungsschrift für den Landrabbiner (1919) belegt. Zwar war schon in den dreißiger Jahren über den Wegfall der Stolgebühren diskutiert worden und hatte die Regierung dies in ihr Gesetz von 1842 aufnehmen wollen, jedoch waren die dagegen gerichteten Proteste der um eine Einnahmequelle besorgten Kirche zunächst erfolgreich. Demgegenüber brachten die Juden – so in einer Petition der Synagogengemeinde Hannover vom November 1848 – das berechtigte Argument vor, daß sie nicht nur durch ihre Steuern das allgemeine – christliche – Armenwesen mitfinanzierten, sondern zusätzlich mit Gemeindebeiträgen und den besonderen Landrabbinatsabgaben alle Kosten für das jüdische Synagogen-, Schul- und Armenwesen selbst tragen müßten und zu weiteren Leistungen nicht mehr in der Lage seien.

Samuel Meyer richtete wenige Tage später, ohne daß bisher eine Regierungsentscheidung eingegangen war, ein offizielles Rundschreiben als Landrabbiner an die Gemeindevorsteher seines Bezirks. Er bezog sich auf die jüngsten Stolgebührenforderungen des Kirchenkonsistoriums und erklärte sie rundheraus für rechtswidrig: „Meiner Überzeugung nach liegt eine Rechtsbeschränkung darin, wenn der Jude eine besondere Abgabe zahlen muß, die vom Glaubensbekenntnis abhängig ist ... Jedenfalls ist es eine Rechtsfrage, welche das Königliche Konsistorium einseitig zu entscheiden nicht berechtigt ist." Meyer formulierte selbstbewußt und kraftvoll: „Im Interesse unseres Rechtes, das wir uns auch im Kleinen nicht verkümmern lassen, wie im Interesse der Gemeinden, dessen Wahrung uns obliegt, fordere ich Sie daher auf, ... jede Zahlung ... so lange entschieden zu verweigern, bis Sie rechtskräftig durch richterliches Urteil dazu verpflichtet sind." Meyer wollte „diesen Überrest alten Druckes auf dem Wege der Gesetzgebung ... beseitigen" und forderte, um die Sache voranzubringen, einen demonstrativen Akt von – begrenztem – Ungehorsam. Seine politische Begründung war durchaus theologisch abgeleitet: „Wir haben durch des Herrn Hülfe die volle Emanzipation erlangt. Neue Rechte sind Uns dadurch geworden, über die wir wachen wollen, daß sie zur Wahrheit werden, aber auch

neue Pflichten, die wir getreulich üben müssen. Als freie, gleichberechtigte Bürger des Staates, wollen wir einerseits mit ganzem Herzen und mit ganzer Seele der Gesamtheit uns anschließen ..., andererseits aber mit um so größerer Liebe und Innigkeit unserem Glauben uns zuwenden." Meyers Zielvorstellung war: „Frei vom äußerem Druck müssen unsere Gotteshäuser, unsere Schulen, unsere Gemeindeverhältnisse, unsere milden Anstalten zu einem frischen Leben erblühen. Dazu mögen auch die Mittel benutzt werden, die wir jetzt ersparen, damit Israels Glaube in der Freiheit sich bewähre, wie er in der Knechtschaft sich verherrlicht hat." Die Reaktionen der Aufsichtsbehörden ließen nicht lange auf sich warten. Die Landdrostei Lüneburg kritisierte Meyer scharf und forderte die Zurücknahme seines Rundschreibens. Aber Meyer bekräftigte noch seine Position und lehnte den Widerruf mit der nicht ungeschickten Begründung ab, er würde „seinen Zweck verfehlen und nur sein Ansehen und seine Autorität bei seinen Gemeinden untergraben." Der Konflikt mußte nun vor die Regierung gebracht werden. Die Landdrostei empörte sich in ihrem Bericht besonders darüber, daß der Landrabbiner „unter dem Scheine amtlicher Autorität zu einer Verweigerung der Leistung bestehender Verpflichtungen förmlich (aufgefordert)" habe. Die Regierung versuchte, sich in ihrem Bescheid mit einigem Anstand aus der Affäre zu ziehen. Zunächst wurde Meyers Rechtsauffassung als irrig zurückgewiesen und ebenso seine Zuständigkeit in dieser Sache bestritten; daher sei es „für völlig unpassend zu halten ..., wenn derselbe durch ein Rundschreiben, dessen amtlicher Charakter nicht zu verkennen ist, die Juden seines Bezirks zur Verweigerung der Stolgebühren aufgefordert hat." Nach diesem herben, aber wohl unvermeidlichen Rüffel für Meyer kam das Einlenken: sein „Interesse für die Aufhebung der Stolgebühren (könne) nur gebilligt werden", auch sei diese bereits in der Ständeversammlung beantragt; Meyer mußte mithin nicht widerrufen, sondern sollte in einem zweiten Rundschreiben lediglich die Empfehlung aussprechen, „zur Vermeidung kostspieliger Streitigkeiten ... die bisherigen Stolgebühren einstweilen noch zu bezahlen." Der Landrabbiner war zwar in formaler Hinsicht gerügt und korrigiert worden, hatte sich mit seinem couragierten Vorstoß aber in der Sache völlig durchgesetzt. Wenige Monate später wurden die Stolgebühren der Juden gestrichen (Gesetz, betreffend die Stolgebühren der Juden vom 4. Juni 1850) und die betroffenen Pfarrstelleninhaber durch eine Rente aus der Landeskasse entschädigt.

Meyer war sich der Tatsache vollkommen bewußt, daß die Emanzipation der Juden nicht durch Gesetzesänderungen allein zu bewerkstelligen war, sondern in den verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens durch zähe und geduldige Bemühungen erst wirklich durchgesetzt werden mußte, und er war der richtige Mann für ein solches Vorgehen. Dafür sollen nur zwei von vielen Beispielen genannt werden: zum einen sein kontinuierlicher Einsatz für eine staatliche Förderung und Subventionierung des jüdischen Schulwesens, zum anderen seine jahrelangen Anstrengungen, bei den Militärbehörden die Respektierung der religiösen Pflichten der jüdischen Soldaten zu erreichen.

Seit 1851 wurde das jüdische Schulwesen mit jährlich 1.500 Reichstalern, später mit 2.500 Reichstalern aus der Staatskasse unterstützt. Der größte Teilbetrag ging regelmäßig an die neugegründete Lehrerbildungsanstalt in Hannover, während aus dem Rest Zuschüsse an jüdische Schulen sowie an Lehrer zur Aufbesserung ihres Gehaltes gezahlt wurden. Meyer hatte entsprechende Anträge zu sammeln und, mit eigenen Empfehlungen versehen, weiterzuleiten. Ohne diese Subventionen wären viele Schulen in den ländlichen Gemeinden, die nur über sehr wenige eigene finanzielle Mittel verfügten, überhaupt nicht mehr aufrechtzuerhalten gewesen. 1866 wurde die Förderungssumme auf 5.000 Taler erhöht, aber dann geriet – im Züge der Einverleibung Hannovers durch Preußen – die Subvention in Gefahr. An den folgenden Verhandlungen mit der neuen preußischen Verwaltung, insbesondere dem Oberpräsidenten Stolberg, dessen Amt an die Stelle der vormaligen hannoverschen Regierung getreten war, hatte Meyer starken Anteil, und es war nicht zuletzt ihm zu verdanken, daß in dem preußischen Dotationsgesetz zur Errichtung des hannoverschen Provinzialfonds vom 7. März 1868 regelmäßige finanzielle Zuwendungen für das jüdische Synagogen- und Schulwesen festgelegt wurden.

Die Fürsorge für die in seinem Amtsbezirk stationierten jüdischen Soldaten beschäftigte Meyer seine gesamte Amtszeit hindurch. Vor allem vor den höchsten jüdischen Festen, dem Neujahrs- und dem Versöhnungstag, erreichten ihn Bitten der Soldaten, für sie eine Dienstbefreiung zu erwirken, damit sie an den vorgeschriebenen Gottesdiensten teilnehmen konnten und zu keinen den Religionsgesetzen zuwiderlaufenden Arbeiten kommandiert wurden. Auch die Truppenkommandeure korrespondierten mit Meyer und ließen sich von ihm Auskünfte über den jeweiligen jüdischen Kalender sowie über die einschlägigen Religionsgesetze erteilen. Am 23. September 1863 schrieb der Kommandeur des 3. Jäger-Bataillons in Hannover, Oberstleutnant von Bock, an Meyer: „Da es alljährlich vorkommt, daß die Jäger israelitischer Confession ... an ihren verschiedenen kirchlichen Festtagen um Dispensation vom Dienste nachsuchen, ich aber nicht weiß, welche sämmtliche Tage im Jahre wirkliche Festtage für die selben sind, so erlaube ich mir, Euer Hochwohlgeboren ergebenst zu ersuchen, mir eine Übersicht der Tage im Jahre gefälligst zukommen lassen zu wollen ...". Meyer gab die Tage wie gewünscht an, und die Soldaten erhielten darauf die beantragte Dienstbefreiung. Bei den im Hannöverschen einmarschierten preußischen Truppen erreichte er eine ähnliche Dienstbefreiung zu den jüdischen Hauptfeiertagen sogar für den gesamten Bereich des 10. Armeekorps. Während des deutsch-französischen Krieges forderte Meyer vom Kriegsministerium in Berlin die Anstellung von jüdischen Militärseelsorgern und engagierte sich sowohl für die aus Hannover ins Feld gezogenen Soldaten als auch für die in der Stadt untergebrachten jüdischen Kriegsgefangenen aus Frankreich; letztere wurden auch von der hannoverschen Synagogengemeinde betreut und beispielsweise zum Purimfest 1871 eingeladen und bewirtet. Meyers amtliche Kontakte mit der Militärverwaltung hatten jedoch noch einen anderen Zweck: solange er als Landrabbiner mit der Führung der Geburtslisten zu tun hatte, mußte er auch

beim jährlichen „Ersatzgeschäft", der Aushebung neuer Rekruten, mitwirken und entsprechende Auszüge über die aufgerufenen Jahrgänge anfertigen.

Meyers politische Anschauungen und Parteipräferenzen sind nicht überliefert; vielleicht dachte er – wie viele im jüdischen Bürgertum seiner Zeit – nationalliberal. Seiner Loyalität zum welfischen Königshaus und zur Regierung verlieh er Ausdruck in vielen seiner Predigten, etwa der Traueransprache anläßlich des Todes König Ernst Augusts 1851 oder der – angesichts der veränderten politischen Verhältnisse – erstaunlich anmutenden Trauerrede nach dem Tod des ins Exil gegangenen Georg V. 1878, in der er erklärte, „Wie bei aller Loyalität gegen unsere jetzige Regierung es sich gezieme, in Treue uns auch mit Dank der Wohlthaten zu erinnern, welche uns Juden unter der Regierung des verstorbenen Königs zu Theil geworden", und er nannte die erwähnten Staatsbeihilfen, die Förderung der Lehrerbildung und den Erlaß einer neuen Synagogenordnung 1860.

Bereits bei letztgenannter Gelegenheit hatten alle Landrabbiner des Königreichs eine vom Hildesheimer Rabbiner Landsberg entworfene emphatische Dank- und Treuekundgebung an den König gerichtet, in der neben anderem beschrieben wird, wie die „treuunterthänigsten Landrabbiner des Königreichs" sich „den Stufen des erhabenen Thrones ihres von Gott eingesetzten Landesvaters nahen ... dürfen, um daselbst die innigsten Gefühle der Dankbarkeit, der Ehrfurcht und Liebe ... mit schwachen Worten in Demuth niederzulegen ... Geruhen Ew. Majestät in väterlicher Gnade und Nachsicht diesen schwachen Ausdruck der Dankbarkeit, Ehrfurcht und Liebe huldreich aufzunehmen, die wir ersterben Ew. Königlichen Majestät allerunterthänigste Landrabbiner des Königreichs ...". Solche Formeln erschienen auch 1861 als ungewöhnlich und überzogen, und die Unterzeichner mußten sich in der Allgemeinen Zeitung des Judentums unter anderem „knechtischen Sinn" und „hohnsprechenden Servilismus" nachsagen und sich von dem Kritiker als „große Meister ... in kriechender Demuth nach oben wie in hierarchischer Ueberhebung gegenüber den Gemeinden" bezeichnen lassen. Meyer hatte diese Adresse unterschrieben, aber zu seiner Ehrenrettung ist zu sagen, daß dies nicht sein Stil war – er formulierte in seinen Schriftsätzen an Regierung und Landdrostei nüchtern und ohne Schnörkel – und daß sein Eintreten für die Interessen des Judentums im übrigen weder „knechtisch" noch „servil", sondern – wie Freund es ausgedrückt hatte – besonnen und entschieden war.

HANNOVERS ANSCHLUSS AN PREUSSEN UND DIE DISKUSSION ÜBER DIE BEIBEHALTUNG DER HANNOVERSCHEN GESETZGEBUNG ÜBER DIE JUDEN

Nach dem verlorenen Krieg 1866 wurde das Königreich Hannover zu einer unselbständigen Provinz Preußens. Der hannoversche Landrabbiner Meyer erhielt als Amtsträger und als Vertreter der Judenschaft eine Einladung, der Verkündigung des „Inbesitznahme-Patents" am 6. Oktober im von den Welfen verlassenen Schloß Herrenhausen beizuwohnen. Während diese Annexion in der Bevölkerung des Landes insgesamt auf ein geteiltes Echo stieß, vorwiegend

abgelehnt, teilweise aber auch begrüßt wurde, waren die hannoverschen Juden außerdem vor die Frage gestellt, ob sie sich die Übertragung der in Altpreußen geltenden Rechtsverhältnisse für das Judentum wünschen oder sich für die Beibehaltung der hannoverschen Bestimmungen einsetzen sollten. Der wesentliche Unterschied bestand darin, daß sich der Staat in Hannover die Beaufsichtigung, aber auch die Garantie der jüdischen Religionsgemeinschaft zur Aufgabe gemacht und sich – in letzter Instanz – Entscheidungsbefugnisse hinsichtlich des Synagogen-, Schul- und Armenwesens der Juden gesichert hatte. Dies war in Preußen nicht der Fall. Hätte man das dortige Recht übernommen, wären als erstes die Landrabbinate erloschen, und die im Auftrag des Staates tätigen Landrabbiner hätten bestenfalls in ihren Wohnsitzgemeinden als einfache Rabbiner weiterhin wirken können.

Die Vorsteher der Synagogengemeinde Hannover und der Landrabbiner Meyer – wie seine Kollegen in Hildesheim und Emden – waren entschlossen, für die Erhaltung der „berechtigten Eigenthümlichkeiten und Vorzüge unserer bisherigen Einrichtungen ..." zu kämpfen. In gemeinsamer Formulierungsarbeit verfaßten sie eine umfangreiche Resolution, die zunächst an alle Synagogengemeinden der Provinz und anschließend – versehen mit zustimmenden Erklärungen der meisten Gemeinden – an König und Regierung in Berlin abgesandt wurde. Demzufolge sollte die Gleichberechtigung der Juden nicht eingeschränkt, vielmehr im Sinne der Gleichstellung des jüdischen mit dem christlichen Armenwesen ausgeweitet, die bestehende innere Organisation des Synagogen- und Schulwesens weiterhin staatlich anerkannt und die finanzielle Förderung für Schulen und Lehrerbildungsanstalt auch in Zukunft gewährt werden. Nach kurzer Zeit hatten sich bereits 90 der 124 Synagogengemeinden in der Provinz der Petition angeschlossen. Sie hatten sich bewußt dafür entschieden, die „unter Leitung der Behörden, bzw. der Landrabbiner" stehende „altbewährte Ordnung" ihrer Angelegenheiten auch für die Zukunft zu fordern. Einige wenige Gemeinden wie Göttingen, Goslar, Harburg, Hildesheim und Lüneburg zogen nicht mit, hauptsächlich aus Opposition gegen die Einrichtung der Landrabbinate. Deren Unterhaltung sei zu teuer, und die Gemeinden könnten auf die Oberaufsicht der Landrabbiner verzichten. Die Regierung sollte überhaupt nicht „in die Interna eines Cultus andersgläubiger Staatsangehöriger (eingreifen)" und auf ihre finanzielle Zuwendungen könne man verzichten.

Letzteres Argument macht klar, warum diese oppositionelle Position nur in einigen größeren, leistungsfähigen Gemeinden Anklang fand. Die ländlichen Gemeinden dagegen waren von derartigen Zahlungen abhängig und sie benötigten den Landrabbiner als Vermittler zu den staatlichen Institutionen. Im Konfliktfeld zwischen selbst zu finanzierender Gemeindeautonomie und zu Zuschüssen berechtigender Unterordnung hatten die kleinen Gemeinden keine Wahl. Der Respekt, den sich der Landrabbiner Meyer seit seinem Amtsantritt 1845 weithin erworben hatte, tat ein übriges und machte ihnen die Entscheidung leichter. Der hannoversche Gemeinde-Ausschuß traf mit seinen Feststellungen, daß Meyer „hierarchische Gelüste oder Herrschsucht ... durchaus fern liegen, daß

Eigennutz nie seine Schritte geleitet habe, vielmehr seine Tätigkeit stets auf das Wohl der Gesamtheit gerichtet gewesen sei", die allgemeine Auffassung. Darin lag ein wichtiges Motiv für die bereitwillige Zustimmung so vieler Synagogengemeinden zur Aufsicht des Staates; sie nahmen diese Aufsicht, so wie sie durch den Landrabbiner Meyer praktiziert wurde, nicht als bedrückend wahr. Selbst die Synagogengemeinde Hildesheim, die am schärfsten gegen das Landrabbinat Stellung bezog, räumte ein, daß ohne die Hilfe und das gelegentliche schlichtende Eingreifen der Landrabbiner die kleineren Gemeinden zur Auflösung verurteilt sein würden.

Die Petition der hannoverschen Landrabbiner und der Synagogengemeinden stieß auf eine positive Resonanz bei der Regierung in Berlin, die auf die vorgetragenen Forderungen einging und dadurch die überkommene Organisation des Synagogen- und Schulwesens, wie sie seit 1842 bzw. 1844 bestand, bestätigte. Es bleibt noch anzufügen, daß durch die folgende preußische bzw. die neue Reichsgesetzgebung die letzten noch bestehenden rechtlichen Beschränkungen für die Juden entfielen. 1867 wurde die völlige Freizügigkeit beim Gewerbebetrieb und Grunderwerb gesetzlich verankert, 1868 wurden die Heiratsbeschränkungen aufgehoben, 1869 wurde nochmals die Gleichberechtigung der Konfessionen bestätigt – dadurch erhielten die Juden Hannovers endlich alle staatsbürgerlichen Rechte einschließlich des Wahlrechts zum damaligen Norddeutschen Reichstag, ein Status, der zwei Jahre später durch die neue Reichsverfassung bekräftigt wurde.

LANDRABBINER MEYER ALS GUTACHTER UND RATGEBER DER STAATLICHEN VERWALTUNG

Wie sein Vorgänger Adler wurde Samuel Meyer regelmäßig von der hannoverschen wie der späteren preußischen Verwaltung als Gutachter in innerjüdischen Streitfällen, die an die Behörden herangetragen worden waren, herangezogen und als Ratgeber, wenn es um die Organisation des jüdischen Synagogen- und Schulwesens ging. Bei den genannten Streitigkeiten, die auch ein Schlaglicht auf die religiösen Richtungen im Judentum und die Abkehr Einzelner werfen, handelte es sich zumeist um die Auslegung jüdischer Religionsgesetze bzw. um administrative Entscheidungen Meyers, gegen die von den betroffenen Personen Einspruch eingelegt worden war.

1872 hatte Meyer über einen Antrag des Schlachters Abraham Rose in Neustadt zu befinden, der vom Landrabbiner offiziell als Schächter anerkannt werden wollte. Meyer lehnte das Gesuch ab und verwies darauf, daß in Neustadt bereits zwei Schächter zugelassen seien und in dieser kleinen Gemeinde ein weiterer Bedarf nicht bestehe. Er ließ seine Entscheidung durch Anschlag in der Neustädter Synagoge bekanntmachen und warnte die Gläubigen davor, bei Rose zu kaufen: er, der Landrabbiner, garantiere jedenfalls nicht für die rituelle Unbedenklichkeit von Roses Produkten. Mit seinem Rekurs blieb Abraham Rose ohne Erfolg, da Landdrostei, Oberpräsident und Kultusminister in Berlin in die Entscheidung Meyers, die ein ausschließlich rituelles Problem betraf, nicht eingreifen wollten.

Hohe Wellen bis nach Berlin schlug ein Konflikt, den Meyer 1875/76 mit dem Kaufmann Thorner in Geestemünde austrug. Dessen Tochter hatte einen christlichen Ehemann geheiratet, ohne selbst aus dem Judentum ausgetreten zu sein und erschien nach glücklich überstandener Geburt ihres ersten Kindes in der Synagoge, um das nach jüdischer Tradition übliche Dankgebet zu empfangen – was ihr von dem örtlichen Religionslehrer auf Anweisung des Landrabbiners jedoch verweigert wurde. Thorner warf Meyer daraufhin „Intoleranz" vor und meinte, auf diese Weise werde seine Tochter geradezu gezwungen, das Judentum zu verlassen. Meyer hielt dem entgegen, „daß die Synagoge von Familienereignissen, die außerhalb ihres Bereiches vorkommen, keine Notiz nehmen" könne und wandte sich gegen „Religionsmengerei". Allerdings könnten die Eltern verbindlich zusichern, ihrem Kind eine jüdische Erziehung geben zu wollen; dann stehe einer Namensgebung in der Synagoge nichts im Wege. Eine solche Zusage wurde aber nicht gegeben, und Meyer bekräftigte seine Haltung, er könne „dem Selbstbewußtsein der Synagoge nicht ins Angesicht ... schlagen. Es handelt sich einfach um die Frage: ob wir und unsere Kinder Juden bleiben wollen und sollen oder nicht ... Die Synagoge ... schließt keinen aus, der sich nicht selbst ausschließt, aber ihre Ehren und Fürbitten kann sie nur denen gewähren, die zu ihr halten und in ihren Ehen – der letzten Grundlage alles religiösen wie sittlichen Lebens – dem Gesetze Moscheh's und Israels Folge leisten." Die Berufung Thorners wurde Ende 1876 vom Kultusministerium zurückgewiesen und insofern die Position Meyers nach außen hin gestützt. Intern wurde allerdings die Landdrostei Hannover angewiesen, Meyer für die Zukunft entsprechende Anordnungen zu untersagen, da er als Landrabbiner nur „Organ der Staatsaufsichtsbehörden" sei und „kein kirchenregimentliches Amt (bekleide)."

Dies war ein neuer Ton, denn bisher hatten die Landrabbiner wie selbstverständlich gehandelt, wenn es nach ihrer Überzeugung um die Verteidigung des Judentums ging. Meyer nahm gegenüber allen Bestrebungen, nur noch einen Teil der religiösen Vorschriften anzuerkennen, den Rest aber fallenzulassen, eine konsequente und harte Haltung ein. Dies empfand er als seine Pflicht – „ich kann aber nicht anders", wie er selbst schrieb. Einem hannoverschen Gemeindemitglied, das 1870 für den neugeborenen Sohn die Vornahme der rituellen Beschneidung ablehnte, eröffnete Meyer, die Geburt könne daher nicht im Register der Gemeinde eingetragen werden. Magistrat und Landdrostei korrigierten in dieser Sache Meyers Entscheidung. Es zeigte sich, daß bei Konflikten um die Auslegung jüdischer Religionsgesetze die prinzipienfeste Haltung des Landrabbiners im Sinne seiner Auffassung vom Judentum nicht immer von den Behörden gestützt wurde. Vielleicht gab es dort Erwartungen im Sinne der alten Träume einer Annäherung der Juden an die Christen, die zu einer solchen, gelegentlich gegen den Landrabbiner durchgesetzten, mehr liberalen Entscheidungspraxis führten.

Gegensätze oder unterschiedliche Ansichten hinsichtlich der organisatorischen Strukturen in der hannoverschen Judenschaft bestanden zwischen Meyer und den

verschiedenen staatlichen Institutionen, mit denen er zu tun hatte, jedoch zu keinem Zeitpunkt. Die Regierung schuf, um die Absprachen der Landrabbiner untereinander zu fördern, sogar eine Art informeller Oberbehörde: seit den fünfziger Jahren rief sie Meyer und die übrigen Landrabbiner regelmäßig zu Konferenzen nach Hannover. Eine solche Landrabbinerkonferenz dauerte stets mehrere Wochen und diente der Ausarbeitung von Synagogen- bzw. Schulordnungen und der Diskussion über die Schulaufsicht usw.; Meyer wirkte in diesem Kreis als primus inter pares. Freund hat recht, wenn er feststellt, daß die staatliche Verwaltung in dieser Zeit mit den Landrabbinern durchaus vertrauensvoll zusammenarbeitete, ihnen sogar oft „voll Verständnis und Wohlwollen" entgegenkam. Diese Haltung der Behörden ist natürlich auch eine Reaktion auf die immer wieder bewiesene Loyalität der Landrabbiner gegenüber Staat und Regierung.

Die staatliche Verwaltung war auch unter preußischer Oberhoheit nicht bereit, auf die Einrichtung der Landrabbinate zu verzichten. Als zwischen 1872 und 1874 im preußischen Landtag und in der Regierung Pläne aufkamen, die gesamte Gesetzgebung über die jüdische Religionsgemeinschaft zu reformieren und dabei die Landrabbinate in der Provinz Hannover aufzulösen oder zumindest ihre Befugnisse einzuschränken, plädierte der Oberpräsident Heiliger in einem umfangreichen Schriftsatz an die Regierung in Berlin für die Beibehaltung des status quo. Diese erneute kontroverse Diskussion, in der sich diesmal besonders die ostfriesischen Synagogengemeinden gegen das Landrabbinatsinstitut aussprachen, kann hier nicht weiter dargestellt werden. Interessant ist aber zu beobachten, mit welcher Zurückhaltung und Vorsicht Samuel Meyer sich mit seinen gutachterlichen Äußerungen in die Debatte einschaltete. Meyer war in diesen Jahren nicht nur hannoverscher Landrabbiner, sondern auch kommissarischer Verwalter des Landrabbinats Stade und – nach dem Tod der bisherigen Amtsinhaber – auch interimistischer Landrabbiner für Hildesheim und für Aurich-Osnabrück, somit der einzige Landrabbiner in der ganzen Provinz.

Er ließ sich aber in keinem Moment dazu verleiten, seine Position auszunutzen oder – obwohl solche Überlegungen aufkamen – gar deren Legalisierung und seine Erhebung zum einzigen Provinzlandrabbiner anzustreben. Im Gegenteil: Meyer kämpfte für die Wiederbesetzung der vakanten Stellen, weil nach seiner Meinung anders eine intensive Betreuung der vielen Synagogengemeinden nicht möglich sei. Anfang 1874 wurde klar, daß in Berlin „eine Revision der Gesetzgebung über das Aufsichtsrecht des Staates hinsichtlich der jüdischen Religionsgesellschaften nicht in naher Aussicht steht", wie der Oberpräsident an Meyer schrieb, und mit Hilfe seiner Beurteilungen und Empfehlungen gelang es innerhalb kurzer Zeit, das Hildesheimer Rabbinat mit dem Rabbiner Guttmann aus Breslau und dasjenige in Emden mit dem Rabbiner Buchholz aus Stargard neu zu besetzen.

Meyer hatte in diesen Jahren seiner Persönlichkeit, Qualifikation und langjährigen Erfahrung wegen bereits längst in der Praxis die Position eines „Oberlandrabbiners" erreicht. Er war als der Landrabbiner am Amtssitz des

Oberpräsidenten zu dessen ständigem Gutachter und Helfer in jüdischen Angelegenheiten geworden. Die Verwaltung erkannte seine Verdienste voll an, und der hannoversche Landdrost schlug dem Oberpräsidenten am 28. August 1874 vor, Samuel Meyer ehrenhalber den Titel „Ober-Landrabbiner" zu verleihen: „Wie ich höre, ist der Landrabbiner Meyer wegen seiner hervorragenden Tüchtigkeit schon von der Hannoverschen Regierung zu der Bearbeitung allgemeiner jüdischer Angelegenheiten, namentlich zur Begutachtung von Gesetzentwürfen, Verordnungen usw. herangezogen worden, die außerhalb des ihm als Landrabbiner obliegenden Geschäftskreises sich befanden ... Die hingebende Thätigkeit ..., die hervorragende Geltung, deren er sich innerhalb der jüdischen Gemeinde ... erfreut, seine loyale Haltung der Regierung gegenüber und sein mildes und versöhnliches Wesen lassen ihn einer solchen Auszeichnung in jeder Beziehung würdig erscheinen." Dieses Lob ließ nichts zu wünschen übrig, und es muß unerfindlich bleiben, warum auf den Vorschlag des Landdrosten niemals eine Reaktion erfolgte.

DIE LANDRABBINATSKASSE NACH 1847

An keiner Stelle der Landrabbinatsorganisation war die unmittelbare Beteiligung der staatlichen Verwaltung an der Regelung jüdischer Angelegenheiten so umfassend wie bei der seit 1831 bestehenden Einrichtung der Landrabbinatskasse, aus der die Besoldung des Landrabbiners, dessen Verwaltungsaufwand und außerdem – bis zur Gründung der jüdischen Armenkasse 1842 – Unterstützungszahlungen für jüdische Arme bestritten wurden. Seit Erlaß der Instruktion von 1831 waren die von jedem Schutzjuden zu zahlenden Beiträge, deren Höhe jährlich neu festgesetzt wurde, von den staatlichen Renteien zugleich mit dem Schutzgeld einkassiert worden. Dieses Verfahren mußte völlig verändert werden, nachdem 1842 das Schutzverhältnis gesetzlich beseitigt war. An seine Stelle trat vom 1. Juli 1847 an eine neue, höchst umständliche Prozedur, mittels derer fortan – bis 1938 – durch die Landdrostei Hannover selbst die Aufbringung der für das Landrabbinat benötigten finanziellen Mittel betrieben wurde. Jahr um Jahr wurde der Landrabbiner aufgefordert, den voraussichtlichen Bedarf für 12 Monate zu berechnen und der Landdrostei bekanntzugeben. Diese wies sodann – nach Prüfung – alle ihr unterstellten örtlichen Obrigkeiten an, Listen sämtlicher jüdischer Einwohner unter Angabe der von ihnen im letzten Steuerjahr gezahlten direkten Staatssteuern zu erstellen und der Landdrostei zuzuleiten. Dort wurden dann die Summe aller von Juden gezahlten Steuern überhaupt und der Anteil der einzelnen Personen, jeweils nach Synagogengemeinden zusammengefaßt, an dem Steuergesamtbetrag berechnet. Nachdem auf diese Weise die Steuerkraft der einzelnen Synagogengemeinden bzw. ihrer Mitgliedschaft festgestellt worden war, konnte der Bedarf der Landrabbinatskasse proportional auf die Gemeinden umgelegt werden. Für Hannover galt eine Sonderregelung: da die Landrabbiner in der hannoverschen Synagogengemeinde zugleich auch als Ortsrabbiner fungierten, hatte diese vorab die Hälfte des Landrabbinergehalts zu zahlen – die andere Hälfte entfiel auf sämtliche übrigen

Gemeinden im Landrabbinatsbezirk – und mußte daneben anteilig zu den sonstigen Kosten beitragen. Im Rechnungsjahr 1847/48 trug Hannover von den insgesamt benötigten 1.919 Talern allein 730 Taler (38 %). Die von den Synagogengemeinden zu zahlenden Landrabbinatsbeiträge wurden schließlich durch die Landdrostei Hannover in Form einer Bekanntmachung veröffentlicht. Die Obrigkeiten waren verpflichtet, die Gemeinden darüber zu informieren und deren Zahlungen zu überwachen. Das bürokratische Verfahren wurde um die Jahrhundertwende geringfügig modifiziert, indem auf die Auflistung aller Steuerzahler verzichtet und nur noch die Angabe der Gesamtsumme der Steuern in den einzelnen Orten gefordert wurde (dort mußten freilich auch weiterhin alle Steuerrollen durchgesehen und die jüdischen Steuerzahler herausgefunden werden). Der Zweck dieses Verfahrens war die möglichst gerechte Umlegung der Kosten, was sicher auch erreicht wurde, aber der Aufwand, der von zwei Mittelbehörden (die Landdrostei in Lüneburg erhob die Daten in ihrem Bezirk und leitete sie an die hannoversche Landdrostei weiter) und unzähligen lokalen Verwaltungen getrieben werden mußte, um einen vergleichsweise niedrigen Geldbetrag umzulegen, mutet grotesk an. Daß die staatliche Verwaltung den Aufwand nicht scheute, unterstreicht ihr Interesse an der Kontrolle der Landrabbinatsfinanzen.

Ursprünglich war der Landrabbiner auch als Rechnungsführer der Kasse angesehen worden. Allerdings fungierten seit 1831 eigene Rechnungsführer, die für die ordentlichen Zahlungsabwicklungen und die üblichen Kassenarbeiten verantwortlich waren, ihrerseits unter der Aufsicht der Landdrostei standen und dort vor jeder Ausgabe erst eine Genehmigung einholen mußten. Das Amt wurde stets von einem hannoverschen Gemeindemitglied ausgeübt, das anfangs vom Landrabbiner ernannt, später von ihm nur vorgeschlagen wurde und der Wahl durch die Gemeinden und der Bestätigung seitens der Landdrostei bedurfte. Als erste Rechnungsführer hatten prominente jüdische Persönlichkeiten Hannovers amtiert (1831-36: Advokat Eduard Simon, 1836-47: Dr. jur. Moritz Cohen), später wurden Kaufleute und nochmals ein Jurist berufen (1847-56: Joseph Behrend, 1856-63: Theodor Jüdell, 1863-71: Samuel Moses Berliner), schließlich wurden Lehrer und Angestellte der Synagogengemeinde herangezogen (1872-85: Louis Beradt, 1886-87: Josef Nachmann, 1887-1906: Menko Katzenstein, 1907-24: Samuel Federlein, ab 1925: Abraham Levy).

Der Umfang des Landrabbinatsbudgets veränderte sich in den mehr als sieben Jahrzehnten bis zur Inflation nach dem Ersten Weltkrieg nur allmählich; er betrug 1850: 1.400 Taler, 1870: 1.900 Taler (entspricht: 5.700 Mark), 1890: 4.600 Mark, 1910: 4.830 Mark. Auch die Ausgabenposten (beispielsweise wies die Jahresrechnung für 1879/80 an Ausgaben für Gehälter des Landrabbiners und des Rechnungsführers 3.975 Mark und für Verwaltung 447 Mark nach) veränderten sich im Lauf der Zeit nur wenig, zumal das Amtsgehalt des Landrabbiners, das wie die Höhe seiner jährlichen Entschädigungen für Büro- und Reisekosten von den Behörden festgesetzt wurde, nur in sehr großen Abständen erhöht wurde.

Durch vorsichtige Ausgaben – oder: überhöht festgesetzte Beiträge – entstanden schon in den vierziger Jahren erhebliche Kassenreserven, aus denen 1847 eine einmalige Zuwendung an die in Gründung befindliche jüdische Lehrerbildungsanstalt gezahlt wurde, während spätere Überschüsse einbehalten und in öffentlichen Wertpapieren (1849) oder Anteilen an der hannoverschen Synagogenbauanleihe (1866) angelegt wurden. Während der kurzfristigen Vakanz im hannoverschen Landrabbinat nach dem Tod Meyers konnte man im Rechnungsjahr 1883/84 der Kassenreserven wegen sogar völlig auf eine Umlage bei den Gemeinden verzichten.

Die Landrabbinatskasse war – vom Akt der Wahl des Landrabbiners einmal abgesehen – der einzige Bestandteil des Amts, in dem die Synagogengemeinden – passiv, in Form ihrer Beitragspflicht – miteinander verbunden waren.

Zur Organisation des Landrabbinats gehörte natürlich auch eine Aktenregistratur, die von Adler und Meyer in ihren jeweiligen Wohnungen verwahrt und wegen ihres ständigen Anwachsens zunehmend zum Problem wurde. Meyer mußte schon 1855 einen Teil der Akten, vorwiegend Rechnungsbelege, kassieren, hatte aber vor einer solchen Aussortierung der Landdrostei im einzelnen zu berichten, was er für verzichtbar hielt. Meyers Nachfolger Gronemann war schließlich 1895 gezwungen, einen besonderen Aktenraum im Gebäude der Synagoge in Benutzung zu nehmen, weil durch die umfangreichen Verwaltungsarbeiten und dem damit verbundenen Schriftverkehr der Umfang der Landrabbinatsregistratur erheblich größer geworden war.

LANDRABBINER MEYER ALS VERWALTER ANDERER LANDRABBINATSBEZIRKE

Es mag als ein Kuriosum erscheinen, daß das 1843 eingerichtete Landrabbinat Stade nach dem Tod des ersten Amtsinhabers Heilbut 1860 niemals mehr besetzt wurde, aber dennoch seine organisatorische Eigenständigkeit formal beibehalten wurde. Vielmehr übernahm 1861 Landrabbiner Meyer die kommissarische Verwaltung des Stader Bezirks und behielt sie bis zu seinem Tod 1882. Danach fiel die kommissarische Verwaltung Stades bis 1892 an den Landrabbiner in Emden, anschließend kam sie erneut an den hannoverschen Landrabbiner zurück. Das Motiv der Synagogengemeinden im Stader Bezirk, auf die Dauer mit einer kommissarischen Geschäftsführung einverstanden zu sein, rührte aus ihrer geringen finanziellen Leistungskraft her; einen eigenen Landrabbiner konnten sie einfach nicht besolden. Die Lösung der kommissarischen Verwaltung verursachte geringere Kosten, war aber mit dem Verzicht auf das Recht der freien Rabbinerwahl verbunden. Nach dem Tod der Landrabbiner Landsberg bzw. Hamburger wurde Samuel Meyer durch den Oberpräsidenten als interimistischer Landrabbiner für Hildesheim 1870-74 bzw. für Aurich-Osnabrück 1873-75 berufen. Die Interimsverwaltung schloß ausdrücklich auch die Verpflichtung mit ein, dortige Synagogengemeinden zu besuchen und zu inspizieren.

DIE VERWALTUNG DES SYNAGOGEN-, SCHUL- UND ARMENWESENS DURCH MEYER

Samuel Meyer fand bei seinem Amtsantritt die von seinem Vorgänger Adler erlassenen Synagogen- und Schulordnungen vor und konnte nicht nur an dessen Aufbauarbeit in den Gemeinden und im Schulwesen anknüpfen, sondern hatte auch verschiedene von Adler initiierte neue Projekte weiterzuführen.

Von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung des Judentums im gesamten Königreich war die Errichtung der Bildungsanstalt für jüdische Lehrer in Hannover 1846-48. Adler hatte sich seit vielen Jahren für ein solches Institut eingesetzt, ohne das eine wirkliche Verbesserung des jüdischen Schulwesens, in dem bis dahin kaum seminaristisch ausgebildete Lehrer tätig waren, nicht denkbar erschien. Adler und seinem Nachfolger Meyer gelang es, das Interesse der Regierung für ihr Projekt zu erwecken. 1846 wurde ein Gründungsausschuß eingesetzt, in dem Regierungsvertreter, Mitglieder der hannoverschen Synagogengemeinde und der Landrabbiner gemeinsam den organisatorischen, pädagogischen und finanziellen Aufbau der geplanten Bildungsanstalt bewerkstelligten. Meyer entwarf den Lehrplan der Anstalt nach den Anforderungen, die das Lehramt in einer der vielen kleinen jüdischen Schulen im Königreich mit sich brachte, und er nahm als ständiges Mitglied der Verwaltungskommission für die Bildungsanstalt auch in den folgenden Jahren kontinuierlich Anteil an ihrer Entwicklung. In einem Bericht anläßlich des 25jährigen Bestehens der Anstalt wird resümiert, daß inzwischen 180 Seminaristen unterrichtet und ausgebildet worden seien, von denen wenigstens 34 als Lehrer in der Provinz Hannover tätig waren. Unabhängig von den ständigen finanziellen Schwierigkeiten, in denen sich die Bildungsanstalt befand, hatte sich ihre Errichtung als fruchtbringend für das Judentum erwiesen.

Ein weiteres von Meyer übernommenes Projekt war die Erarbeitung einer neuen Schulordnung, in der verbindliche Grundsätze für das jüdische Schulwesen im gesamten Königreich festgelegt werden sollten. Den Ausgangspunkt der Beratungen über eine solche Schulordnung – auch im Rahmen einer Landrabbinerkonferenz – bildeten die 1831 von Adler ausgearbeiteten Bestimmungen (s.o.) sowie die Gesetze bzw. Bekanntmachungen von 1842-44. In der vom hannoverschen Innenministerium am 5. Februar 1854 erlassenen „Schulordnung für die jüdischen Schulen" wurden grundsätzlich die vorher geltenden Vorschriften bestätigt: die Schulpflicht der jüdischen Kinder, der obligatorische jüdische Religionsunterricht, die Schulaufsicht durch die Landrabbiner, die Vornahme von Lehrerprüfungen, die hinreichende Ausstattung der Schulen. Aus dem Umfang dieser neuen Schulordnung – sie weist insgesamt 62 Paragraphen gegenüber nur 27 in der alten Schulordnung von 1831 auf – ist daher ablesbar, daß es dabei nicht um eine Neuorganisation, sondern vielmehr um eine detailliertere Regulierung des jüdischen Schulwesens ging. Allerdings wurden einige Akzente etwas anders gesetzt: die Aufsichtsrechte der Landrabbiner wurden präziser beschrieben, die Mitwirkung der staatlichen Verwaltung bei den Lehrerprüfungen wurde unterstrichen und die Stellung des Lehrers innerhalb der

Synagogengemeinde seines Schulorts dadurch hervorgehoben, daß ihm „in der Regel" auch das Amt des Vorbeters im Gottesdienst zufallen sollte. Im Unterricht wurde der Anteil der allgemeinen Fächer vergrößert, der des jüdischen Religionsunterrichts verringert.

Die neue Schulordnung von 1854 ist im wesentlichen ein Ausdruck des größeren Regelungsbedürfnisses seitens der modernisierten, neuzeitlichen Verwaltung, und es verwundert kaum, daß im folgenden Jahr der Landrabbiner neben besonderen „Anweisungen für die jüdischen Lehrer" eine Vielzahl von neuen Formularen für das Schulregister, für Versäumnislisten, Klassenbücher, Unterrichtsprotokolle, Lektionspläne usw. zu entwerfen und auszugeben hatte. Meyer war verpflichtet, jede Schule wenigstens alle drei Jahre zu besuchen; in der Zwischenzeit erhielt er schriftliche Berichte der Lehrer und der örtlichen Schulvorsteher. Die Stellung des Landrabbiners in der Schulaufsicht war nachdrücklich bestätigt worden und erforderte einen großen Teil seiner Arbeitszeit. Seine Aufgabe, durch Verhandlungen mit der Regierung finanzielle Unterstützungen für die jüdischen Schulen zu bewirken, ist bereits erwähnt worden.

Auch ein drittes Vorhaben, die Entwicklung einer einheitlichen Synagogenordnung für das gesamte Königreich, geht noch auf Vorarbeiten Adlers zurück, wurde aber erst Ende der fünfziger Jahre wieder aufgegriffen und – ebenso wie die neue Schulordnung – in einer Landrabbinerkonferenz intensiv beraten. Bei der von König Georg V. am 31. Dezember 1860 persönlich unterzeichneten Verordnung handelte es sich um die „landesherrliche Bestätigung" einer im übrigen von den Landrabbinern entworfenen neuen Synagogenordnung. Diese „Allgemeine Synagogenordnung" wiederholte in vielen Punkten die Bestimmungen der Adlerschen Synagogenordnung von 1832, enthielt aber – auch in dieser Hinsicht der neuen Schulordnung vergleichbar – weit mehr und differenziertere Einzelvorschriften über die Synagogen- und Gottesdienstaufsicht (Abschnitt II.), die äußere Ordnung des Gottesdienstes (III.), über Vorbeter und Synagogendiener (IV.), das Vorlesen der Thora und Ehrenrechte (V.), über Predigten und Vorträge (VI.) sowie über Beschneidung, Religionsweihe, Trauungen und Begräbnisse (VII.). Die Tendenz dieser neuen Synagogenordnung ging dahin, die Eingriffsrechte der Landrabbiner gegenüber den Gemeinden zu unterstreichen und auszuweiten. Von der ausdrücklichen Genehmigung eines Landrabbiners abhängig gemacht wurden Einrichtung und Einweihung von Synagogen, Abänderungen von Liturgie und Ritus und eventuelle Befreiungen von einzelnen Vorschriften. Die Landrabbiner erhielten das Recht, Ausführungsvorschriften zu erlassen und vor allem die Entscheidungskompetenz in Fragen der Auslegung oder Anwendung der Synagogenordnung. Auch die Aufsichtsrechte der staatlichen Verwaltung wurden bekräftigt; von prinzipieller Bedeutung war die abermalige Bestätigung der Behörden als Berufungsinstanz für rituelle Entscheidungen der Landrabbiner, auch für die Auslegung der Synagogenordnung.

Landrabbiner Meyer betonte in einem Rundschreiben an alle Synagogengemeinden zur Einführung der neuen Synagogenordnung: „Fern von jedem

Eingriff in das religiöse Gewissen der Einzelnen und in das Innere des öffentlichen Gottesdienstes, beschränkt sich die allgemeine Synagogenordnung darauf, das Äußere zu regeln, um dadurch Alles, was dem Zwecke des öffentlichen Gottesdienstes schaden könnte, zu entfernen. Dieser Zweck ist aber kein anderer als der, in Gemeinschaft den Herrn zu preisen, seine Größe und Herrlichkeit in voller Menge zu verkünden, durch die Theilnahme Aller die Andacht und Erbauung jedes Einzelnen zu erhöhen und durch das Zusammenkommen vor dem Angesichte des Herrn das Bewußtsein der Gemeinsamkeit im Glauben und brüderliche Liebe zu wecken." Die 'Ordnung' sollte nicht nur „Würde und Erhebung" in der Synagoge sichern, sondern auch dazu beitragen, daß im andächtigen Gottesdienst ein „Gegengewicht" zu „den leider! so vielfach dem treuen Festhalten an Israels Glauben feindlichen Lebensverhältnissen" geschaffen wurde. Die Unterzeichnung durch den König – wo eine landdrosteiliche Genehmigung ausgereicht hätte – hob Meyer besonders hervor und unterstrich die darin zum Ausdruck kommende „landesväterliche Huld und bewährte liebevolle Fürsorge" des Monarchen für das Synagogen- und Schulwesen der Juden.

In den Gemeinden wurde die Synagogenordnung von 1860 nicht uneingeschränkt begrüßt; vielmehr kam herbe Kritik daran auf, daß die Landrabbiner die Gemeinden von den Vorarbeiten vollkommen ausgeschlossen und ihrerseits dazu beigetragen hatten, daß nunmehr „die Synagoge ... unter den Staat gestellt" sei. 1878 konnte man in der Allgemeinen Zeitung des Judentums lesen, daß die Synagogenordnung „gar Vielen zuwider (sei), weil hierarchischen Bestrebungen zu vielen Vorschub leistend und den Landrabbinern eine zu große Macht einräumend". In der Untersuchung des Vorstehers der Berliner Synagogengemeinde, Hermann Makower, eines Vertreters des liberalen Judentums, über die „Gemeindeverhältnisse der Juden in Preußen" (1873) steht ebenfalls die nach Ansicht des Autors übertriebene Machtstellung der hannoverschen Landrabbiner im Mittelpunkt seiner Kritik: „Wohin diese hierarchische Gewalt führt, ist aus der auf Antrag der Landrabbiner erlassenen Synagogen-Ordnung zu ersehen, welcher sich kein zu den altpreußischen Provinzen erwachsener Jude unterwerfen würde. Diese Ordnung enthält die schreiendste Einmischung der Staatsgewalt in rein religiöse Dinge und erhöht die Macht des Landrabbiners so, daß kein irgend welcher Fortschritt im Kultus ohne seine Einwilligung stattfinden kann. Man sieht leicht ein, daß hiermit ein Prinzip der Stagnation geschaffen ist, welches jedem Fortschritte die größten Hindernisse entgegenstellt." Makower läßt unerwähnt, daß einerseits die Landrabbiner durch die Gemeinden gewählt wurden und andererseits deren überwiegende Mehrzahl – sechs Jahre nach Erlaß der kritisierten Synagogenordnung – bei der neuen preußischen Obrigkeit gerade für die Erhaltung der genannten Strukturen petitioniert hatten.

Abschließend ist noch zu ergänzen, daß das jüdische Armenwesen im Bereich des Landrabbinats Hannover als „gemeinschaftlicher Armen-Verband der Israeliten" ebenfalls – nach der bekannten hannoverschen Rechtstradition – der

unmittelbaren Leitung durch den Landrabbiner unterstellt war und unter Aufsicht des Staates stand. Meyer wurde bei der Verwaltung des Armenverbandes, der an unbemittelte Juden Unterstützungszahlungen leistete, von zwei aus der hannoverschen Gemeinde vorgeschlagenen und durch alle Gemeinden gewählten Armenvorsteher unterstützt. Die jüdische Armenkasse wurde durch die preußische Gesetzgebung 1871 aufgelöst und die Armenfürsorge der Juden der allgemeinen kommunalen Fürsorge zugeordnet.

SAMUEL MEYER ALS HANNOVERSCHER ORTSRABBINER

Meyers Wirken als Rabbiner in seiner Wohnsitzgemeinde – wie auch sein Engagement innerhalb des deutschen Judentums – kann hier nur angedeutet werden. Während er in seinem Landrabbineramt gegenüber den vielen Gemeinden in erster Linie als Betreuer, Organisator und Aufsichtsführender von ferne in Erscheinung trat, war die hannoversche Synagogengemeinde, der er zugleich als Ortsrabbiner diente, sein alltägliches und unmittelbares Arbeitsfeld.

Meyer war in den wichtigsten Institutionen und Vereinen der hannoverschen Gemeinde aktiv: von 1846 bis zu seinem Tod in der Schulkommission für die Religionsschule, seit 1848 in der Verwaltung der Lehrerbildungsanstalt und seit 1872 in der Unterstützungskasse für jüdische Lehrer. In der örtlichen Armenpflege war Meyer als langjähriges Vorstandsmitglied im Wohltätigkeitsverein, dessen Geschichte er 1862 anläßlich des 100jährigen Bestehens schrieb, und im Israel-Simonschen-Waisenhaus engagiert. Er war Vorsitzender des von seinem Vorgänger Adler gegründeten Vereins zur Beförderung von Handwerken unter den israelitischen Glaubensgenossen und Vorstandsmitglied des Talmud-Thora-Vereins und der Leeser-Rosenthal-Stiftung, zweier Institutionen zur Förderung der jüdischen Gelehrsamkeit. Meyer – so schrieb 1936 Paul Kauffmann – „war als Mensch, Kanzelredner und Gelehrter eine hervorragende Persönlichkeit, die sich des größten Ansehens in und außerhalb der Gemeinde erfreute; seine Amtsführung war durch seinen Wahlspruch: 'Frieden, Frieden dem Fernen wie dem Nahen' gekennzeichnet."

Meyer wollte das traditionelle Judentum zusammenhalten, aber auch ihm standen dafür nur die Mittel der religiösen Erziehung und Predigt zur Verfügung. Angesichts der mit dem Eintritt der Juden in die bürgerliche Gesellschaft verbundenen Lockerung der Bande zur Religion der Väter mußte auch er sich mit dieser sozialen Konsequenz der von ihm selbst verfochtenen rechtlichen Gleichstellung abfinden. Kauffmann erinnerte sich: „Ich sehe noch Dr. Meyer auf der Kanzel und höre, wie er mit erhobener Stimme die zunehmende Unreligiosität und den schlechten Besuch des Gottesdienstes geißelt."

Zu den Höhepunkten im Gemeindeleben während der Amtszeit Meyers zählte die Einweihung der neuen großen Synagoge in der Calenberger Neustadt am 15. September 1870. Ein anschauliches Bild dieses Festtages und zugleich der Respektierung der Gemeinde in der Öffentlichkeit vermittelt der ausführliche Bericht in der Allgemeinen Zeitung des Judentums: „Nachdem der Abschieds-

gottesdienst in der alten Synagoge gehalten und ein Abschiedswort in derselben durch den Landrabbiner von der Kanzel gesprochen war, begab sich der Zug der Thorarollenträger nach dem neuen Gotteshause, in dessen Vorhalle sich bereits die zu der Feier eingeladenen Gäste, unter denen wir den General-Gouverneur ..., den Oberpräsidenten, den Landdrosten, den Stadtdirector nebst vielen anderen Mitgliedern des Magistrats und des Bürgervorstehercollegiums, den Polizeipräsidenten, den Senior Boedeker nebst mehreren anderen Geistlichen evangelischer und katholischer Confession, die Directoren der hiesigen Schulen wie auch sonstige Notabilitäten unserer Stadt bemerkten, versammelt hatten. Se. Erlaucht der Herr Oberpräsident, als der Vertreter der königlichen Regierung, öffnete das Gotteshaus ... (Die) weihevolle Predigt des Landrabbiners versetzte sämmtliche Zuhörer in eine überaus erhobene Stimmung."

Wenige Wochen danach feierte die Synagogengemeinde das 25jährige Amtsjubiläum Meyers mit abendlichem Ständchen des Synagogenchors und „Fackelmusik", Empfang und Festessen. Die Landdrostei bewilligte eine Gehaltserhöhung, und die Gemeinde übergab einen Geldbetrag in Höhe von 2.500 Talern, von dem Meyer einen Teil in eine seinerseits begründete, „der Förderung jüdisch-theologischer Studien gewidmete Stiftung" einbrachte; „Geschenke von Privatpersonen aus der Stadt und dem Rabbinatssprengel waren wie Telegramme von auswärts in großer Zahl eingegangen ... und selbst die Vorsteherinnen des israelitischen Frauenvereins versäumten nicht, ihre Glückwünsche persönlich abzustatten." Die Quellen vermitteln einen guten Eindruck von der großen Resonanz, auf die Meyers Persönlichkeit stieß und sie machen nachvollziehbar, wie Freund 1937 zur Würdigung Meyers schrieb, „daß heute noch sein Andenken bei allen, die ihn kannten, in dankbarer Treue gehegt wird." Samuel Meyer starb am 6. Juli 1882 in Hannover.

Die Verwaltung des Landrabbinats Hannover wurde bis zur Wahl eines Nachfolgers auf den Hildesheimer Landrabbiner Guttmann übertragen. Noch bevor die Kandidatenpräsentation und die Wahl selbst angesetzt wurden, bemühte sich die hannoversche Landdrostei, Meyers vorgesetzte Behörde in seinen fast 37 Amtsjahren, die Synagogengemeinden dafür zu gewinnen, „mit Rücksicht auf die von dem Verstorbenen mit seltener Treue und Gewissenhaftigkeit ... ausgeübte Verwaltung" der Witwe Lina Meyer „eine lebenslängliche Pension" zu zahlen. Zwar lag die Zustimmung der hannoverschen Synagogengemeinde bereits vor, jedoch mußten in den übrigen Gemeinden – entweder durch die Vorstände oder in Mitgliederversammlungen – erst noch entsprechende Beschlüsse gefaßt werden. Das Ergebnis war eindeutig: eine große Mehrheit der Gemeinden im Landrabbinatsbezirk lehnte Pensionszahlungen an Meyers Witwe ab. Ihre Entscheidungen waren in allen Fällen gleich motiviert: die jeweiligen Gemeindemitglieder sahen sich – bei aller Anhänglichkeit an den verstorbenen Landrabbiner – nicht in der Lage, die Mehrkosten zu tragen. Dieser Vorgang beleuchtet die weitere Verschlechterung der Lage besonders der kleinen Landgemeinden. Der Wegzug vieler, vor allem der jüngeren Gemeindemitglieder in die größeren Städte bedrohte das jüdische

Gemeindeleben auf dem Lande immer mehr. Natürlich war die finanzielle Kraft einer Gemeinde wie Hannover ungleich größer: hier hatte sich die Zahl der jüdischen Einwohner innerhalb von drei Jahrzehnten mehr als verfünffacht (1852: 668, 1880: 3.450), und auch die Zahl der Gemeindemitglieder und -steuerzahler war stark angewachsen. Schließlich übernahm die hannoversche Synagogengemeinde alleine die Verpflichtung, für Meyers Hinterbliebene zu sorgen.

5. DAS LANDRABBINAT HANNOVER IN DER AMTSZEIT DES LANDRABBINERS SELIG GRONEMANN 1883-1918

DIE WAHL SELIG GRONEMANNS ZUM LANDRABBINER

Im Herbst 1882 wurde die Stelle des Landrabbiners öffentlich ausgeschrieben. Wenig später begannen in der hannoverschen Judenschaft, der die Auswahl von drei Kandidaten für die eigentliche Wahl zustand, heftige Auseinandersetzungen um den geeigneten Nachfolger für Meyer. In mehreren Berichten und einer Sonderbeilage informierte die Allgemeine Zeitung des Judentums ihre Leser über die offensichtlich auch außerhalb der Provinz mit Interesse verfolgte Auseinandersetzung: „Unsere sonst so ruhige Gemeinde ist seit einigen Wochen ... in Aufregung versetzt. Es haben sich hier zwei Parteien gebildet. Die eine wirbt für den Schwiegersohn des verstorbenen Rabbiners Dr. Meyer, den Dr. Wedell in Düsseldorf ..., die andere macht für Dr. Prager, den gegenwärtigen Director der hiesigen Lehrerbildungsanstalt, Propaganda." Am 7. März 1883 wurde die Vorauswahl in einer Gemeindeversammlung entschieden, in der insgesamt 389 von etwa 450 wahlberechtigten Mitgliedern ihre Stimmen abgaben. Das Ergebnis: „Aus dem heißen, mit Lebhaftigkeit geführten Kampfe um die Neubesetzung der Stelle eines Landrabbiners gingen ... die von der liberalen Partei aufgestellten drei Herren hervor ... Rabbiner Dr. Wedell - Düsseldorf erhielt 203, Rabbiner Dr. Goldschmidt - Weilburg 203, Rabbiner Dr. Gronemann - Danzig 350 Stimmen. Die große Stimmenzahl, welche sich auf letzteren vereinigte, erklärt sich daraus, daß er auch von der orthodoxen Partei aufgestellt war und von dieser 147 Stimmen erhielt." Der Ausgang der Vorwahlen in Hannover war ein Ergebnis der Taktik der „Parteien" bzw. der religiösen Strömungen. Gronemann war ursprünglich nur als „Nebenkandidat" vorgeschlagen worden, hatte aber gesiegt, weil mehrere Gruppen ihn zusätzlich zu ihrem „Hauptkandidaten" an zweiter oder dritter Stelle genannt hatten. Vor dem Wahltermin am 8. Oktober 1883 wurde nun auch in den einzelnen Gemeinden des Bezirks „eine umfassende Agitation ... entfaltet" (Freund 1937), denn dort war jeweils ein Bevollmächtigter für den Wahlakt in Hannover zu bestimmen. Am 8. Oktober waren alle Gemeinden außer Liebenau und Hankensbüttel vertreten, und ihre Entscheidung fiel eindeutig aus: für Wedell wurden 5, für Gronemann aber 44 Stimmen abgegeben. Damit war Gronemann als neuer Landrabbiner von Hannover gewählt und wurde – nach der Bestätigung der Wahl durch den Oberpräsidenten – am 28. Dezember 1883 durch den hannoverschen

Stadtdirektor Haltenhoff in sein neues Amt eingeführt. In seinen Erinnerungen beschrieb Paul Kauffmann die feierliche Zeremonie: „Ich sehe, wie 20-30 Kohanim (Juden mit priesterlicher Abstammung) zum Priestersegen hinaufgingen, unter denen der alte Chaim Adler, ein Bruder des früheren Landrabbiners, mit seinem blaugestreiften seidenen Tallis (Gebetsmantel) eine besondere Erscheinung war." Gronemann erklärte in der Antrittspredigt, er wolle „sein ihm von Gott verliehenes Amt so ... führen, daß er es unangetastet einem dereinstigen Nachfolger überantworten könne."

Selig Gronemann war am 7. Dezember 1843 in Flötenstein/Westpreußen geboren. Er hatte das Breslauer Rabbinerseminar, das zwischen dem orthodoxen und dem reformerischen Flügel im deutschen Judentum stand, besucht und war ein Schüler von Frankel und Graetz. 1869 hatte Gronemann in Breslau mit einer Biographie Profiat Durans, eines spanischen Juden und Gelehrten des 14. Jahrhunderts, promoviert. Vor der Berufung nach Hannover war er Rabbiner in Danzig gewesen. Viele interessante Beobachtungen und Informationen über Gronemann enthält die unveröffentlichte Autobiographie (1947) seines Sohnes Sammy, die für die folgende Darstellung herangezogen wurde.

DIE AUFGABEN DES LANDRABBINATS WÄHREND DER AMTSZEIT GRONEMANNS 1883-1918

Gronemann fand bei Antritt seines neuen Amtes keine vergleichbaren Aufgaben vor wie seine beiden Vorgänger Adler und Meyer. Während seiner Amtszeit wurden keine neuen Ordnungen für Synagoge und Schule erlassen. Seine Tätigkeit als Landrabbiner bewegte sich im Rahmen der bereits vorgegebenen Gesetze, Verordnungen und Regeln.

Mit den vorgesetzten Behörden, der Landdrostei Hannover (ab 1885: Regierungspräsident Hannover) und dem Oberpräsidenten, kam Gronemann wie sein Vorgänger offenbar ohne Schwierigkeiten zurecht. Die von ihm angeforderten Gutachten und Berichte betrafen allerdings kaum noch innerjüdische Streitigkeiten um die Auslegung religiöser Gesetze, sei es, daß solche Konflikte nicht mehr an die Staatsverwaltung herangetragen wurden, sei es, daß überhaupt weniger um die richtige Gesetzesanwendung gestritten wurde. Demgegenüber ging es häufig um organisatorische und finanzielle Probleme in den Synagogengemeinden, um die lokalen Synagogenabgaben, um die Gebühren bei rituellen Handlungen o. ä. Die Rechtsstellung des Landrabbiners war regelmäßig Gegenstand der Verhandlungen Gronemanns mit den Behörden, aber dabei ging es nicht um die mit dem Amt verbundenen Rechte und Pflichten, die fast unverändert fortbestanden, sondern um – für den Amtsinhaber wichtige – Fragen der Befreiung von kommunalen Steuern wie bei der christlichen Geistlichkeit, der Zuerkennung eines Pensionsanspruchs an den Staat – was aus Kostengründen abgeschlagen wurde –, der Gehaltshöhe und des Auslagenersatzes. Die Einschätzung des Landrabbiners bzw. die Vorstellung von der Landrabbinatsinstitution innerhalb der staatlichen Verwaltung war dabei weniger von

politischen Überlegungen hinsichtlich des Umgangs mit dem Judentum geprägt als von schlichten beamtenrechtlichen Erwägungen: man sah den Landrabbiner als eine Art hohen Kirchenbeamten an und genehmigte ihm für seine Dienstreisen die Erstattungssätze eines christlichen Superintendenten.

Bei der Schulaufsicht war Gronemann in zunehmendem Maße damit konfrontiert, daß jüdische Eltern die Verpflichtung mißachteten, ihre Kinder zum jüdischen Religionsunterricht zu schicken. Besonders in Hannover war dies der Fall – ein Zeichen für die zunehmende religiöse Indifferenz im Judentum –, so daß die Regierung Hannover, um Gronemann den Rücken zu stärken, 1893 und 1894 mit deutlich formulierten Verfügungen auf die Schulpflicht auch in Hinblick auf den Religionsunterricht und die zu ihrer Durchsetzung möglichen Zwangsmittel hinwies. Der Schulvorstand der Religionsschule in der Synagogengemeinde unter Leitung von Gronemann ließ diese Verfügungen auf die Rückseite eines standardisierten Mahnbriefformulars drucken – man hatte sich bereits auf ein dauerhaftes Problem eingestellt. Einige Jahre später erhielt Gronemann bei seinen Bemühungen, die Teilnahme aller jüdischen Kinder am Religionsunterricht durchzusetzen, auch die Unterstützung des Provinzial-Schul-Kollegiums, das die Leiter aller ihm unterstellten Schulen anwies, in Zukunft jährlich Listen aller ihrer jüdischen Schüler an den Landrabbiner zu übersenden. „Es ist unglaublich," schrieb der hannoversche Korrespondent der Allgemeinen Zeitung des Judentums am 29. April 1900, „mit welchen Schwierigkeiten man rechnen muß, jüdische Kinder dem Religionsunterrichte zuzuführen. Herr Landrabbiner Gronemann mußte die Hilfe der Regierung anrufen, um ein hiesiges Gemeindemitglied zu bewegen, seinem Kinde Religionsunterricht ertheilen zu lassen ...". Ein Jahr später, 1901, waren über 100 Kinder ohne Religionsunterricht, aber „durch das energische Vorgehen des Schulvorstandes, besonders des Herrn Landrabbiners Dr. Gronemann, ist die Zahl ganz erheblich zurückgegangen, und es ist in kürzester Zeit zu erwarten, daß kein jüdisches Kind in der Gemeinde Hannover ohne Religionsunterricht zu finden sein wird. Die Behörden unterstützen den Herrn Landrabbiner in der zuvorkommendsten Weise." Gronemann verfaßte eine Denkschrift über den „Religionsunterricht in der Synagogengemeinde Hannover" und sorgte dafür, daß sie an sämtliche Gemeindemitglieder verschickt wurde (diese Denkschrift ist leider nicht überliefert). Von den 525 jüdischen Schulkindern im Alter von 7 bis 14 Jahren, deren Namen beim Schuljahresbeginn 1902 von den Schulleitern mitgeteilt worden waren, besuchten den jüdischen Religionsunterricht 173 in der Religionsschule der Synagogengemeinde, 106 in der Übungsschule des Lehrerseminars und 26 in der Michael-Davidschen Stiftungsschule, während 181 Privatunterricht erhielten, 14 befreit und insgesamt nur 25 ohne Nachweis waren. Gronemann wollte erreichen, daß der Besuch des jüdischen Religionsunterrichts im Alter von 7 Jahren beginnt, damit „durch den rechtzeitigen Eintritt eine größere Gleichmäßigkeit im Alter allmählich erreicht wird, und die Schüler, welche die Anstalt verlassen, gewöhnlich auch das vollständige Pensum ... abgeschlossen haben werden." Vereinzelt kam es in den folgenden Jahren sogar zu gerichtlichen Erörterungen über die Frage, ob das Versäumen des Religionsunterrichts in einer jüdischen

Schule eine polizeiliche Strafe nach sich ziehen könne. Gerichte in Lesum und Verden urteilten entsprechend und folgten dabei den Vorschriften der Schulordung von 1854, die die Religionsschule der öffentlichen Volksschule gleichstellte. Gronemann trat als Sachverständiger auf und setzte seine Position schließlich sogar in der obersten Instanz, vor dem Kammergericht, durch.

DER RÜCKGANG DES LANDJUDENTUMS IM LANDRABBINATSBEZIRK

Verständnis und Förderung erfuhr Gronemann seitens der Behörden auch, als er mit dem Vorschlag, aus der Landrabbinatskasse sollten in Zukunft Mittel für die Instandhaltung verlassener jüdischer Friedhöfe bereitgestellt werden, ein immer dringlicher werdendes Problem ansprach. Am 15. Juli 1896 berichtete er an den Regierungspräsidenten in Lüneburg: „Es ist bekannt, daß die jüdische Bevölkerung auf dem Lande in unserer Provinz, ganz besonders in den nördlichen Regierungsbezirken Lüneburg und Stade, immer noch abnimmt und eine Anzahl kleiner Gemeinden schon eingegangen ist, denen zweifellos die meisten übrigen in kürzerer oder längerer Zeit folgen werden. Von diesen Gemeinden bleiben überall nur die Friedhöfe wie herrenloses Terrain zurück. So ist schon vor langer Zeit die Gemeinde Hitzacker aufgelöst und die dortigen jüdischen Einwohner zu Dannenberg geschlagen worden ... Indessen ist nicht daran zu zweifeln, daß auch die Gemeinde Dannenberg ... über kurz oder lang eingehen und dann neben oben genannten Friedhof auch noch der Friedhof zu Dannenberg verlassen dastehen wird."

Gronemann befürchtete zu Recht, daß in Zukunft die Synagogengemeinden die Aufnahme von Juden aufgelöster Nachbargemeinden ablehnen würden, weil sie damit auch die Unterhaltung des dortigen Friedhofs hätten übernehmen müssen. Da die Pflege der verlassenen Friedhöfe aber „im allgemeinen Interesse des Judenthums der Provinz" liege, müsse dies zu einer Aufgabe des Landrabbinats werden. Auf den Bericht des Landrabbiners reagierte der Oberpräsident, indem er nicht nur – wie beantragt – die Zuständigkeit des Landrabbinats bestätigte und einen entsprechenden Etatposten für die Rabbinatskasse zuließ, sondern auch die örtlichen Polizeibehörden anwies, „sich für den Zustand solcher verlassener Friedhöfe zu interessieren und gegebenenfalls den Landrabbiner zu benachrichtigen ...".

Die Schwierigkeiten, in den schrumpfenden ländlichen Synagogengemeinden ein jüdisches Leben aufrechtzuerhalten, beschäftigten Gronemann während seiner ganzen Amtszeit. Sammy Gronemann hat dieses Arbeitsfeld seines Vaters anschaulich geschildert: „Das jüdische Leben in den kleinen jüdischen Gemeinden, das ich durch die Erzählungen meines Vaters, oft aber auch persönlich, wenn ich ihn auf seinen Inspektionsreisen begleitete, kennenlernte, war kurios genug. Es war so ganz anders als etwa das der kleinen Gemeinden im Osten, wo noch Reste eines jüdischen Volkslebens erhalten waren ... In den Gemeinden des Westens konnte von jüdischem Volksleben nicht die Rede sein, schon deshalb nicht, da es sich sehr oft um Zwerggemeinden handelte. Sie hatten es wahrlich nicht leicht, diese kleinen jüdischen Landgemeinden. Es war

eigentlich rührend zu sehen, wie sie doch Tradition und Existenz als Juden bewahrten. Es gab Gemeinden von zwei oder drei jüdischen Familien, in einem Falle sogar bildete nur eine einzige Familie die Gemeinde, was nicht hinderte, daß es die Institution eines Gemeindevorstehers, einer Gemeindeversammlung mit Statuten und Protokollen usw. gab. Gewöhnlich war ein großer jüdischer Friedhof vorhanden, der davon Zeugnis ablegte, daß früher einmal eine größere Gemeinde dort existiert hatte und dessen Erhaltung allein schon den Lebenden Sorge genug machte. Die Nachkommen fast aller der Leute, die dort unter den verwitterten schiefen Grabsteinen ruhten, waren längst in die Großstadt gezogen, wo sie für ihre Kinder bessere Schulen hatten und für sich eine aussichtsreichere Existenzmöglichkeit. Und oft genug waren sie durch den wachsenden Antisemitismus hinausgegrault, der sich in solch kleinen Orten noch ganz anders fühlbar machte als in der Großstadt ...

Die hannoverschen Landjuden mühten sich in jener Zeit um die Erhaltung irgendeiner Art jüdischen Lebens, d.h. um die Aufrechterhaltung eines Gottesdienstes und darum, den Kindern wenigstens etwas jüdisches Wissen zu übermitteln. Das war um so schwieriger, als nur die weniger wohlhabenden Familien in den kleinen Orten zurückgeblieben waren, denen nun die ganze finanzielle Last auflag. Es war eine Mischung von Pietät und dunklen Instinkten, die sie am Judentum festhalten ließ. Welche Mühe machte es schon, in solch kleinen Gemeinden auch nur zu den hohen Feiertagen oder am Todestag eines nahen Verwandten die erforderliche Zehnzahl von Betern zusammenzubringen. Man half sich, indem man zu diesen Tagen aus verschiedenen Orten zusammenkam, und es entstand da oft die schwierige Frage, ob man zu solchem Zwecke, entgegen dem jüdischen Gesetz, einen Wagen benutzen dürfte. Oder man ließ sich aus Hannover bezahlte Minjan-Leute kommen. Da drahtete ein besorgter Gemeindevorsteher kurz vor Rosch Haschana um Entsendung eines Minjan-Mannes. Der Telegraphist vermutete in dem ihm unbekannten Worte „Minjan" einen Schreibfehler und setzte dafür den ihm geläufigeren Mädchennamen „Minchen" ein, so daß der Text lautete: „Höchst besorgt wegen Minchen, sendet sofort einen Mann."

Das Schwerste aber war die Aufrechterhaltung der jüdischen Volksschule, und dies wäre unmöglich gewesen, wenn nicht die Regierung in wirklich weitherziger Weise geholfen hätte. Die Funktionen des Lehrers, des Vorbeters, des Predigers und des Schächters waren notgedrungen in einer Person vereint. Und einen solchen Kultusbeamten konnten die Gemeinden nur erhalten dank dem Zuschuß von seiten der Regierung. Dieser wurde aber nur, dem Gesetz entsprechend, für die Erhaltung von Schulen gegeben. Infolgedessen mußte jede Gemeinde vor allem eine Volksschule einrichten, und dazu war es notwendig, daß zumindest ein Kind im schulpflichtigen Alter vorhanden war. Daran fehlte es bei den obengeschilderten Verhältnissen bisweilen. Da war es denn ein wohlwollender Referent in der Regierung, der auf einen Ausweg kam. Er regte an, daß dort, wo kein schulpflichtiges Kind aufzutreiben war, man zum Kultusbeamten jemand berief, der selbst verheiratet und Vater war, so daß dann wegen des Kindes des Lehrers eine Volksschule eingerichtet werden konnte ...

So dankenswert das Verhalten der Regierung gegenüber den kleinen jüdischen Gemeinden war, da wirklich nur auf diese Weise das jüdische Leben dort erhalten werden konnte, so zeitigte die Situation dort doch auch manch Peinliches. Die jüdischen Lehrer, fast alle den Lehrerseminaren in Hannover und Kassel entstammend, fühlten sich durch ihre Doppelstellung als geistige Führer und Schächter recht degradiert. Geistig gewöhnlich erheblich über dem Niveau der Gemeindemitglieder stehend, kamen sie oft in Differenzen. Der Lehrer wollte der geistige Leiter sein, der Vorsteher behandelte ihn als Schlachthofangestellten. Es gab da immerwährende Streitigkeiten, und mein Vater hatte ständig zu schlichten oder durch einen Machtspruch Entscheidungen zu treffen ...

Es war geradezu rührend zu sehen, wie sich das jüdische Leben in diesen Zwerggemeinden erhielt. Es gab da eine Gemeinde Papenburg, in der eine schöne alte Synagoge stand, die nur von einer einzigen Person besucht wurde, einer alten Frau, die jeden Schabbat die Tür aufschloß und laut vor dem Vorbeterpult die Gebete rezitierte. Es gab da Gemeinden mit zwei Mitgliedern, bei denen das eine, der Vorsteher, mit der Gemeindeversammlung, d.h. mit dem anderen Gemeindemitglied, in steter Fehde lebte. Die Streitigkeiten wurden auch hier durch den Landrabbiner und, wenn eine weitere Instanz angerufen wurde, durch den Regierungspräsidenten, damals den Grafen Wilhelm v. Bismarck, oder in letzter Instanz durch den Oberpräsidenten Rudolf von Bennigsen entschieden.

Es ist wohl verständlich, wenn gerade in diesen kleinen Gemeinden, in denen das jüdische Leben vollkommen zur Form ohne Inhalt erstarrt war – alljährlich einmal etwa, wenn mein Vater zur Schulinspektion kam, hörten sie etwas von jüdischen Inhalten – daß dort, als später der Zionismus einen neuen Inhalt zu geben versuchte, man schneller und sehnsüchtiger die Botschaft aufnahm als in den größeren Gemeinden, in denen man auf die eine oder andere Weise doch auch sonst Gelegenheit hatte, sich jüdisch zu betätigen."

GRONEMANNS WIRKEN ALS ORTSRABBINER IN HANNOVER

Sein Nebenamt als Rabbiner in der Synagogengemeinde Hannover versah Gronemann vor allem als Prediger und als Mitwirkender in den Institutionen und Vereinen der Gemeinde. Er sprach bei den Gottesdiensten in der Synagoge und anläßlich feierlicher Ereignisse oder von Gedenktagen der Gemeinde: z.B. beim 50jährigen Jubiläum der Lehrerbildungsanstalt 1898, zu Ehren von Salomon Frensdorff, dem früheren Leiter der Anstalt, anläßlich dessen 100. Geburtstags 1903, zum 10jährigen Bestehen der Ahlemer Gartenbauschule im gleichen Jahr, über den traditionsreichen Wohltätigkeitsverein 1912 usw.; solche Ansprachen hielt er auch in den übrigen Gemeinden des Bezirks, so bei der Synagogeneinweihung in Lüneburg 1894 oder zum 25jährigen Berufsjubiläum des Nienburger Lehrers Eckmann 1898.



Dr. Nathan Markus Adler (1803-1890), Landrabbiner in Hannover 1830-1845 (o. li.), Dr. Samuel Ephraim Meyer (1819-1882), Landrabbiner seit 1845 (o. re.), Dr. Selig Gronemann (1843-1918), seit 1883 hannoverscher Landrabbiner (u. li.), Dr. Samuel Freund (1868-1939), seit 1907 Gemeinderabbiner, seit 1924 Landrabbiner (u. re.).

Immer wieder sprach Gronemann auch am Grab verstorbener Gemeindemitglieder (1889: Trauerrede für Albert Cohen, 1891: für Rosalie Molling, 1899: für Isaac Hirsch, 1900: für Rosalie Frensdorff, 1905: für Konsul Moritz Simon, 1912: für Julius Frensdorff; die genannten Trauerreden wurden von den

Familienangehörigen gedruckt, sind aber leider nicht überliefert. Auch Gronemanns 36 „Predigten für alle Feste des Jahres", 1906 erschienen, konnten nicht herangezogen werden.)

Über die Beisetzung Frensdorffs wurde ein Bericht in der Allgemeinen Zeitung des Judentums veröffentlicht: „Ein grauer Regenhimmel spannte sich über die Gartenwege des Hannoverschen Friedhofs, den eine zahlreiche Menschenmenge erfüllte ... auf einem kleinen Rondell tief im grünen Halblicht blühender Linden hatte man den Sarg aufgebahrt ... Unter den Bäumen war ein Pult aufgestellt, das als erster Landrabbiner Dr. Gronemann betrat, um in längerer, wohl durchdachter Rede, oft von Rührung übermannt, den Lebenslauf des Verewigten zu schildern. Von seiner Treue sprach er, die der Grundzug in Frensdorffs Leben gewesen, von seiner tiefen Religiosität und seiner großen Duldsamkeit ...".

Es mutet allerdings merkwürdig an, daß die Resonanz auf Gronemanns Predigten und Reden eher verhalten blieb. Recht kühl und sachlich notierte Paul Kauffmann in seinen Erinnerungen: „Im Mittelpunkt unseres Gottesdienstes standen die auf hoher wissenschaftlicher Stufe stehenden, von wahrer Frömmigkeit zeugenden, tiefdurchdachten Predigten (Gronemanns); seiner bei dieser Gelegenheit zu gedenken, ist mir eine gern erfüllte Pflicht." Sammy Gronemann fühlte die Distanz, die seinen Vater – trotz allen Respekts, den man ihm entgegenbrachte – von der Gemeinde trennte: „Mein Vater war also Rabbiner in dieser Gemeinde Hannover, in die er eigentlich wenig hineinpaßte, was er freilich nie wahrhaben wollte. Auf die Kanzel dort hätte wohl eher einer jener schauspielerischen Rhetoren gehört, wie man sie sonst in den Synagogen etwa Berlins in Fülle antreffen konnte. Mein Vater aber war ein geschworener Gegner jeder komödiantischen Homiletik. Er hatte in seiner Jugend den großen Kanzelredner Michael Sachs gehört und ihn sich zum Muster genommen. Sein Abscheu vor äußerlichen Mitteln ging so weit, daß er grundsätzlich auf der Kanzel jede Gestik vermied, niemals und unter keinen Umständen, auch in höchster Erregung, auch nur eine Hand rührte. Er stand steif und gerade auf der Kanzel und sagte, was er zu sagen hatte. Er hatte stets etwas zu sagen, und seine Reden sind gelesen auch noch heute ein Genuß, von natürlicher Philosophie erfüllt und oft von feinem satirischen Humor durchzogen. Im Gegensatz zu vielen anderen Predigten großer Kanzelredner, die beim Hören begeistern und beim Lesen langweilen, waren seine Predigten besser zu lesen als zu hören.

Er liebte es auch, aktuelle Dinge zu behandeln und an Sachen, die ihm mißfielen, scharfe Kritik zu üben. Das war vielen nicht recht. Ich erinnere mich, wie einige Zeit nach dem Regierungsantritt Kaiser Wilhelms II. er eine Rede gegen den neuen Geist der Schneidigkeit hielt und die Juden davor warnte, diese Mode mitzumachen. Damals sträubte sich den überaus loyalen Bürgern das Haar unter den sorgsam gebürsteten Zylinderhüten. Von juristischer Seite wurde ihm die wohlgemeinte Warnung gegeben, nicht mit dem berüchtigten 'Kanzelparagraphen' in Konflikt zu geraten, der zur Zeit des Kulturkampfes zur Zähmung widerspenstiger Geistlicher in das Strafgesetzbuch eingefügt war.

Als er nun als einziger in der großen Rabbinerversammlung 1898 gegen die Protestresolution gegen den Zionismus stimmte, und als er gar nach dem Tode Theodor Herzls in der Synagoge eine Trauerrede auf den großen Mann hielt, war man einfach entsetzt. Daß er in zionistischen Versammlungen, ohne der Organisation beizutreten, seinen Sympathien für die Idee Ausdruck verlieh, erregte großes Ärgernis."

Nach der Jahrhundertwende kam es sogar zu heftigen Angriffen auf Gronemann und seine Befugnisse als Landrabbiner, allerdings vorwiegend aus einer kleinen Gruppe von Führern der Gemeinde. Mit dem neuen Vorsteher Fischer, einem impulsiven und gelegentlich herrschsüchtigen Mann, kam Gronemann niemals zurecht. „Aber er kümmerte sich sehr wenig um die mannigfachen Anfeindungen, hatte übrigens einen guten Rückhalt gerade an den Regierungsbehörden." (Sammy Gronemann) In der Gemeinde kamen seit 1900 Bestrebungen auf, einen zweiten Ortsrabbiner anzustellen, doch dieser Vorschlag wurde heftig umkämpft. Als dabei auch seine Person in den Streit hineingezogen wurde, suchte Gronemann – durch einen sachlichen, zurückhaltenden Bericht an den Regierungspräsidenten in Hannover – um „den Schutz meiner vorgesetzten Behörde (nach)", weil er „das Ansehen und Vertrauen untergraben" sah, dessen er „zur Führung (des) Amtes (bedurfte)". Von Bedeutung ist an dieser Stelle nur, wie die angerufenen Institutionen reagierten. Sie ließen sich von Gronemann ausführlich, auch im persönlichen Gespräch, informieren und luden daraufhin den Gemeindevorsteher Fischer in das Regierungspräsidium vor, wo ihm unmißverständlich die uneingeschränkte Loyalität der staatlichen Verwaltung zu Person und Amt des Landrabbiners klargemacht wurde. Nachdem 1906 der Rabbiner Dr. Freund aus Ostrowo – mit Zustimmung Gronemanns – als zweiter hannoverscher Ortsrabbiner gewählt worden war, bestand der Regierungspräsident darauf, daß in einem Protokoll eine doppelte Unterordnung Freunds festgeschrieben wurde: dieser sollte Gronemann sowohl in dessen Funktion als Landrabbiner als auch in dessen Eigenschaft als erstem Ortsrabbiner unterstellt sein.

Als der hannoversche Vorstand unter Fischers Führung 1913 einen genaueren Einblick in die Verhältnisse der Landrabbinatskasse – zu der die hannoversche Gemeinde damals nahezu 60 % des gesamten Aufkommens beisteuerte – verlangte und – mit Rückendeckung des städtischen Magistrats – für die Zukunft eigene Mitspracherechte forderte, stieß er nicht nur auf den Widerstand Gronemanns, der den Vorstoß lapidar „als den Versuch eines Eingriffs in die der Aufsichtsbehörde zustehenden Rechte" kommentierte und anfügte: „(Man) ... wird in dem vorliegenden Antrage nur eine zielbewußte Arbeit des ersten Vorstehers ... erkennen, der unausgesetzt das Ziel verfolgt, die durch die Landrabbiner geführte staatliche Aufsicht zu beseitigen und der Haupt-Gemeinde eine autoritative Stellung über die anderen Gemeinden zu verschaffen, die ihn selbst an deren Spitze setzen würde." Der Regierungspräsident reagierte schnell und entschied, daß die Landrabbinatsbeiträge und ihre Aufbringung „lediglich

durch die Behörden festzustellen" seien und „keine sachliche Veranlassung" vorliege, der Synagogengemeinde Hannover Mitsprache- oder auch nur Informationsrechte einzuräumen.

Gronemann war und blieb trotz der genannten Konflikte der von den Behörden respektierte Gesprächspartner und Berater; er beeindruckte vielleicht gerade wegen seiner Unabhängigkeit im Denken und Sprechen. Er war „von Grund auf deutscher Patriot" (Sammy Gronemann), aber nicht deutsch-national. In diesem Sinne setzte Gronemann wie selbstverständlich die Tradition seines Vorgängers fort, Synagogenfeiern für die jüdischen Kriegsteilnehmer von 1870/71 und für jüdische Rekruten zu veranstalten. Die von ihm zum Regierungsantritt und Tod Kaiser Friedrichs II. 1888 sowie anläßlich des Todes der Kaiserinwitwe 1901 gehaltenen Reden sind nicht überliefert; ihr Text würde Aufschluß geben, ob auch Gronemann besondere politische Hoffnungen auf diesen eher liberalen Monarchen gesetzt hatte.

Gronemanns bedeutende Arbeitsfelder waren bis zu seinem Tod 1918 die Institutionen und Vereine in der hannoverschen Gemeinde. Seine Funktionen können hier nur summarisch aufgeführt werden. Als Landrabbiner war er Mitglied im Schulvorstand der Religionsschule (1884-1918) und – im Rahmen der Fürsorge für die ihm unterstellten jüdischen Lehrer seines Bezirks – Vorsitzender der Lehrerunterstützungskasse (1884-1918). In den wichtigsten sozialen Einrichtungen war Gronemann vertreten und persönlich engagiert: als Vorstandsmitglied und Vorsteher des bedeutenden Wohltätigkeitsvereins (1886-1918), als Vorsitzender des Fördervereins für das neue jüdische Krankenhaus und Altersheim und als Vorstandsmitglied des Israel-Simonschen-Waisenhauses (1886-1918), des Bezirkskomitees des Hilfsvereins der deutschen Juden (seit 1903) und des Komitees der Zionloge zur Fürsorge kur- und pflegebedürftiger Kinder (seit 1913). Gronemann wurde in die Vorstände bedeutender jüdischer Stiftungen in Hannover berufen und war maßgeblich in den religiösen Vereinen tätig, beispielsweise im Talmud-Thora-Verein (als Vorsitzender 1886-1918). Die Gründung des „Komitees zur Sammlung und Erhaltung jüdischer Altertümer" geht auch auf seine Initiative zurück.

Am 26. Dezember 1908 wurde das 25jährige Amtsjubiläum Gronemanns feierlich begangen, wobei die zurückliegenden Auseinandersetzungen darin ihren Niederschlag fanden, daß einerseits nur „ein Teil des Vorstandes" die offiziellen Grüße der Gemeinde überbrachte, andererseits aber dem Jubilar zuvor eine von mehreren hundert Gemeindemitgliedern unterzeichnete Glückwunschadresse überreicht wurde. Vertreter des Magistrats und der Regierung nahmen am – von Gronemanns Freunden arrangierten – Festessen teil und sicherten „das gute Einvernehmen" auch für die Zukunft zu. Wenige Jahre später wurde Gronemann der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen. Ein versöhnlicher Grundton durchzieht die Würdigung Gronemanns anläßlich seines 70. Geburtstages 1913 in der Allgemeinen Zeitung des Judentums: „(Gronemann) erfreut sich wohl bei allen seinen Gemeindemitgliedern und in seinem großen Bezirke allgemeiner Wert-

schätzung, und wenn ihm Kämpfe während seiner Amtszeit ja auch nicht erspart geblieben sind, so haben schließlich doch seine Friedensbestrebungen, sein rechtlicher und konsequenter Standpunkt ihm manchen zum Freunde gemacht, der ihm vielleicht einst oppositionell gegenübergestanden hatte." Dennoch fanden, wie Gronemanns Kollege und späterer Nachfolger Freund urteilte, „seine Gelehrsamkeit, seine unermüdliche Pflichttreue und seine tiefe Anhänglichkeit an seine Gemeinde und an seinen Bezirk ... nicht immer die verdiente Anerkennung."

DIE BEDEUTUNG DES LANDRABBINATS AM ENDE DER AMTSZEIT GRONEMANNS

Eine Reihe weiterer wichtiger Aktivitäten Gronemanns können hier nur angedeutet werden: sein Engagement im deutschen Rabbinerverband, sein Eintreten für die jüdischen Opfer und Verfolgten der Pogrome in Rußland, sein Kampf gegen das von den deutschen Tierschutzvereinen unter dem Vorwand des Einschreitens gegen vermeintliche Tierquälerei immer wieder geforderte Schächtverbot, sein mutiger Alleingang gegen die sogenannten „Protestrabbiner" von 1898 und sein Verständnis für die zionistischen Ideen, seine Fürsorge für die ostjüdische Kolonie Hannovers und seine Betreuung jüdischer Kriegsgefangener aus Rußland im Lager Munster während des Weltkrieges. Auch seine Arbeit in anderen Landrabbinatsbezirken, die Verwaltung Stades von 1892 bis 1918, Hildesheims 1892 und Aurich-Osnabrücks 1892/94 sei nur erwähnt.

Gronemanns Tätigkeit als Landrabbiner war während seiner langen Amtszeit in zunehmendem Maße geprägt von der Verpflichtung, innerhalb des Judentums zwischen den auseinanderstrebenden Gruppen, von den Orthodoxen bis zu den Liberalen, von den Indifferenten bis zu den Zionisten, auszugleichen, zu vermitteln, wo es möglich, zu einen, wo es nötig erschien, vor allem gegenüber den seit den achtziger Jahren aufkommenden antisemitischen Strömungen. Er verstand seine Arbeit aber auch im Sinne der Bewahrung des Judentums und seiner religiösen Überlieferungen und wollte nicht hinnehmen, daß immer mehr Juden sich ihrer Religion nicht mehr so verbunden fühlten wie die früheren Generationen. Er wollte durch die Sicherung gerade auch des kulturellen und historischen Erbes des Judentums in seinem Bezirke getreu seinem Ausspruche beim Amtseintritt, sein Amt „unangetastet" dem Nachfolger zu hinterlassen, eine Kontinuität jüdischen Lebens herbeiführen helfen, der angesichts der sozialen Veränderungen während der 35 Jahre seiner Amtszeit in zunehmendem Maße die materielle Grundlage verloren ging. Nur so ist die unendliche Mühe zu erklären, mit der sich Gronemann an Hand der Inschriften auf dem alten jüdischen Friedhof der Geschichte der hannoverschen Juden und der Genealogie ihrer Familien widmete. In seinem Vorwort zu seinen 1913 erschienenen „Genealogischen Studien über die alten jüdischen Familien Hannovers" betont er, sein Werk sei nicht nur ein „Akt der Pietät gegen die Toten", sondern solle „den Lebenden die Vergangenheit nahebringen und sie mit ihren Idealen erfüllen." Man mag eine symbolische Bedeutung darin sehen, daß sein Tod am 6. März 1918 mit dem Ende einer Epoche deutscher Geschichte und dem Untergang einer

Gesellschaft zusammenfiel, in der das Judentum das Gefühl endgültiger rechtlicher und „sozialer Sicherheit" (Richarz) gewonnen hatte, eine Einschätzung, die sich rückblickend als trügerisch erwies.

6. DER LETZTE LANDRABBINER SAMUEL FREUND 1924-1938

Nach Gronemanns Tod 1918 wurde die Verwaltung des hannoverschen Landrabbinats dem Hildesheimer Landrabbiner Lewinsky übertragen. Zwar hatte die Synagogengemeinde Hannover beim Regierungspräsidenten beantragt, ihrem zweiten Ortsrabbiner Freund den Auftrag zur interimistischen Geschäftsführung zu erteilen, aber die Verwaltung wollte den viel älteren Lewinsky nicht brüskieren.

Erst 1924 kam es tatsächlich zur Landrabbinerwahl. Die hannoversche Synagogengemeinde war bis dahin nicht in der Lage gewesen, gemäß den Wahlvorschriften wenigstens drei Kandidaten zu finden und sah sich außerdem noch in einem besonderen Zwiespalt: die Gemeinde konnte nach dem Weltkrieg angesichts allgemeiner Not und beginnender Inflation einen zweiten Rabbiner nicht mehr bezahlen und wollte daher ihren Rabbiner Freund zum Landrabbiner wählen; sie mußte aber angesichts des Stimmenübergewichts der ländlichen Gemeinden auch mit einem anderen Wahlausgang rechnen, was zwar Freund in seiner hannoverschen Stellung nicht berührt, ihr jedoch die Verpflichtung zur Anstellung des Gewählten als weiteren Ortsrabbiners eingebracht hätte. Daher versuchte 1921 der Gemeindevorstand unter der Leitung von Joseph Berliner, den Oberpräsidenten zur Änderung der Wahlordnung zu bewegen: „Nach den vorliegenden statistischen Angaben vom Jahre 1845 wohnten ca. 20% der Juden des Landrabbinatsbezirks Hannover in der hiesigen Synagogengemeinde, während 80% in den verschiedenen Landgemeinden wohnten. Am 1. April d.J. wohnten rund 73% der gesamten Juden ... in der hiesigen Synagogengemeinde, während nur 27% in den auswärtigen Landgemeinden ihren Wohnsitz hatten. „Von den Kosten des Landrabbinats habe die Gemeinde fast 90% zu tragen, aber bei der Wahl des Landrabbiners verfüge sie nur über 5% der Stimmen und das sei „eine unbillige Härte". Aber die Willensbildung innerhalb der staatlichen Verwaltung kam nicht voran, weil man sich dort an die alten gesetzlichen Bestimmungen von 1842 und 1844 hielt und deren Abänderung nur im Wege einer neuen Gesetzgebung in Preußen möglich erschien. 1923 ergriff deshalb die Synagogengemeinde Hannover die Initiative und schlug allen übrigen Gemeinden im Landrabbinatsbezirk vor, gemeinsam ein Gesuch bei der Regierung in Berlin einzubringen, daß ausnahmsweise auch die Präsentation nur eines Kandidaten, nämlich des Rabbiners Freund, für zulässig erklärt werden möge. Überall traten die Gemeinden zusammen und faßten ihre Beschlüsse; als schließlich dieser Vorschlag von insgesamt 29 Synagogengemeinden gebilligt worden war, konnte man absehen, daß damit auch die Person Freunds bereits allgemein akzeptiert war. Die Ausnahmegenehmigung des preußischen Kultusministeriums erging am 21. Februar 1924. Die förmliche Wahl des neuen

Landrabbiners fand am 3. September 1924 unter Leitung des staatlichen Kommissars, Regierungsrat von Bothmer, statt und endete mit dem erwarteten Resultat: 23 Gemeinden stimmten für Freund, nur eine, die Gemeinde Harburg, gegen ihn. Oberpräsident Noske bestätigte die Wahl Freunds am 10. September und bestimmte zugleich dessen zukünftiges Gehalt mit 7.200 Goldmark, davon 6.300 GM von der hannoverschen Gemeinde und die restlichen 900 GM von den übrigen Gemeinden zu zahlen. Zwei Wochen danach wurde Freund vereidigt und in sein Amt eingeführt.

FREUND ALS HANNOVERSCHER ORTSRABBINER 1907-1939

Samuel Freund war am 24. September 1868 in Gleiwitz geboren. Seinen Lebensweg – vor und nach der Berufung als Ortsrabbiner nach Hannover 1907 – hat sein Sohn Julius Freund beschrieben: „In der Stadt Breslau wuchs Samuel Freund auf, eines von zwölf Kindern einer begüterten Familie. Die besondere ostdeutsche Färbung traditionellen Judentums war ihm Familienerbe. So war es eine naheliegende Entscheidung, daß er nach dem Gymnasium am örtlichen Rabbinerseminar studierte und gleichzeitig orientalische Philologie an der Universität hörte. Für ein Semester verließ er Breslau, um unter einem Schüler Kants zu studieren; dann kehrte er zurück zur Ordination als Rabbiner, Doktorpromotion und zu Ämtern im heimatlichen Bezirk Breslau, Czarnikau, Ostrowo (Bezirk Posen). Rabbiner in einer kleinen, eng geknüpften Gemeinde zu sein, gab ihm große Befriedigung. Hier war er wirklich Lehrer und Führer einer willig folgenden Gemeinschaft ...". Freund arbeitete in der Erwachsenenbildung, hielt Vorträge und kümmerte sich als „Grenzrabbiner" besonders um die Betreuung der vor sozialer Not und politischem Druck flüchtenden polnischen und russischen Juden.

„Im Jahre 1907 verließ Samuel Freund Ostrowo und ging als zweiter Rabbiner nach Hannover. Was bewog ihn, seine ihn befriedigende Stellung aufzugeben? Wurde er Teil der Massenwanderung von Ost nach West, welche den westlichen Städten und Ländern so viele aktive Gemeindemitglieder lieferte? War die finanzielle Besserstellung ein Reiz für ihn, obwohl er keine Bedürfnisse hatte, welche die alte Stellung nicht befriedigen konnte? Suchte er bessere Aussichten für die Kinder, wo er doch Charakterbildung für einen wesentlicheren Teil der Erziehung hielt als Wissensbildung, welche ein reicheres Schulsystem bieten mochte? Lockte der Glanz der berühmten Gemeinde Hannover mit ihren zahlreichen Institutionen auf allen Feldern jüdischen Lebens? Eher muß er wohl gefühlt haben, daß es Zeit war, seine Fähigkeiten einem größeren Kreis zugängig zu machen. Hannover zog ihn an, weil hier eine vorbildliche Einheitsgemeinde Formen gefunden hatte, die dem Orthodoxen wie dem Neuerer die Teilnahme ermöglichten. Es gab eine schöne große Synagoge mit traditionellem Gottesdienst ohne Orgel, aber mit vorzüglichem Kantor und Chor, Institutionen, die im traditionellen Geiste, aber mit modernen Methoden geleitet wurden, Gemeindemitglieder, die sich auf allen Gebieten einen Namen gemacht hatten, aber immer noch in der Synagoge ihren Mittelpunkt sahen.

Aber auch diese Gemeinde war nicht mehr ganz wie ihr Ruhm. In jener Zeit machte sich immer deutlicher ein Strukturwandel im deutschen Judentum bemerkbar; Anzeichen waren steigende Indifferenz unter den Mitgliedern und das Aufkommen des Zionismus. Samuel Freund widerstrebte beides. Er sah seine neue Aufgabe darin, selbst unbeirrbares Beispiel zu sein und zu bleiben. Die Frommen der Gemeinde liebten ihn, die Modernen achteten ihn. Die große Mehrzahl der Indifferenten war zufrieden, daß hier ein würdiger Mann für sie sprach, und daß sie ihn finden konnten, wenn sie ihn brauchten."

In Hannover arbeitete Freund von Anfang an in vielen jüdischen Institutionen und Vereinen mit und entlastete den Landrabbiner Gronemann vor allem bei der Betreuung des hannoverschen Schulwesens; von 1907 bis 1924 unterrichtete er selbst in der Religionsschule und war Mitglied des Schulvorstands, bis 1928 organisierte und betreute er den jüdischen Religionsunterricht an den höheren Schulen. Er engagierte sich in der neugeschaffenen jüdischen Zentralstelle für Armen- und Wohltätigkeitspflege, in der Verwaltung der Waisenhäuser und in den Unterstützungskassen für jüdische Lehrer und für Seminaristen der Lehrerbildungsanstalt.

Auch nach seiner Wahl zum Landrabbiner arbeitete Freund hauptsächlich in seiner hannoverschen Gemeinde, wo er sich seit 1927 die Pflichten mit einem Kollegen teilen konnte. Die erneute Anstellung eines zweiten Ortsrabbiners 1927 war nicht von Auseinandersetzungen begleitet wie bei Freunds Wahl zwanzig Jahre zuvor. Freund war gesundheitlich angeschlagen, und der Gemeindevorstand hatte die Notwendigkeit erkannt, einen jüngeren Rabbiner insbesondere für die Jugendarbeit, den Religionsunterricht und zur Betreuung der Gemeindebibliothek einzusetzen. Der Kandidat war Dr. Emil Schorsch aus Flüngheim im Badischen. Schorsch hatte seine Studien am Breslauer Seminar noch nicht abgeschlossen und konnte daher noch kein Rabbinatsdiplom nachweisen. Da seine Anstellung jedoch schnell erfolgen sollte, mußte er sich am 5. Januar 1927 einer Eignungsprüfung vor dem Landrabbiner und einem staatlichen Prüfungsbeauftragten unterziehen. Wahrscheinlich war diese „Prüfung" Schorschs eine der ganz wenigen und bestimmt die letzte der nach dem Gesetz von 1842 vorgeschriebenen Prüfungen von „Unterrabbinern".

DAS LANDRABBINAT UNTER FREUNDS LEITUNG 1924-1938

Die Bedeutung des Landrabbinats hatte schon vor Freunds Amtsantritt nachgelassen. Zwar bestanden die wesentlichen Rechtsvorschriften – jedenfalls in ihrem Kern – nach wie vor: das Gesetz von 1842, die Bekanntmachung von 1844, die Schulordnung von 1854 und die Synagogenordnung von 1860. Aber die Situation im Landrabbinatsbezirk hatte sich grundlegend verändert: die Zahl der Synagogengemeinden war im Regierungsbezirk Hannover auf 32, im Regierungsbezirk Lüneburg auf 9 gesunken, von denen außer Hannover als Großgemeinde mit mehr als 5.000 jüdischen Seelen nur noch Hameln, Nienburg, Lüneburg und Harburg mehr als 100 Juden zählten. In den 41 Gemeinden wurden insgesamt 7.997 Seelen gezählt. Jüdische Volksschulen gab es nirgendwo

mehr, lediglich der örtliche Religionsunterricht mußte angeleitet werden. Die ursprünglichen Aufgaben des Landrabbiners hinsichtlich der Beaufsichtigung von Synagogen und Schulen mußten zurücktreten hinter seinen Bemühungen, in den immer kleiner werdenden Gemeinden solche Einrichtungen aufrechterhalten zu helfen. Dennoch existierten manche Gemeinden nur noch auf dem Papier, und es konnte vorkommen, daß Freund bei seinen Inspektionsreisen eher zufällig von der Selbstauflösung einer weiteren Gemeinde erfuhr. Wahrscheinlich gab es nur noch in den 24 bei Freunds Wahl zum Landrabbiner repräsentierten Gemeinden ein gemeinschaftlich organisiertes jüdisches Leben.

Die staatlichen Behörden hielten sich weiterhin an ihre Bestimmungen, aber – das zeigen die Quellen aus den zwanziger Jahren – sie mußten – abgesehen von der Verwaltung der Landrabbinatskasse – bei jedem Vorgang sich in Form von Vermerken und durch Gesetzesauszüge erst vergewissern, was zu tun war. Nach der Weimarer Reichsverfassung war eine weitere Staatsaufsicht über eine Religionsgemeinschaft ausgeschlossen, und daher kamen Pläne auf, die in den einzelnen preußischen Provinzen sehr unterschiedlichen Bestimmungen für das jüdische Synagogenwesen zu vereinheitlichen und dieser Verfassungsnorm anzupassen.

Bei aller Wertschätzung für die Landrabbiner und die von ihnen geleistete Arbeit neigten Oberpräsident und Regierungspräsidenten dazu, sich aus den jüdischen Angelegenheiten zukünftig herauszuhalten. Das Projekt einer prinzipiellen Reform des noch geltenden Rechts wurde in einer großen Konferenz unter Leitung von Oberpräsident Noske am 12. Januar 1932 mit den Landrabbinern und einer Reihe von Gemeindevertretern diskutiert. Dabei wurde die Tendenz deutlich, die Landrabbinate nur noch als freiwillig gebildete Bezirksverbände von Synagogengemeinden weiterzuführen. Ein entsprechender Gesetzentwurf kam allerdings nicht mehr zustande.

FREUNDS AUFTRETEN GEGEN DEN ANTISEMITISMUS DER ZWANZIGER JAHRE

Nach dem verlorenen Krieg und den halbherzig betriebenen politischen Reformen 1918/19 wuchs die antisemitische Bewegung rapide an, und überall entstanden völkische Gruppen und Organisationen, Vorläufer der Nationalsozialisten. Freund brachte Kraft und Mut auf, sich dem Antisemitismus entgegenzustellen. 1919 veröffentlichte er eine Broschüre unter dem Titel „Tatsachen zur Judenfrage", in der er sich vor allem mit der propagandistischen Lüge, die deutschen Juden hätten sich im Weltkrieg dem Fronteinsatz entzogen, auseinandergesetzt und agitatorische Behauptungen der Antisemiten über die jüdischen Religionsgesetze, den Talmud, die jüdischen Gebete usw. widerlegt und richtiggestellt.

Als am 1. Juni 1920 der antisemitische Agitator Dinter in der vollbesetzten hannoverschen Stadthalle sprach, trat ihm Freund entgegen. Der Hannoversche Kurier schrieb über diese Veranstaltung des Deutschen Schutz- und Trutzbunds: „In dem fast vollständig gefüllten Kuppelsaale der Stadthalle hielt (Dinter) einen

Vortrag über die Judenfrage. Der Redner, der oft von Zurufen unterbrochen wurde, führte aus, daß die Judenfrage eine internationale Frage geworden sei ... Deutschland muß sich auf seine inneren Kräfte besinnen, denn nur von innen könne eine Wiedergeburt erfolgen ... Der Feind des Arbeiters sei nicht das arbeitende, sondern das internationale Kapital. Die Judenfrage sei eine Rassen-, aber keine religiöse Frage ... Zum Schluß fordert der Redner die Uebersetzung der jüdischen Religionsgesetze, die Entfernung der jüdischen Richter und Beamten und die Fernhaltung aus den akademischen Berufen. Gefördert werden müßten alle Bestrebungen, den Juden in Palästina wieder eine Heimat zu geben ... Rabbiner Dr. Freund erklärte, daß im Kolnidre-Gebet nur Schwüre und Eide, die sich auf die eigene Seele bezögen, gemeint seien. Die Stellen aus dem Talmud und Schulchan-Aruch seien für die Juden auch Nichtjuden gegenüber bindend. Die Gesetzbücher der Juden seien längst übersetzt und von christlichen Gelehrten geprüft, ohne beanstandet zu werden. Uebrigens seien alle jüdischen Religionsbücher mit erläuternden Anmerkungen über die Gültigkeit der Gebote auch Nichtjuden gegenüber versehen und das Kolnidre-Gebet sei in Hannover, um auch den Schein zu vermeiden, bereits seit 50 Jahren aus der Gottesdienstordnung entfernt. Der Hauptredner sprach dem Rabbiner Dr. Freund seine Anerkennung für die sachliche Kampfesweise aus ...".

FREUND UND DAS LANDRABBINAT UNTER DER HERRSCHAFT DER NATIONALSOZIALISTEN

Die rechtliche Stellung des Landrabbiners, die bereits 1932 einer Revision unterzogen werden sollte, blieb in Wirklichkeit auch nach 1933 formal unangetastet, und die Behörden – scheinbar unberührt von den neuen politischen Machtverhältnissen, durch die der Antisemitismus zur Staatsdoktrin erhoben worden war – verhandelten weiterhin mit dem Landrabbiner, setzten im Falle einer Vakanz in anderen Bezirken Interimsverwalter ein und berechneten Landrabbinatskassenbeiträge usw. Der Oberpräsident Lutze stellte 1937 zwar fest, „daß im nationalsozialistischen Staate eine Vereidigung ... von Landrabbinern untunlich" sei, hielt es aber zugleich für „zweckmäßig, die obrigkeitliche Bestätigung der Wahl vorläufig noch beizubehalten." Das bürokratische Interesse an Aufsichts- und Eingriffsrechten bei der Landrabbinatsinstitution war im nationalsozialistischen Staat wiederbelebt.

Schließlich wurde durch das „Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen" vom 28. März 1938 aber auch die Rechtsgrundlage für das hannoversche Landrabbinat aufgehoben und damit die älteste Institution jüdischen Lebens in Hannover beseitigt.

In der hannoverschen Gemeinde wurde Samuel Freund anläßlich seines 70. Geburtstags am 24. September 1938 als Rabbiner offiziell verabschiedet. Er hatte nach Kräften versucht, der bedrängten jüdischen Gemeinschaft Halt und Zusammenhalt zu vermitteln; seine kleine Broschüre von 1937 über „Ein Vierteljahrtausend Hannoversches Landrabbinat" ist in dem Bemühen geschrieben, durch die Erinnerung an die zurückliegende jüdische Geschichte Hoffnung und Lebensmut auch unter den damaligen politischen Verhältnissen zu erwecken.

Julius Freund schrieb über das Ende seiner Eltern: „(Samuel Freund) hätte entkommen können. Aber noch 1938 kehrte er von einer Auslandsreise zurück, weil er ein Amt hatte. Langsam bereitete er sich auf seine Pensionierung und Auswanderung vor. Aber als nach der Nacht der Schande im November 1938 der zweite Rabbiner der Gemeinde auswanderte, nahm Samuel Freund sein Amt wieder auf. Er hat noch manchem beigestanden, starb aber bald darauf am 28. Juni 1939. Seine Witwe, ohne ihn hilflos, sah eine Auswanderungsmöglichkeit nach der anderen schwinden und wurde eines von Hitlers Opfern."

Die jüdischen Überlebenden der nationalsozialistischen Konzentrationslager schufen sich, soweit sie in Deutschland blieben, ihre eigenen Organisationsformen und bildeten neue religiöse Gemeinschaften. In Hannover wurde der erste jüdische Gottesdienst nach dem Ende der NS-Diktatur am 8. September 1945 gehalten, und neben dem Jewish Committee gründete sich eine kleine Jüdische Gemeinde. Eine Institution wie das frühere Landrabbinat – als Symbol staatlichen Zugriffs auf das Judentum – war nach Auschwitz undenkbar geworden.

Gedruckte Quellen und Literatur:

Zvi Asaria: Zur Geschichte des Landesrabbinates in Hannover, in: Udim. Zeitschrift der Rabbinerkonferenz in der Bundesrepublik Deutschland, Band IV, Frankfurt a.M. 1973

Ders.: Die Juden in Niedersachsen. Von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, Leer 1979

Hildebrand Bodemeyer: Die Juden. Ein Beitrag zur Hannoverschen Rechtsgeschichte, Göttingen 1855

Dieter Brosius: Niedersachsen. Geschichte im Überblick. Hannover 1983

Moritz Cohen: Über die Lage der Juden nach gemeinem deutschem Rechte und die Mittel, dieselbe zu verbessern, mit besonderer Berücksichtigung des Königreichs Hannover. Ein Versuch, Hannover 1832

Samuel Freund: Ein Vierteljahrtausend Hannoversches Landrabbinat 1687-1937. Zur 250jährigen Wiederkehr seiner Begründung, o.O., o.J. (Hannover 1937)

Selig Gronemann: Genealogische Studien über die alten jüdischen Familien Hannovers, Berlin 1913

Geschichtlicher Handatlas Niedersachsens, herausgegeben von Georg Schnath (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hannover, Oldenburg, Braunschweig, Schaumburg-Lippe und Bremen, XX), Berlin 1939

Klaus Holzberger: Die Sozialstruktur der jüdischen Gemeinde in Hannover im Zeitalter der Emanzipation, Examensarbeit, Universität Hannover 1980

Walther Hubatsch (Hrsg.): Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945. Reihe A: Preußen. Band 10: Hannover, Marburg 1981

Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1780-1871, herausgegeben von Monika Richarz, Stuttgart 1976

Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte im Kaiserreich, herausgegeben von Monika Richarz, Stuttgart 1979

Jüdisches Lexikon. 4 Bände, begründet von Georg Herlitz und Bruno Kirschner, Nachdruck, Berlin 1927-Königstein 1982

Leben und Schicksal. Zur Einweihung der Synagoge in Hannover, herausgegeben von der Landeshauptstadt Hannover, Presseamt, in Zusammenarbeit mit der Jüdischen Gemeinde Hannover e.V., Hannover 1963

Abraham Löb: Die Rechtsverhältnisse der Juden im ehemaligen Königreiche und der jetzigen Provinz Hannover, Frankfurt a.M. 1908

Hermann Makower: über die Gemeinde-Verhältnisse der Juden in Preußen, Berlin 1873

Wolfgang Marienfeld: Jüdische Lehrerbildung in Hannover 1848-1923, in: Hannoversche Geschichtsblätter, Neue Folge Band 36, Heft 1-2, 1982, S. 1-107

Nachrichtenblatt. Jüdische Wochenzeitung. Amtliches Organ für die Synagogen-Gemeinden Hannover und Braunschweig. Hannover 1924-1938

Bernd Schedlitz: Leffmann Behrens. Untersuchungen zum Hofjudentum im Zeitalter des Absolutismus, Hildesheim 1984

Friedrich Thimme: Die inneren Zustände des Kurfürstentums Hannover unter der französisch-westfälischen Herrschaft 1806-1813, 2 Bände, Hannover und Leipzig 1895

Leo Trepp: Die Oldenburger Judenschaft, Oldenburg 1973

Margret Wahl: Der alte jüdische Friedhof in Hannover, in: Hannoversche Geschichtsblätter, Neue Folge Band 15, Heft 1-2, 1961

Mendel Zuckermann: Zur Verwaltungsgeschichte des Hannoverschen Landrabbinats. Sonder-Druck aus dem Jahresbericht über die Religionsschulen der Synagogen-Gemeinde zu Hannover 1910. o.O., o.J. (Hannover 1909)

Ders.: Die Vorarbeiten der Hannoverschen Regierung zur Emanzipation der Juden im Königreiche Hannover, Hannover 1909

Ders.: Obersicht über den jüdisch-geschichtlichen Inhalt des Königlichen Staatsarchivs zu Hannover. Sonder-Abdruck, in: Mitteilungen des Gesamtarchivs der deutschen Juden II, Heft 2, Leipzig 1910, S. 21 ff.

Ders.: Kollektanea zur Geschichte der Juden im Hannoverland, Hannover 1912

Ders.: Die Stolgebühren der Juden an die christliche Geistlichkeit im Hannoverland, in: Erinnerungsschrift zum hundertjährigen Geburtstage des Landrabbiners Dr. Samuel E. Meyer, herausgegeben im Auftrage des Vorstandes der Synagogen-Gemeinde Hannover von Mendel Zuckermann, Hannover 1919

ZUR EHRE DER THORA UND ZUR ZIERDE DES SCHREINS – HISTORISCHE THORAVORHÄNGE AUS HANNOVERS FRÜHEREN SYNAGOGEN [1]

Die Thora ist die heiligste Schrift des religiösen Judentums. Sie umfaßt die fünf Bücher Moses, aus christlicher Sicht den ersten Teil des Alten Testaments. Nach der Überlieferung geht die Thora (hebr.: Gesetz, Weisung) auf göttliche Offenbarung zurück; ihr Studium sowie die Befolgung der in ihr enthaltenen Vorschriften sind Ausdruck der lebendigen Beziehung zwischen dem gläubigen Juden und Gott. Die Ergänzungen der Thora durch die prophetischen Bücher und sonstigen Schriften sowie ihre vielfältige Ausdeutung in dem umfangreichen Sammelwerk des Talmud und der sonstigen rabbinischen Literatur unterstreicht nur ihren zentralen Stellenwert innerhalb der jüdischen Religion. Die Thora hat das Judentum in mehr als fünftausendjähriger Geschichte geprägt, sie hat den Juden auch nach der Zerstörung des Tempels in Jerusalem in der Diaspora eine gemeinsame Identität und Halt vermittelt.

Für die Thoravorlesungen in der Synagoge wird der hebräische Text nach alter Tradition auf Pergamentbögen geschrieben und zu einer Schriftrolle zusammengefügt. Zwar fehlt im eigentlichen Text jeglicher Bildschmuck, denn er bedarf seines göttlichen Ursprungs wegen keiner Verzierung. Dennoch wird im rituellen Umgang mit der Thora vielfältiger Thoraschmuck verwendet, dessen künstlerische und wertvolle Gestaltung belegt, wie sich die Verehrung der Juden für die heilige Schrift auf ihre weltliche Erscheinung, die Thorarolle, übertragen hat. Zum Schmuck der Thora zählen ihre textile Bekleidung, die Wimpel zum Festbinden der Rollen nach der Lesung und der Mantel zur schützenden Abdeckung der Rollen, das dekorativ darübergehängte Zierschild aus Edelmetall, der Thorazeiger als vorgeschriebene Lesehilfe sowie die schmückenden Aufsätze für die Rollstäbe oder – an deren Stelle – die eindrucksvolle Thorakrone. Aufbewahrt werden die Schriftrollen im Thoraschrein in der nach Osten gerichteten Stirnwand der Synagoge, in einer durch einen prunkvollen Vorhang weniger verborgenen als in ihrer symbolischen Bedeutung noch hervorgehobenen Lade. Im Gottesdienst wird die Thorarolle von Mitgliedern der Gemeinde in einem feierlichen Ritual aus dem Schrein ausgehoben und zum Vorlesepult getragen. Nach Abnahme der Schmuckgegenstände beginnt mit der melodiösen Lesung aus der Thora der zentrale Teil des jüdischen Gottesdienstes.

Die von der früheren hannoverschen Synagogengemeinde genutzten Thorarollen und sämtliche dazugehörenden Ritualgegenstände sind mit der Vernichtung des Judentums unter nationalsozialistischer Herrschaft untergegangen, zum größten

---

[1] Der Beitrag enthält Texte und Illustrationen der gleichnamigen Ausstellung in der Alten Predigthalle (seit September 1989). Veröffentlicht in: Juden in Hannover. Beiträge zur Geschichte und Kultur einer Minderheit, Hannover 1989, S. 79-101.

Teil bereits bei der Brandschatzung der Neuen Synagoge in der Nacht vom 9./10. November 1938. Gerätschaften aus Edelmetall sollen noch vor der Feuerlegung durch ein SS-Kommando geraubt worden sein, der Rest wurde ein Opfer der Flammen. In der Neuen Synagoge hatte sich eine Tresorkammer befunden, in der die Gemeinde alte und wertvolle Ritualgegenstände aufbewahrte – alles zerstört: eine vorweggenommene symbolische Vernichtung des Judentums bereits 1938.

Durch Zufall erhalten blieben einige wenige Bilddokumente, Fotografien von 21 Thoravorhängen aus der Alten und Neuen Synagoge. Die hannoversche Synagogengemeinde hatte aus ihrem Besitz an alten Thoravorhängen seit 1924 Jahr für Jahr kleine Ausstellungen veranstaltet – regelmäßig zum Simchat Thora-Tag (hebr.: Fest der Freude über die Thora). Vielleicht sind bei einer solchen Gelegenheit die Fotografien aufgenommen worden, die nun – nach der völligen Zerstörung der alten Gemeinde – Zeugnis ablegen für die jahrhundertelange Tradition jüdischen Gottesdienstes in Hannover, für die Existenz jüdischer Kultur.

Der Vorhang vor dem Thoraschrein geht auf den Vorhang im Stiftszelt und im salomonischen Tempel zurück, wo er das Allerheiligste vor unberufenen Blicken schützen sollte. In der Synagoge stellt der Thoravorhang, hebräisch: Parochet, das zentrale dekorative Element dar. Meistens handelt es sich um eine Schenkung wohlhabender Gemeindemitglieder, und es war durchaus üblich, daß für die Anfertigung eines Vorhangs bereits benutzte Kleiderstoffe von den Stiftern hergegeben wurden, zum Beispiel der Stoff eines Brautkleides. Auch synagogale Vereine traten als Stifter auf. Jedenfalls verwendete man wertvolle Textilien wie Seide, Samt oder Brokat in verschiedenen Farben und Mustern, Gold- und Silberstickereien, Schmucksteine und gelegentlich auch Bleche aus Edelmetall. Bei der Herstellung wurden diese Materialien zumeist auf Leinen aufgenäht; zur Verstärkung auf der Hinterseite nahm man einfache Stoffe oder sogar Flicken. Teil der Stiftung war vielfach ein zusätzlicher Überhang, hebräisch: Kapporet, oberhalb des Schreins anzubringen, der die Aufhängung des Vorhangs verdeckte. Im Unterschied zu vielen anderen jüdischen Ritualgegenständen, mit deren Anfertigung christliche Kunsthandwerker beauftragt werden mußten, entstanden die Thoravorhänge und -überhänge lange Zeit innerhalb der jüdischen Gemeinde als Produkte weiblicher, professionell ausgeübter Stickereikunst. Auf die enge Verbindung zwischen architektonischer Gestaltung der Synagoge und ihrer textilen Ausschmückung weist der Entwurf eines Thoravorhangs für die Neue Synagoge in Hannover aus der Hand des Synagogenarchitekten Oppler hin (vgl. Vorhang Nr. 9).

Die Fotografien hannoverscher Thoravorhänge lassen die üblichen Dekorationen (Stickereien, Applikationen, Schmucksteine) ebenso erkennen wie die traditionellen religiösen Symbole (Thorakrone, zwei Gesetzestafeln, Säulen des salomonischen Tempels). Andere Bildmotive (Priesterhände, Levitengeschirr, Beschneidungsgerät) beziehen sich auf die Person oder Familie des Stifters, dessen Namen wie auch der Zeitpunkt der Stiftung in der gelegentlich sehr aufwendigen Widmungsinschrift genannt werden. Die Inschriften schließen eine Reihe von

Bibelzitaten ein, die in den folgenden Übersetzungen kenntlich gemacht sind. Das Stiftungsdatum ist im ursprünglichen Text oft in der verschlüsselten Form des Chronogramm enthalten; die Jahreszahlen finden sich also – da hebräische Buchstaben zugleich einen Zahlenwert darstellen – im laufenden Text.

Die folgende Auswahl der Porträts von 12 Thoravorhängen wird seit Herbst 1989 in der Alten Predigthalle An der Strangriede ausgestellt. Für die Objektbeschreibungen wurden Informationen über Stoffe und Farben einem Ausstellungsbericht aus dem Jahr 1924 entnommen. Die Namen der Stifter mußten mühsam in Friedhofsregistern und anderen Quellen recherchiert werden. Angaben über die Größe der Vorhänge wurden durch Vergleiche errechnet. Die Übersetzungen der Widmungsinschriften besorgte Naomi Feuchtwanger, Jerusalem. Edward van Voolen, Kustos des Jüdischen Historischen Museums Amsterdam, half mit Ratschlägen und Hinweisen. Werner Buch, Stadtvermessungsamt Hannover, stellte Reproduktionen nach den im Besitz der Jüdischen Gemeinde Hannover befindlichen Originalfotos her.

Ausgewählte Literatur:

D. Altshuler: The Precious Legacy. Judaic Treasures from the Czechoslovak State Collections, New York 1983

I. Benoschefsky u.a. (Hrsg.): Das jüdische Museum in Budapest, Budapest und Wiesbaden 1989

J. Gutmann: The Jewish Sanctuary, Leiden 1983

Judaica. Kölnisches Stadtmuseum, bearb. v. L. Franzheim, Köln 1980

F. Landsberger: The Origin of European Torah Decorations, in: J. Gutmann (ed.), Beauty in Holiness. Studies in Jewish Customs and Ceremonial Art, New York 1970, S. 87-105

Ders.: Old-Time Torah Curtains, in: dass., S. 125-163

M. Magall: Kleine Geschichte der Jüdischen Kunst, Köln 1984

1. THORAVORHANG AUS HANNOVER, 1745

Größe ca. 200 x 135. Rotbrokat-gebläuter Stoff mit eingewebtem Blumenmuster. Breiter Spitzenbesatz an den Längsseiten. Dekoration: kleine Thorakrone oberhalb des gelben Spiegels, darin sechszeilige Widmungsinschrift.

Stiftung der aus Breslau gebürtigen Serle, der Ehefrau des Kammeragenten David Michael David, Mitbegründers und erstem Vorsteher der Chewra Kadischa in Hannover 1762. Serle starb am 26. Oktober 1745 im Wochenbett, wenige Tage nach Stiftung des Vorhangs, und wurde auf dem alten jüdischen Friedhof an der Oberstraße beigesetzt[2].

זאת נדבה והקדישה
האשה החשובה הצנועה
מ' שרלה עלכה בת קשמן
שי' מברעסלוי אשת הר אשר
בר דוד סגל שי'
כד תשרי תק"ו לפק

Dies stiftete und widmete /
die verehrte, bescheidene Frau /
Frau Serle Elke, Tochter des Kosman[3], /
er soll leben! aus Breslau, Ehefrau des R. Ascher[4], /
Sohn des David[5] Segal[6], er soll leben! /
den 24. Tischri 506 nach der kleinen Zählung[7].

---

2 Vgl.: Selig Gronemann, Genealogische Studien über die alten jüdischen Familien Hannovers, Berlin 1913, S. 91 ff., und: Mendel Zuckermann, (Bericht über die Ausstellung hannoverscher Thoravorhänge), Neuabdruck unter dem Titel: Zur 10. Ausstellung der Thora-Vorhänge in der Synagoge am Simchas-Thora, in: Nachrichtenblatt. Amtliches Organ der Synagogen-Gemeinde Hannover, Nr. 20, 4. 10. 1933, S. 4 f.

3 Der Vater der Stifterin war der als Lieferant der Breslauer Münze bekanntgewordene Philipp Bösing.

4 Serle war verheiratet mit David Michael David; der Name „Ascher" findet sich nur in der vorliegenden Quelle.

5 Schwiegervater der Stifterin war Michael David aus Halberstadt, seit 1713 Hof- und Kammeragent in Hannover. Auf Michael David und seine Nachkommen gehen die meisten der älteren Institutionen der hannoverschen Gemeinde zurück: die Gelehrtenstiftungen, die Freischule und ein Waisenhaus. 1742 erwarb Michael David das in eine Konkursmasse geratene Synagogengebäude und schenkte es der Gemeinde.

6 Segal, Abkürzung für: Segan Lewijah (hebr.: Vorsteher der Leviten). Michael David wird als Mitglied einer Levitenfamilie angesprochen.

7 24. Tischri 506 = 20. Oktober 1745. Zuckermann gibt das Stiftungsjahr irrtümlich mit 1746 an, bezeichnet auch die Stifterin fälschlich als Witwe.



2. THORAVORHANG MIT ÜBERHANG AUS HANNOVER, 1746

Größe ca. 215 x 160. Roter Samt. Überhang mit vergoldeter oder silberner Litze eingefaßt, dazu Troddeln an der in Form von fünf Zipfeln gestalteten Unterkante. Dekoration: zwei kleine Kronen, Blüten- und andere Ornamente, symmetrisch angeordnet. Vorhang am Rand mit Gold- oder Silberspitze besetzt. Dekoration: (von oben) Thorakrone, eingerahmt von großformatiger Inschrift Keter Thora (hebr.: Krone der Thora), über den beiden Gesetzestafeln mit den Anfangsworten der 10 Gebote, flankiert von zwei Löwen auf blattwerkartigen Applikationen, darunter ein rechteckiges, mit Band eingefaßtes Mittelfeld mit vierzehnzeiliger Widmungsinschrift, umgeben von Rankenwerk.

Stiftung des Bankiers Moses Oppenheim und seiner Frau Lea, Schwager und Schwester von Serle (vgl. Vorhang Nr. 1). Moses Oppenheim, Enkel des kaiserlichen Oberhoffaktors Samuel Oppenheim in Wien, gehörte zu den Gründern der Chewra Kadischa 1762. Er starb am 23. Mai 1781, seine Frau Lea am 12. März 1772; beide sind auf dem alten jüdischen Friedhof an der Oberstraße beigesetzt[8].

כתר תורה

Krone der Thora / [9]

אנכי לא תרצח
לא יהיה לא תנאף
לא תשא לא תגנב
זכור את לא תענה
כבד את לא תחמד

„Zu dem Vorhang, der /
auf dem Zeugnis“[10], er möge geheiligt sein!, den /
ein Mann und seine Frau gestiftet haben, zur Ehre /
und zum Ruhm: „Und sie sind genannt /
mit ihrem Namen“[11],
der ehrenwerte, gelehrte, erhöhte, /
würdige R. Moses, Sohn des seligen, vornehmen /
und gerechten Vorstehers, des berühmten, /
ehrenwerten R. Wolf Oppenheim[12], das Gedächtnis
des Gerechten bleibt im Segen, /
und seine Frau, die Herrin, die bescheidene, /
hervorragende Frau Lea, Tochter des /
vornehmen, des Vorstehers, des berühmten, /
ehrenwerten R. Feivel Bösing[13], sein Hort und
Erlöser wird ihn beschützen. /
Und Moses sagte: „Hier bin ich.“[14] /
Nach der kleinen Zählung.

אל הפרוכת אשר
על העדות יהי קודש אשר
נדבו לבם איש ואשתו לכבוד
ולתפארת: ואלה הנקובים
בשמותם הה האלוף המרומם
הרר משה בהמנוח הנגיד
והחסיד והקצין המפורסם
כהרר וואלף אפנהיים זצ"ל
ואשתו: הגבירה: הצנועה
והמעולה מרת לאה בת
הנגיד: והקצין: המפורסם
כהרר פיבל פיזינג יצו:
ויאמר: משה: הנני
לפק

---

[8] Vgl.: Gronemann, a.a.O., S. 79 ff., und: Zuckermann, a.a.O., S. 4.
[9] Darunter die Anfangsworte der 10 Gebote nach Ex. 20:2-17.
[10] Nach Ex. 27:12. Im Originaltext ungewöhnliches Hebräisch.
[11] Nach Num. 1:17.
[12] Der Vater des Stifters, Simon Wolf Oppenheim aus Wien, war 1726 in Hannover gestorben; darauf bezieht sich die folgende Gedenkformel.
[13] Philipp Bösing aus Breslau (vgl. Vorhang Nr. 1).
[14] Datierung nach Chronogramm Ex. 3:4 = 506 (1746). Bei Zuckermann irrtümliche Datierung 1741.


תורה
אנכי
לא יהיה
לא תשא
זכור את
כבד את
לא תרצח
לא תנאף
לא תגנוב
לא תענה
לא תחמד
אל חפרוכת אשר
על חשדות וחז קודש אשר
נתבו לכם איש ואשתו לכבוד
ולתפארת : ואלה הנקובים
בשמותם הם האלוף חמרומם
חרר משה בחמטוח חנגיר
וחחסיר וחקצין חמפורסם
כחדר וואלף אפנחיים זצל
ואשחו : הגבירה : הצנועה
וחמעולה מרת לאה בח
חנגיר : וחקצין : חמפורסם
כחדר פייבל פיזונג יצו :
ויאמר : מעשה : חנגי
לפק

3. THORAVORHANG AUS HANNOVER, 1792

Größe ca. 190 x 145. Weißseidener Damast mit Blätter- und Blütenmuster, vermutlich wiederverwendeter Kleiderstoff. Unterer Rand mit Fransen aus Silberfäden. Mittelfeld mit dreifachem Giebeldach aus Silberlitze eingefaßt, in den Giebelfeldern aufgenähte Perlen und Teil einer Perlenschnur.

Dekoration: neben der Giebelstruktur, die auf ein Portal oder eine Lade hindeutet, eine große Thorakrone aus Silberfädenstickerei im oberen Teil des Mittelfeldes über einer fünfzeiligen Widmungsinschrift. Als Vorhang von weißer Farbe bestimmt zur Verwendung am Neujahrs- und am Versöhnungstag.

Stiftung des Hofjuweliers Herz Wolf Herz und seiner Frau Perle. Herz Wolf Herz, ursprünglich Naphtali Herz, kam aus Hildesheim. Er starb in Hannover 6. Dezember 1827, seine Frau am 11. Januar 1838, beide im Alter von 81 Jahren[15].

זאת

נדבת לב נפתלי הירץ בן כ"ה וואלף ז"ל

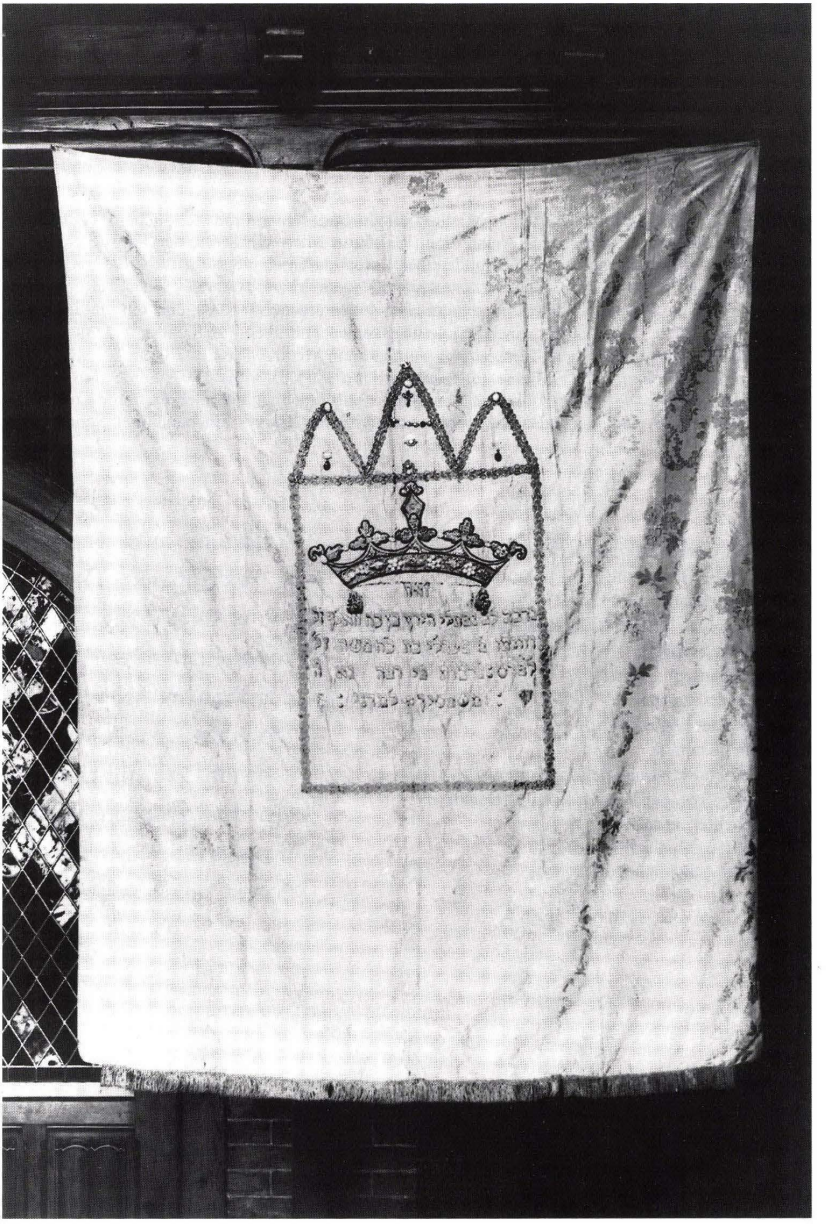
וזוגתו מ' פערלי בת כ"ה משה ז"ל

לפרט: נְדָבוֹת פִּי רצה נא ה'

:ומשפטיך למדני

Dies /
ist eine Stiftung des Naphtali Herz,
Sohn des verehrten R. Wolf[16],
sein Andenken soll gesegnet sein, /
und seiner Gattin, Frau Perle,
Tochter des verehrten R. Moses,
sein Andenken soll gesegnet sein, /
nach der Zählung:
„Laß dir gefallen, Herr,
das willige Opfer meines Mundes /
und lehre mich deine Rechte."[17]

[15] Vgl.: Gronemann, a.a.O., S. 144, und: Zuckermann, a.a.O., S. 5.
[16] Der Vater des Stifters war Benjamin Wolf Herz.
[17] Datierung nach Chronogramm Ps. 119:108 = 552 (1792).



4. THORAVORHANG AUS HANNOVER, 1772

Größe ca. 145 x 110. Dunkle Seide, aus mehreren Teilen zusammengesetzt, mit großen Blumenmustern, an den Seiten und am unteren Rand mit vergoldeter oder Silberspitze besetzt. Aufgesetztes Mittelfeld aus gelber Seide mit kleineren Blumenmustern, umgeben von Litze (oben) sowie reich ornamentierter Umrandung. Darin ein kleiner blauer Spiegel mit zehnzeiliger Widmungsinschrift. Dekoration: oberhalb des Spiegels die beiden Gesetzestafeln mit Anfangsworten der 10 Gebote, darüber eine kleine Thorakrone sowie ein aufgenähter Stein, im Spiegel unten Kanne und Schale der Leviten.

Stiftung des Kriegsagenten Salomon Michael David und seiner Frau Schönchen, Tochter des Vorstehers Marcus Gomperz aus Amsterdam. Salomon Michael David, der jüngste Sohn von Michael David, förderte nach dem Vorbild seines Vaters durch eine Schulstiftung die traditionelle jüdische Gelehrsamkeit – im Gegensatz zu seinem Bruder Meyer, Gründer einer weltlich orientierten Freischule. Salomon richtete in seinem Haus einen eigenen Gottesdienst ein und unterhielt zwei Gelehrte. Um die Existenz seiner Schule über seinen Tod hinaus zu sichern, brachte er einen Teil seines Vermögens in einen Fideikommiß ein. Salomon Michael David starb am 10. März 1791, seine Frau Schönchen, auch Susanne genannt, starb am 29. Dezember 1797; beide sind auf dem alten jüdischen Friedhof an der Oberstraße begraben. Auffallend ist, daß mehrere ihrer Kinder zum Christentum übertraten, darunter auch Herz, der als Georg Harrys ein bekannter Schriftsteller wurde[18].

„Da versammelte Salomo alle Ältesten /
in Israel, alle Hauptleute /
der Stämme, daß sie die Lade /
des Bundes des Herrn hinaufbrächten
aus der Stadt Davids,
der Väterhäuser“[19] „und /
machte den Gnadenstuhl“[20] /
Zum Zeichen und zur Wacht
von dem gelehrten, /
ehrenwerten R. Salman Segal[21] Hannover /
und seiner Frau, der Verständigen[22], genannt /
Frau Scheine, sie soll leben!
zur Zählung „Und war nichts /
in der Lade außer den zwei Tafeln.“[23]

אז יקהל שלמה את זקני
ישראל. ואת כל ראשי
המטות. להעלות את ארון
ברית ה' מעיר דוד נשיאי
האבות ויתן את הכפורת
לאות ולמשמרת. מהתורני
כ"ה זלמן סגל הנובר
ומאשתו חכמת לב המכונה
מ' שינה תי' לפרט אין
בארון רק שני לחת העדות

[18] Vgl.: Gronemann, a.a.O., S. 110 ff., und: Zuckermann, a.a.O., S. 5.
[19] Nach 2. Chr. 5:2 und 1. Kön. 8:1, jedoch Versordnung fehlerhaft.
[20] Ex. 40:20.
[21] Salomon wird hier mit dem Ehrennamen Segal (vgl. Fußnote 6) angesprochen.
[22] Ex. 35:25.
[23] Datierung nach Chronogramm 2. Chr. 4:10 identisch mit 1. Kön. 8:9 = 532 (1772). Zuckermann gibt demgegenüber 1778 an.



5. THORAVORHANG MIT ÜBERHANG AUS HANNOVER, 1827

Größe ca. 245 x 160. Überhang aus dunklem Samt mit vergoldeter Spitze oben und Litze unten eingefaßt. Vorhang aus verschiedenen Stoffen zusammengesetzt, mit reichen Applikationen aus Goldfädenstickerei und Spitzengewebe, teilweise eingerissen. Großer Spiegel aus Seide oder Brokat mit Blumenmuster. Dekoration: oben ein mit Goldband eingefaßtes Rechteckfeld aus dunklem Samt, darauf Thorakrone, mit Steinen besetzt, Löwe und Hirsch[24]. 1 Spiegel eingerahmt durch dunkle Schriftbänder mit Widmungsinschrift (zu lesen: 1. obere, 2. linke, 3. rechte, 4. untere Reihe) aufgesetzte Buchstaben und Rosetten möglicherweise aus Metall.

Stiftung des Salomon Gans und seiner Frau Lea. Der aus Celle gebürtige Stifter starb am 10. Mai 1831[25].

Stiftung des gelehrten, ehrenwerten
R. Salman, Sohn des /
R. Feivel Gans,
sein Andenken soll gesegnet sein,
aus Celle, und seiner Frau, /
Frau Lea, Tochter des R. Salomon,
sein Andenken soll gesegnet sein,
aus Lüneburg, /
nach der Zählung: „Dieser Vorhang
ist dem Herrn gewidmet."[26]

נדבת לב האלוף הרר זלמן בן

ר פייבל גנז זל מצעללע. ואשתו

מ לאה בת ר שלמה זל מלינעבורג

לפרט פרכת זאת תהיה קודש לה

---

[24] Symbolischer Hinweis, möglicherweise auf Sprüche der Väter, 5:23: ‚Sei stark wie ein Leopard und geschwind wie ein Adler, schnell wie eine Gazelle und mutig wie ein Löwe, um das Gesetz Gottes zu befolgen." Alle vier genannten Tiere erscheinen auf einem Thoraschrein in Krakau (nach Y. L. Biale, Jewish Life in Art and Tradition, London 1976, S. 97) sowie auf einem Thorawimpel aus Schmalkalden 1762 (nach N. L. Kleeblatt und V. B. Mann, Treasures of the Jewish Museum, New York 1986, S. 116 f.). Da hier nur Löwe und Hirsch abgebildet sind, bleibt die Deutung fraglich.

[25] Vgl.: Zuckermann, a.a.O., S. 4.

[26] Datierung nach Chronogramm = 587 (1827). Zuckermann datiert die Stiftung irrtümlich auf 1732.



6. THORAVORHANG MIT ÜBERHANG AUS HANNOVER, 1842

Größe ca. 240x150. Beide Textilien aus grün- und gelbseidenem Damast mit eingewebtem, besonders üppigen Rankenwerk. Überhang oben und seitlich mit vergoldeter oder Silberlitze eingefaßt, unten mit Fransen, herabhängend fünf Troddeln zwischen sechs Zipfeln. Dekoration: wellenförmiges Schriftband. Vorhang mit breitem vergoldeten oder Silberband eingefaßt, dazu Fransen unten, zusätzliche innere Umrandung durch feingewirktes helles Blattwerk auf dunklem Untergrund. Dekoration: Spiegel in Anlehnung an Wappenformen (Kartusche) mit Innenfeld aus blauem Samt unter großer Thorakrone, zwei Wappenschilder (oben: Löwe mit Kanne und Schale der Leviten), fünfzehnzeilige Widmungsinschrift aus silbergestickten Buchstaben.

Stiftung des Bankiers Kossmann Berend, Vorsitzender der Synagogengemeinde 1855-1863, und seiner Frau Sarah. Kossmann Berend war ein der Tradition verbundener Nachkomme berühmter Vorfahren, als Urenkel des polnischen Residenten Berend Lehmann und zugleich des Michael David[27], Verwalter der Klausstiftung in Halberstadt. Kossmann Berend starb 84jährig am 22. Oktober 1886, seine Frau Sarah starb am 9. Juli 1870; beide sind auf dem jüdischen Friedhof An der Strangriede beigesetzt[28].

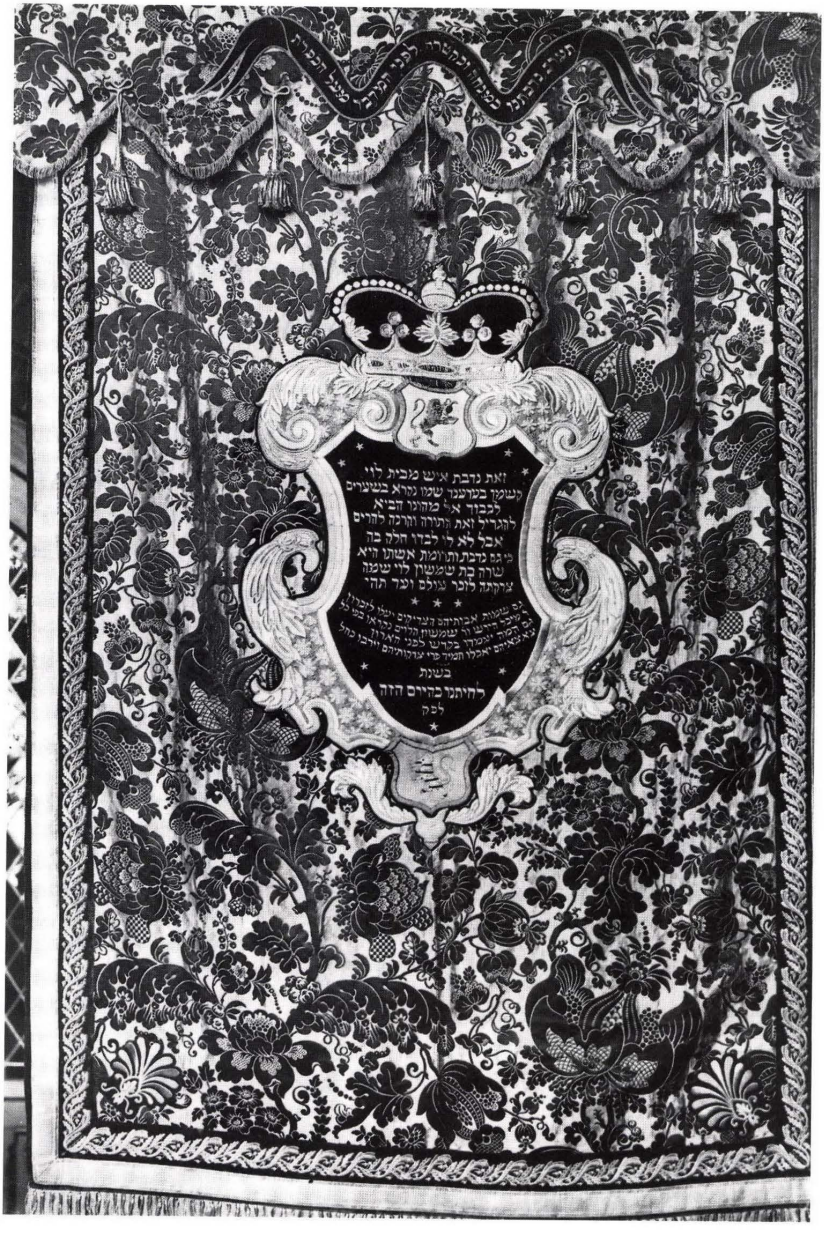
תערב נדבתנו כמנחה וכקטרת לפני המדבר מעל הכפרת

זאת נדבת איש מביתי לוי
קשמן בערענד שמו נקרא בשערים
לכבוד אל מהונו הביא
להגדיל זאת התורה וקרנה להרים
אבל לא לו לבדו חלק בה
כי גם נדבת ותרומת אשתו היא
שרה בת שמשון לוי שמה
צדקתה לזכר עולם ועד תהי
גם שמות אבותיהם הצדיקים יעלו לזכרון
ר' מיכל הירש ור' שמשון הלוים נקראו בפי כל
גם המה יעמדו בקדש לפני הארון
צאצאיהם יאכלו תמיד פרי צדקותיהם וירבו כחל
בשנת
לחיתנו כהיום הזה
לפק

Möge unsere Spende willkommen sein
wie Opfer und Weihrauch an denjenigen,
der „von oberhalb des Gnadenstuhls spricht“[29]. /
Dies stiftete „ein Mann vom Hause Levi“[30] /
als Kossmann Berend „ist er in den
Toren genannt“[31]. / „Zur Ehre des Herrn
gab er von seinem Vermögen“[32], /
„um die Thora zu verherrlichen“[33]
„und ihre Ehre zu erhöhen“[34]. /
Aber nicht er allein ist daran beteiligt, /
sondern auch Almosen und Spende seiner Frau, /
Sarah, Tochter des Simson Levi, ist ihr Name, /
ihre Wohltätigkeit wird im Gedenken
bis in Ewigkeit bleiben. /
Auch die Namen von deren gerechten Vätern
werden zum Andenken gerufen: /
R. Michel Hirsch und R. Simson, die Leviten,
werden sie von allen genannt. /
Auch sie werden in dem Heiligtum
vor der Lade stehen, /
ihre Nachkommen werden immer
die Früchte ihrer Wohltätigkeiten essen
und werden sich wie der Sand vermehren[35]. /
Im Jahre / „auf daß es uns wohl gehe
alle unsre Lebtage, wie es geht heutigestages“[36] /
nach der kleinen Zählung.

---

27 Vgl. Fußnote 6.
28 Vgl.: Gronemann, a.a.O., S. 89 f., und: Zuckermann, a.a.O., S. 5.
29 Nach Ex. 25:22.
30 Nach Ex. 2:1.
31 Nach Spr. 31:23.
32 Nach Spr. 3:9.
33 Nach Jes. 42:21.
34 Nach Ps. 148:14 u. a.
35 Nach Gen. 22:17 u. a.
36 Datierung nach Chronogramm Dt. 6:24 = 602 (1842). Zuckermann berechnet das Stiftungsjahr irrtümlich mit 1841.


זאת נדבת איש מבית לוי
קשמך במרומים שמו נקרא בשערים
לכבוד א' פחזני דביא
להגדיל ואת התורה והרכה להדים
אבל לא לי לבדו חלק בה
גם נדבת תשומת אשתו היא
שרת בת שמשון לוי שפנה
עיתקוד לוכר עולם ועד תהי
בשנת
לחיתני כהנים הזה
לפק

7. THORAVORHANG MIT ÜBERHANG AUS HANNOVER, 1746

Größe ca. 225 x 165. Überhang vermutlich aus rotem Samt, mit vergoldeter oder Silberlitze eingefaßt, daran kleine Troddeln. Vorhang aus roter Moireeseide in drei Bahnen, mit besonders breiter, tüllartiger Spitze eingefaßt. Dekoration: roter Samtspiegel, rundum mit feiner Litze besetzt, mit elfzeiliger Widmungsinschrift, darunter in stilisierter Umrandung die Beschneidungsgeräte (Messer, Becher und Puderflakon).

Stiftung des Mordechai Gumpel, Mohel (Beschneider) in Hannover, und seiner Frau Gnendel. Mordechai war der jüngste Sohn des sächsischen Oberhoffaktors, des polnischen Residenten Berend Lehmann, dessen Tätigkeit als Mohel ihm einmal das Leben rettete und deshalb in den folgenden Generationen der Familie von einem Nachkommen wie eine ererbte Verpflichtung übernommen wurde. Auch der Urgroßneffe Mordechai Gumpels, Kossmann Berend (vgl. Vorhang Nr. 6), hatte die Fertigkeiten des Mohel erlernt[37].

זאת
נדבת לב הה התורני כהר
מרדכי גומפיל בן פו המנוח
הר בערמן סגל זצל וזוגתו
הצנועה מרת גנענדלה בת
המנוח כהר יונה דרעזין
זצל
ברוך אתה יהוה אלהינו
מלך העולם אשר קדשנו
במצותיו וצונו על המילה
בשנת תקו ל

Dies /
ist eine Stiftung des ehrenwerten,
gelehrten, würdigen R. /
Mordechai Gumpel,
Sohn des Vorstehers und Führers,
des seligen /
R. Bermann Segal[38],
das Gedächtnis des Gerechten
bleibt im Segen,
und seiner Ehefrau, /
der bescheidenen Frau Gnendele,
Tochter des /
seligen, ehrenwerten
R. Jonah Dresen, /
das Gedächtnis des Gerechten
bleibt im Segen. /
Gelobt seist du, Gott, unser Herr, /
Herr der Welt, der uns geheiligt hat /
durch seine Gebote
und uns geboten hat die Beschneidung. /
Im Jahre 506 nach der kleinen Zählung[39].

---

37 Vgl.: Gronemann, a.a.O., S. 85 ff., und: Zuckermann, a.a.O., S. 4.
38 Mit Bermann ist Berend Lehmann gemeint, aus levitischer Familie (vgl. Fußnote 6).
39 506 entspricht 1746. Zuckermann gibt als Stiftungsjahr irrtümlich 1736 an.


זאת
נרבת לב תה התורני כהדר
מרדכי נומפיל בן פו המנוח
חדר בערמן מל זעלע ווזנתו
הענועה מרת ענענדלח בת
חמנוח כהרר יונח הרעזין
זעל
ברוך אתה יהוה אלהינו
מלך העולם אשר קדשנו
במצותיו וצונו על חמילה
בשנת תקול

8. THORAVORHANG MIT ÜBERHANG AUS HANNOVER, 1808

Größe ca. 210 x 160. Beide Textilien aus rotem Samt. Überhang mit Goldspitze eingefaßt, daran kleine Troddeln. Vorhang mit Goldlitze umrandet. Dekoration: am oberen Rand des Vorhangs ist ein durch Litze gebildetes langes Rechteck angeschlossen, darin (von oben) eine große Thorakrone, die segnenden Priesterhände zwischen Inschrift Keter Kehuna (hebr.: Krone des Priestertums), unter dünnem Trennfaden weitere zehnzeilige Widmungsinschrift und von Ranken umgebene Beschneidungsgeräte (vgl. Vorhang Nr. 7).

Stiftung des Bankiers Abraham Herz Cohen und seiner Frau Mathilde. Beide entstammten bekannten Familien: Abraham Herz Cohen war ein Ururenkel des ersten bedeutenden Hoffaktors Leffmann Behrens, ihm gelang es gemeinsam mit seinem Bruder Leffmann, durch den Aufbau eines großen Bankhauses an die Tradition der Vorfahren anzuknüpfen; Mathilde, auch Matel genannt, war die Tochter des Hofagenten in Celle, Isaak Jacob Gans, der eine bekannte Fideikommißstiftung von erheblicher Bedeutung für die Gemeinde in Celle errichtet hatte. Abraham Herz Cohen trug aus seinem Vermögen zum Bau der Alten Synagoge bei, deren Fertigstellung er jedoch nicht mehr erlebte; er starb am 11. März 1825, seine Frau war bereits am 13. November 1822 gestorben. Beide wurden auf dem alten jüdischen Friedhof an der Oberstraße beigesetzt[40].

כתר כהונה

Krone des Priestertums[41] /

זאת נדב ה"ה התורני כ"ה

Dies stiftete der ehrenwerte,
gelehrte, würdige R. /

אברהם כ"ץ בן התורני כ"ה

Abraham Katz[42], Sohn des
gelehrten, ehrenwerten R. /

נפתלי הירץ כהן

Naphtali Herz Cohen[43], /

זצ"ל

das Gedächtnis des Gerechten
bleibt im Segen, /

ולזוגתו מרת מאטל בת

und an (sic!) seine Ehefrau,
Frau Matel, Tochter /

התורני כ"ה איצק גאנץ זצ"ל

des gelehrten,
ehrenwerten R. Itzig Gans,
das Gedächtnis des Gerechten
bleibt im Segen, /

בשנת תקסח לפ"ק

im Jahre 568
nach der kleinen Zählung[44]. /

ברוך אתה יי אלהינו מלך

Gelobt seist du, Gott,
unser Herr, Herr /

העולם אשר קדשנו

der Welt, der uns geheiligt hat /

במצותיו וצונו על המילה

durch seine Gebote und uns
geboten hat die Beschneidung[45].

---

[40] Vgl.: Gronemann, a.a.O., S. 28, 46 ff. und 160 (Familienstammtafel), Zuckermann, a.a.O., S. 5, und: Zur Geschichte der Juden in Celle. Festschrift zur Wiederherstellung der Synagoge, hrsg. von der Stadt Celle, Celle 1974, S. 141 ff.

[41] Vgl. Sprüche der Väter, 4:17, über die drei Kronen der Thora, des Priestertums und des Königtums.

[42] Katz, Abkürzung für: Kohen Zedek (hebr.: Priester); hier nicht nur als Ehrentitel für Abraham Herz Cohen, seiner Zugehörigkeit zu einer Cohen-Familie wegen zu lesen, vielmehr zur Hervorhebung seiner tatsächlichen Gelehrsamkeit und Frömmigkeit verwendet.

[43] Vater des Stifters war Herz Seligmann Cohen, gestorben 1777.

[44] 568 entspricht 1808.

[45] Der Anlaß der Stiftung ist unklar; das abgebildete Beschneidungsgerät läßt zwar auf die Geburt und anschließende Beschneidung eines Sohnes schließen, aber die Quellen über die Familie bestätigen diese Vermutung nicht.


כתר כהונה
זאת נרכ ה"ח התורני לה'
אכרחם כץ בן התורני כה'
נפתלי * הירץ * כהן
* * זצל * *
ולזוגתו מרת מאטל בת
התורני כה' איצק נאנץ זצל
בשנת תה' סה' לפ"ק
ברוך אתה ו' אלהינו מלך
העולם אשר קדשנו
במצותיו וצונו על המילה

9. THORAVORHANG MIT ÜBERHANG AUS HANNOVER, 1870

Entwurf Edwin Oppler 1870. Ausführung Fa. Hietel, Leipzig.

Größe ca. 210 x 115. Beide Textilien aus rotem Samt. Überhang und Vorhang mit breitem Goldband umrandet, jeweils an der unteren Seite Fransen aus Goldfäden. Dekoration des Überhangs: stilisierte Schriftrolle mit Inschrift aus Goldstickerei. Vorhang mit mehreren, durch Goldbänder abgetrennten Feldern. Dekoration: Kleeblattreihe oben und an den beiden Längsseiten (symbolischer Hinweis auf Hannover, zu dessen Stadtwappen das Kleeblatt gehört), Palmwedel, halbkreisförmig angeordnet zehn Sterne, jeweils mit eingesetztem Stein (vermutlich symbolischer Hinweis auf die zehn Gebote), darunter Thorakrone auf einer Säule, von zwei gekrönten Löwen flankiert, Spiegel, vermutlich aus Seidenstoff, an allen vier Ecken mit Steinen besetzt, darin fünfzeilige Widmungsinschrift, als unterer Abschluß wieder eine stilisierte Schriftrolle mit Inschrift.

Stiftung der Frauen der Synagogengemeinde Hannover, aus Anlaß der Einweihung der Neuen Synagoge am 15. September 1870[46].

„Gesegnet sei sie in der Hütte unter den Weibern."[47] nach der kleinen Zählung. /	מנשים באהל תִּבָּרֵךְ לפ"ק
Krone der Thora /	כ ת
Zur Ehre für /	לכבוד
das Haus unseres Herrn /	בית אלהינו
und zum Ruhm seiner Thora /	ולתפארת תורתו
„am Tage der Freude unseres Herzens"[48], /	ביום שמחת לבנו
dem Tag seiner Einweihung. /	יום חנוכתו
Dies ist die Stiftung aller Frauen unserer Gemeinde, möge der Allerhöchste sie beschützen! Amen.	זאת נדבת כל נשי קהלתנו יע"א

[46] Stadtarchiv Hannover, Nachlaß Oppler, Sign. 13 LII 37, „Zeichnung des Vorhangs zum Allerheiligsten der Synagoge in Hannover. Entworfen vom Baurath Oppler in Hannover" (Entwurfszeichnung, koloriert, mit Datumsangabe: 9.4.1870), und: Allgemeine Zeitung des Judenthums, 34. Jg. 1870, Nr. 40, S. 785.

[47] Datierung nach Chronogramm Ri. 5:24 = 630 (1870).

[48] Nach H. L. 3:11.


לכסוד
בית אלהינו
ולתפארת הודתנו
ביום שמחת לבנו
יום חנוכתו

10. THORAVORHANG AUS HANNOVER, UNDATIERT

Größe ca. 140 x 100. Vermutlich aus Seide mit kleinem Blumenmuster, vielleicht wiederverwendeter Kleiderstoff. Zusammengesetzt aus vier Stoffteilen, wobei die sehr hohe horizontale Teilung einen Überhang symbolisieren könnte. Ohne Dekoration und Inschrift.

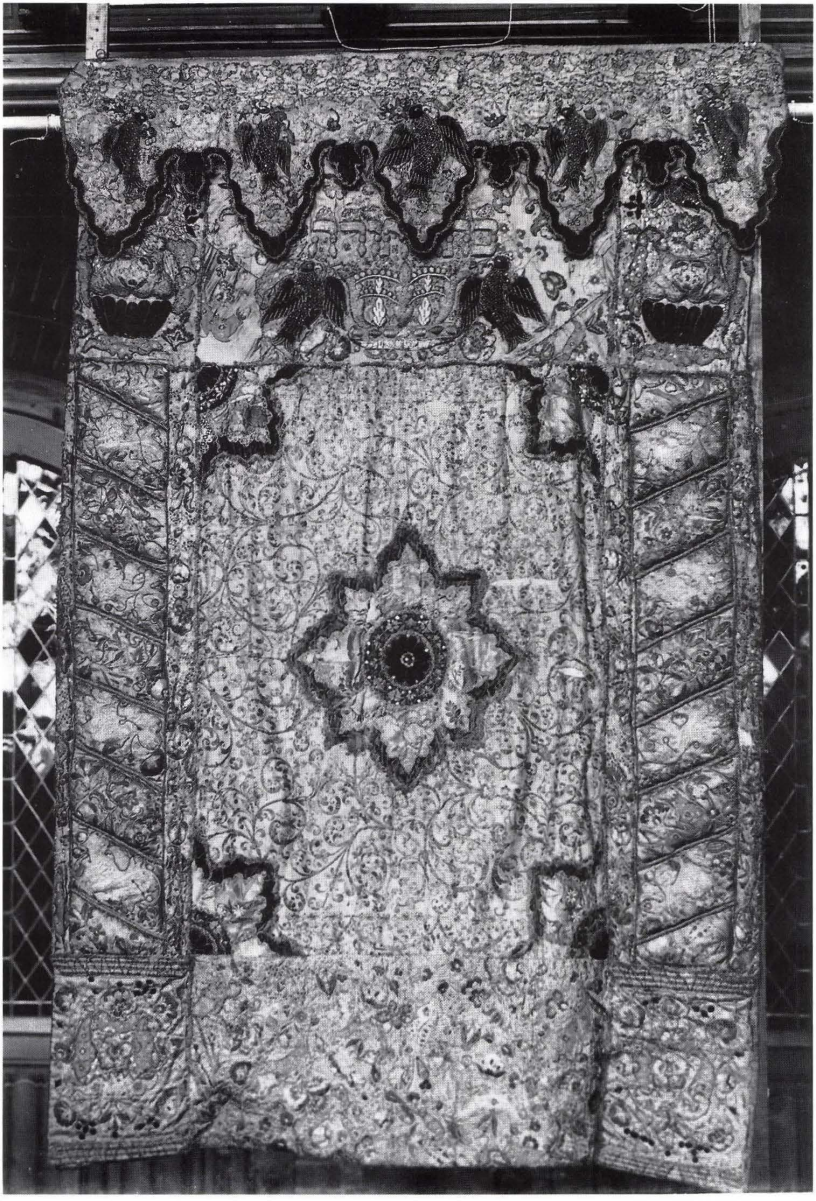
Stiftung: anonym.



11. THORAVORHANG MIT ÜBERHANG AUS HANNOVER, UNDATIERT

Größe ca. 235 x 150. Beide Textilien aus mehreren Stoffen sowie Stoffteilen zusammengefügt, darunter vermutlich Goldbrokat, vielfältig und aufwendig bestickt und geschmückt. Überhang mit fünf Zipfeln, von dunkler Litze eingefaßt. Dekoration: fünf Adler. Dekoration des Vorhangs: unten rechts und links zwei große Postamente, darauf jeweils eine gedrehte Säule (die beiden Säulen des salomonischen Tempels, Jachin und Boas, symbolisierend), von Weinlaub umwunden, auf den Säulen Blumenschalen, dazwischen zwei Adler, eine Thorakrone flankierend, darüber große Inschrift Keter Thora (hebr.: Krone der Thora), Spiegel mit stern- und kreisförmigen Schmuckelementen.

Stiftung: anonym.



12. THORAVORHANG MIT ÜBERHANG AUS HANNOVER, UNDATIERT

Größe ca. 240 x 155. Schwere weiße Seide mit chinesischen Tier- und Pflanzenzeichnungen. Eingefaßt mit zierlicher Borte. Überhang mit gleicher Borte und zusätzlichem Abschluß in Form kleiner Bögen. Als Vorhang von weißer Farbe bestimmt zur Verwendung am Neujahrs- und am Versöhnungstag. Ohne besondere Dekoration und Inschrift.

Stiftung: anonym.



GESCHICHTE DER SYNAGOGEN-GEMEINDE IM 19. JAHRHUNDERT [1]

Die Geschichte der Juden in Hannover ist Teil der Stadtgeschichte wie die anderer Bevölkerungsminderheiten – aber unvergleichbar ist die jahrhundertelange Sonderstellung der jüdischen Minderheit am Rande der Gesellschaft. Besondere Gesetze gewährten – gelegentlich – Förderung und Schutz, bedeuteten zumeist Einschränkung, Schutzlosigkeit, Vertreibung. Beschwörungen einer „Normalität" friedlichen jüdisch-deutschen Zusammenlebens bis zur Nazizeit fehlt die historische Grundlage. Nach der späten Gleichstellung der hannoverschen Juden 1848 bzw. 1869 wurde die „Judenfrage" auch in Hannover von Antisemiten sogleich wieder aufgegriffen – mit dem Ziel erneuter Ausgrenzung.

Die 700jährige Geschichte der Juden in Hannover ist aber nicht nur die Geschichte der Probleme jüdischen Lebens in einer christlichen, ablehnend oder feindselig gestimmten Umgebung. Allen Schwierigkeiten zum Trotz haben auch die Juden in Hannover, den religiösen Traditionen folgend, eine eigenständige Kultur geschaffen und bewahrt. Deren Wandel im 19. Jahrhundert beschreibt die folgende Darstellung.

DIE KLEINE KEHILLA HANNOVER VOR 1800

Das „jüdische Hannover" war vom 17. bis in das 19. Jahrhundert hinein die Calenberger Neustadt, nachdem die Altstadt 1588 für jüdische Bewohner versperrt worden war. In der Neustadt entstand seit 1608 unter dem Schutz des Landesherren eine kleine jüdische Gemeinde, die hundert Jahre später die Familien von sieben Schutzjuden umfaßte, darunter den bedeutendsten unter den hannoverschen „Hofjuden", Leffmann Behrens, bekannt aus den Memoiren seiner Schwägerin Glückel von Hameln. Leffmann Behrens setzte sich als Fürsprecher für seine Glaubensgenossen ein, auf ihn geht der fürstliche Schutz für den jüdischen Friedhof außerhalb der Stadt (1673) zurück, er gewann 1687 den hannoverschen Juden das Privileg, einen Rabbiner zu wählen, richtete ein Beth-Hamidrasch, ein Lehrhaus, ein und unterstützte mehrere Gelehrte, er und sein Sohn Herz bauten 1703 die erste in Hannover erlaubte Synagoge. Entstehung und Ausbau der jüdischen Gemeinde sind ohne den Einfluß der „Hofjuden" nicht denkbar und daher mit der Entwicklung des fürstlichen Absolutismus eng verknüpft.

Als der hannoversche Kurfürst 1714 als König nach England ging, begann eine Phase politischer, wirtschaftlicher und kultureller Stagnation in Stadt und Land. An den Lebensverhältnissen der Juden änderte sich bis zum Reformgesetz von 1842 nichts: Aufenthaltsrecht nur für Schutzjuden, Lebensunterhalt nur durch entwürdigenden Kleinhandel und Pfandleihgeschäfte, Verbot von Handel, Hand-

---

[1] Vortrag in der Marktkirche am 12.6.1991. Zuerst veröffentlicht in: Marktkirche 1991. Almanach, Hannover 1991, S. 48-54.

werk und Grundbesitz bei hohen Sonderabgaben. Die Tolerierung des Judentums als Religion schloß die gesellschaftliche Ausgrenzung der Juden keineswegs aus: symbolhaft erscheint die Anlage der ersten Synagoge auf einem für die Öffentlichkeit unsichtbaren Platz im Hinterhof.

In dieser Abgeschiedenheit entwickelte sich in der kleinen Kehilla (= Gemeinde) Hannover, damals an Größe übertroffen von anderen norddeutschen Gemeinden wie Braunschweig, Emden und Hildesheim, ein jüdisches Leben von einiger Bedeutung. Der Gemeinde gelang es wiederholt, das Amt des Rabbiners mit bedeutenden Gelehrten zu besetzen, darunter Joseph Meyer Friedberg, Isaak Selig Karo, vorher Rabbiner in Kalisch und Posen, Levi Josua, besser bekannt unter seinem Ehrennamen „Pne Arje" und dessen Sohn Isaschar Berisch. Diese Rabbiner wirkten durch ihre Veröffentlichungen über Hannover hinaus und zogen eine Anzahl von Schülern in die Stadt. Die berühmteste jüdische Bibliothek der damaligen Zeit, die Büchersammlung von David Oppenheimer aus Prag, wurde viele Jahre in Hannover aufbewahrt; freilich fehlen Quellen über ihre Benutzung. Schließlich ließen mehrere Stiftungen von Lehrhäusern und Schulen Hannover zu einem Ort talmudischer Forschung und Zentrum jüdischer Gelehrsamkeit werden.

Für das Gemeindeleben war die 1762 gegründete Chewra Kadischa, die Beerdigungsgesellschaft, besonders bedeutend, weil sie gleichzeitig auch „Verein zum Studium der Thora" und „Wohltätigkeitsverein" sein wollte. Ein neuer, aufklärerischer Geist herrschte in der 1794 gestifteten Freischule, benannt nach dem Gründer Meyer Michael David, einem Freund von Moses Mendelssohn; dort sollten neben jüdischem Wissen auch allgemeine Kenntnisse vermittelt und den Schülern die Berufsausbildung in einem Handwerk ermöglicht werden. Diese Schulstiftung brachte Meyer Michael David in Hannover keinen Beifall ein – im Memorbuch der Gemeinde wurde er sogar übergangen.

Ende des 18. Jahrhunderts wollten die meisten hannoverschen Juden an den Traditionen der frommen Kehilla festhalten, weil sie ihnen die überlieferte Identität und das Gefühl des Schutzes in bedrängter Lebenssituation vermittelte. Dennoch gab es offenbar auch Meinungsverschiedenheiten, Unruhe und Unzufriedenheit: ein im Jahr 1802 von der Regierung verfügtes Statut für die „Juden-Gemeinde" wurde mit Willkür in der Gemeinde, Unordnung bei den Finanzen und Ungehorsam jüngerer Mitglieder gegenüber dem Rabbiner begründet. Fortan nahm sich die Regierung das Recht, bei der Wahl der Vorsteher der Gemeinde mitzureden. Dieser Eingriff einer staatlichen Instanz in das Innenleben der jüdischen Gemeinde war der erste, nicht aber der letzte im vergangenen Jahrhundert. Stets hat sich die christliche Obrigkeit selbst die letzte Entscheidung vorbehalten über alle Fragen der jüdischen Religion.

Die wenigen Jahre der französischen Besetzung Hannovers, die den Juden von außen die Bürgerrechte brachte, waren nur eine Episode; die Phase der Restauration erneuerte den politischen Status quo. Aber die soziale Zusammensetzung der jüdischen Bevölkerung, deren Gesamtzahl von 370 (1815) langsam auf 629

(1845) anwuchs, änderte sich. Es waren nicht mehr nur die von sozialem Druck und durch Unfreiheit geprägten Juden, die eines am Hof angesehenen Fürsprechers bedurften. Manche hatten ihre wirtschaftliche Not überwunden, einige waren zu erfolgreichen Geschäftsleuten aufgestiegen. Eine neue soziale Schicht von Personen mit bürgerlichem Lebenszuschnitt und Selbstbewußtsein übernahm die Führung der Gemeinde. In der Synagoge setzten sie sich für eine Reform des Gottesdienstes ein, vor allem für die Ersetzung des herkömmlichen talmudistischen Vortrags in hebräischer Sprache durch eine deutsche Predigt mit erzieherischer Wirkung; der Rabbiner sollte kein Talmudgelehrter sein, sondern Prediger und begabter Redner mit allgemeinen wissenschaftlichen Kenntnissen. Nach außen forderten sie in wiederholten Petitionen an den König die staatsbürgerlichen Rechte für die Juden.

Die Regierung des Königreichs Hannover hatte freilich ihr eigenes Konzept. Sie wollte die Rechte der Juden zwar nicht erweitern, aber doch ihre Lage durch Verbesserung des Schulwesens, Neuordnung der Stiftungen und Modernisierung des Gottesdienstes kontrolliert verändern – zum Vorteil des Staates und der christlichen Bevölkerung, wie es hieß. Sie verwirklichte ihre Politik durch das neu besetzte Landrabbinat: der 1830 gewählte Landrabbiner Nathan Markus Adler sollte in ihrem Auftrag die Modernisierung des Judentums durchfuhren. Adler wie auch sein Nachfolger, Landrabbiner Samuel Ephraim Meyer, verbanden eine orthodoxe Überzeugung treuer Gesetzesbefolgung mit entschiedenem Reformertum gegenüber den alten Institutionen. Angeleitet durch das Landrabbinat wurden in Hannover innerhalb weniger Jahre eine Gemeinde-Religionsschule eingerichtet, der Gottesdienst geordnet, die Armenfürsorge reorganisiert, die „Bildungsanstalt für jüdische Lehrer" gegründet und die Förderung von Jugendlichen bei einer Handwerksausbildung begonnen. In dieser Zeit verloren die traditionellen Gelehrten- und Schulstiftungen ihre frühere Bedeutung, obgleich weiterhin Persönlichkeiten wie etwa Leser Rosenthal, Gründer und Namensgeber der jetzt in Amsterdam aufbewahrten berühmten Bibliothek, in Hannover tätig waren.

Eines der wichtigsten Dokumente dieser Reformperiode ist die „Synagogen-Ordnung für die israelitische Gemeinde zu Hannover" von 1837, erlassen durch den Landrabbiner Adler selbst. Zukünftig sollte die „Würde" des Gottesdienstes durch eine Reihe strenger Verhaltensvorschriften sichergestellt werden, die beispielsweise die Pünktlichkeit, Bekleidung und Disziplin der Synagogenbesucher, den Ausschluß von Kleinkindern u.a. regelten. Die Neuordnung des äußeren Ablaufs sollte eine „ernste, feierliche Stimmung" im Gottesdienst bewirken.

Diese Synagogenordnung galt in einem neuen Synagogengebäude, das im Dezember 1827 eingeweiht worden war. Die Zeitschrift „Sulamith" hatte darüber berichtet: „In diesen Tagen fand hier die Einweihung des neuerbauten Tempels der Israelitischen Gemeinde statt. Diese Synagoge, von dem durch mehrere geschmackvolle Gebäude als tüchtiger Architekt bewährten Baumeister Hellner erbaut, ist eine seiner schönsten Bauten ... Die Rede, welche bei dieser Gelegen-

heit in deutscher Sprache mit biblischen und talmudischen Citaten gehalten wurde, war ohne allen Wortschwall sehr sinnig abgefaßt, ganz des frommen Gegenstandes würdig, und eben so würdig vorgetragen." Diese Synagoge stand auf dem Platz der Vorgängerin, also auch im Verborgenen. Der Zeitgeist ließ es noch nicht zu, ein jüdisches Bethaus in aller Öffentlichkeit zu errichten!

DIE GROSSTÄDTISCHE SYNAGOGENGEMEINDE

Aus der alten Kehilla entstand durch staatliche Eingriffe 1842 die moderne „Synagogengemeinde". Damit erhielten die Juden zugleich mit der Befreiung vom „Schutz"-Verhältnis das Recht zur Selbstverwaltung in einem durch das Gesetz vorgegebenen Rahmen. Die Aufsicht der Regierung über Synagogen, Schulen und Armenwesen blieb jedoch bestehen. Der spätere Kampf des Gemeindevorstands gegen das vom Staat eingesetzte Landrabbinat war erfolglos: die – seit 1866 – preußischen Behörden hielten am hannoverschen Recht die Juden betreffend fest und mithin an ihrem Recht der Einflußnahme auf innerjüdische Angelegenheiten.

Nach der Gleichstellung der Juden im Königreich Hannover nahm die Zahl der jüdischen Einwohner in der Hauptstadt stark zu (1852: 668, 1871: 1.936, 1910: 5.155). Die zuwandernden Familien kamen vor allem aus niedersächsischen, hessischen und süddeutschen Kleingemeinden. Die neugewonnene Freiheit der Berufswahl erlaubte der Mehrheit der Juden eine bürgerliche Existenz in Handel und Gewerbe. Die alten Familien wurden unbedeutend. Neue Namen finden sich in der Führung der Gemeinde. Einzelne Juden stiegen in die lokale Honoratiorenschicht auf; 1867 wurde Daniel Heinemann, der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde, in den Stadtrat gewählt.

Inzwischen war die Alte Synagoge im Hinterhof viel zu klein geworden, und die Gemeinde errichtete nach dem Entwurf von Edwin Oppler ihre Neue Synagoge von „monumentalem Charakter": Ein freistehendes Gebäude auf einem neuen zentralen Platz der Stadt – demonstratives Symbol für den veränderten Status der Juden in Hannover.

An die Einweihung erinnerte sich noch 1936 ein Gemeindemitglied, Paul Kauffmann: „Am Donnerstag, den 15. September 1870 ... fand die feierliche Einweihung der Synagoge statt. Im Mittelpunkt des Festgottesdienstes, dessen gedrucktes Programm uns Kunde von der erhebenden Feier gibt, stand der Zug der Thorarollen von der alten zur neuen Synagoge durch ein von der Schuljugend gebildetes Spalier, der Umzug in der neuen Synagoge, das Entzünden der ewigen Lampe, die Festpredigt des Landrabbiners sowie die vom Chor begleiteten künstlerischen Gesänge des Oberkantors ...".

Die ehrenamtliche Gemeindeverwaltung konnte nicht mehr aufrechterhalten werden: ein Gemeindesekretär wurde angestellt. Die 1909 gebildete „Zentralstelle für Wohlfahrtspflege" faßte alle fürsorgerischen Aktivitäten zusammen und wirkte ebenso vorbildhaft für andere Gemeinden in Deutschland wie die für Hannover ausgearbeitete neue Finanzwirtschaft.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden immer neue, spezielle Einrichtungen, Stiftungen und Vereine für einzelne Zwecke geschaffen, Schulen und Lehrerseminar, Waisenhäuser und Altersheime. Das Beispiel der jüdischen Krankenfürsorge macht die Tendenzen der Modernisierung und Professionalisierung deutlich: Vor 1800 gab es eine Krankenstube zur privaten Pflege von Kranken in der Stadt und eine zweite für Fremde außerhalb der Stadtgrenzen; 1833 wurde ein Vertrag mit dem städtischen Krankenhaus zur Betreuung jüdischer Patienten geschlossen; seit 1842 entstanden mehrere Vereine, darunter der „Israelitische Frauenverein", mit dem Ziel, die Krankenfürsorge wieder selbst zu übernehmen; 1886 wurde eine jüdische Klinik eingerichtet und 1901 das große und bald beliebte „Jüdische Krankenhaus" eröffnet.

Eine Pioniertat von überregionaler Bedeutung war die Gründung der Gartenbauschule in Ahlem bei Hannover 1893, die junge Juden in Landwirtschaft, Gartenbau und Handwerken ausbildete und das Projekt einer „Berufsumschichtung" förderte. Während um 1780 das „jüdische Hannover" nur zwei besondere Institutionen besaß, das Landrabbinat und die Chewra, sich aber außerhalb der Gesellschaft unter Sonderrecht konstituieren mußte, wies das Judentum 1914 mehr als 130 verschiedene Organisationen auf. Gemeinde und alle sonstigen Vereinigungen gehörten zum öffentlichen Leben in der Großstadt Hannover.

Die vielfältigen Aktivitäten zeigen die sich differenzierenden sozialen, religiösen und kulturellen Interessen der jüdischen Bevölkerung, aber sie belegen auch die Aufsplitterung eines institutionalisierten Judentums, das an die Stelle des früheren jüdischen Lebenszusammenhangs getreten war. Das Studium von Thora und Talmud hatte im Alltagsleben der Gemeindemitglieder keinen Platz mehr, vielmehr stand das Bedürfnis nach Geselligkeit und kultureller Bildung im Vordergrund.

Die Synagoge vereinigte nicht mehr die gesamte Gemeinde. Die Einführung der Konfirmation für Mädchen und eine gemäßigte Reform des Gottesdienstes hatten zur Einrichtung von kleinen Nebengottesdiensten durch orthodox orientierte Juden geführt. Damit der Gottesdienst in der Synagoge für möglichst viele Juden akzeptabel war, hielten die Rabbiner, die durch die Umstände von „Reformern" zu „Bewahrern" geworden waren, trotz der liberalen Tendenzen in der Gemeinde am traditionellen Ritus fest. Aber auch in Hannover trat an die Stelle des althergebrachten Gebetsgottesdienstes der Gemeinde ein feierlich-erbaulicher Gottesdienst mit künstlerischen Gesangsvorträgen des Kantors und des Synagogenchors.

Die Zahl der indifferenten und abseitsstehenden Gemeindemitglieder nahm zu; für sie war die Gemeinde nur noch Religions- und Traditionsverband. Der Besuch des Gottesdienstes machte es deutlich: war die Alte Synagoge vor 1850 für die wachsende Gemeinde zu klein, so wurde nach 1880 die Neue Synagoge für die nachlassende Zahl der Gläubigen zu groß. Die Gründung eines „Vereins zur Förderung jüdischen Wissens" zeigt, daß dies nicht mehr Allgemeingut war; die Bestrebungen zur „Sammlung jüdischer Altertümer" belegen, daß Kultgeräte nicht mehr benötigt und benutzt werden.

Ein eindrucksvolles Bild von dem Wandel religiöser und kultureller Vorstellungen der hannoverschen Juden Ende des 19. Jahrhunderts vermittelt der zwischen 1864 und 1924 genutzte jüdische Friedhof an der Strangriede. Mit über 2.600 Grabstätten ist er ein einzigartiges Dokument für die Entwicklung des Judentums in Hannover zwischen Emanzipation und Nationalsozialismus. Beim Vergleich der älteren und jüngeren Grabanlagen wird deutlich, daß vor der Jahrhundertwende die traditionellen Beisetzungsregeln befolgt wurden: Bestattung in Reihengräbern mit schlichten, gleichförmigen Steinen mit hebräischen Inschriften. Durch käufliche Familienbegräbnisse wurde das Prinzip der Gleichheit und Einfachheit durchbrochen. Die Juden Hannovers übernehmen aus ihrer christlichen bürgerlichen Umgebung die Vorstellung, daß die im Leben erreichte soziale Stellung auch auf dem Friedhof der Nachwelt sichtbar gemacht werden sollte. Entsprechend dominierten nach 1900 auch bei den Reihengräbern individuelle Formgestaltung, spezielle Steinauswahl, deutsche Beschriftung. Der Friedhof erscheint wie ein Spiegel für das veränderte Selbstverständnis der Juden in Hannover.

NEUE HERAUSFORDERUNGEN

Am Beginn des 20. Jahrhunderts schien die Synagogengemeinde in Hannover eine erfolgreiche Entwicklung durchlaufen zu haben: Sie war die größte und wichtigste Gemeinde in der Provinz Hannover, Verwaltungszentrale für überörtliche Organisationen; sie verfügte über vielfältige soziale und pädagogische Einrichtungen, und sie hatte trotz innerer Spannungen ihren Status als Einheitsgemeinde bewahrt. Der soziale Aufstieg der hannoverschen Juden schien im Ausbau der modernen Gemeinde seine Entsprechung gefunden zu haben.

Dennoch blieben Probleme und Widersprüche bestehen, beispielsweise die Frage der Mitwirkung und Mitbestimmung innerhalb der Gemeinde. Das seit 1869 gültige Verwaltungsstatut hatte ein Repräsentativsystem eingeführt und die Interessenvertretung der Mitglieder in der Form der Vollversammlung praktisch beendet. Die Großgemeinde hatte bürokratische Strukturen entwickelt. Schließlich zementierte das in Hannover praktizierte „Aufnahmeprinzip" die Spaltung der Judenschaft in zwei Gruppen, denn nur 20% erhielten das Stimmrecht in der Gemeinde. Den anderen, vor allem den Frauen und Jüngeren, war die Mitbestimmung versagt. Dies betraf auch die nach 1900 in Hannover sich ansiedelnden ostjüdischen Familien, für die zwar intensive Fürsorgearbeit geleistet wurde, zu denen die Eingesessenen und die Gemeinde aber sonst Distanz hielten.

Die Anwesenheit der Ostjuden aktualisierte die Frage zukünftiger jüdischer Identität und der weiteren Perspektive jüdischer Kultur in Deutschland. Ähnliche Herausforderungen waren die Gründung der kleinen zionistischen Ortsgruppe, die Bildung einer autonomen jüdischen Sportbewegung und die Entstehung der jüdischen Jugendbewegung. Erst nach 1933, unter dem Druck der nationalsozialistischen Verfolgungen, kam es zu einer wirksamen Zusammenarbeit der verschiedenen Gruppen und Strömungen innerhalb der Gemeinde Hannover.

DIE BERLINERS – EINE JÜDISCHE FAMILIE IN HANNOVER (1773-1943) [1]

Die technischen Erfindungen und unternehmerischen Erfolge der drei Brüder Jacob, Emil und Joseph Berliner haben den Namen ihrer Familie in der Technik- und Wirtschaftsgeschichte bekannt gemacht. Weniger bekannt ist die bedeutende Stellung der Familie Berliner innerhalb der jüdischen Bevölkerungsminderheit Hannovers, in deren geschichtliche Entwicklung sie über 170 Jahre eingebunden war – von der Zeit des voraufklärerischen „Schutzjudentums" über die Periode der rechtlichen Gleichstellung und der Gewährung sozialer Aufstiegsmöglichkeiten bis hin zur neuerlichen Bedrohung durch antisemitische Bewegungen vor und nach dem ersten Weltkrieg und zu den Jahren der Verfolgung und des Massenmords unter der Herrschaft des Nationalsozialismus.

Sechs Generationen der Familie Berliner lebten in Hannover. Begründer dieser außergewöhnlichen Tradition war Jacob Abraham Joseph, der sich in den frühen siebziger Jahren des 18. Jahrhunderts in der hannoverschen Neustadt niederließ; er wurde innerhalb der jüdischen Gemeinde nach seinem Geburtsort kurz: „Jokew (= Jacob) Berlin" gerufen. Sein Sohn Moses übernahm den Beinamen „Berliner" und behielt ihn auch 1828, als sich die hannoverschen Juden feste bürgerliche Familiennamen wählen mußten, bei. Jacobs Ansiedlung in Hannover wurde 1776 von der Regierung genehmigt, und ihm wurde gegen jährliche Zahlung von 20 Reichstalern ein Schutzbrief auf zehn Jahre ausgestellt. In wessen Diensten er zuvor gestanden hatte und wovon er sich und seine Familie, zu der nicht nur seine Frau Dina Friedberg, die 1778 geborene Tochter Bella Betty und der 1786 geborene Sohn Moses zählten, sondern anfangs auch seine Mutter und eine Schwester, ernährte, ist nicht bekannt. Den „Schutzjuden" war zwar ihr Leben und Eigentum sowie die freie Ausübung ihrer Religion garantiert, jedoch durften sie sich ihren Lebensunterhalt nur durch Klein- und Wechselhandel verschaffen. Jacob und Dina führten unter diesen Umständen ein schweres Leben. Dem mußten auch die Behörden Rechnung tragen, die ab 1787 das jährlich von Jacob aufzubringende Schutzgeld „dürftigkeitshalber" auf 10 Reichstaler ermäßigten und ihm das Nahrungsgeld, eine Art kommunaler Steuer für Einwohner ohne Grundbesitz, ganz erließen mit der Begründung, er

---

[1] Zuerst veröffentlicht in: 100 Jahre Schallplatte. Von Hannover in die Welt. Beiträge und Katalog zur Ausstellung im Historischen Museum am Hohen Ufer Hannover, Hamburg 1987, S. 75-81.
Archivalische Quellen wurden im Stadtarchiv (Bestände Alte Abteilung, Altregistratur und Hauptregistratur sowie Adreßbücher und Synagogenregister) und im Niedersächsischen Hauptstaatsarchiv Hannover (Bestand Regierungspräsident) ausgewertet. Auf Literatur soll nur auszugsweise hingewiesen werden: Selig Gronemann, Genealogische Studien über die alten jüdischen Familien Hannovers, Berlin 1913, S. 148 f.; Helmut Zimmermann, Die Familie Berliner, in: Leben und Schicksal. Zur Einweihung der Synagoge in Hannover, Hannover 1963, S. 88 ff.; Esriel Hildesheimer, Cora Berliner. Ihr Leben und Wirken, in: LBI (Leo-Baeck-Institut) Bulletin 67 (1984), S. 41 ff.
Ich bedanke mich bei den Mitgliedern der Familie Berliner in Israel und in den USA für ihre Bereitschaft, mich durch mündliche und schriftliche Berichte sowie durch Dokumente bei den Forschungen über die Geschichte ihrer Vorfahren zu unterstützen.
Grabstätten der Familie Berliner in Hannover befinden sich auf dem Alten jüdischen Friedhof an der Oberstraße (Gräber von Jacob und Dina Berliner sowie von Bella Betty, Moses und Friederike Berliner) und auf dem jüdischen Friedhof an der Strangriede (Gräber von Samuel und Sally Berliner, Jacob und Sara Berliner, Manfred und Hanna Berliner, Moritz und Ella Berliner, Joseph und Therese Berliner und anderen).

sei „arm und treibt keine Nahrung", womit umschrieben wurde, daß jüdische Einwohner in Hannover auch im Zeitalter der bürgerlichen Revolution in keiner Handwerkerinnung oder Kaufmannsgilde Aufnahme fanden. Jacob und Dina lebten von ihrer „Juden Gahr Küche", d. h., sie boten in ihrer Wohnung im Haus Lange Straße 27 einen nach den jüdischen Speisegesetzen zubereiteten Mittagstisch an; außerdem wurde der Verkauf von Lotterielosen betrieben. Innerhalb der jüdischen Gemeinde gehörte Jacob zu den Gläubigen mit besonderer, geradezu asketischer Frömmigkeit, und ihm wie auch seiner Frau wurde trotz ihrer geringen Mittel große Wohltätigkeit nachgesagt. Jacob starb 1811, Dina 1840; sie wurden – wie Jahre später auch noch ihre Kinder – auf dem alten jüdischen Friedhof in Hannover beigesetzt.

Der Sohn Moses Berliner machte sich früh selbständig und betrieb in der Bergstraße eine kleine Tuchhandlung. Ihm kam die während der französischen Okkupationszeit vorübergehend geltende Gewerbefreiheit zugute: sein Geschäft florierte, er mußte Angestellte beschäftigen und zog 1813 in ein Ladenlokal im Hause Lange Straße 23, dessen Erwerb ihm als Juden 1821 ausnahmsweise gestattet wurde. Dort führte Moses Berliner über drei Jahrzehnte seine „Schnitt- und Ellenwaarenhandlung", in der er englische, französische und deutsche Tuche und Stoffe verkaufte. 1811 heiratete er Friederike Enoch aus Celle, mit der er sechs Kinder hatte.

Außergewöhnlich hoch muß das Ansehen der Familie in der jüdischen Gemeinde gewesen sein, denn sie wählte 1812 den erst 27jährigen Moses Berliner, der zudem der Sohn eines nach Hannover Zugezogenen war, zum Vorsteher des bedeutsamen Wohltätigkeitsvereins. Als Vorsteher besetzte er keinen bloß repräsentativen Posten, sondern hatte persönlich die aus jüdisch-religiöser Sicht ehrenvollen Pflichten der Armenpflege, der Hilfe für die Kranken, der Betreuung der Sterbenden und der rituellen Beisetzung der Toten zu übernehmen. Moses Berliner blieb – getragen vom Vertrauen der übrigen Mitglieder – 42 Jahre in der Leitung des Vereins, aus der er krankheitshalber erst 1854, kurz vor seinem Tode, ausscheiden mußte.

Die Tradition verantwortlicher Betätigung im Dienste der jüdischen Gemeinschaft wurde von Moses Berliners ältestem lebendem Sohn, dem 1813 geborenen Samuel, und später wiederum von dessen Kindern fortgesetzt. Samuel Berliner, der als Kaufmann wie sein Vater mit Manufaktur-, später mit Weißwaren handelte anders als sein jüngerer Bruder Meyer, der eine Färberei und Wäscherei für Seiden- und Wollzeug betrieb -, wurde 1863 von den Synagogengemeinden des hannoverschen Landrabbinatsbezirks in das Amt des Rechnungsführers der Landrabbinatskasse gewählt, das er neun Jahre lang bis zu seinem Tod 1872 ausübte. Als erstes Mitglied der Familie Berliner, die damals bereits in dritter Generation in Hannover lebte, konnte Samuel 1846 zuerst für sich, dann auch für seine Frau das Bürgerrecht der Stadt Hannover erwerben. Durch die Beseitigung des bedrückenden Judenschutzrechts im Königreich Hannover vier Jahre zuvor war die äußere Diskriminierung der Juden aufgehoben worden; Handel und Gewerbe standen ihnen jetzt offen.



Die Brüder Emil, Joseph und Manfred Berliner (vor 1929).

Die neugewonnenen Freiheitsrechte und sozialen Chancen wahrzunehmen, wurde zur Aufgabe der jungen, der vierten Generation der Familie. Samuel Berliner und seine Frau Sally Friedmann hatten 13 Kinder: Hermann (1848), Jacob (1849), Adolph (1850), Emil (1851), Manfred (1853), Franziska (1854), Rebecka (1855), Moritz (1856), Johanne (1857, starb nach wenigen Wochen), Joseph (1858), N.N. (1859, starb nach wenigen Tagen), Rahel (1864) und Else (1869). Alle Töchter – bis auf Franziska – heirateten nach auswärts und verließen Hannover; von den sieben Söhnen blieben immerhin vier bis an das Lebensende in ihrer Vaterstadt. Jacob und Joseph besuchten die hannoversche Oberrealschule, Emil die Samsonschule in Wolfenbüttel, eine jüdische Schule mit Internat. Alle Brüder absolvierten nach ihrer Schulzeit eine kaufmännische oder Banklehre, so daß sie sowohl über gute allgemeine als auch berufspraktische Kenntnisse verfügten; einige der Brüder wurden zum Militärdienst herangezogen. Der Erwerb des hannoverschen Bürgerrechts (Adolph 1873, Jacob 1879, Manfred 1881, Moritz und Joseph 1888) sollte den Brüdern hilfreich sein, als sie sich schließlich – jeder für sich – selbständig machten und als Geschäftsleute niederließen: Jacob mit einem Häute- und Lederhandel, Adolph als Makler und Bankier, Manfred als Gründer und Leiter von „Berliners Höherer Handelsschule“ und Moritz als Revisor und kaufmännischer Sachverständiger sowie mit einer jüdischen Ritualien- und Buchhandlung.

Das erste industrielle Projekt eines Familienmitglieds wurde die 1881 von dem jüngsten Bruder Joseph gegründete „J. Berliner Telephonfabrik", in der die Erfindungen des älteren Bruders Emil, dem vor allem durch die Konstruktion eines Mikrofons 1877 ein entscheidender Beitrag zur technischen Realisierung des Telefons gelungen war, produziert und in Deutschland angeboten werden sollten. Emil hatte nach seiner Lehrzeit im Modegeschäft Behrend Hannover verlassen und war im Mai 1870 nach den USA ausgewandert, wo er sich als Verkäufer, Reisender, Laboratoriumsgehilfe und Buchhalter durchschlug. Als Autodidakt beschäftigte er sich mit physikalischen Problemen, wobei er durch die Vorstellung des Bellschen Fernsprechers zu verschiedenen eigenen Weiterentwicklungen angeregt wurde, die telefonische Verbindungen auch über lange Strecken ermöglichten; für die Auswertung seiner Patente schloß er Verträge mit der Bell Telefongesellschaft. Auf Emils Einladung konnten sich seine Brüder Joseph und auch Jacob Berliner in den Bellschen Laboratorien und Fabriken während teilweise mehrjähriger Studienaufenthalte die neue Kommunikationstechnik aneignen. Den Erfolg des jungen hannoverschen Unternehmens garantierte das Interesse staatlicher Institutionen wie der Reichspost, und der Betrieb florierte unter der technischen Leitung von Joseph Berliner, während der 1883 als Teilhaber eingetretene Jacob Berliner als kaufmännischer Direktor fungierte. In der Festschrift zum 25jährigen Bestehen der Berlinerschen Telephonfabrik wird mit Stolz „die andauernd günstige Entwicklung" des 1898 in eine Aktiengesellschaft umgewandelten Unternehmens beschrieben und auf die Filialgründungen in Wien, Berlin, Budapest, London und Paris verwiesen.

In der Zwischenzeit waren von den Brüdern weitere Projekte in Hannover begonnen worden. Für die kommerzielle Auswertung der zweiten großen Erfindung Emil Berliners, der auf der Grundlage von T. A. Edisons Walzenphonograph 1887 Schallplatte und Grammophon entwickelt und in Amerika und Deutschland zum Patent angemeldet hatte, wurde 1898 die „Deutsche Grammophon Gesellschaft" gegründet. Diese von Joseph Berliner geleitete Firma erzielte in kurzer Zeit große Erfolge, ebenso wie ein drittes, von Jacob Berliner initiiertes Unternehmen, die „Hackethaldraht-Gesellschaft", die 1900 die Produktion verbesserter Leitungsdrähte und Kabel aufnahm. Die Gründung dreier bedeutender hannoverscher Industrieunternehmen durch Jacob, Emil und Joseph Berliner unterstreicht die Stellung der Familie innerhalb der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt. Einmalig war dabei nicht nur das gemeinschaftliche Vorgehen der Brüder durch mehrere Jahrzehnte hindurch, sondern auch, wie alle drei – ursprünglich als kleine Kaufleute ausgebildet – sich als Techniker und Unternehmer zugleich bewährten und mit gehörigem Selbstvertrauen in die Rolle des „Fabrikanten" hineinwuchsen.

Die Berliners wurden wohlhabend, aber es bleibt fraglich, inwieweit ihre geschäftlichen Erfolge mit entsprechender gesellschaftlicher Anerkennung für die Fabrikanten Jacob und Joseph Berliner, den Handelsschuldirektor Manfred Berliner und den Buchhändler und Revisor Moritz Berliner und ihre Familien einherging. Der anfängliche Widerstand, den Joseph Berliner bei seinen Bemü-

hungen um die Verleihung des Kommerzienratstitels zu spüren bekam, brachte erhebliche Vorbehalte ans Tageslicht.

Das fortgesetzte Engagement der Berliners innerhalb der jüdischen Gemeinde und ihrem vielfältigen Vereinsleben war bereits angedeutet worden. Als erster der Brüder trat Jacob hervor: Er wurde 1885 in die Leitung des Wohltätigkeitsvereins gewählt, in der er – dem Vorbild des Großvaters folgend – bis zu seinem Tode 1918 verblieb, seit 1900 verantwortlich für das Beerdigungswesen in der Gemeinde. Aber er war auch Vorstandsmitglied der Synagogengemeinde und war als einer der Synagogenvorsteher viele Jahre lang für den Gottesdienst mitverantwortlich. Auch Manfred, Moritz und Joseph wurden aktiv, aber es fällt auf, daß sie erst in fortgeschrittenem Alter – offenbar nach Festigung ihrer geschäftlichen Erfolge, teils schon als Rentiers – in den verschiedenen Institutionen Aufgaben übernahmen. Manfred Berliner betätigte sich vorwiegend im pädagogischen Bereich und war über Jahre hinweg an der Leitung der israelitischen Gartenbauschule Ahlem beteiligt; Moritz Berliner engagierte sich besonders für die jüdische Lehrerbildungsanstalt und war Vorstandsmitglied im Talmud-Thora-Verein; Joseph Berliner schließlich wurde in die Vorstände unterschiedlicher Vereine berufen, kam 1919 in den Vorstand der Synagogengemeinde und übernahm deren Leitung als Vorsitzender von 1921 bis zu seinem Tode 1938. Auch die Frauen der vier Brüder waren in Ehrenämtern tätig.

Im Übergang von der vierten zur fünften Generation der Familie Berliner in Hannover (die hier lebenden Geschwister hatten insgesamt 24 Kinder – Jacob 6, Manfred 5, Franziska Friedberg geb. Berliner 5, Moritz 4, Joseph 4 –, von denen 4 noch im Kindesalter starben), wird durch eine wesentlich höhere Mobilität dieser Nachkommen, die zumeist nur noch ihre Kindheit und Schulzeit in ihrer Geburtsstadt verbrachten, aber zum Studium an auswärtige Universitäten gingen, eine Tendenz zur Auflösung der engen Bindung der Familie an Hannover deutlich: alle zehn Berliner-Söhne verließen die Stadt, um sich nach ihrer Berufsausbildung (Ingenieurstudium: 4, Kaufleute: 4, Arzt: 1, Ökonom: 1) anderenorts niederzulassen, teils im Ausland, teils in Berlin, wohin auch einige ihrer Schwestern übersiedelten – darunter Manfreds Tochter Cora, die ein staats- und sozialwissenschaftliches Studium abgeschlossen hatte und zunächst für die jüdische Jugendbewegung sowie ab 1919 im Reichswirtschaftsministerium tätig war.

Auch der erste Weltkrieg hatte die Familien auseinandergerissen: alle Söhne bis auf den in England lebenden Martin, der für die Dauer des Krieges interniert wurde, kämpften als Soldaten im deutschen Militär, wobei der als Dozent in Tokio arbeitende Siegfried sich als Kriegsfreiwilliger in der damaligen deutschen Kolonie Tsingtau meldete. Jacobs Sohn Semmy und Josephs einziger Sohn Felix, ebenfalls Kriegsfreiwilliger, fielen beide 1915. Von Felix' Schwester Clara wird berichtet, sie habe 40 Soldaten durch jeweils mehrere wöchentliche Paketsendungen betreut. Somit gab die Familie Berliner ein Beispiel für den Patriotismus des deutschen Judentums in den Kriegsjahren.

Die inflationäre Geldentwertung der Nachkriegszeit zerstörte die beiden 1913 von Jacob Berliner ins Leben gerufenen karitativen Stiftungen, die „Jubiläumsstiftung" zugunsten langjähriger Angestellter der Telephonfabrik und die „Familienstiftung" zur Unterstützung von Angehörigen, aber auch für gemeinnützige Zwecke der Synagogengemeinde. Nach jüdischem Brauch hatte Jacob Berliner in diese Stiftung den zehnten Teil seines Vermögens eingebracht. Die Inflation vereitelte auch die Gründung einer von Moritz Berliner geplanten „Friedensstiftung" für arme jüdische Kinder. Die jüdische Gemeinde, deren Fürsorgeaktivitäten bis dahin wesentlich aus Stiftungen und Schenkungen finanziert wurden, war vor schwere Probleme gestellt, die erst durch eine von Joseph Berliner veranlaßte Reform der Gemeindesteuern gelöst wurden. Seine Initiativen als Vorsitzender der Synagogengemeinde galten der Anlage eines neuen Friedhofes in Bothfeld, dem Ausbau der Jugendarbeit durch Berufung eines Jugendrabbiners und Schaffung eines Jugendheimes im Haus der alten Synagoge an der Bergstraße, schließlich auch der Gründung einer jüdischen Volksschule. Joseph Berliner wollte die Einheitsgemeinde Hannover zusammenhalten; im Kampf mit der kleinen zionistischen Gruppe und der „Volkspartei", die schon in den zwanziger Jahren für das allgemeine Wahlrecht in der Synagogengemeinde auch für die in Hannover lebenden Ostjuden plädierte, erwies er sich jedoch als unnachgiebiger Vertreter des Mehrheitsflügels.

1933 lebten in Hannover von der großen Berliner-Familie noch Jacobs Witwe Sara und Moritz' Witwe Ella (beide starben 1940), Joseph, seine Frau Therese und Tochter Clara sowie einzelne Kinder und Kindeskinder – eine sechste Familiengeneration – der Friedbergs (Nachkommen von Franziska Berliner) und Goldmanns (Nachkommen von Rahel Berliner). Angesichts der nationalsozialistischen Politik gegenüber den Juden – mehrere Familienmitglieder, darunter Cora Berliner, seit 1930 Professorin für Wirtschaftswissenschaft in Berlin, wurden im Frühjahr 1933 mit Berufsverboten belegt und verloren ihre Stellungen – verließen immer mehr Angehörige der Familie Deutschland und gingen teilweise mit Unterstützung der Verwandten in den USA in die Emigration, teils nach Palästina, teils nach Amerika. Von den Hannoveranern gelang als letzten Paul und Blanka Goldmann Ende 1940 die Flucht.

Zurück blieben in Berlin Cora Berliner, die in der Reichsvertretung der deutschen Juden, der späteren „Reichsvereinigung" verantwortungsvolle Aufgaben, z. B. Auswanderungshilfe, übernommen hatte, und in Hannover, nach dem Tod beider Eltern (Therese 1934, Joseph 1938), Clara Berliner. Beide Cousinen wurden Opfer des nationalsozialistischen Massenmords an den Juden: Cora wurde im Juni 1942 mit anderen Leitern der Reichsvereinigung an einen unbekannten Ort verschleppt, Clara wurde am 16. März 1943 in das KZ Theresienstadt deportiert, wo sie neun Monate später umgekommen ist. Das Berlinersche Haus an der Brühlstraße, wo sie seit ihrer Geburt gelebt hatte, war seit 1939 zum Zufluchtsort für aus ihren Wohnungen vertriebene jüdische Familien geworden; Mitte 1941 waren hier über 40 Personen untergebracht. Bereits zu diesem Zeitpunkt wurden Gespräche zwischen NS-Gauleitung,

Finanzbehörden, Hochschule und Stadtverwaltung über die Enteignung des Hauses und seine spätere Verwendung geführt; die Räumung des Gebäudes und Deportation der Bewohner war offenbar schon beschlossen. Clara Berliner wurde zum Verkauf gezwungen; den größten Teil des Kaufpreises zog die staatliche Finanzverwaltung ein, während ihr der verbleibende Rest am Tag der Deportation abgepreßt wurde. Der kaltblütigen Zerstörung der materiellen Lebensgrundlagen folgte die physische Vernichtung. Die Geschichte der Berliners als einer hannoverschen jüdischen Familie war auf grausame Weise beendet. Die in der Emigration überlebenden Nachkommen der Familie kehrten nach 1945 nicht mehr nach Deutschland zurück; sie haben in Israel und in den USA eine neue Heimat gefunden.



„ES IST ALLES SO, WIE ES GEWESEN IST, UND NICHTS IST SO, WIE ES GEWESEN IST."
ERINNERUNGEN WERNER KRAFTS AN HANNOVER[1]

„In Braunschweig bin ich 1896 geboren, im Zentrum der Stadt, am Bohlweg, ich habe aber keine lebendige Erinnerung an diese Stadt, war später auch nur für Tage dort. Als ich fünf Jahre alt war, zogen meine Eltern nach Hannover. Da war ich zuhause, da wuchs ich auf, pflanzenhaft. Als ich 1951 wieder hinkam, in die zerstörte und eben halbwegs wieder aufgebaute Stadt, war mir alles fremd und vertraut zugleich. Ich orientiere mich schwer in der Welt, hier war ich traumsicher. Nichts war da und niemand, nur ich, wie ich fünfzig Jahre früher dagewesen bin, ein kleiner Junge. Ich stand auf dem jüdischen Friedhof an der Strangriede, wo meine Eltern begraben sind. Er ist eng und häßlich, von Häusern eingefaßt, aber durch Erinnerung geweiht. Die Grabsteine weg. Die meiner Großeltern standen." schrieb der Schriftsteller Werner Kraft in seinen 1973 erschienenen Erinnerungen „Spiegelung der Jugend".

Und mit den Worten: „Als ich jung war, waren die ersten Keime des Bösen gewiß schon gesät, aber das Gute, wenn auch in einem gewissen Sinne trostlos, wie Kafka sagt, konnte sich noch regen." charakterisierte er das „Medusenantlitz" der deutschen Gesellschaft in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts.

Über seine Jugend in Hannover wollte ich Werner Kraft befragen, auch über die hier verbrachten Jahre von 1925 bis zur Emigration 1933, als er Bibliothekar in der damaligen Provinzialbibliothek war. Eine Verabredung kam für den 16. Mai 1981 zustande. Ich fuhr nach Lüneburg, hatte mir Stichworte notiert: Schulzeit, Synagogengemeinde, Zionismus, Politik und Kultur in Hannover. Ich wollte in Werner Kraft den lokalen Zeitzeugen befragen, aber die Beschränkung des Gesprächs auf „Hannover" bedeutete eine Einengung für meinen Gesprächspartner.

Werner Kraft äußerte sich – wie bereits in seinem Buch „Spiegelung der Jugend" – bei aller Zuneigung zum Hannover seiner Jugendzeit auch im Gespräch distanziert und hielt nur einige wenige persönliche Erfahrungen für mitteilenswert. Die folgenden Auszüge aus einem längeren Gespräch mögen die in „Spiegelung der Jugend" enthaltenen Erinnerungen Werner Krafts an Hannover ergänzen.

Werner Kraft, im August 1982 in Flims/Schweiz.
Foto: Georg Heusch (Köln).

---

[1] Auszüge aus einem Gespräch mit Werner Kraft am 16.5.1981. Zuerst veröffentlicht in: Laurentius. Von Büchern und Bibliotheken, Sonderheft 1986: Werner Kraft. Selbstdenker, Hannover 1986, S. 18-36.

Frage: Welche Erinnerungen an Hannover sind für Sie besonders wichtig?

Antwort: Ich würde sagen, zunächst einmal der vollkommene Ablauf dessen, was man im menschlichen Leben als die Jugend bezeichnet. Das würde bis zum dreißigsten Lebensjahre gehen und da habe ich alle entscheidenden Einflüsse oder die meisten eben aufgenommen, auf natürliche Weise durch die Umwelt, in der ich aufgewachsen bin, also an Familie, an Freunden, an Beeinflussung durch die Schule und durch ältere Menschen, die klüger waren als ich, wie etwa Theodor Lessing. Ich hatte einen Jugendfreund, einen Vetter, Paul Kraft, der auch ein Dichter war, der in Magdeburg wohnte. Wir waren abwechselnd in den Ferien in Hannover oder in Magdeburg. Alles das was atmosphärisch zur Jugend gehört, wurde mir in Hannover geboten, gewissermaßen noch ohne Störungen von außen, soweit sie nicht eben in meiner eigenen Person lagen, die vielfach unsicher war und unwissend, die zu irgendetwas strebte, wovon man noch keinen Begriff hatte, unzulängliche Dinge schrieb oder dachte und ähnliches.

Der Wald spielte eine große Rolle, Herrenhausen, der Deister und das Theater vor allen Dingen, das war geradezu eine Leidenschaft, d.h. man ging in jede Klassikeraufführung. Wir waren nicht sehr wohlhabend, man nahm Galeriebillets und mußte stundenlang unten stehen und warten, bis die Türen geöffnet wurden, dann stürmte man hinauf, um den günstigsten Platz zu bekommen. Das waren die allergrößten Erlebnisse. Damals hatte das Theater noch eine, im Vergleich zu heute, so scheint es mir wenigstens, eine wirklich bildende Funktion. Es hatte ein festes Repertoire, man sah all diese Klassikeraufführungen in verhältnismäßig, glaube ich, von heute aus gesehen, sehr guten Aufführungen. Das Vorbild dieses Theaterstils war, so glaube ich, das Wiener Burgtheater.

Wo waren damals diese Aufführungen?

Im Hoftheater, im Opernhaus, da waren damals Oper und Schauspiel zugleich. Da war die Kaiserloge. Das war damals alles für die Phantasie ungeheuer ansprechend. Da gab es einen wunderschönen Theatervorhang, von einem Mann namens Ramberg gezeichnet, „Die sieben Musen", ein Kronleuchter, es war alles sozusagen festlich.

Es war also nicht nur Bildung, sondern auch eine bestimmte Stimmung?

Es war für die Anschauung. Ich habe in einem Buch darüber geschrieben, in „Zeit aus den Fugen", einem Prosastück, stelle ich den Einfluß des Theaters dar.

Dann kam neben dem Theater vor allem das Lesen – das Verschlingen von Literatur aller Art. Das Verschlingen von Jugendbüchern, von Literatur, von moderner Literatur, von schlechter Literatur, von halbguter und guter, alles durcheinander, die Maßstäbe waren noch völlig schwankend.

1914 kam dann schon der Krieg, und da wurde schon so manches anders. Mein Bruder meldete sich freiwillig, obwohl er Zionist war, und ich war es nicht, und ging dann sogar freiwillig nach dem damaligen Palästina und ist dort in der Nähe von Jerusalem gefallen, mit 22 Jahren, mein Freund Paul Kraft wurde auch Soldat und kam in Gefangenschaft und kam gesund zurück und wurde krank und

starb an Tuberkulose. Das waren schon beträchtliche Ereignisse, die das schöne Bild der Jugend sehr bald verdunkelten.

Mir ist aufgefallen, daß sie in Ihrem Buch ihren Bruder sehr warm schildern, sie haben von einer Art „betreuender Liebe" gesprochen. Könnten Sie noch etwas mehr über ihr Familienleben sagen?

Das Familienleben war ungeheuer herzlich. Mein Vater war ein einfacher Mann, von strahlender Lebenskraft, aber leider gebrochen durch schlechte Verhältnisse, durch wenig Glück in den Geschäften. Aber es herrschte ein froher Ton, und auch meine Großeltern mütterlicherseits verstärkten die familiäre Innigkeit. Die Familienfeste waren immer für alle, für die ganze Familie aus den verschiedenen Städten zentrale Ereignisse. Ich habe ja in meinem Buch erzählt, daß der Theodor Lessing immer wieder die Geschichte hören konnte, wie mein Großvater gestorben ist. Da war sein 80. Geburtstag, die ganze Familie war da, und er hat gesungen „Im schwarzen Walfisch zu Askalon" und war so von höchster Freude beseelt und am nächsten Tag brach er zusammen. Mein Vater starb 1916, den Tod meines Bruders hat er nicht mehr erlebt, das hätte er wahrscheinlich kaum überlebt.

Was hat ihr Vater für Geschäfte betrieben?

Er war Kaufmann, er hatte ein Tuchgeschäft, ein kleiner Kaufmann. Aber damals war es noch so, daß irgendwer in der Familie, in diesem Falle meine Großeltern, relativ wohlhabend waren und man gestützt war. Meine Mutter war die eigentlich in der Familie tätige Frau, auf der die ganze Last des täglichen Lebens lag. Sie war eine sehr tatkräftige und liebevolle Frau, die verhältnismäßig früh gestorben ist, etwas über 50, im Jahre 1922.

Wie haben sich Ihre Eltern, wie hat sich später ihre Mutter mit Ihren geistigen Interessen auseinandergesetzt?

Sie haben das nicht verstanden, aber es hat ihnen doch einen gewissen Eindruck gemacht. Es war nicht so, wie man es sonst so hört, daß da so furchtbare Kämpfe gewesen sind. Aber sie wollten, daß ich einen geldeinbringenden Beruf ergreife und nicht so etwas, wovon man nicht wußte, was daraus werden sollte. Als mein Vater gestorben war, hingen wir ganz von einem Onkel ab, einem Bruder meiner Mutter, der nun völlig Kaufmann war. Aber es war nicht so, daß das zu so schroffen Konflikten führte, es ging so halbwegs.

In der Zeit Ihrer Berufswahl war ja schon Krieg.

Ich war zuerst in einer Bank. Der Direktor dieser Bank war ein entfernter Verwandter von uns. Das war für ihn eine große Enttäuschung, aber das habe ich einfach nicht ausgehalten.

Sie schrieben, wenn Sie sich dort etwas angepaßt hätten, hätten Sie dort Karriere machen können?

Ja, da war ein Mitlehrling, von dem ich gehört habe, daß er später Direktor dort geworden ist.

Was war es eigentlich, was Ihnen dort in der Bank so völlig fremd war?

Ich bin kein Mensch des praktischen Lebens. Ich weiß sehr wohl, was ein Wechsel und was ein Scheck ist, aber so sehr viel Kenntnis von diesen Dingen habe ich heute noch nicht. Wenn über Geld gesprochen wird, dann stehe ich ziemlich schweigend da. Das war mir nie gegeben. Ich war einfach dumm, genauso wie ich dumm war beim Militär, wo man merkwürdigerweise großes Mitleid mit mir hatte und von selbst zugab, daß ich gewisse Dinge nicht leisten konnte.

In Ihrem Buch beschrieben Sie den Besuch zweier jüdischer Studenten auf der Flucht vor den Pogromen aus Rußland, die auf dem Weg nach Amerika waren. Angesichts dieser Begegnung wurde Ihnen erstmals deutlich, was das Jüdische bedeutet. Eigentlich beschreiben Sie dies in Bezug auf Ihre Familie sonst gar nicht.

Meine Familie war ganz assimiliert, das heißt: das Jüdische spielte eine Rolle an den hohen Feiertagen, aber sonst kaum, ich, ob mit Recht oder Unrecht, war so völlig im Bann des deutschen Geistes und habe das in beträchtlicher Weise ignoriert, obwohl mein eigener Bruder ein leidenschaftlicher Zionist war und ich von all diesen Dingen wußte. Es war nicht so, daß ich nicht davon wußte, aber es ging mir nicht unter die Haut. Ich habe das mitgenommen und habe mit Interesse darauf reagiert, aber es ging mir nicht ans Herz und als ich diese beiden jungen Leute da sah, da habe ich etwas davon gespürt von dem, was da wirklich geschehen ist.

Die zionistische Einstellung ihres Bruders, welcher Art war die?

Das war das Volkhafte, das Nicht-mehr-mitmachen mit der Assimilation, obwohl mein Bruder doch andererseits dann sich freiwillig zum Militär gemeldet hat, im Krieg. Das war eben damals noch möglich, man war zwar Zionist, war aber auch als Zionist noch so tief in dem deutschen Leben verwurzelt, daß man sich für diesen Krieg freiwillig melden konnte.

Er hat sich aber dann wiederum ja auch freiwillig für den Einsatz in Palästina gemeldet.

Das war sozusagen romantisch, denn der Ort war Palästina, wo er unter Umständen hätte leben wollen. Aber das Ganze war ja eine kriegerische Auseinandersetzung, wo er doch auf der falschen Seite stand. Er hätte doch auf der englischen Seite stehen müssen.

Eine Vermengung von nahezu Unvereinbarem!

Er war damals noch sehr jung. Es war nur für ganz einzelne Menschen möglich, diese Dinge zu durchschauen. Ich würde von mir nicht sagen, daß ich sie durchschaut habe. Es war eher eine Passivität, die vielleicht mit gewissen Funken von Besinnung verbunden war, aber keineswegs eine wirkliche Klarheit.

Woraus bestand die Arbeit der Zionisten in Hannover vor dem Krieg – soweit Sie dies als Außenstehender beurteilen können?

Vor allen Dingen in den Diskussionen über die Schriften von Herzl und seinem Gegenspieler Achad Ha'am (das war der russische Zionist, der nicht gegen die politische Lösung war, aber unbedingt für eine kulturelle Durchdringung Palästinas als Heimat, als Heimstätte der Juden), im stärksten Sinne waren das dann die Ideen von Buber, der ganz auf Achad Ha'am in diesem Punkte beruhte. Das waren leidenschaftliche Diskussionen, auch mit den assimilatorischen Juden, da wurde gekämpft.

War es schon so, daß die Zionisten die Sammelbüchse für den Nationalfonds bei sich stehen hatten?

Ja sicherlich. Bei uns zu Hause allerdings, weiß ich das nicht, ich glaube nicht. Einer der führenden Zionisten war damals Sammy Gronemann, der war der Sohn des Landrabbiners von Hannover. Ich glaube, er war Rechtsanwalt. Der mußte Hannover verlassen, er konnte nicht hierbleiben, so stark war der Widerstand der liberalen Juden deutscher Provenienz.

Die Zionisten blieben bis 1933 eine Minderheit. Es kamen dann einige hundert Ostjuden, aber erst zu Zeiten des 1. Weltkrieges.

Selbst die Zionisten sind erst sehr verspätet aufgebrochen, soweit sie in festen Stellungen waren, als Rechtsanwälte und Ärzte usw. Ich besinne mich, daß es da Leute gab, die sich verwunderten, daß wir schon 1933 Deutschland verließen.

War ihr Verhältnis zur jüdischen Gemeinde indifferent?

Indifferent war ich nicht, aber nicht aktiv, indifferent ist nicht ganz zutreffend, aber distanziert. Ich war in dieser Zeit – das ist gar nicht so angenehm – ein sehr ästhetischer Mensch, von ästhetischen Ideen so völlig beherrscht, daß ich für anderes kaum Sinn hatte, was gar nicht so besonders ruhmvoll ist. Aber so war es.

Ihr Vater ist zu den hohen Feiertagen zur Synagoge gegangen, aber Sie haben das nicht fortgesetzt?

Eine Zeitlang bin ich an den Feiertagen noch in die Synagoge gegangen, aber später in Israel nicht mehr.

Wie haben Sie die sozialen Unterschiede und die Konflikte zwischen den deutschen assimilierten Juden und den Ostjuden erfahren?

Das habe ich durch Beobachtung erfahren. Es war so, daß die armen Ostjuden, die nach Deutschland, nach Hannover kamen, von ihren wohlhabenden Glaubensgenossen sehr schief angesehen wurden. Ich kann aus eigener Beobachtung erzählen, daß ich einen Onkel hatte, der in Berlin Versicherungsagent war, der war ungeheuer fleißig und hatte es zu Wohlstand gebracht. Er kam ab und zu nach Hannover, zu uns. Man sprach so und nach einiger Zeit verschwand er, und man wußte, wo er war. Er hatte nämlich eine Schwester in Hannover, die

mit einem armen polnischen Juden verheiratet war und in der Osterstraße lebte. Die Osterstraße sah damals nicht so aus, wie sie heute aussieht. Das war wirklich nicht nur die Altstadt, sondern da wohnten eben zum großen Teil arme Leute. Da ging er dann hin und sprach und ließ zehn oder zwanzig Mark da und dann kam er wieder. Darüber wurde nicht gesprochen, das war irgendwie ein Makel und so war das wahrscheinlich vielfach.

Sie haben selbst zu diesen entfernten Verwandten keine Kontakte gehabt?

Doch, wir haben Kontakte gehabt, ich habe mich nicht so sehr für sie interessiert. Meine Mutter hat sie von Zeit zu Zeit besucht. Aber es war auch nicht so, daß sie regelmäßig zu uns kamen, das war Armengegend.

Wurde bei Ihnen über Politik gesprochen?

Ja, aber nicht sehr intensiv.

Sie schilderten die Auftritte des Monarchen in Hannover und man hat den Eindruck, sie seien von dem monarchistischen Gepränge fasziniert. Das ist aber wohl mehr der Kinderzeit zuzurechnen und trifft nicht auf den Heranwachsenden zu?

Das war allgemein so. Man schimpft auf den Kaiser, aber man hat so gewisse Sympathien. Meine Mutter kannte sämtliche Hohenzollern, wußte, wer mit wem verheiratet war. Das wußte man alles, das gehörte so zum täglichen Gespräch.

Können Sie zu Ihrer Zeit an der Leibnizschule noch etwas sagen?

Es war im Ganzen ein Schulsystem, das nicht sehr intelligent war, glaube ich. Pädagogisch war man sicher rückständig, aber es war so ein Schulsystem, das relativ menschlich war. Natürlich gab es eben, was ich auch geschildert habe, Antisemitismus. Aber wohl im Ganzen, von einzelnen Lehrern, die ich geschildert habe, abgesehen, war es nicht hervorstechend. Dabei habe ich sogar jetzt viel später von einem Mann aus London, ein ehemaliger Besucher der Leibnizschule, der mir geschrieben hat, erfahren, daß dieser Lehrer später Juden sehr geholfen hat. Ob das stimmt, weiß ich nicht. Aber man konnte leben.

Sie haben in Ihrem Buch Ihre Absetzung als Sprecher bei einer Schulfeier beschrieben.

Das hat mich wirklich sehr getroffen, denn ich war selbst damals noch sehr nationalistisch. Daß ich das alles mitmachte und daß ich mich dazu drängte, das ist ja auch nicht gerade erhebend, aber so war ich eben, was sollte ich machen.

Sie haben diese Szene sehr distanziert geschildert und die Interpretation offen gelassen.

Es war auch nicht entscheidend. Es gab einen anderen Fall, wo derselbe Lehrer gegen einen jüdischen Mitschüler eine antisemitische Äußerung getan hatte. Da hat sich dann der Vater, der ein bekannter Arzt in Hannover war, an den Direktor gewandt mit einer Beschwerde, so daß eines Tages der Direktor ins Klassen-

zimmer kam und den Lehrer herausbat. Nach fünf Minuten kam er wieder herein und bat den Schüler, den jüdischen Schüler, um Entschuldigung. Das ist ja ein Zeichen, daß es damals zwar den Antisemitismus gab, aber auch die Gegenkraft, daß man das nicht duldete.

Sie wohnten später in der Tiestestraße. Das war ein Beamtenblock.

Wir waren jetzt wieder da. Jetzt sind die einzelnen Häuser aufgeteilt, damals war alles einheitlich. Jetzt ist es kein Beamtenblock mehr. Die einzelnen Häuser sind abgetrennt, mit kleinen Höfen. Damals war dort ein großer Innenhof, der zu dem ganzen Block gehörte. Es wirkt auf mich jetzt sehr fremdartig.

Die Wohnung in der Tiestestraße bekamen Sie, weil Sie im Staatsdienst waren. Wissen Sie noch etwas über Ihre Mitbewohner?

Es wohnte dort ein Lehrer, der sich 1933 in eine Schule für unterentwickelte Kinder versetzen ließ, um nicht verantwortlich zu sein für die Hitler-Erziehung. Dann wohnte da ein höherer Regierungsbeamter, der hieß Rusank. Die Leute waren alle, auch 1933, alle reizend, ganz besonders nett, aufrichtig traurig, daß wir gingen, gehen mußten. Die Familie Rusank hat unsere Bücher, die waren in Kisten verpackt auf ihrem Boden, aufbewahrt. Später hat sie jemand nach Jerusalem mitgebracht.

Es war doch sehr selten, daß Juden in der Südstadt wohnten?

Meiner Erinnerung nach wohnten da früher nie Juden, die wohnten in der Bödekerstraße, zumindest die Bessergestellten. Wir wohnten in der Fundstraße. Hannover war damals eine typische Provinzstadt. Sie wissen, daß Stefan George in seinem Gedicht „Der Krieg" sagt, „die Fahlste unserer Städte ...", aber das stimmt nun nicht. Das stimmt in einem gewissen Grad, was das öffentliche Leben anbelangt, aber das hatte er gerade nicht gemeint, er hat wahrscheinlich „fahl" im Gegensatz zu süddeutschen Städten, mit stark romantischen Erinnerungen gemeint: im Vergleich mit diesen Städten war es weniger fahl, fahl war es im öffentlichen Leben. Es gab die Altstadt, die heute so als zurecht gemacht ist, damals war es eine echte Altstadt, die war immerhin nicht fahl.

Das öffentliche Klima war doch wohl weniger liberal, steif oder konservativ, wenig tolerant?

Ja, das würde ich bestätigen. Ich glaube, ich habe das auch erzählt, wie ich einmal nach den Ferien, da mußte man das Zeugnis unterschrieben von den Eltern abgeben, und ich hatte es vergessen – da mußte ich nach Hause zurückgehen und es holen. Ich holte es, in eine Zeitung eingehüllt und legte es auf den Tisch. Da sagte der Direktor so ganz leise, ironisch: „Volksstimme?" Er meinte die sozialdemokratische Zeitung, er hat vermutet, daß wir vielleicht die sozialdemokratische Zeitung lesen, was völliger Unsinn war, man las keine sozialdemokratische Zeitung. Das Zeugnis war gar nicht in den „Volkswillen" eingewickelt. Kein Mensch las damals die sozialdemokratische Zeitung, höchstens Arbeiter und Intellektuelle.

Was sind ihre Erinnerungen an die Kulturszene in Hannover?

Das war so, daß ich einerseits zu jung war, um all diese Bewegungen mitzumachen. Da war der berühmte Schwitters und ähnliche. Dazu war ich zu jung und auch zu hochmütig. Ich war so in meine Sache verschlossen und habe überall, was mir nicht genehm war, mit Verachtung betrachtet. Ich war gar nicht so vorbildlich in meinen Reaktionen. So sieht das eben in einem jungen Menschen aus, der etwas ist oder zu sein glaubt, und dann eben nach allen Seiten geringschätzig schaut. So habe ich eben vieles nicht gesehen. Zum Beispiel spielte eine Rolle der Dichter Albrecht Schaeffer, der heute ganz vergessen ist. Das war ein Hannoveraner. Er war eine Zeitlang mit Ludwig Strauß befreundet und wurde vom Insel Verlag sehr protegiert. Er war eine Zeitlang sehr berühmt und kam nach 1945 sogar nach Deutschland zurück. Er war in Amerika gewesen. Er war zwar ein „reiner Deutscher", aber er hatte eine jüdische Frau. Er kam also zurück und wurde sehr gefeiert. Aber er starb dann plötzlich, und die Folge war, daß er völlig und radikal vergessen wurde.

Dann war da Theodor Lessing. Da erfuhr ich manches. Der war ja in lebhafter Opposition zu allem, was es nur gab. Aber er war andererseits auch ganz kaltgestellt.

Da gab es diese Buchhandlung Schmorl & von Seefeld, die gab es schon damals und Sachse & Heinzelmann, dann gab es eine Buchhandlung am Steintor, Ludwig Ey. Das war meine Buchhandlung, wo ich Bücher kaufte und wo ich auch Theodor Lessing kennengelernt habe.

Sie waren dort jeden zweiten Tag, um zu sehen, was es Neues gab und wer da Neues war?

Heute ist das ja gar nicht mehr so. Es gibt vielleicht noch irgendwo solche Buchhandlungen, aber die meisten Buchhandlungen, in die man heute geht, da möchte man nach fünf Minuten wieder rausgehen. Das ist doch völlig uninteressant. Natürlich gibt es da noch interessante Bücher, aber die Art, wie die dargeboten werden – es ist amerikanisiert.

Damals gab es da noch einen gewissen Steegemann, der gab eine Reihe heraus, „Die Silbergäule", die in einer geistigen Verwandtschaft stand mit Schwitters, extrem moderne Literatur. „Die Silbergäule" stammen übrigens von Theodor Däubler.

Gab es so etwas wie eine Boheme?

Ja, es gab eine, aber ich hatte wenig Zugang zu ihr. Ich war eben einfach noch zu jung und auch zu sehr in mich verschlossen, und ich war auch, wie man so sagt, zu gut erzogen. Ich habe für diese Boheme keinen Sinn gehabt.

Sie sind bis zu Ihrer Promotion 1925 nicht in Hannover gewesen, wie bekamen Sie Ihre Stelle ausgerechnet in Hannover?

Das war gar nicht selbstverständlich, das war gegen alle Wahrscheinlichkeit. Da war einerseits ein Vetter von mir, Walter Buchholz, der jetzt im höchsten Alter gestorben ist. Er stammte aus einer bekannten jüdischen Familie in Hannover, sein Vater hatte in der Osterstraße ein bekanntes Geschäft für Fleischerbedarfsartikel. Das waren sehr wohlhabende Leute, er hat sich sehr für mich eingesetzt. Dann gab es einen erklärten Demokraten, ein sehr einflußreicher Mann, der sich sehr für mich einsetzte, so daß ich die Stelle bekommen habe. Dieser Mann hat 1933 Selbstmord begangen.

Ob jüdisches Blut in ihm war, oder ob er es aus seiner demokratischen Gesinnung heraus tat, das kann ich nicht sagen.

War es Ihr Bestreben , in Hannover eine Stelle zu finden?

Nein, mein Bestreben war, eine Stelle zu finden.

Sie waren ja auch in Frankfurt.

In Frankfurt war ich nur, um mein Examen zu machen.

Sie kannten Berlin, nun wurden Sie wieder in die Provinz verschlagen.

So schwer es auch alles 1933 war, war auch trotz allem etwas Positives darin, für mich selbst, denn es war eben in Hannover diese Existenz. Das war eben Provinz, das war zwar zwangsweise und unter sehr schweren Bedingungen, aber dieses Herausgeworfen-Werden in die Welt, war auch in einem gewissen Grad positiv, sehr vorsichtig ausgedrückt, so schwer es war.

Was mußten Sie in der Bibliothek als Bibliotheksrat tun?

Katalogarbeiten. Es war nicht sehr aufregend, was ich tun mußte.

Hatten Sie Raum für Ihre geistigen Interessen?

Es ging, es war in mancher Beziehung bedrückend. Man fühlte sich leider auch unfrei, es waren ja doch schon die Vorboten des Kommenden da, man war doch, trotz aller Höflichkeit, isoliert.

Haben Sie an den politischen Ereignissen 1930 bis 1933 Anteil genommen?

Ich habe mich immer leidenschaftlich für Politik interessiert. Ich weiß das jetzt nicht mehr im Einzelnen, aber ich habe mich wahrscheinlich viel zuviel für Politik interessiert.

Wie war das 1933, als Hitler Reichskanzler wurde?

Es gab in der Bibliothek einen Direktor, Dr. May, der ist später zurückgetreten und sein Nachfolger war Dr. Meyer, mit dem ich anfangs sehr gut stand. Wir haben uns auch sehr oft über Politik unterhalten, und ich habe unverblümt meine Meinung gesagt, und er hat sie angehört. Dann hat er mir von einem Tag auf den anderen die kalte Schulter gezeigt, so daß wir überhaupt nicht mehr miteinander gesprochen haben und ich mich dann auch nicht von ihm verabschiedet habe. Ich ging also zum Direktor, der wohl kein Nazi von Geburt war, aber so ein stiller

und wahrscheinlich feiger Mann, dem das alles furchtbar unangenehm war – zwei Juden, da war noch eine Dame, in dieser kleinen Bibliothek – und sagte, da ist ja jetzt sowieso bald das Gesetz zur Reinigung des Berufsbeamtentums zu erwarten, ob es nicht am besten wäre, wenn ich auf Urlaub ginge. Da war er hoch einverstanden und am nächsten Tag hatte ich die Genehmigung, ging auf Urlaub und bezog, was für mich sehr wichtig war, was ich aber damals nicht wußte, bis zum Ende des Jahres mein volles Gehalt. Dann kam eines Tages die Entlassungsurkunde.

Ohne daß Sie weiteren Kontakt zur Behörde hatten?

Das war aus. Ich fuhr nach Schweden, nach Stockholm.

Sie haben von sich aus der Bibliothek gesagt, ich mache jetzt einen Schritt?

... weil es gar keinen Sinn mehr hatte. Wir waren völlig entschlossen, so schnell wie möglich wegzugehen.

Gab es da noch bestimmte unmittelbare Erfahrungen, die Sie gemacht haben, als z. B. Parolen an Scheiben geschrieben wurden?

Wenn Sie wollen, gab es das auch. Unser Sohn war damals zehn Jahre alt und sollte auf das Ratsgymnasium kommen. Zuvor war doch der spätere Kultusminister Rust mit Schimpf und Schande weggejagt worden. Der kam im Triumph zurück und hat eine große Rede gehalten und hat gesagt – ich hatte damals noch so vage Ideen vom humanistischen Gymnasium und solchen Dingen: „Uns interessiert nicht die griechische Grammatik, sondern der Geist von Salamis". Da wußte ich Bescheid. Das war ein Anstoß. Unseren Jungen haben wir dann gleich, was damals ein großes Wagnis war, nach Palästina geschickt. Wir hatten eine Schwägerin in Tel-Aviv, die ist schon viel früher als Zionistin nach Palästina gegangen und hat in Tel-Aviv eine Schule gegründet. Das war Anfang 1933. Wir sind dann mit unserem kleinen Mädchen gefahren, ich nach Stockholm und meine Frau nach Paris. Wir haben uns dann später in Paris getroffen.

Als ich von Stockholm aus an den Direktor May schrieb und um ein Zeugnis bat, da hat er mir ein ganz nichtssagendes Zeugnis geschrieben, mit dem überhaupt nichts anzufangen gewesen wäre. Ich hatte damals noch so vage Ideen im Kopf, daß ich vielleicht in London oder irgendwo eine Stelle als Bibliothekar finden könnte. Es war natürlich Blödsinn – als ob man auf ein Zeugnis von einer nationalsozialistischen Stelle überhaupt Wert gelegt hätte. Ich habe dann überhaupt nicht mehr daran gedacht, aber auch nach 1945 die Bibliothek nicht mehr besucht.

Aber in den sechziger Jahren bekam ich von diesem Mann einen Brief, in dem stand: „... bei Durchsicht meiner Papiere sehe ich, daß ich Ihnen damals einen Brief geschrieben habe, der nicht richtig war, und ich möchte Ihnen sagen, daß ich das aufrichtig bedauere." Daraufhin habe ich geschrieben: „Ihr Bekenntnis ehrt Sie, und ich nehme das an." Aber sonst habe ich nichts weiter geschrieben und keine Beziehungen unterhalten. Aber immerhin war es doch bemerkenswert, daß er nach so langer Zeit schreibt, das ist doch relativ selten.

Wir haben anfangs über die zionistische Einstellung Ihres Bruders gesprochen, und Sie sagten: „Ich stand daneben." Von Paris aus gingen Sie nun nach Palästina. Hatte sich Ihre Haltung geändert?

Im Grunde war es auch jetzt so, aber jetzt war es eben doch anders. Ich glaube, es war auch letztlich richtig, nach Palästina zu gehen, denn jetzt war es so, daß Palästina eben der Ort war, wohin man gehörte.

Als Fluchtpunkt?

Ja. Das war auch schon meines Jungen wegen. Man konnte den Jungen nicht in Palästina leben lassen und wir irgendwo außerhalb, das ging alles gar nicht.

War das noch 1933?

Wir sind 1934 angekommen. Wir waren ein ganzes Jahr lang in Paris.

Ihre Entscheidung, von Hannover wegzugehen, trafen Ihre Frau und Sie für sich, nicht in Gesprächen mit anderen?

Im Gegenteil, die wohlhabenden Juden haben die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen, wie man sowas machen kann. Die haben dann Schreckliches erlebt, die waren verblendet. Es war da sogar eine Dame, ich erinnere mich, die in Jerusalem ihre Verwandten besucht hatte, die haben wir zufällig an einem Abend kennengelernt. Die ist dann nach Deutschland zurückgegangen und ist umgekommen.

Welche Eindrücke hatten Sie bei Ihrer Ankunft?

Das war natürlich zuerst sehr schwer. Ich war ja in Israel, in Palästina, in Jerusalem, immer ein Außenseiter. Das war ich von Anfang an eben. Und das wurde dadurch verstärkt. Es ging uns ja zuerst sehr schlecht, ich fand eine Anstellung in einer französischen Bibliothek „Centre de Culture Francaise" und sprach nun den ganzen Tag französisch. Da blieb für das Hebräischlernen nicht mehr sehr viel Zeit übrig.

War die Anstellung der Grund dafür, daß Sie nach Jerusalem gingen?

Nein, in Jerusalem ist ein geistigeres Klima als in Tel-Aviv. Für Leute wie mich war das trotz aller Differenzen der Sprache doch ein gemäßeres Klima.

Tel-Aviv gab es ja kaum, dort herrschte eine hektische Aufbaustimmung.

Das gab es schon, die Stadt war schon da, in Tel-Aviv gab es ein beträchtliches geistiges Leben. Da waren Kreise, die intensive philosophische und literarische Diskussionen führten, das ist auch neuerdings wieder dokumentiert worden. Es gab dort einen Mann namens Paul Engelmann, der war von Beruf Innenarchitekt, aber seine geistigen Interessen lagen ganz anders, er war ein Schüler von Adolf Loos gewesen, stand Karl Kraus nah und war ein Jugendfreund von Wittgenstein. Der hat da ein höchst intensives geistiges Leben in einem privaten Kreis geführt. Das waren die interessantesten Diskussionsabende.

Wie lange haben Sie die Tätigkeit an der französischen Bibliothek ausgeübt?

Die habe ich bis Anfang der vierziger Jahre ausgeübt. Dann hatte ich dort einen großen Krach, aber das ist uninteressant.

Und dann wurden Sie freier Schriftsteller?

Nein, so war das noch nicht. Dann bin ich eine ganze Zeitlang, das war noch im Krieg, bei einem englischen Paymaster in einer Bürotätigkeit und später Bibliothekar in einem archäologischen Institut gewesen. Ganz frei war ich erst seit 1956.

Ihre Pension bis 1939 hat Sie erreicht?

Die hat mich zwar erreicht, sie war aber wesentlich reduziert, weil damals ein Abkommen mit der deutschen Regierung bestand, daß man dort Sachen kaufte. Da wurde dafür ein Teil der Pension einbehalten. Sehr viel war es nicht, aber es war immerhin genug in meiner Lage.

Sie sprachen eben davon, daß Sie in einer Außenseiterposition gewesen sind und vielleicht noch sind, und ich möchte Sie bitten, in dem Zusammenhang etwas zu dem Begriff „Heimat" und „Heimatgefühl" zu sagen. War Hannover Ihre Heimat bis 1933?

Ja, sicherlich. Aber ich würde sagen, als ich jetzt in Hannover war und auch das erste Mal, 1951, glaube ich, das ist sehr schwierig: Es ist alles so, wie es gewesen ist und nichts ist so, wie es gewesen ist. Von einer Heimat kann ich heute in dem exakten Sinne gar nicht mehr sprechen, es ist eine völlig verwandelte Welt. Obwohl die Straßen noch alle so stehen, aber das sieht ja alles völlig anders aus. Dadurch wird es schwer, ein Heimatgefühl zu realisieren.

Und Israel?

In Israel fühle ich mich, wenn Sie wollen, zu Hause, trotz aller Bedenken, die es da in Hülle und Fülle gibt, aber da fühle ich mich zu Hause.

TURNBRUDER UND CHAWER – ZUR GESCHICHTE DER JÜDISCHEN SPORTBEWEGUNG IN HANNOVER [1]

> Aus den Statuten der Jüdischen Turnerschaft Hannover, 1904:
>
> „Der Zweck der Turnerschaft ist, durch regelmäßige Turnübungen im Kreise ihrer Mitglieder die allseitige Ausbildung des Körpers zu erstreben, sowie die Ausbreitung des Turnens unter der jüdischen Jugend zu fördern, dadurch geistige und sittliche Bildung zu heben und vaterländischen Sinn zu pflegen."

Sollen Juden Sport in einem eigenen Verein, einem Verein nur mit jüdischen Mitgliedern betreiben? Diese Frage entzweite 1904 die hannoversche Synagogengemeinde, nachdem im März eine Handvoll Aktivisten die „Jüdische Turnerschaft Hannover" gegründet und sogleich – im Saal der Gastwirtschaft Königsworth an der Brühlstraße – einen regelmäßigen Turnbetrieb aufgezogen hatten.

Der Mehrzahl der hannoverschen Juden mußte das Vorhaben unsinnig, ja sogar schädlich erscheinen. Nach dem Ende jahrhundertelanger Diskriminierung fühlten sie sich als „deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens" und waren stolz darauf, endlich gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. „Wenn die jüdische Jugend turnerischen Bestrebungen huldigen wolle", hieß es, sei dies zwar „sehr lobenswert", aber man solle es innerhalb der bestehenden hannoverschen Turnvereine tun und dürfe sich keinesfalls absondern. Die Synagogengemeinde sprach der Jüdischen Turnerschaft förmlich ihre Mißbilligung aus, und in einer Sitzung der Repräsentanten fielen erregte Worte: Eine „Kühnheit, Dreistigkeit, Unerhörtheit" sei der Name des neuen Vereins, ein „Skandal" sein Aufnahmeparagraph („Mitglied kann jeder unbescholtene Jude werden."); kurz: an einer Jüdischen Turnerschaft Hannover habe man keinen Bedarf.

Das freilich sahen die selbstbewußten Vereinsgründer ganz anders, und der Zustrom von Mitgliedern – nach wenigen Wochen wurden bereits 46 Aktive und 14 Förderer gezählt – schien ihnen recht zu geben. Große Begeisterung hatte die erste Turnfahrt des Vereins hervorgerufen; man war zum Burgberg bei Gehrden gezogen und hatte „Spiele wie Schleuderball, Wettlaufen, Dritten abschlagen" veranstaltet. Nachhaltige Unterstützung fanden die Hannoveraner bei der entstehenden jüdischen Turnbewegung in den deutschsprachigen Ländern, die durch körperliche Ausbildung und geistige Erziehung zugleich ihr Idealbild des aufrechten und stolzen jungen Juden verwirklichen und dadurch dem damals

---

[1] 1991 veröffentlicht in: Nds. Institut für Sportgeschichte, Hoya e.V. (Hrsg.), Sport in Hannover von der Stadtgründung bis heute, Hoya 1991, S. 153-158.
Einige wenige archivalische Quellen fanden sich im Stadtarchiv Hannover (Bestand Hauptregistratur, Akten über Spiel und Sport). Sportberichte und Vereinsinterna hat das „Nachrichtenblatt" der Synagogengemeinde Hannover veröffentlicht. Lokale Korrespondenzen enthielten auch die Zeitschriften der beiden jüdischen Sportverbände, „Die Kraft", Sportbeilage des „Schild", Organ des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten und die „Jüdische Turnzeitung", später „Der Makkabi", Organ des deutschen Kreises im Makkabi-Weltverband.
Viele frühere jüdische Hannoveraner, die vor ihrer Emigration aktive Mitglieder des VTH oder des BK waren, haben diese Arbeit durch mündliche und schriftliche Erinnerungsberichte unterstützt, dafür möchte ich mich an dieser Stelle bedanken.

geläufigen antisemitischen Schmähwort vom „Judenjungen" entgegentreten wollte. Zwar schrieb die „Jüdische Turnzeitung": „Auf dem Turnsaal treiben wir keine Politik!"; gleichwohl war das Motiv der jüdischen Turner keineswegs unpolitisch: Wir turnen „als Angehörige eines Volkes, welche nicht um die Gunst der Aufnahme in anderen Vereinen betteln wollen, da wir es für anständiger halten, als vollwertige Mitglieder in jüdischen Turnvereinen unseren Körper zu stählen."

Konnten sich die Juden im Hannover der Jahrhundertwende als „vollwertige Mitglieder" im organisierten Sport fühlen? Da gab es – seit 1895 – den „Deutschen Turnverein", der Turnen „auf rein völkischer Grundlage" betrieb und offen antijüdisch war. Andere Vereine, wie der „Hannoversche Ruder-Club von 1880", lehnten eine Aufnahme von Juden ab. Der „Hannoversche Tennisverein" bekundete, er sei „traditionell antisemitisch eingestellt". Andererseits hatte 1893 der „Turn-Klubb zu Hannover" die innerhalb des Vereins auftretende völkische Agitation zurückgewiesen und sich durch Ausschluß der Wortführer gegen den Antisemitismus bekannt. Dennoch – viele jüdische Turner wollten nicht länger auf anhaltende Duldung liberal orientierter Vereine setzen.

Der konfliktreiche Auftakt der „Jüdischen Turnerschaft Hannover" wirkte noch lange nach. Über den Streit mit dem Gemeindevorstand verließ einige Aktive der Mut; sie schieden aus und bildeten vorübergehend einen zweiten jüdischen Turnverein, allerdings unter neutralem Namen, die „Turnvereinigung 1904". Beide Gruppen schlossen sich im Sommer 1908 aber wieder zusammen; sie firmierten seitdem als „Vereinigte Turnerschaften". Nach dem Kompromiß in der Namensfrage setzte sich das organisierte jüdische Turnen langsam durch, und der Aufbau des Vereins kam voran: Die Zahl der Aktiven wuchs, eine „Damenabteilung" entstand, Diskussionsabende und Geselligkeiten stärkten den Zusammenhalt. Endlich gelang es auch, für die Übungsabende eine Turnhalle anzumieten. Der 1914 beginnende Krieg beendete die Aufbauarbeit; aus Turnern wurden Soldaten, und der Vereinsbetrieb kam zum Stillstand.

Nach den Kriegshungerjahren stand auch für die Angehörigen der jüdischen Gemeinschaft noch lange Zeit die Bewältigung alltäglicher wirtschaftlicher und sozialer Probleme im Vordergrund. Erheblich gestiegene Wohlfahrtsausgaben belasteten die Synagogengemeinde; nach außen mußte man sich mit einer seit Kriegsende bedrohlich radikalisierten Agitation der Antisemiten auseinandersetzen, in den eigenen Reihen warb – zum Ärger der Mehrheit – die kleine zionistische Gruppe verstärkt für den Aufbau einer jüdischen Heimstätte in Palästina. Die Zuwanderung von Flüchtlingen aus Osteuropa, streng religiös, zumeist mittellos, verschärfte die kulturellen und sozialen Gegensätze im hannoverschen Judentum.

Unter diesen Umständen war der sportliche Neubeginn äußerst schwierig. Die innerjüdischen Kontroversen schieden die Geister; die organisatorische Einheit des jüdischen Sports zerbrach erneut und endgültig: Neben die Vereinigten Turnerschaften (VTH) trat Ende 1919 der „Jüdische Turn- und Sportverein Bar



Erfolgreiche Laufstaffeln des jüdischen Sportvereins „HaKoah" (1926).
Die beiden konkurrierenden jüdischen Sportvereine, die „Vereinigten Turnerschaften" (VTH) und der „Bar Kochba", fusionierten Mitte der zwanziger Jahre unter dem neuen Vereinsnamen „HaKoah" (hebr.: die Kraft), aber der Zusammenschluß hatte nur kurze Zeit Bestand. VTH, Bar Kochba und HaKoah waren Mitglied im Norddeutschen Fußballverband und beteiligten sich an hannoverschen Sportfesten und Wettkämpfen.

Kochba Hannover" (BK). Fortan repräsentierten VTH und BK die beiden großen Lager innerhalb der jüdischen Bevölkerung: Der VTH verstand sich als politisch neutral, proklamierte freilich: „Leibesübung ist Dienst am Vaterland", womit Deutschland gemeint war, hier hatten Sportbegeisterte aus dem gutsituierten, alteingesessenen jüdischen Bürgertum ihre Heimat; der JTSV Bar Kochba, benannt nach einem jüdischen Freiheitskämpfer, der Heldengestalt des letzten Aufstands gegen Rom in den Jahren 132-135, schloß sich der zionistischen Sportbewegung an, dem „Makkabi-Weltverband", in ihm fanden sich vorwiegend Jugendliche aus den ostjüdischen Familien zusammen.

Im VTH blieben die meisten Turner der Vorkriegszeit; die Gründer des Vereins führten ihn auch in den zwanziger und dreißiger Jahren: der als Münzsachverständiger und -händler in Hannover etablierte Henry Seligmann (Jahrgang 1880), Vorsitzender bis zu seinem Tod 1933, sein Stellvertreter und Nachfolger Adolf Cohn (Jg. 1878), ein Rohproduktenkaufmann, Hermann Heine (Jg. 1878), Inhaber einer Leimfabrikation, im VTH Turnwart. Ihnen zur Seite

standen – neben anderen – die junge Trude Spiegel (Jg. 1902), VTH-Kassiererin und Leiterin des Jugendausschusses, und Erwin Mosbach (Jg. 1905), Handelsvertreter, langjähriger Turnwart des Vereins.

Den Vorstand des BK bildeten anfangs junge Leute aus dem zionistischen Wanderbund „Blau-Weiß", wie der Ingenieurstudent Alfred Berliner (Jg. 1893) und Martha Frensdorf (Jg. 1898). Viele Jahre lang war der Kaufmann Willy Hermann Vorsitzender des BK; er war 1898 in einem kleinen Ort in der Bukowina geboren und lebte seit dem fünften Lebensjahr in Hannover. 1916-1918 mußte er – als Hannoveraner mit ungarischer Staatsangehörigkeit – im österreichischen Militär dienen, kehrte dann in seine Heimatstadt zurück. Hermann, im Verein stets nur „Papa Willy" gerufen, war die Integrationsfigur des BK. Ihm folgte nach 1932 Willy Londner (Jg. 1900), Schriftsetzer in der väterlichen Druckerei; seine Eltern waren vor der Jahrhundertwende aus Russisch-Polen nach Hannover gekommen.

VTH und BK boten ihren Mitgliedern ein breites Programm: neben dem traditionellen Turnen vor allem Leichtathletik und Mannschaftsspiele wie Fußball, Faustball und Handball. Beide Vereine waren Mitglied im Norddeutschen Fußballverband und konnten sich an dessen Meisterschaftswettbewerben beteiligen. Aus dem Jahr 1923 sind Ankündigungen von Punktspielen des VTH im Handball gegen „VfV Hainholz", den „HSC" und „Sportklub Linden" überliefert; im gleichen Jahr gewannen die Fußballer 9 Spiele in Folge bei einem Torverhältnis von 52:11. Dennoch scheint im VTH das traditionelle Turnen für alle Altersgruppen im Vordergrund gestanden zu haben. „Kommt zum Turnen!" lautete der ständig wiederholte Aufruf an Jung und Alt, die Übungsabende des VTH in der städtischen Turnhalle Maschstraße, später in verschiedenen Schulturnhallen zu besuchen. Für Leichtathletik und Ballspiele durfte der VTH seit 1928 den Sportplatz der Freien Turnerschaft an der Brehmstraße mitnutzen. Am vielbeachteten Staffellauf Hildesheim-Hannover sowie bei den Eilenriedestaffeln beteiligte sich der VTH zwar ohne Aussichten auf einen Sieg, aber man wollte dabeisein, Flagge zeigen. Ob den Zuschauern an der Strecke wohl klar war, daß die Läufer in der schwarz-weißen Turnkleidung mit den Vereinsinitialen einen jüdischen Klub vertraten?

Dies war bei den ebenfalls antretenden Läufern des BK, deren Trikot unübersehbar mit dem Davidstern geschmückt war, unzweifelhaft. Mit wem sie es zu tun hatten, verstanden die Spielgegner des BK, wenn dessen Mannschaften im Herbst, zur Zeit der höchsten jüdischen Feiertage, regelmäßig eine mehrwöchige Pause einlegten, um den Spielern Gewissenskonflikte zwischen Sport und religiöser Bindung zu ersparen. Geturnt wurde auch im BK, aber es hat den Anschein, als seien die Mannschaftssportarten mit größerer Leidenschaft betrieben worden, in erster Linie das Fußballspiel. Mit Stolz wurde der Meistertitel in der Jugendklasse 1924 vermerkt, mit Begeisterung die Herbstmeisterschaft der Herren 1930, mit Enttäuschung der um einen Punkt verpaßte Aufstieg in die Kreisklasse 1932. Seit 1924 verfügte der BK über einen eigenen Platz in der Vahrenwalder Heide, aber nicht nur dort wurde Sport getrieben; die

Tennis- und die Ping-Pong-Spieler des BK – wie die des VTH – waren auf angemietete Privatplätze und -räumlichkeiten angewiesen.

Drei besondere sportliche Ereignisse in den zwanziger Jahren gingen auf Initiativen des BK zurück: das erste „Jüdische Sportfest" Hannovers im November 1920 mit Teilnehmern aus Hildesheim und Kassel, das Sportfest des deutschen Makkabi-Verbands 1924 im neuen Stadion und – am 11. Juni 1928 – ein in der Öffentlichkeit stark beachteter „Nationaler Box-Kampfabend", bei dem die besten jüdischen Boxer aus Hannover und Berlin gegen die deutschen Titelträger antraten. Der Bar Kochba bewies Sinn fürs Spektakuläre, als er 1924 den frischgebackenen jüdischen Olympiasieger über 3000 m, Elie Katz, nach Hannover holte und für einige Monate als Mitglied gewinnen konnte. Innerhalb der Makkabi-Bewegung, vor allem im norddeutschen Bezirk, hatte der BK neben seiner Einbindung in den hannoverschen Sport ein zweites eigenständiges „Spielfeld", wo nur jüdische Sportler zusammentrafen. Dies fehlte dem VTH.

In welch großem Ausmaß, mit welchem Engagement der Bar Kochba neben seinen sportlichen Aktivitäten erzieherische und politische Zwecke verfolgte, kann hier nur angedeutet werden. Wo der VTH Turnen und Sport an sich als Erziehungsmittel propagierte, verband der BK körperliche Ausbildung mit zionistischer Arbeit, veranstaltete Vorträge, Lektüreseminare, „Heimabende" und Hebräischkurse, richtete eine Bibliothek für die Mitglieder ein, sammelte für den Aufbau jüdischer Siedlungen in „Erez Israel" und organisierte einen Chor nebst Kapelle. Tatsächlich nahm der BK nach 1928 immer mehr einen Doppelcharakter an: als Sportverein und zionistischer Jugendbund zugleich. Aus dem „Turnbruder" wurde der „Chawer" (hebr.: Kamerad), und während der VTH zur öffentlichen Vorführung einer „Turnstunde im VTH" einlud, mobilisierte der BK zur „Makkabäerfeier". Sehr viele Kontakte zwischen VTH und BK oder gar gemeinsame sportliche Wettkämpfe gab es bis 1932 nicht zwischen beiden jüdischen Sportvereinen – zu groß war die politische und soziale Distanz.

Der Beginn der Nazi-Herrschaft 1933 bedeutete die Übernahme des Antisemitismus als Regierungsprogramm; von einem Tag auf den anderen war die politische, rechtliche und wirtschaftliche Existenz der Juden in Deutschland höchst unsicher geworden. In dieser Lage waren die Juden mehr denn je gezwungen, ungeachtet aller sozialen Unterschiede und inneren Gegensätze zusammenzurücken und – angesichts einsetzender Ausgrenzung, Isolierung und Verfolgung – zur Selbsthilfe zu finden. Dabei kamen auf den jüdischen Sport völlig neue Aufgaben zu: Aufnahme einzelner Sportler, die unter dem Diktat des Arierparagraphen aus den gleichgeschalteten Sportvereinen hinausgeworfen wurden, Ermöglichung gemeinsamen Spiels, Trainings und Wettkampfes in einer geschützten Atmosphäre, Ermutigung der Jungen wie Älteren. Statt Konkurrenz war Kooperation notwendig.

In Hannover hatten drei Schläge den jüdischen Sport zunächst zum Erliegen gebracht: die Platzbesetzungen durch die SA, die Aufkündigung jeglicher Turn-

hallennutzung seitens des städtischen Magistrats und der Ausschluß der Vereine von Wettkämpfen. Der Neuaufbau begann Ende 1933: Der VTH rief wieder zum ersten Turnabend – in den privaten „Königsworth-Saal", wo man 1904 begonnen hatte. Seit Oktober 1934 konnte sogar ein eigener Sportplatz genutzt werden, auf privatem Gelände in Döhren. Der VTH hatte sich mit der hannoverschen Ortsgruppe des Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten (RjF) zusammengetan und sich dem neugegründeten Sportbund des RjF, dem „Schild", angeschlossen, nachdem sich die NS-Reichssportführung aus außenpolitischen Gründen – im Vorfeld der Berliner Olympiade – zur Duldung des jüdischen Sports entschlossen und „Schild" und „Makkabi" als Spitzenverbände offiziell zugelassen hatte. Ende 1934 erhielt auch der Bar Kochba, dessen Jugend- und Erziehungsarbeit vom Sportverbot unberührt hatte fortgesetzt werden können, erneut einen Sportplatz zugewiesen, ebenfalls am Rande der Stadt, am Nordhafen.

Bei der Suche nach Wettkampfgegnern waren VTH und BK auf ihre jeweiligen Sportverbände angewiesen. Spiele mit gleichgeschalteten Vereinen kamen nicht mehr zustande, obwohl dies keineswegs verboten gewesen wäre. Der durch die Synagogengemeinde geförderte Ausbau der seit Jahrzehnten ungenutzten Alten Synagoge an der Bergstraße für Jugendarbeit und als Turnhalle brachte dann auch VTH und BK einander näher: Zunächst mußte man sich über Hallenordnung und Turnzeiten einigen, später traf man sich auch zu gemeinsamen Wettbewerben und Spielen. Das Turnhallenprojekt ging auf die Initiative eines Mannes zurück, auf Adolf Cohn, den VTH-Vorsitzenden. Es war sein persönliches Verdienst, daß von September 1934 an „der jüdischen Jugend in Ermangelung anderer Möglichkeiten eine Halle (zur Verfügung stand), in welcher sie sich ungehindert der zumal in heutiger Zeit so außerordentlich wichtigen Ausübung körperlicher Ertüchtigung widmen kann", schrieb der Gemeindevorstand in einem Dankschreiben. Besonders ehrenvoll für Adolf Cohn mag – vier Jahre später – die Vergabe der Schild-Geräteturnmeisterschaften nach Hannover gewesen sein; sie fanden Anfang April 1938 vor 400 Zuschauern in der Turnhalle Bergstraße statt. Unter dem zunehmenden Druck der Nationalsozialisten verließen immer mehr Juden Deutschland; immer wieder traten jetzt die jüdischen Sportvereine zu Abschiedsspielen an, um ihre in die Emigration gehenden Aktiven zu ehren. Getreu ihrer zionistischen Überzeugung waren viele Bar Kochbaner nach Palästina ausgewandert. Die Aufrechterhaltung eines organisierten jüdischen Sportbetriebs für die in Deutschland zurückbleibenden Juden ist ein beeindruckendes Beispiel für die Selbstbehauptung des verfolgten Judentums.

Als am 10. November 1938, dem Tag nach der sogenannten Kristallnacht, das Klubhaus der VTH-Tennisspieler in Buchholz in Brand gesteckt und zerstört wurde, bedeutete dies das Ende der Duldung des jüdischen Sports in Hannover. Mit besonderer Genehmigung der Gestapo durfte in der Alten Synagoge weiterhin geturnt werden; Versammlungen, Wanderungen und Spiele unter freiem Himmel waren fortan verboten.

Die Unterdrückung des jüdischen Sports, der in mehr als drei Jahrzehnten vielen hundert Kindern, Jugendlichen und Älteren Kraft, Lebensfreude und Selbstvertrauen gegeben hatte, ist ein Beispiel für die Zerstörung des jüdischen Lebenszusammenhangs. Abschließend sei auf das Schicksal einiger jüdischer Sportler aus Hannover hingewiesen: Adolf Cohn wurde in der „Kristallnacht" verhaftet und ins KZ Buchenwald abtransportiert, nach seiner Freilassung konnte er noch im August 1941 aus Deutschland entkommen; Hermann Heine, erster und letzter Turnwart des VTH, wurde mit seiner Frau im März 1943 nach Auschwitz deportiert, beide sind verschollen; Trude Spiegel, VTH-Jugendleiterin, wurde im Dezember 1941 in das Ghetto Riga deportiert und ist verschollen; Erwin Mosbach, zuletzt Sportlehrer des VTH, wurde ebenfalls nach Riga deportiert und überlebte als einer der wenigen vierjährige Zwangsarbeit, Unterernährung und tägliche Lebensbedrohung im Ghetto; Willy Hermann, früherer BK-Vorsitzender, emigrierte im September 1938 in die USA; Willy Londner, sein Nachfolger, wurde nach Aberkennung seiner deutschen Staatsangehörigkeit im Juni 1939 nach Polen abgeschoben, sein Schicksal ist ungewiß.

HEIMAT AUF WIDERRUF – JÜDISCHE JUGEND IN HANNOVER UM 1930 [1]

Im Frühjahr 1904 schlossen sich junge Leute aus der hannoverschen Synagogengemeinde zur „Jüdischen Turnerschaft" zusammen und unternahmen mit Begeisterung eine erste Turnfahrt zum Burgberg bei Gehrden, wo „Spiele wie Schleuderball, Wettlaufen, Dritten abschlagen" veranstaltet wurden. Die Gründung eines eigenständigen jüdischen Turnvereins rief heftigen Widerspruch der Gemeindevorsteher hervor, die ihr Selbstverständnis als „deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens" in Frage gestellt sahen, aber die jungen Aktivisten setzten sich durch. Die im Konflikt mit den Älteren durchgesetzte Jüdische Turnerschaft kann als Vorläufer der jüdischen Jugendbewegung in Hannover angesehen werden.

Die Not der in den Jahren 1905/1906 vor den Pogromen in Rußland flüchtenden Juden gab den Anstoß zur Bildung eines spontanen Hilfsdienstes jüdischer Jugendlicher. Täglich berührten zwei Sonderzüge mit mehreren hundert jüdischen Flüchtlingen den hannoverschen Bahnhof und hatten hier mehrere Stunden Aufenthalt, bevor sie zu einer der Hafenstädte weiterfuhren, wo die Auswandererschiffe nach Nordamerika warteten. Den Flüchtlingen war das Verlassen der Waggons verboten; „sie werden behandelt wie Vieh und Gefangene", schrieb ein Augenzeuge. Die siebzehnjährige Aenne Berliner, durch Zufall mit dem Elend der russischen Juden konfrontiert, berichtete überall von ihrem Erlebnis, „und nun geriet zum ersten Male die jüdische Jugend in Hannover in Bewegung ..., jetzt wurde sie aufgerüttelt ... Sie sah das Judenproblem und die Judenfrage. Mit Energie und Geschick organisierte Aenne Berliner einen regelrechten Bahnhofsdienst. Es wurden auf dem Bahnsteig lange Tische aufgestellt, und jeder Durchwanderer erhielt Tee und Brot, die Kinder heiße Milch ... Für ärztliche Hilfe wurde gesorgt ... Und alle erhielten etwas, was vielleicht das Wertvollste war – sie hörten ein freundliches Wort. Die ältere Generation der Gemeinde, die zunächst dem Treiben der Jugend mit Verwunderung zugesehen hatte, beteiligte sich dann auch ...". Mit ihrem Bahnhofsdienst zugunsten der ostjüdischen Flüchtlinge hatte die jüdische Jugend Hannovers die Älteren beschämt und erstmals eigene Handlungsmöglichkeiten erprobt.

Die Not der Juden Osteuropas hatte die Jugend bewegt, aber ihr Aufbruch, die Schaffung der jüdischen Jugendbewegung, gründete doch in der eigenen bedrängten Situation. „Als Jugendlicher stand der junge Jude in derselben Situation wie sein deutscher Gefährte: der Druck der Schule, der Zwang des Elternhauses, die dumpfe Atmosphäre unerlöster Erotik, fern und fremd von Natur und Natürlichkeit, die Deklassierung des Jugendlichen dadurch, daß man ihn nur als Vorstufe zum Erwachsensein empfand und behandelte. – Zu diesen

---

[1] Zuerst veröffentlicht in: „Mit 17 ..." Jugendliche in Hannover von 1900 bis heute. Begleitheft zur Ausstellung im Historischen Museum Hannover, Hannover 1997, S. 55-64.
Berichte über jüdische Jugendgruppen sowie gelegentliche Veranstaltungshinweise finden sich im „Nachrichtenblatt" der Synagogengemeinde Hannover; dort wurden alle Zitate ohne Quellennachweis entnommen.

Nöten seiner Knabenseele kam beim jungen Juden noch seine jüdische Not hinzu: die Ausgestoßenheit in der Schule, vom Kreis der Kameraden erweckten in ihm das Gefühl, daß Judesein etwas Verächtliches sein müsse – denn auch in seinem Elternhause fand er nicht die Atmosphäre, die ihm sein jüdisches Schicksal hätte sinnvoll erscheinen lassen können. Da sah er das Scheinjudentum der Eltern, ihren Wunsch, es zu verbergen, ihre Sehnsucht nach dem christlichen Verkehr, kurz all das, was eine bestimmte Schicht der bürgerlichen Assimilation dieser Zeit kennzeichnete. Oder er sah eine Frömmigkeit, die in Formeln erstarrt seiner religiösen Sehnsucht nichts bieten konnte. So bedeutete die Revolution der jüdischen Jugend einen Kampf nach zwei Fronten: einmal Auflehnung gegen Schule und Elternhaus schlechthin – die zweite Front: die Auflehnung gegen die unechte halbe und konfliktvolle jüdische Atmosphäre seines Elternhauses."[2] Die hier beschriebene Not jüdischer Jugend betraf natürlich auch Mädchen und junge Frauen.

Auch in Hannover entstanden erste Jugendorganisationen: Ende Oktober 1908 bildete sich der „Jüdische Jugendverein", 1909 der „Jüdische Frauen- und Mädchenklub", beide auf Initiative von Zionloge und Gemeinde und dank deren wohlwollender Förderung mit eigenen Räumen zuerst an der Josephstraße, später im Handelshof an der Bahnhofstraße, wo jede Woche Vortragsabende stattfanden und sich allabendlich ein reges Heimleben entwickelte. Jugendverein (1914: 250 Mitglieder) und Mädchenklub (300 Mitglieder) wollten keine der unterschiedlichen politischen und religiösen Strömungen des Judentums ausschließen, allerdings sollte stets das Gemeinsame hervorgehoben werden.

Solche „Neutralität" war nicht das Ziel der 1914 gegründeten hannoverschen Gruppe des jüdischen Wanderbunds „Blau-Weiß", der vom Wandervogel, dessen zunehmend völkische Ausrichtung jüdische Mitglieder vertrieb, das Streben nach jugendbewegtem Gemeinschaftserlebnis durch Heimabende und Wanderfahrten übernahm und sich auf der Suche nach einem neuen jüdischen Selbstverständnis den Vorstellungen der zionistischen Bewegung annäherte. In einer Flugschrift hieß es selbstbewußt: „Wir kämpfen für unser Judentum; denn niemand von uns soll eine Beschimpfung hinnehmen oder überhören. Wir streiten für unsere jüdische Ehre!"; den Älteren hielt man entgegen: „Jude sein ist ein Ideal, das es zu erreichen gilt, nicht eine Erinnerung, die man überwinden muß."[3]

Der Bund Blau-Weiß entstand immerhin als Selbstorganisation jüdischer Jugend, während Jugendverein und Mädchenklub, die damals noch von Führern, die dem Jugendalter längst entwachsen waren, geleitet wurden, ursprünglich als Organisationen für die Jugend geschaffen worden waren.

---

2 Siegfried Kanowitz, Zionistische Jugendbewegung, in: Die neue Jugend. Teil II, hrsg. von Richard Thurnwald, Leipzig 1927, S. 285.

3 Irmgard Klönne, Deutsch, Jüdisch, Bündisch. Erinnerung an die aus Deutschland vertriebene jüdische Jugendbewegung. Teil 1, in: puls - Dokumentationsschrift der Jugendbewegung, Nr. 21, 1993, S. 4.

1928, anläßlich des zwanzigjährigen Bestehens des Jugendvereins, betonte der Gemeindevorsitzende Joseph Berliner, daß „alle einsichtigen Gemeinden seinerzeit die Gründung der jüdischen Jugendvereine begrüßt (haben); sind doch diese Vereine Keimzellen, aus denen jüdische Persönlichkeiten, Erhalter unserer Gemeinden und unserer Gemeinschaft, hervorgehen sollen." Da die Quellen fehlen, muß das Resümee Berliners, „in unserer Gemeinde Hannover (habe) zwischen Gemeinde und Jugendverein immer das beste Einvernehmen geherrscht. Der traditionelle Gegensatz zwischen Alter und Jugend (habe) hier keinen Boden (gefunden)"[4], unwidersprochen bleiben; Zweifel an diesem allzu harmonischen Bild sind gleichwohl angebracht. Keineswegs nahm der hannoversche Jugendverein eine grundsätzliche Oppositionsstellung zu den Älteren ein; eher erscheint er als Spiegel der hiesigen Einheitsgemeinde mit allen ihren Widersprüchen. Die jüdische Jugendbewegung, so polemisierte ein junger Berliner Zionist 1918 gegen die Jugendvereine, sei „keine Bewegung um der Jugend willen, sondern um der Alten willen."[5]

Freilich werden auch Veränderungen deutlich: Mitte 1914 nahm der Jugendverein auch die weibliche Jugend auf, deren gesonderte Organisierung nicht länger sinnvoll erschien – vielleicht ein lokaler Reflex auf die Berufung der aus Hannover stammenden Sozialwissenschaftlerin Cora Berliner zur Geschäftsführerin des Verbands der Jüdischen Jugendvereine Deutschlands. Wiederum erlauben es die wenigen Quellen nicht, über Selbstverständnis und neugewonnenen Einfluß der Frauen im Jugendverein zu urteilen.

Der Beginn des Weltkrieges unterband alle denkbaren Entwicklungen; die jungen Männer des Jugendvereins wurden Soldaten, viele als Kriegsfreiwillige, und die Mädchen und Frauen schickten Liebesgaben ins Feld oder in die Lazarette.

Nach 1918 zeigte sich, daß eine Rückkehr zur Jugendarbeit der Vorkriegsjahre nicht mehr möglich war; die „neue Jugend revoltierte gegen das organische Gefüge des bisherigen Jugendvereins und verlangte Auflösung in kleine, vor allem auf die Pflege der Persönlichkeit und Kameradschaft eingestellte Gemeinschaften", schrieb der Rechtsanwalt Alfred Lichtenberg, der einer der Gründer des Vereins gewesen war[6]. Einige Mitglieder des Jugendvereins gründeten den „Jung-Jüdischen Wanderbund" mit sozialistisch-zionistischer Ausrichtung. Dem noch bestehenden Blau-Weiß, der im letzten Kriegsjahr nur noch 40 „Wanderinnen" und „Wanderer" hatte organisieren können, strömten neue Aktive zu,

---

4 Jugend und Gemeinde (= Grußwort des Vorstands der Synagogengemeinde Hannover), in: Jüdischer Jugendverein Hannover (Hrsg.), Festschrift zur 20jährigen Wiederkehr seiner Gründung im Dezember 1928, o.O. o.J. (Hannover 1928), S. 5 f.

5 Gert Mattenklott, „Nicht durch Kampfesmacht und nicht durch Körperkraft ..." Alternativen Jüdischer Jugendbewegung in Deutschland vom Anfang bis 1933, in: „Mit uns zieht die neue Zeit": Der Mythos Jugend, hrsg. von T. Koebner, R.-P. Janz und F. Trommler, Frankfurt am Main 1985, S. 342.

6 Alfred Lichtenberg, 1908-1928. Zur Geschichte des Jüdischen Jugendvereins Hannover, in: Jüdischer Jugendverein Hannover (Hrsg.), Festschrift zur 20jährigen Wiederkehr seiner Gründung im Dezember 1928, o.O. o.J. (Hannover 1928), S. 4.

die begeistert gemeinschaftlich auf Fahrt gingen. Ging es auf eine Anregung des hannoverschen Blau-Weiß zurück, daß in der 1918 erschienenen zweiten Auflage des „Blau-Weiss Liederbuchs", das neben 40 jüdischen Volksliedern, darunter 23 hebräischen, mehr als 100 deutsche Volks- und Landsknechtslieder enthielt, auch das Lied von den „lustigen Hannoveranern" nicht fehlte?

Die Frage der Stellung zum Zionismus trennte die Lager und sprengte die organisatorische Einheit des jüdischen Sports: Ende 1919 gründeten Aktive des Blau-Weiß den „Jüdischen Turn- und Sportverein Bar Kochba", benannt nach der Heldengestalt des Aufstands der Juden gegen Rom im 2. Jahrhundert; der „Bar Kochba", der sich der zionistischen „Makkabi"-Sportbewegung anschloß, wollte sportliche Aktivitäten wie Fußball und Leichtathletik mit zionistischer Arbeit verbinden und nahm gegen Ende der zwanziger Jahre, freilich ohne den Wettkampfsport aufzugeben, immer mehr vom Charakter eines zionistischen Jugendbunds an, mit Vorträgen, Hebräischkursen und Geldsammlungen für Palästina.

Anfang der zwanziger Jahre stieß die zionistische Vorstellung eines „Nationaljudentums" innerhalb der jüdischen Jugend auf zunehmende Resonanz; diese Abwendung vom Bild eines jüdischen Deutschtums ist auch zu verstehen als Reaktion auf die Erschütterung des Selbstverständnisses der deutschen Juden, deren Kriegseinsatz und Opferwillen seitens der antisemitischen Agitation geschmäht und denen ihr Deutschtum abgesprochen wurde.

Innerhalb der zionistischen Bünde, des Blau-Weiß und des Jung-Jüdischen Wanderbunds, wurde die Verwirklichung des zionistischen Ideals eingefordert, die Beteiligung am Aufbau der jüdischen Heimstätte in Palästina. Tatsächlich wagten auch aus den hannoverschen Gruppen einzelne die Übersiedlung nach Palästina und versuchten, dem propagierten Pionierideal gerecht zu werden. Das Scheitern des Siedlungsprojekts, mit dem besonders der Blau-Weiß sich und seine Mitglieder überforderte, bewirkte letztlich die Auflösung dieses Bundes.

In Hannover führten der Jung-Jüdische Wanderbund und vor allem die 1924 gegründete Gruppe des deutsch-jüdischen Wanderbunds „Kameraden" das jugendbündische Leben fort. Die Kameraden, die ihren Bund für in religiöser wie politischer Hinsicht neutral erklärten, diskutierten wohl über Zionismus wie über viele Themen, aber sie wollten vor allem jüdische Deutsche sein. Einer der Hannoveraner, Julius Freund, war 1925 Bundesleiter der Kameraden; deshalb fand ihr Bundestag, ein gemeinsames Sommerlager des Bundes, in der Nähe statt, bei Rehburg und Mardorf am Steinhuder Meer. Max Fürst kam und blieb fast ein Jahr; in seinen Lebenserinnerungen schrieb er: „Die Gruppe in Hannover war nun in sich sicher und stabil geworden, es waren etwa 50 bis 60 Jungen und Mädchen ... Da war der kleine Heinz Rosen ..., Hannes Israel ..., ein Fels in unserer unruhigen Jugend, schon im Beruf, als Kaufmann ... Und Fritz Sauer, der erst langsam zu uns kam, er war damals religiös, später Marxist ... Langsam gewöhnte ich den gehemmten, schüchternen Jungen daran, an unseren wilden Diskussionen teilzunehmen, indem ich plötzlich Ruhe schaffte und bedeutete,

daß einer stumm da säße und doch so viel zu sagen habe ...; als ich fortging, übernahm er die Gruppe."[7]

Max Fürst und seine Freunde, die als „Schwarzer Haufen" den revolutionären, jedenfalls rebellischen, libertären Flügel der Kameraden bildeten, sahen ihre „eigentliche Arbeit in den Gruppen ... darin, die sich in Jugendromantik verkrampfende Jugendbewegung aufzubrechen ..., fort von der nichtssagenden Blauäugigkeit, von der gekünstelten Reinheit ..., von zierlichen Volkstänzen und der romantischen Ablehnung der Stadt ... Uns wurde vorgeworfen, daß wir die Jugendbewegung zerstörten. Das taten wir auch, aber es gibt immer ein fruchtbares Zerstören, das gleichzeitig die einzige Möglichkeit der Erhaltung ist, und wir waren überzeugt davon, die Jugendbewegung weiterzuführen und lebendig zu erhalten."[8] 1927 wurden Fürst und der Schwarze Haufen aus den Kameraden ausgeschlossen, deren Bund – wohl auch innerhalb der hannoverschen Gruppe – dennoch Vielfalt bewahrte, weiterhin verschiedene linke neben betont „deutschen" Strömungen umschloß; nur zionistische Positionen waren nicht vertreten.

Eine vergleichbare überparteiliche Plattform bot Mitte der zwanziger Jahre auch wieder der Jugendverein, dessen Leitung junge Zionisten vorübergehend erobert hatten, so daß der Verein „den Boden der Neutralität verlassen und sich parteimäßig orientiert habe", schrieb Landrabbiner Freund 1928 in einem Rückblick auf „Krisen im Jugendverein"[9]. Es scheint, als sei nach den Jahren der gesellschaftlichen und politischen Krise nach 1918 wenn nicht Ruhe, so aber doch Normalität eingekehrt, innerhalb der jüdischen Gemeinde und ihrer jungen Generation.

Mit seinen Programmangeboten knüpfte der Jugendverein offenkundig an seiner erfolgreichen Vorkriegsarbeit an. In den Jahren 1927 und 1928 fanden 214 (!) Veranstaltungen statt, darunter 55 Vortrags- und Aussprachеabende, zum Beispiel über „Jugend und Beruf" und über die Bedeutung Gustav Landauers, sowie 11 Arbeitsgemeinschaften, zuletzt zu „Jüdischen Gegenwartsfragen", mit insgesamt 96 Abenden; diese Veranstaltungen hatten durchschnittlich mehr als 50 Teilnehmer. Außerdem gab es vier große Gesellschaftsabende mit hunderten Besuchern. Um Zusammenhalt und Freundschaften zu fördern, hatte auch der Jugendverein 1928 eine Wandergruppe ins Leben gerufen, die einige Fahrten unternommen hatte.

Bei der Volkszählung 1925 waren in Hannovers 1.269 jüdische Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 10 bis unter 25 Jahren – Schuljugend, Auszubildende und junge Berufstätige – gezählt worden; fast jeder Vierte von insgesamt 5.521 jüdischen Einwohnern gehörte damit zur Zielgruppe von Jugendverein, Bünden sowie den beiden jüdischen Sportvereinen. Freilich verstanden

---

7 Max Fürst, Talisman Scheherezade. Die schwierigen zwanziger Jahre, München 1976, S. 85.
8 a.a.O., S. 111 ff.
9 Samuel Freund, Krisen im Jugendverein, in: Jüdischer Jugendverein Hannover (Hrsg.), Festschrift zur 20jährigen Wiederkehr seiner Gründung im Dezember 1928, o.O. o.J. (Hannover 1928), S. 20.

sich nicht alle Kinder jüdischer Eltern als Teil der jüdischen Jugend: manche aus Unwissenheit, wo das Judentum in den Familien stillschweigend übergangen wurde, oder aus Desinteresse oder weil sie ihr Judentum abgelegt hatten, andere, weil sie sich nach politischen oder wirtschaftlichen Prinzipien organisieren wollten, zum Beispiel in der Sozialistischen Arbeiterjugend. Diese Jugendlichen waren für die jüdischen Jugendorganisationen ebensowenig zu erreichen wie diejenigen, die eine individuelle Lebensweise dem Jugendgemeinschaftsleben vorzogen.

So verschieden die Motive der Fernstehenden waren, so vielfältig waren die Umstände, die jüdische Jugendliche veranlaßten, sich dem Jugendverein, den Bünden oder Sportvereinen anzuschließen. Dabei sprach der Jugendverein die älteren Jugendlichen zwischen 18 und 25 und gewiß auch noch manchen jenseits der 25 an, überwiegend Berufstätige; die Wanderbünde organisierten die jüdische Schuljugend, gelegentlich auch schon Kinder unter 10; die Sportvereine hatten jugendliche Mitglieder aus allen Altersjahrgängen.

Dem Anspruch der jüdischen Jugend auf Eigenständigkeit gegenüber den Älteren zum Trotz waren auch ihre Zusammenschlüsse von deren Auseinandersetzungen geprägt. Beispiellos war die Hartnäckigkeit, mit der die hannoversche Synagogengemeinde die Ostjuden von der Mitwirkung an der Verwaltung der Gemeinde ausschloß; sie macht die große Distanz zwischen den etablierten jüdischen Bürgern und den aus Osteuropa zugewanderten, durchweg ärmeren und traditionellen Formen von Religiosität verbundenen Juden deutlich, die in den zwanziger Jahren auch die Jugendlichen spaltete. Die Jungen und Mädchen aus ostjüdischen Familien schlossen sich dem Sportverein Bar Kochba an; die Turnerschaft von 1904 sammelte die Kinder der deutschen Juden; beide Vereine traten oft zu Wettkämpfen gegen Dritte an, aber verkehrten kaum miteinander.

Die Veranstaltungen des Jugendvereins waren zwar offen für alle, aber angesichts der Ausrichtung auf „wissenschaftliche Vorträge jeder Art" überwiegend interessant für gebildete junge Leute aus dem Bürgertum. Die Wanderbünde setzten sich aus Jugendlichen unterschiedlicher sozialer Herkunft zusammen, standen aber in der Zionismusfrage gegeneinander.

Eine Minderheit unter den hannoverschen Juden bildeten die orthodox-frommen Familien – neben vielen ostjüdischen auch manche deutschjüdischen Familien, deren Söhnen und Töchtern die Mitgliedschaft in religiös-neutralen Wanderbünden verwehrt war, teils der strengen Speisegesetze wegen, teils wegen des von den Eltern nicht geduldeten gemeinsamen Wanderns von Jungen und Mädchen. 1931 bestanden zwei Bünde der gesetzestreuen Jugend: einerseits der „Misrachi" der religiösen Zionisten, andererseits die antizionistische Gruppe der Agudas Jisroel. Der SV Bar Kochba ließ, um seinen Sportlern religiöse Konflikte zu ersparen, zur Zeit der hohen jüdischen Feiertage stets eine mehrwöchige Spielruhe eintreten.

So repräsentierten die Vereinigungen der jüdischen Jugend in Hannover religiöse wie nichtreligiöse, zionistische und antizionistische, konservative und sozia-

listische Strömungen, ein von sozialen Unterschieden und kulturellen Differenzen geprägtes Nebeneinander und Gegeneinander, wie es auch die Synagogengemeinde mit ihren heftigen Parteikämpfen vor 1933 kennzeichnete.

Eine formale Verbindung aller jüdischen Jugendlichen stellte die Gemeinde dar, deren Synagoge, Schul- und Wohlfahrtseinrichtungen allen zugänglich waren. Der Besuch der Religionsschule war nicht freiwillig, sondern Teil der allgemeinen Schulpflicht. Traditionell werden die Dreizehnjährigen als religionsmündig angesehen und – nach erstmaligem Aufruf zur Thoravorlesung in der Synagoge – in die Gemeinde aufgenommen, womit freilich kein Recht auf Mitsprache erworben wurde. Im Kinderhort an der Ohestraße wurden Schulkinder betreut, deren Eltern berufstätig waren. Die Simonsche Stiftung und die von ihr geförderte Gartenbauschule in Ahlem boten Ausbildungsplätze in gärtnerischen und landwirtschaftlichen Berufen. Zu den Wohlfahrtseinrichtungen der Gemeinde für Jugendliche gehörten ein Waisenhaus, ein Heim für Erholungskuren in Norderney und nicht zuletzt der Jüdische Stellen- und Arbeitsnachweis.

Zweifellos setzte die hannoversche Gemeinde erhebliche Geldmittel für ihre Jugendarbeit ein, und dennoch habe sie „die Jugend verloren," wie Hans Spanier, der Sprecher des Jugendvereins, in einer umfassenden Kritik feststellte, die Ende 1924 im Gemeindeblatt erschien. „In der vorletzten und letzten Generation ist eine unglaubliche Entfremdung jüdischen Dingen gegenüber eingetreten", schrieb Spanier, „zunächst in religiöser Beziehung", jedoch seien viele „interesselos an allem ..., was mit Judentum in Beziehung steht. Die jüdische Vergangenheit ist tot, jüdische Gegenwartsfragen haben nicht einmal problematischen Wert für diesen Teil der Jugend. Das Judentum existiert nicht für sie ...". Entscheidend für diese Entwicklung sei, daß im Elternhaus eine jüdische Erziehung nicht mehr stattfinde, „der größte Teil der jüdischen Eltern hat zwar seinen Kindern den Weg geebnet, aber nicht den jüdischen, sondern den materiellen, der natürlich viel 'Gutes und Schönes' ... gebracht hat, aber nichts Jüdisches." In seine Kritik bezog Hans Spanier den in überkommenen Formen erstarrten Religionsunterricht der Gemeinde mit ein.

In einer Erwiderung zog Louis Levisohn, einer der Religionslehrer der Gemeinde, die Kritik ins Lächerliche, indem er vorschlug, statt der Lehrer sollten die Führer der Jugendbewegung den Unterricht erteilen: „Die abgebauten Religionslehrer sind dem Museum für Altertumskunde zu überweisen." Diesen Beitrag wies Hans Israel, ein Führer der „Kameraden", zurück und spitzte die Kritik noch zu: „In unseren jüdischen Bünden und Vereinen sind wir fast täglich mit Jungen und Mädel zusammen, die noch Religionsschüler sind, und aus (ihren) Erzählungen ... erkennen wir, daß es in der Tat unmöglich ist, auf diesem Wege das Ziel zu erreichen, das unbedingt erreicht werden müßte ..., daß unsere jüdischen Jungen und Mädel einen Religionsunterricht bekommen, der ihnen wenigstens die Grundideen der Jüdischen Lehre erschließt, denn aus welchen Menschen sollen wir unsere Reihen auffüllen ...".

Hans Spanier und Hans Israel ging es um mehr als nur die Reform des Religionsunterrichts; sie forderten die Gemeinde heraus, ihre tiefgreifende Stagnation zu überwinden, „andernfalls wird es hier in Hannover in Zukunft um jüdisches Leben noch trauriger als jetzt bestellt sein." Nach einhelliger Auffassung der jüdischen Jugend aller Richtungen und Gruppen sollte durch die Gemeinde ein „Jugendführer" berufen werden, der nicht nur Jugendgottesdienst und Religionsstunden übernehmen sollte, sondern „er soll hauptsächlich in Nachmittags- und Abendkursen die Kinder in jüdische Geschichte, in hebräische Sprache, in den Sinn unserer Gebräuche, kurz in alle jüdische Dinge einführen." Diese Forderung wurde über Monate hinweg im Gemeindeblatt diskutiert und im Juni 1925 auch auf einer öffentlichen Versammlung der jüdischen Jugend erhoben.

Die älteren Aktiven der jüdischen Jugendbewegungen hatten die Erfahrung gemacht, daß die Erziehungsarbeit in ihren Gruppen an enge Grenzen stieß, wenn die Jugendarbeit der Gemeinde versagte. Aber ihre Forderung nach einem „Jugendführer", der „Führer zum Jüdischen" (Hans Spanier) sein müsse, entsprach nicht nur dem Interesse der Jugend, sondern eröffnete eine neue Perspektive für die Zukunft der Gemeinde. „Wir haben zwar nicht die Verantwortung, dennoch fühlen wir uns verantwortlich." schrieb Hans Israel und fuhr fort: „Andere aber tragen die Verantwortung; fühlen sie das auch immer?"

Im November 1926 endlich entschieden sich die Vorsteher der Gemeinde, den jungen Rabbiner Dr. Emil Schorsch nach Hannover zu berufen und ihn mit dem Neuaufbau der Jugendarbeit zu betrauen. Schorsch begann sogleich damit, den Religionsunterricht zu reformieren; er führte neue Lernmethoden ein, ließ die alten Schulbänke durch Tische und Stühle ersetzen und sorgte auch für die Renovierung der Schulräume.

„Religiöse Unwissenheit war eine weitverbreitete Tatsache," erinnerte sich Schorsch später an die Schwierigkeiten seines Antritts in Hannover. „Es war ganz klar, daß ich versuchen mußte, eine Atmosphäre zu schaffen, die religiös-erzieherische Möglichkeiten eröffnete. Es mußte etwas sein, das wie Elternhaus und Familie auch einen emotionalen Einfluß ausübte. So kam es, daß ich die Idee der Jugendgemeinde entwickelte."[10] Schorsch begann, regelmäßig einen Jugendgottesdienst durchzuführen, dessen Leitung, besonders das Vorbeten, Jugendlichen übertragen wurde. Aus kleinen Anfängen entwickelte sich eine rasch wachsende Jugendgemeinde.

„Am Sabbatnachmittag um 5 Uhr finden sich Jungens und Mädels zusammen, um gemeinsam zwei Stunden jugendlichen jüdischen Lebens zu gestalten. Der Nachmittag zerfällt in zwei Teile: Gemeinsamer Minchagottesdienst, Kiddusch und Aussprache, und dann Arbeit in den Gruppen, in denen Gleichaltrige sich zusammenfinden." berichtete Schorsch im Gemeindeblatt. Den ersten Simchat-

---

[10] Monika Richarz (Hrsg.), Jüdisches Leben in Deutschland. Band 3: Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1918-1945, Stuttgart 1982, S. 184.



Gruppe der „Jugendgemeinde“ bei einem Ausflug in die Garbsener Schweiz, mit Rabbiner Schorsch (um 1930).
Rabbiner Dr. Emil Schorsch war seit 1927 in der hannoverschen Synagogengemeinde tätig. Die von ihm ins Leben gerufene „Jugendgemeinde“ führte Kinder und Jugendliche aus verschiedenen sozialen Schichten ebenso zusammen wie aus jüdisch-traditionellen und liberalen Familien.

Thora-Festgottesdienst der Jugendgemeinde im Jahr 1927 besuchten 300 Kinder und Jugendliche, in den folgenden Jahren kamen bis zu 1.000 jugendliche Teilnehmer. Auch Chanukka und Purim wurden in der Jugendgemeinde begangen; „die Jugend selbst (gestaltet) diese Feste in jugendlicher und zugleich in jüdischer Weise.“

Die außerordentliche Resonanz der Jugendgottesdienste ließ den Erfolg der Jugendgemeinde, die den größten Teil der jüdischen Kinder und Jugendlichen Hannovers erreichen, diese ungeachtet ihrer sozialen Herkunft zusammenbringen und sie an jüdische Tradition heranführen konnte, augenscheinlich werden. Von entscheidender Bedeutung war, daß es Schorsch gelang, zahlreiche ältere Jugendliche heranzuziehen, die – unter seiner Anleitung – die Angelegenheiten der Jugendgemeinde selbst verwalteten und vor allem die Leitung der verschiedenen Jahrgangsgruppen übernahmen.

„Das Wichtigste, das diese Jugendgemeinde bewirkte,“ schrieb Schorsch in seinen Erinnerungen, „war die Anerkennung der Tatsache, daß jüdische Jugend als Totalität religiöse Ansprüche haben konnte. Die Eltern merkten, daß sie ihre religiöse Verpflichtung nicht einfach vernachlässigen konnten, ohne irgendwie zu fühlen, daß sie der ganzen jüdischen Jugend unrecht taten. Es war wichtig, nicht nur eine Jugendorganisation zu schaffen, die ihre Rechte von der

Gemeindeverwaltung verlangen konnte, sondern eine jüdische Jugendorganisation, die die jüdische Religion in den Mittelpunkt stellte. Sie schuf eine Basis jüdischer Existenz, die alle jüdischen Menschen der verschiedensten Einstellung zu einer Gemeinschaft vereinte. Das war besonders wichtig für die Kinder und Jugendlichen aus ostjüdischen Familien – in der Jugendgemeinde waren sie mit allen vereinigt."[11]

Durch die Jugendgemeinde kamen auch die Mitglieder der verschiedenen konkurrierenden Jugendbewegungen miteinander in Berührung. Ein Ereignis von mehr als nur symbolischer Bedeutung war die erste gemeinsame Wanderung der Jugendgemeinde und aller Bünde und Jugendgruppen im Mai 1931 zum Kronsberg und in den Gaim. Im Tagebuch der Jugendgemeinde heißt es: „Um 10 Uhr Versammlung aller Teilnehmer am Restaurant Kronsberg, ca. 130 Jungens u. Mädels aus allen Vereinen ... Abmarsch in d. Gaim u. Lager auf der Halde. Dr. Schorsch hält eine kleine Ansprache u. gibt der Freude Ausdruck, dass zum ersten Mal in der Geschichte der jüd. Gemeinde Hannovers Jugend aus allen Kreisen sich zu einer gemeinsamen Wanderung vereinigt hätten. Der gemeinsame ideelle Boden sei das Judentum. Es wird anschliessend gesungen, gespielt. Bar Kochba u. Misrachi singen hebräische, die übrigen deutsche Lieder. Das gemütliche Lagern dauert bis 3 Uhr. Aufbruch nach Anderten. Besichtigung der Schleuse. Einkehr in einer Gastwirtschaft zwischen Anderten u. Tiergarten. Wiederum gemütliches Zusammensein mit Spiel u. Gesang. Dann Abmarsch nach Hannover. Ankunft geg. 1/2 8 Uhr. Über die gelungene Wanderung herrscht überall Befriedigung ...".

Die sich seit 1930 zuspitzende gesellschaftliche Krise mobilisierte die jüdische Jugend. Die wirtschaftlichen Folgen der Massenarbeitslosigkeit betrafen viele Jugendliche unmittelbar; angesichts der politischen Polarisierung zwischen linken und rechten Parteien mußte man sich zwischen sozialistischer Utopie und deutschnationaler Anpassung neu entscheiden, insbesondere Antworten auf den sich verstärkenden Antisemitismus und den Aufstieg der NSDAP finden. Im Jüdischen Jugendverein wurde eine Stellenvermittlungs-Nothilfe eingerichtet; man diskutierte tagespolitische Fragen, informierte sich: „Was will die KPD?", „Was will die SPD?", „Was will die Staatspartei?" und bekannte sich im August 1932 mit einer „Rathenau-Gedenk- und Verfassungsfeier" zur Republik. Mitglieder aller jüdischen Jugendgruppen bildeten eine Arbeitsgemeinschaft „Politik und Wirtschaft".

Der Bund der Kameraden spaltete sich 1932; es waren die „Spannungen zwischen denen, die jüdisch und sozialistisch, denen, die zwar sozialistisch, aber nicht jüdisch, und denen, die weder das eine noch das andere, sondern vor allem deutsch sein und wie in alten Zeiten wandern wollten, ... nicht länger zu überbrücken."[12] In Hannover entstanden mehrere Gruppen: der konservative

---

[11] a.a.O., S. 185 f.

[12] Hermann Meier-Cronemeyer, Jüdische Jugendbewegung, in: Germania Judaica, Mitteilungsblatt der Kölner Bibliothek zur Geschichte des deutschen Judentums e.V., Neue Folge 27/28, VIII. Jg., Heft 1/2 - 3/4 1969, S. 85.

Flügel, national-deutsch eingestellt, bildete die Jungenschaft „Schwarzes Fähnlein", die Linken wandten sich dem sozialistisch-zionistischen Dachverband „Hechaluz" (hebr.: Pionier) zu und gründeten eine Gruppe des Bundes „Habonim" (hebr.: Bauleute), eine weitere Gruppe schloß sich dem neuen Bund der „Werkleute" an, der sich die Schaffung jüdischer Volksheime zum Ziel gesetzt hatte und für eine kulturelle und soziale Erneuerung des Judentums wirken wollte – und der 1933, nach den ersten NS-Übergriffen gegen die Juden, binnen kurzem zum Zionismus überging und sich dafür entschied, als Bund den Aufbau eines Kibbuz in Palästina zu betreiben. Zur gleichen Zeit gründeten Bar Kochbaner einen neuen Jugendbund „Makkabi Hazair", um ihre sozialistisch-zionistische Erziehungsarbeit zu verstärken.

Die Phase der Politisierung und Zuspitzung der verschiedenen Positionen innerhalb der jüdischen Jugend stellte für die Jugendgemeinde eine Herausforderung dar, aber Schorschs Konzept, sie solle „eine Zusammenfassung der jüdischen Jugend ohne Anschauung ihrer religiösen und politischen Einstellung bilden", bewährte sich gerade jetzt. Die Jugendgemeinde hatte ein Bewußtsein gemeinsamer Interessen und Verantwortung der jüdischen Jugend bewirkt und auf diese Weise eine Einheit geschaffen, die nicht im Widerspruch zur Vielfalt und Eigenständigkeit der einzelnen Bünde und Vereine stand.

Dank ihres „überbündischen" Zusammenhalts gelang es der Jugendgemeinde 1932, dem Vorstand der Synagogengemeinde die Schaffung eines Jugendheims abzuringen, das zunächst in einer Wohnung an der Langen Laube, seit 1934 im Haus der Gemeinde an der Bergstraße untergebracht war; das Jugendheim gehörte der gesamten jüdischen Jugend, und zugleich hatte dort jede Gruppierung ihren eigenen Raum.

„Es ist Wesentliches (durch die Jugendgemeinde) geleistet worden, und es hätte bestimmt eine ganz neue Gemeinde der Jugend aus dieser Jugendgemeinde hier in Hannover zum Segen unserer ganzen Gemeinschaft heranwachsen können, wenn nicht von außen her unser jüdisches Geschick in einer Richtung beeinflusst würde, die die Verwirklichung dieses hohen Zieles leider unmöglich machte." schrieb im März 1937 die Gruppenleiterin Berta Schul in das Tagebuch der Jugendgemeinde, bevor sie nach Berlin ging, um ihre Emigration vorzubereiten.

Aus Jugendgemeinde und Jugendbünden hätte im Laufe der Zeit eine neue, selbstbewußte und kraftvolle jüdische Gemeinde Hannover entstehen können – aber einer solchen Erneuerung des Judentums war durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten jegliche Grundlage entzogen; vielmehr „wurden die Aussichten junger jüdischer Menschen auf ein normales Leben in Deutschland Schritt für Schritt zunichte gemacht."[13] Jüdische Jugendliche mußten die Schulen verlassen, verloren Lehrstelle und Arbeitsplatz, waren gesellschaftlich isoliert nach dem Rückzug nichtjüdischer Freunde.

---

[13] Werner T. Angress, Generation zwischen Furcht und Hoffnung. Jüdische Jugend im Dritten Reich, Hamburg 1985, S. 9.

In dieser Situation versuchten die jüdischen Jugendorganisationen, den Jugendlichen, die ihre Lebens- und Berufsperspektiven zerstört fanden, inneren Halt und neues Selbstbewußtsein, eine neue „geistige und seelische Heimat“[14] zu geben. Unter der Kontrolle der Gestapo bauten sie – gefördert durch die Gemeinde – eigene Ausbildungsstätten auf und unterstützten ihre Mitglieder bei der Vorbereitung zur Übersiedlung nach Palästina oder zur Emigration in ein anderes Land. Die Aufbauarbeit der jüdischen Jugend in Deutschland war beendet; jetzt ging es um die Rettung junger Menschen vor den Verfolgungen.

[14] a.a.O., S. 28.

DAS JAHR 1933 ALS WENDEPUNKT IM LEBEN DER HANNOVERSCHEN JUDEN [1]

Zur Jahreswende 1932/33 veröffentlichte das „Nachrichtenblatt" der Synagogen-Gemeinde Hannover einen Rückblick auf das abgelaufene Jahr, der angesichts der wirtschaftlichen Notlage vieler jüdischer Familien und der andauernden antisemitischen Hetze doch mit einer vorsichtig optimistischen Prognose endete: „Der Hitlerwahn scheint zurückzugehen. Das deutsche Volk glaubt den ewigen Versprechungen nicht mehr. Die Wahlen ... offenbaren die rückläufige Tendenz ... Wenn auch nunmehr die nationalsozialistische Alleinherrschaft in weite Ferne gerückt ist, dürfte die Gefahr für die Juden noch immer nicht überwunden sein ... Das Jahr 1933 möge Ruhe bringen, zum Nutzen der Juden und des deutschen Volkes."[2]

Einen Monat danach waren die Hoffnungen auf eine politische Wende zerplatzt: Die NSDAP, deren hannoversche Ortsgruppe bereits seit über 11 Jahren wütende antisemitische Propaganda betrieben hatte, war hoffähig und Regierungspartei im Reich geworden. Mochten auch einzelne der nicht wenigen deutschnational eingestellten Juden nun auf eine Wiederherstellung von „Ruhe und Ordnung" im öffentlichen Leben durch die neue Regierung bauen, so bedeutete die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten doch für die allermeisten der mehr als 5.000 jüdischen Hannoveraner, daß ihre Existenz in rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht höchst ungewiß geworden war.

Auch gegenüber den Juden inszenierten die Nationalsozialisten ein Wechselspiel von „Politik und Terror"[3]. Schmähungen, Angriffe und Überfälle trafen zunächst nur einzelne Juden, aber als die Auslandspresse aufmerksam wurde und über die wilden Aktionen der SA überall im Reich berichtete, wurde von der Parteileitung der NSDAP mit voller Rückendeckung durch die Reichsregierung ein allgemeiner „Judenboykott" ausgerufen: „In jeder Ortsgruppe und Organisationsgliederung der NSDAP sind sofort Aktionskomitees zu bilden zur praktischen, planmäßigen Durchführung des Boykotts jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren, jüdischer Ärzte und jüdischer Rechtsanwälte ... Die Aktionskomitees haben sofort durch Propaganda und Aufklärung den Boykott zu popularisieren. Grundsatz: Kein Deutscher kauft noch bei einem Juden ..."[4] Als Boykottag wurde der 1. April 1933 von der Reichsregierung festgelegt[5]. Wie überall zogen in Hannover vor sogenannten „jüdischen Geschäften" SA-Posten auf, um potentielle Kunden einzuschüchtern und abzuschrecken. Viele hannoversche Juden erlebten erstmals die Bedrohung durch die Nationalsozialisten unmittelbar. Eine betroffene

---

1 Zuerst veröffentlicht in: Hannover 1933. Eine Großstadt wird nationalsozialistisch. Beiträge zur Ausstellung, Hannover 1981, S. 96-99.

2 Nachrichtenblatt. Jüdische Wochenzeitung. Amtliches Organ für die Synagogen-Gemeinde Hannover, Nr. 26 vom 30.12.1932, S. 1.

3 Uwe D. Adam, Judenpolitik im Dritten Reich, Königstein und Düsseldorf 1979, S. 46 ff.

4 Wolfgang Scheffler, Judenverfolgung im Dritten Reich, Berlin 1964, S. 68.

5 Zum Ablauf des Boykott-Tages in Hannover vgl. „Reichskristallnacht" in Hannover. Eine Ausstellung zur 40. Wiederkehr des 9. November 1938. Beiträge zur Ausstellung, Hannover 1978, S. 46 ff.

Geschäftsfrau berichtete: „ ... am Boykottag wurde mein Grammophongeschäft (in der Georgstraße) von der SA gestürmt. Ich verbat es mir energisch und erklärte, daß man die Geschäfte bewachen durfte, aber nicht betreten. Worauf die 3 jungen Kerle eine drohende Haltung einnahmen und meinten, das habe ich wohl in einer jüdischen Zeitung gelesen! Sie stellten sich dann doch vor dem Geschäft auf, und ich verschwand baldigst durch die Kellerhintertür, die zur Ständehausstraße führte ..."[6].

Andere Firmen bauten vor und setzten ihre jüdischen Angestellten vorsichtshalber vor die Tür, beispielsweise die Karstadt AG: „Am 1.4.33, am Boykottag, prangte ein großes Schild in allen Eingängen mit der Aufschrift: 'Hier werden Sie nur von rein arischem Personal bedient.' Damit waren alle jüdischen Angestellten bei Karstadt entlassen ..."[7]. Insgesamt verloren in den verschiedenen hannoverschen Geschäften des Karstadtkonzerns auf einen Schlag drei Geschäftsführer und 71 Angestellte ihre Arbeitsplätze. Auch in den Betrieben und Büros gab es politisch motivierte Entlassungen von Juden; eine Büroangestellte des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertags verlor ihre Anstellung, weil sie sich weigerte, den Arm zum „Hitler-Gruß" zu heben[8].

Mit Hilfe des sogenannten Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums sollten nicht nur politische Gegner der Nationalsozialisten, sondern auch jüdische Beamte aus dem Staatsdienst entfernt werden. Zusätzlich angegriffen wurden als Rechtsanwälte tätige Juden. Verschont blieben vorerst jüdische Kriegsteilnehmer des ersten Weltkriegs. Auch bei der Ausschaltung jüdischer Juristen vermischten sich Politik und Terror: Gerichtserstürmungen durch SA-Leute, gegen die dort tätige Juden gerichtet, gingen an vielen Orten den Beurlaubungen einzelner Beamter voraus, die als Schutzmaßnahmen hingestellt und erst später in endgültige Entlassungen umgewandelt wurden. Die als ehemalige Frontkämpfer von Berufsverboten verschonten Juristen mußten entwürdigende Kämpfe führen: sie wurden beispielsweise gezwungen zu beweisen, daß sie sich niemals in kommunistischen Organisationen betätigt hatten[9].

Von der Machtergreifung Betroffene waren – ohne entsprechende Verordnungen oder gesetzliche Diskriminierungen – auch besonders die Kinder der jüdischen Familien Hannovers. Sie mußten es hinnehmen, daß ohne ersichtlichen Grund Freundschaften mit nichtjüdischen Kindern in der Nachbarschaft oder in der Schule zerbrachen: „ ... im Oktober 1932 wurde ich 13 und im Januar 1933 wurde Hitler dann als Reichskanzler gewählt, und dann auf einmal fing die Sache an, sich zu ändern ... langsam haben sich meine Freundinnen ein bißchen zurückgezogen, aber langsam, ganz langsam. Sie sind in die Hitlerjugend eingetreten und nur zwei haben noch zu mir gehalten, der Vater der einen war Sozial-

---

6 Aus der Erinnerungen einer jüdischen Hannoveranerin. Der Verfasser hat im Rahmen einer Forschungsarbeit über die „Geschichte der Juden in Hannover" Erfahrungsberichte von Zeitgenossen, u.a. in Form von Interviews, gesammelt.

7 Aus der Erinnerung zweier jüdischer Hannoveraner.

8 Aus der Erinnerung eines jüdischen Hannoveraners.

9 Zu den Erfahrungen des hannoverschen Rechtsanwalts Dr. Horst Berkowitz vgl. Ulrich Beer, Versehrt, verfolgt, versöhnt: Horst Berkowitz – ein jüdisches Anwaltsleben, Essen 1979, S. 53.

demokrat ... 1934 wurde Röhm erschossen und in dem Sommer da hat es richtig angefangen, daß wir es mit der Angst bekommen haben, es war das erste Mal, daß ich richtig was gefühlt habe ... Vater hat zu Hause immer gesagt, ach, der (Hitler) kann das doch nicht durchhalten, die Deutschen würden das gar nicht erlauben, daß so ein Verrückter hier weitermacht ..."[10]. Besonders schwierig wurde die Situation vieler Kinder aus besonders stark assimilierten jüdischen Familien: „Ich hatte vom Judentum so gut wie keine Ahnung. Noch nicht einmal die Synagoge kannte ich. Als dann 1933 Hitler ans Ruder kam, fiel ich wie aus allen Wolken. Die Christen konnten mich nicht mehr zu sich rechnen und die Juden wollten mich nicht. So saß ich zwischen zwei Stühlen."[11]

In gewissem Umfang setzte bereits 1933 die Emigration jüdischer Hannoveraner ein, teils in verschiedene westeuropäische Länder, teils nach Palästina. Den zionistisch orientierten unter den jüdischen Emigranten, die sich bemühten, ein Einreise-"Zertifikat" für Palästina zu erhalten, fiel es kaum leichter als den anderen, ihre Heimatstadt zu verlassen, aber sie hatten es nicht ganz so schwer, in der neuen Heimat wieder Fuß zu fassen und dort eine neue Identität für sich zu gewinnen. Unter den frühen jüdischen Emigranten waren Jugendliche und auch Ältere, beispielsweise der Schriftsteller Werner Kraft, der als Bibliothekar von der Provinzialbibliothek „in Urlaub" geschickt worden war[12].

Die Erfahrungen der ersten Monate des NS-Regimes führten zu erheblichen Veränderungen in der innerjüdischen Diskussion auch unter den hannoverschen Juden. Zwei Richtungen kämpften um die Klärung der zukünftigen Perspektiven der Juden in Deutschland: die „deutsch-jüdische", deren Anhänger vor allem im Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und Reichsbund jüdischer Frontsoldaten zu finden waren, und die „zionistische", die in den zwanziger Jahren besonders bei der jüdische Jugend an Einfluß gewonnen hatte. Im November 1933 fanden in Hannover kurz nacheinander Kundgebungen beider Richtungen statt, über die im „Nachrichtenblatt" der jüdischen Gemeinde sehr ausführlich berichtet wurde.

Am 20. November stellte sich die „Erneuerungsbewegung der jüdischen Deutschen" vor, ihre Versammlung war „außerordentlich stark besucht". Hauptredner war der Berliner Bruno Woyda, ein Vertreter des assimilierten Judentums; er erklärte: „Gerade bei allem, was wir im Jahre 1933 erfahren haben, haben wir im tiefsten empfunden, daß wir Deutsche sind und sein werden, mag kommen, was da will. Wir wollen unsere Parole verkünden, bis ... auch der letzte Volksgenosse, der heute noch von einem Zerrbild des Jüdischen beeinflußt ist, unserem wahren, durch keinerlei fremde Einflüsse verfälschten deutschjüdischen Wesen gerecht wird und bis sich Verachtung in Achtung, Verkennen in ehrliche Erkenntnis gewandelt hat ..."[13]. Ein weiterer Redner pointierte die „deutsch-

---

10 Aus der Erinnerung einer jüdischen Hannoveranerin.
11 Aus der Erinnerung einer jüdischen Hannoveranerin.
12 Vgl. Werner Kraft, Spiegelung der Jugend, Frankfurt am Main 1973, S. 132 ff.
13 Nachrichtenblatt, Nr. 26 vom 1.12.1933, S. 2.

jüdische" Position noch schärfer: „Wenn die Zionisten sagen, die Sehnsucht der jüdischen Jugend könne nur sein, sich in die hebräische Sprache, in die hebräische Literatur und in das hebräische Lied zu vertiefen, so meinen wir im Gegenteil, daß die Zukunft der jüdischen Jugend in der deutschen Sprache, in der deutschen Literatur und im deutschen Lied liegt."[14]

Die angegriffenen Zionisten trafen sich fünf Tage später in der „Königsworth". Es sprach einer der bekanntesten Vertreter des deutschen Zionismus, der Berliner Rabbiner Dr. Prinz. Er ging aus von der Feststellung, „ ... man könne die letzten 130 Jahre des europäischen Judentums nicht anders ansehen wie Jahre des endgültigen Untergangs. Denn es sei der gigantische Versuch gemacht worden, dies Volk von all seiner nationalen Eigenart zu entblößen, aus ihm ein reines Konfessions-Judentum zu machen ..."[15]. Prinz warb „für den Palästinaaufbau als eines Werkes der gesamten Judenheit in aller Welt."[16] In Deutschland müßte nunmehr für jüdische Schulen und Berufsumschichtung zugunsten handwerklicher und bäuerlicher Tätigkeiten gearbeitet werden. Prinz beendete seinen Vortrag mit den Worten: „Wir wollen leben, wir tragen die Leidenschaft, die ein neues Leben prägen und formen kann. In diese Zeit setzen wir die Hoffnung, den Mut, den Stolz, die Würde und die Sehnsucht nach Freiheit und Recht."[17]

In der Folgezeit bemühten sich beide Richtungen des deutschen Judentums verzweifelt, in einer feindlich gewordenen Umwelt Orientierungsmöglichkeiten zu vermitteln. Die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten hatte für die Juden öffentliche Diffamierungen, wirtschaftlichen Boykott und die Verdrängung aus dem öffentlichen Dienst mit sich gebracht und die Lebensbedingungen auch der hannoverschen Juden grundlegend verändert. Der Historiker Robert Weltsch urteilt, die Machtergreifung habe deutlich gemacht, „daß es eine wirksame Gegenkraft gegen den ... Nationalsozialismus nicht gab und daß eine Mehrheit der Bevölkerung zumindest passiv mitging ..."[18], und er beschreibt den verbliebenen engen Spielraum der Juden in Deutschland: „ ... in einer präzedenzlosen revolutionären Situation, einem Phänomen wie dem Nationalsozialismus Hitlers gegenüber, (mußten) die alten Rezepte der Bekämpfung des Antisemitismus versagen ... Wie immer die jüdischen Anschauungen differieren mochten, sie alle waren aufgebaut auf der Voraussetzung der Geltung ethischer Grundsätze von Humanität und Kultur ... Was den jüdischen Gruppen übrigblieb, war aufrechte Haltung gegenüber Verunglimpfungen und Willen zur Selbstbehauptung auch unter den ungünstigsten Umständen, die zu ändern man keine Macht hatte."[19] Die Lage der Juden in Deutschland war bereits unhaltbar geworden.

---

14 ebda.
15 a.a.O., S. 5.
16 ebda.
17 ebda.
18 Robert Weltsch, Entscheidungsjahr 1932, in: Werner E. Mosse, Entscheidungsjahr 1932, Tübingen 1966, S. 535-562, hier: S. 559.
19 ebda., S. 560 f.

ÜBER DIE SUCHE NACH DEN NAMEN JÜDISCHER OPFER AUS UNSERER STADT [1]

Bei der Suche nach den Namen der jüdischen Opfer aus unserer Stadt bin ich irgendwann auf die Familie Abraham gestoßen, auf Wilhelm Abraham, 1908 in Hannover geboren, von Beruf Arbeiter, auf seine Frau Renate, die 1934 aus Osnabrück kam und hier zuerst im Israelitischen Krankenhaus, dann in Privathaushalten tätig war, und auf die kleine Tochter Bela, geboren im April 1940, die – keine zwei Jahre alt – mit den Eltern nach Riga deportiert wurde und dort umgekommen ist. „Abraham, Bela, 1 J., deportiert am 15.12.1941, Riga" – lautet der erste von gegenwärtig 1.890 Namenseintragungen auf den Schrifttafeln des hannoverschen Mahnmals am Opernplatz, und es folgen dort auch die Namen von Wilhelm und Renate Abraham.

Das Besondere des hannoverschen Mahnmals ist, daß hier die Namen und Schicksale aller jüdischen Opfer des von den Nationalsozialisten organisierten Massenmords aus Hannover genannt werden sollten – hierfür habe ich nach mehrjährigen Forschungen 1994 eine entsprechende Dokumentation vorgelegt. Die Zusammenstellung der Namen jüdischer Opfer und ihrer Schicksale für das von dem Verein Memoriam errichtete Mahnmal war ein erster großer Schritt, die Ermordung der jüdischen Einwohnern Hannovers vollständig zu dokumentieren.

Nach der Fertigstellung des Mahnmals konnte die Arbeit der „Dokumentation der Opfer" gleichwohl nicht als beendet angesehen werden. Denn: viele Fragen waren offen geblieben und mehr als 600 Schicksale noch ungeklärt. Die Suche nach den Namen der jüdischen Opfer mußte fortgesetzt werden. Bereits jetzt kann ich nach neueren Forschungen das Schicksal weiterer 25 jüdischer Opfer belegen; ihre Namen werden in Kürze auf dem Mahnmal nachgetragen, im Anschluß an die bereits vorhandenen Inschriften.

„Spanier, Friedrich, Jg. 1889, Auschwitz" – wird dann der bis auf weiteres letzte Namenseintrag lauten, der an das Schicksal des aus Wunstorf stammenden Kaufmanns, später Arbeiters im Straßenbau, Fritz Spanier erinnert. Spanier lebte seit 1917 in Hannover, zuletzt in der Celler Straße. Bei dem Versuch, im Herbst 1942 in die Schweiz zu flüchten, wurde er im Grenzort Lörrach denunziert, verhaftet und – nach einigen Wochen – nach Auschwitz verschleppt. Dort, im Lagerteil Birkenau, ist Friedrich Spanier umgekommen, vermutlich im Februar oder im Mai 1943.

Die Suche nach den Namen der jüdischen Opfer aus unserer Stadt war bisher eine Suche nach den Opfern des Massenmords. Aber um das ganze Ausmaß des Unrechts und der Verbrechen des Nationalsozialismus gegenüber den Juden zu kennen, reicht es nicht aus, nur nach den Namen der Ermordeten allein zu

---

[1] Vortrag in der Marktkirche am 16.1.1997.

forschen. Denn der Wille zur Vernichtung des Judentums in Deutschland, bis 1939 durch Ausgrenzung, Enteignung und Vertreibung, dann durch Ausrottung traf alle Juden.

Zu den Opfern der Verfolgung zählen daher nicht nur die Toten, sondern auch die wenigen Überlebenden der Deportationen, der Ghettos und KZ-Lager; und ebenso alle diejenigen, die – weil sie jüdisch waren – beschimpft wurden, die erst ihre Arbeit, dann ihre Wohnung verloren, die ihres Vermögens beraubt wurden, alle diejenigen, die heimatlos wurden; auch sie sind – in einem weiteren Sinn – Opfer der NS-Herrschaft.

Die Suche nach den Namen der jüdischen Opfer aus unserer Stadt muß daher nicht nur der vielen ungeklärten Schicksale der in Ghettos und KZ-Lager Verschleppten wegen fortgeführt werden, sondern sie muß zugleich erweitert werden und alle einbeziehen, die gelitten haben, denen ihre Lebensperspektive genommen wurde, die die Stadt und das Land verlassen mußten. Daher soll die für die Errichtung des Mahnmals 1994 erarbeitete Dokumentation mit den Namen der Ermordeten in ein umfassenderes Arbeitsvorhaben übergehen, in dessen Mittelpunkt die Untersuchung und – soweit das möglich ist: auch die Klärung der Einzelschicksale aller jüdischen Einwohner Hannovers steht.

Die bisherigen Zielsetzungen bleiben bestehen: die Suche nach den Namen soll die jüdischen Opfer der Anonymität entreißen, denn Namenlose haben keinen Platz in der Geschichte; an die Stelle des „Beschweigens" soll die Möglichkeit der Erinnerung treten; die Benennung der Opfer Namen für Namen soll deutlich machen, daß einzelne Menschen, Männer, Frauen und Kinder, betroffen waren, auch wenn die Verfolgung pauschal einer ganzen Bevölkerungsgruppe galt.

Folgende Überlegungen treten noch hinzu: die Opfer des in der deutschen Geschichte einmaligen Verbrechens sollen ohne Ausnahme genannt werden, d. h. der historischen Erinnerung soll nicht eine „Auswahl" zugrundeliegen – man könnte auch sagen: es besteht eine moralische Verpflichtung, an alle Opfer zu erinnern; eben dadurch soll das ganze Ausmaß der nationalsozialistischen Verfolgung der Juden deutlich werden; und: die Untersuchung der Einzelschicksale aller jüdischen Einwohner Hannovers nach 1933 ist ein Beitrag zur Geschichte der Gemeinde in den Jahren ihrer Zerstörung; dabei geht es nicht in erster Linie darum, eine Gesamtzahl der jüdischen Opfer aus Hannover zu ermitteln, das Ziel ist es vielmehr, jenem kategorischen Satz von Leo Baeck nach 1945, die „Geschichte des deutschen Judentums sei zu Ende", in seiner ganzen Tragweite nachzugehen.

Ich möchte nun auf einige Probleme der Arbeit aufmerksam machen und dabei auf die Möglichkeiten und Grenzen der Suche nach den Namen der jüdischen Opfer aus Hannover hinweisen.

Eine Schwierigkeit ist begründet in der großen Zahl der jüdischen Einwohner. 1933 gehörten knapp 5.000 Personen zur jüdischen Gemeinde; durch Geburten kamen bis 1941 etwa 300, durch Zuzug aus anderen Orten vermutlich mehr als



Das Mahnmal an der Oper.
Im Oktober 1994 wurde im Stadtzentrum, neben dem Opernhaus, das auf Initiative des Vereins „Memoriam" errichtete Mahnmal für die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus aus Hannover eingeweiht.
Die Besonderheit des hannoverschen Mahnmals besteht darin, daß auf 24 steinernen Schrifttafeln die Namen und Schicksale aller jüdischen Opfer des von den Nationalsozialisten organisierten Massenmords genannt werden – von „Abraham, Bela, 1 J., deportiert am 15.12.1941, Riga" bis „Zydower, Simon, 56 J., deportiert am 15.12.1941, Riga"; nach dem ersten Namensnachtrag im August 1997 findet man insgesamt 1.915 Namen und Angaben zum Schicksal. Alle genannten Personen starben eines gewaltsamen Todes; sie wurden Opfer des in der deutschen Geschichte einmaligen Verbrechens: der nationalsozialistischen Verfolgung der Juden und des an ihnen begangenen Massenmords.

1.500 Personen hinzu; durch Sterbefälle verlor die jüdische Gemeinschaft im gleichen Zeitraum etwa 500, durch Wegzug etwa 4.000 Personen. 1941 lebten noch 1.700 jüdische Einwohner hier, die fast alle deportiert wurden. Danach beträgt die rechnerische Gesamtzahl der jüdischen Einwohner Hannovers zwischen 1933 und 1941 etwa 7.000 Personen, deren Schicksal untersucht werden soll. Für die Dokumentation von 1994 hatte ich bereits die Namen von mehr als 3.400 jüdischen Einwohnern aufgenommen und versucht, ihren Verbleib zu klären. Diese Zahlen machen den Umfang der schon geleisteten und zugleich der noch zu leistenden Arbeit deutlich.

Für die Suche nach den Namen der jüdischen Opfer aus Hannover mußte bestimmt werden, welcher Personenkreis in die Untersuchung einbezogen werden soll: unsere Suche bezieht sich auf alle als Juden verfolgten Menschen,

unabhängig davon, ob sie Mitglieder der Synagogengemeinde gewesen waren und ob sie innerhalb oder außerhalb der jüdischen Gemeinschaft gelebt haben; sie bezieht sich auf den gesamten Zeitraum zwischen 1933 und 1945, also auf die gesamte Dauer der NS-Herrschaft; sie bezieht sich auf Hannover in den Grenzen des seit 1974 erweiterten Stadtgebiets, weil dies der Ausdehnung der früheren hannoverschen Synagogengemeinde nahekommt.

Die weitere Suche nach den Namen der Opfer schließt – im Sinne der vorhin vorgetragenen Argumentation – ausdrücklich auch die Überlebenden ein, auch diejenigen, die sich durch Emigration in ein sicheres Land haben retten können.

Schließlich ist noch auf die besondere Vielzahl organisierter Aktionen gegen die hannoverschen Juden, die ganze Gruppen betrafen, nicht nur Einzelpersonen, hinzuweisen:

1. am 28.10.1938 wurden die hannoverschen Juden mit polnischem Paß aus ihren Wohnungen geholt und innerhalb eines Tages nach Polen abgeschoben
2. am 10.11.1938, nach der Kristallnacht, wurden 334 jüdische Männer aus Hannover und Umgebung verhaftet und für Wochen oder Monate in das KZ Buchenwald verschleppt
3. am 25.6.1939 wurden erneut Juden polnischer Staatsangehörigkeit verhaftet und abgeschoben
4. im September 1939 wurden die wenigen zurückgebliebenen polnischen Juden, Männer und Jungen, in das KZ Buchenwald verschleppt
5. während des Jahres 1940 wurden auch die zu hannoverschen Familien gehörenden jüdischen Patienten in Heil- und Pflegeanstalten ermordet
6. am 3. und 4.9.1941: Ghettoisierung der noch in Hannover lebenden Juden in den sogenannten Judenhäusern

dann die Deportationstransporte:

7. am 15.12.1941: 1. Deportation nach Riga
8. am 31.3.1942: 2. Deportation nach Warschau
9. am 23.7.1942: 3. Deportation nach Theresienstadt
10. am 2.3.1943: 4. Deportation nach Auschwitz
11. am 16.3.1943: 5. Deportation nach Theresienstadt
12. am 30.6.1943: 6. Deportation nach Theresienstadt
13. im August 1943 wurde eine kleine Gruppe jüdischer Männer verhaftet, in das Lager Lahde bei Petershagen gebracht und dort ermordet
14. am 11.1.1944: 7. Deportation nach Theresienstadt
15. am 20.2.1945: 8. Deportation nach Theresienstadt.

Die Aufzählung der organisierten Aktionen gegen die hannoverschen Juden, insbesondere der Deportationen 1941-1945, führt zu der Frage, welche Quellen zur Verfolgung der Juden in Hannover vorhanden sind.

Der Kölner Historiker Horst Matzerath hat in seiner Einleitung zum Gedenkbuch für die Kölner Juden festgestellt: „Voraussetzung für örtliche Gedenkbücher ist ... eine hinreichende lokale Überlieferung, das heißt erhaltene Deportationslisten oder Unterlagen der Synagogengemeinden. Das bedeutet, daß derartige Gedenkbücher weitgehend von der Überlieferungssituation abhängig sind und bisher vor allem für kleine und mittelgroße Städte vorgelegt worden sind, während insbesondere die sehr großen Städte mit gestörter Überlieferung ... erhebliche Probleme haben."

Dies gilt auch für die Stadt Hannover; denn hier sind die Verluste von schriftlichen Zeugnissen zur Verfolgung der Juden einschneidend; vermutlich alle Akten der Organisatoren von Verfolgungsmaßnahmen wurden beseitigt und sind für die Forschung verloren: die Akten der hannoverschen Gestapo und ihres für die Juden zuständigen Referats, ebenso die Polizei-Akten, auch die Akten der hannoverschen NSDAP-Kreisleitung und der Ortsgruppen; auch wichtige Akten städtischer Dienststellen sind nicht mehr vorhanden – mit Ausnahme von Splittern finden wir keinerlei Dokumente zu den genannten Verfolgungsaktionen mehr vor.

Für die Stadt Hannover haben sich weder – wie etwa in Berlin – die behördlichen Namenslisten der Deportationen erhalten noch – wie in Hamburg – vollständige Personenkarteien der jüdischen Gemeinde; die von der hiesigen Synagogengemeinde geführten Register der Sterbefälle enden im Frühjahr 1938, während die sonstigen Akten und Aufzeichnungen der Gemeinde mit ihrer Vernichtung untergegangen sind.

Das vom Bundesarchiv im Jahr 1986 herausgegebene „Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945" mit Nachweis von mehr als 128.000 Namen jüdischer Opfer aus den Ländern der alten Bundesrepublik, eine sehr verdienstvolle Arbeit aus den sechziger und siebziger Jahren, enthält zwar fast 1.900 Personenangaben in Verbindung mit Hannover, aber es stellte sich bei einer genauen Prüfung doch ein außerordentlich hoher Korrekturbedarf heraus; zu ähnlichen Feststellungen kamen auch meine Kollegen anderenorts.

Deshalb bleibt die Suche nach den Namen der jüdischen Opfer aus Hannover zuerst eine Suche nach Quellen, vor allem nach lokalen Quellen.

Hier ist vor allem eine Quelle von ganz herausragender Bedeutung, nämlich die für das Gebiet der Stadt Hannover zwar nicht ganz vollständig, aber doch überwiegend erhaltene frühere Einwohnermeldekartei. Das Meldeamt war früher in Hannover wie in ganz Preußen eine Einrichtung der Polizei, und das Meldewesen war durch „Polizei-Verordnungen" geregelt, zuletzt durch die Reichsmeldeordnung vom 6.1.1938, durch die nicht nur jeder Wohnungsmieter,

sondern auch Vermieter und Hausverwalter zur sofortigen Anzeige jedes Einzugs und Auszugs strikt verpflichtet wurden. Die Polizei führte ein doppeltes Register, einerseits mit personenbezogenen Meldekarten an zentraler Stelle, andererseits mit nach Straßen geordneten Hausstandsbücher in den einzelnen Polizeirevieren; die Aufgabe der Meldebehörde war die lückenlose Erfassung der gesamten Bevölkerung.

Als nach 1945 auf Anordnung der Militärregierung das Meldeamt kommunalisiert wurde, kamen die Karteikarten und Hausstandsbücher zur Stadtverwaltung, wo sie bis zur Umstellung auf EDV-Einsatz weitergenutzt wurden; seither handelt es sich um Archivmaterial. Im Stadtarchiv habe ich in den Jahren 1983 bis 1986 und auch noch danach die etwa 600.000 Karteikarten der dreißiger und vierziger Jahre durchgesehen, um darin nach den Meldekarten der jüdischen Haushaltungen und Familien zu suchen; finden konnte ich schließlich etwa 12.000 Karten; ohne diese zeitraubende Vorarbeit wäre es gar nicht möglich, jetzt diese Quellen zu nutzen und auszuwerten.

Für die Untersuchung der Einzelschicksale der jüdischen Einwohner sind diese 12.000 Karteikarten – und daneben die parallelen Angaben in den Hausstandsbüchern – deshalb von so herausragender Bedeutung, weil die Karten nicht nur Namen, Lebensdaten, Angaben zur Religionszugehörigkeit und Wohnanschriften enthalten, sondern bei sehr vielen deportierten Juden den Tag und das Ziel der Deportation, Angaben, die von den zuständigen Beamten auf den Karten notiert wurden wie eine normale Wohnsitzveränderung.

Auf der Meldekarte der Familie Abraham liest man: „alle/15.12.41/Riga abgeschoben", im Hausbuch Köthnerholzweg 35 für die Familie Isaak Laudon: „25.6.39/Polen amtl.", auf der Karte für Otto Kohen: „4.9.41/Ohestr. 9" – dies war eines der Ghettohäuser, auf der Karte von Arthur und Margarete Kaufmann: „beide/15.12.1941/Riga abgeschoben". Man kann übrigens erkennen, daß manche dieser Eintragungen nicht sofort, sondern erst Wochen oder Monate später – nachträglich – vorgenommen wurden – aber Ordnung mußte sein!

Daneben finden sich auf den Meldekarten gelegentlich auch Hinweise auf Verhaftungen – oder Vermerke wie „Paßsperre" oder „Stapo melden" (das bedeutete: die Geheime Staatspolizei informieren), die auf polizeiliche Verfolgung der Betroffenen schließen lassen – und natürlich viele hundert Karten mit Abmeldungen der zur Auswanderung gezwungenen Juden, häufig unter Angabe des ersten Emigrationsziels: Kopenhagen, London, Polen, Belgien, New York usw., zum Beispiel auf der Karte für Herbert Loebenstein, seine Frau Gertrud und Tochter Lotte: „1.8.37/Amsterdam".

Es läßt erstaunen, daß die Meldekarten der jüdischen Einwohner Angaben über die Verfolgung in solcher Deutlichkeit enthalten. Ein Grund dafür liegt darin, daß die Meldekarten selbst ein zentrales Werkzeug bei der Ermittlung und Sammlung der Juden waren. Mit den durch Verordnung vom August 1938 den Juden aufgezwungenen zusätzlichen Zwangsnamen – „Israel" bzw. „Sara" – wollten die Nationalsozialisten sicherstellen, daß jeder Jude für die

Verwaltung sofort als solcher erkennbar wurde, und folgerichtig wurden diese zusätzlichen Zwangsnamen nun auch auf den Meldekarten der Juden nachgetragen und diese gleichzeitig mit einem Stempelaufdruck „J" versehen; daraufhin konnten dann an jüdische Einwohner die für sie vorgesehenen besonderen Kennkarten – mit großem „J"-Eindruck – lückenlos ausgegeben werden.

Es fällt auf, daß weder die damalige Meldebehörde noch die karteiführenden Beamten einen Anlaß sahen, ihre Vermerke über die Verfolgung der Juden etwa in einer Tarnsprache abzufassen oder zu verschleiern; dies gibt einen Einblick in das Selbstverständnis dieser Personen und erinnert zugleich an die These Hannah Arendts, der Massenmord an den Juden sei ein „Verwaltungsmassenmord" gewesen, der nur gestützt auf die uneingeschränkte Mitwirkung der Bürokratie, deren ausführende Organe als Erfüllungsgehilfen unverzichtbar waren, ins Werk gesetzt werden konnte.

Der Umgang mit den Meldekarten im Zusammenhang mit der Suche nach den Namen der jüdischen Opfer ist für mich mit sehr widersprüchlichen Gefühlen verbunden; denn bei der Durchsicht der Karten bleibt mir kaum anderes übrig, als mich an denselben Kennzeichnungen – etwa den Zwangsnamen – zu orientieren wie diejenigen Beamten, die 1941 – bei der Vorbereitung der Ghettoisierung der jüdischen Einwohner – die Kartei gesichtet haben. Natürlich ist es notwendig, auch die Meldekarten wie andere historische Quellen kritisch zu lesen und nicht ungeprüft zu übernehmen, was dort zu lesen ist. Namen und Lebensdaten jüdischer Opfer möglichst korrekt zu dokumentieren, halte ich nicht nur aus formalen Gründen für wichtig; der Respekt gegenüber den Verfolgten, deren persönliche Würde nicht zuletzt durch die von den Nazis oktroyierten Zwangsnamen „Israel" und „Sara" verletzt worden war, lassen auch in dieser Hinsicht jegliche Anstrengung begründet erscheinen.

Neben der früheren Meldekartei ist eine Quelle aus den Jahren nach 1945 besonders wichtig: die Akten über die vor dem Amtsgericht Hannover durchgeführten Todeserklärungsverfahren – es handelt sich um viele tausend Vorgänge, zumeist Soldaten betreffend – unter denen ich bisher mehr als vierhundert Fälle finden konnte, in denen es um die Klärung jüdischer Schicksale geht.

Über weitergehende Nachforschungen in auswärtigen Archiven, zum Beispiel im Bundesarchiv, in niederländischen Archiven, in den Staatsarchiven in Hamburg, Bremen, Berlin usw. sowie sonstigen Archiven oder im Kontakt mit Historikerkollegen kann ich hier nicht näher berichten, ebensowenig über die Arbeitsweise im einzelnen.

Die Suche nach den Namen der jüdischer Opfer ist auch eine Suche nach Zeugen, und dies sind in erster Linie die überlebenden Familienangehörigen, von denen ich vielen in den vergangenen Jahren begegnet bin und die ich befragt habe; ihre mündlichen, aber auch brieflichen Aussagen sind für diese Arbeit von größter Bedeutung. Im Frühjahr 1993 habe ich die in aller Welt lebenden früheren jüdischen Hannoveraner in einem Rundschreiben über die Namenssuche

informiert und um ihre Mitarbeit gebeten. Die Resonanz auf meine Bitte, nochmals Auskunft zu geben und mir die Namen ermordeter und verschollener Familienangehörigen mitzuteilen, war außerordentlich, und mit Hilfe der eingegangenen Antworten konnten zahlreiche, bis dahin offene Schicksale geklärt werden.

Die Bereitschaft der Betroffenen, sich aufs neue an das zu erinnern, was sie doch niemals vergessen können, ist nicht selbstverständlich – aber sie wird für sie selbst immer schmerzlich sein. Eine Dame konnte mir den Namen ihres ermordeten Bruders nicht mitteilen, weil sie glaubt – weil sie fest glauben will, daß dieser Bruder noch lebt und weil sie weiter nach ihm suchen will.

Es ist wohl deutlich geworden, daß die Schicksale der etwa 7.000 jüdischen Einwohner Hannovers nach 1933 trotz des Fehlens vieler Dokumente durch intensive und systematische Bearbeitung der vorhandenen Quellen überwiegend geklärt werden können.

Wer nach der Namen jüdischer Opfer sucht, ist buchstäblich mit tausenden von Einzelfragen konfrontiert: Wie schreibt sich dieser Familienname und wie lautet jener Vorname? Ist dieses Geburtsdatum richtig und jene Todesangabe? Wann kam dieser nach Hannover, wann zog jener fort? Gibt es nur diesen Hinweis auf das Schicksal einer Person oder liegt eine weitere Quelle vor? usw.; viele dieser Fragen lassen sich schließlich beantworten.

Aber die Frage, was es für Juden bedeutet haben muß, unter der Herrschaft der Nationalsozialisten zu leben, sich radikaler antisemitischer Agitation ausgesetzt zu sehen, sozialer Ausgrenzung und Entrechtung, Enteignung und Verelendung, schließlich Ghettoisierung und Deportation – diese Frage entzieht sich unserer Vorstellung. Hierzu schweigen unsere Quellen.

Was die Quellen möglich machen, ist – Namen für Namen – die Rekonstruktion äußerer Ereignisse, das Nachzeichnen der Verfolgung, die Dokumentation behördlichen Übergriffe; sie enthalten Bruchstücke zerbrochener Biographien. Aus den überlieferten Quellen möchte ich über Arthur Kaufmann, Isaak Laudon, die Familie Loebenstein und andere berichten.

Arthur Kaufmann, geboren 1883 in Bochum, seit dem vierten Lebensjahr in Hannover, schloß das Studium der Rechtswissenschaft mit der Promotion zum Dr. jur. ab und ließ sich danach als Rechtsanwalt hier nieder. Nach 1933 konnte er seine Praxis noch in eingeschränktem Umfang fortführen, aber 1938 traf ihn das Berufsverbot für jüdische Juristen. Nach der Kristallnacht wurde Arthur Kaufmann als einer der ersten jüdischen Einwohner verhaftet, im Polizeigefängnis eingesperrt und schließlich für einige Wochen in das KZ Buchenwald abtransportiert.

Anfang 1939 übernahm Arthur Kaufmann die Leitung der „Abteilung Fürsorge" der jüdischen Gemeinde in der Ohestraße 8; dort wohnte er auch und seit Dezember 39 ebenfalls seine zweite Ehefrau Margarete Loewenstein. Ein Foto Kaufmanns, vermutlich aus dieser Zeit, zeigt einen freundlichen, schon etwas

älteren Herrn, mit Telefonhörer am Ohr. Bis Ende 1941 war Arthur Kaufmann einer der Sprecher der noch in Hannover lebenden Juden; es war seine Aufgabe, mit der Stadtverwaltung, vor allem mit dem zuständigen Wirtschafts- und Ernährungsamt, über die Lebensmittelversorgung für sämtliche jüdischen Einwohner zu verhandeln.

Im Stadtarchiv ist ein offizielles Schreiben Kaufmanns erhalten. Im Juli 1941 hatte er einen Bericht über die Bestände der Fürsorge-Kleiderkammer an das Landeswirtschaftsamt zu erstatten: „Die Jüdische Kleiderkammer der Synagogen-Gemeinde Hannover betreut sämtliche in der Stadt Hannover wohnenden jüdischen Männer, Frauen und Kinder. Der Bestand ... ist folgender: 25 Herrenmäntel, 6 Damensommermäntel, 13 Damenwintermäntel, 29 Herrenanzüge ...". Die genannte Anzahl und einige weitere Kleidungsstücke sowie ein paar Damen- und Kinderschuhe standen für mehr als 1.700 jüdische Einwohner zur Verfügung, und man muß wissen, daß Juden damals keine „Kleiderkarte" erhielten und somit neue Kleidungsstücke, Schuhe usw. nicht kaufen konnten.

Das Haus Ohestraße 8 wurde Anfang September 1941 zu einem der sogenannten Judenhäuser zur Sammlung der Juden vor den anlaufenden Deportationen erklärt, und Arthur Kaufmann mußte in diesem Haus im Auftrag der Gestapo die Einweisung der Bewohner und die Verteilung der Räume vornehmen. Am 15.12.1941 wurden Margarete und Arthur Kaufmann mit dem ersten Transport von Hannover in das Ghetto Riga deportiert; dort sind beide umgekommen.

Zu den Personen, die in dieser Zeit Verantwortung innerhalb der Gemeinde übernahmen, gehörte auch Luci Warschauer, 1893 in Rotenburg geboren; als Ehefrau des Arztes Dr. Otto Warschauer lebte sie seit 1919 in Hannover, in der Langen Laube, wo auch die beiden Söhne aufwuchsen, Hans, Jg. 1920, und Thomas, Jg. 1927; nachdem es im Frühjahr 1939 gelungen war, beide Söhne in ein sicheres Emigrationsland zu schicken, übernahm Luci Warschauer die Leitung des jüdischen Altersheims in der Körnerstr. 5.

Ein Dokument aus dem Januar 1940 belegt, wie Luci Warschauer sich für die Versorgung der Heimbewohner einsetzte. In einem Vermerk des Wirtschaftsamts heißt es: „Die Oberin des (Altersheims) Körnerstr. 5 hat mich schon wiederholt um Bezugsscheine gebeten, wenn der eine oder andere von den 25 Insassen des jüdischen (Heims) dringend Bekleidungsstücke haben musste. Wenn in diesen Fällen ein Notstand vorlag, sind hier bislang auch die erforderlichen Bezugsscheine ausgestellt worden, natürlich immer nur in ganz bescheidenen Grenzen. Frau Warschauer macht mich nun neuerdings wiederholt darauf aufmerksam, dass ihre Pfleglinge ausserordentlich unter dem Mangel an Nähgarn und Stopfmitteln zu leiden haben, sodass sie vielfach ihre Bekleidung, besonders Strümpfe, nicht mehr flicken oder stopfen können ... Ich möchte deshalb bitten, möglichst schnell eine Entscheidung herbeiführen zu lassen, was in derartigen Fällen gemacht werden soll ...". Die Antwort ist nicht bekannt.

Im Jahr darauf, 1941, wurde Luci Warschauer von der Gestapo verhaftet unter dem Vorwurf, das Altersheim verfüge verbotswidrig über einen zu großen Vorrat

an Heizmaterial; sie wurde in das KZ Ravensbrück verschleppt; dort ist sie am 8. Mai 1942 umgekommen. Einige Wochen später wurde eine Urne mit ihren Aschenresten nach Hannover gesandt und neben dem Grab des Vaters auf dem Friedhof An der Strangriede beigesetzt.

Otto Kohen, dessen Name bereits genannt wurde, Hamburger, seit 1885 in Hannover lebend, Kaufmann und unverheiratet, ein stets freundlicher, unternehmungslustiger und familiärer Mensch – so beschreibt ihn sein Bruder Julius, der in Berlin lebte, in seinen im November 1941 zu Papier gebrachten Erinnerungen. „Aber," ich zitiere aus diesem einzigartigen Dokument, „im September 1941, als er gezwungen wurde, mit vier anderen Hausgenossen, also zu fünfen (wovon zwei weiblich) ein kleines Zimmer in einem der ... 'Judenhäuser' in Hannover zu bewohnen, nur ein Chaise longue und einen kleinen Koffer mit wenig Inhalt als Eigentum und Nutz, verlor er aus einem kleinen Anlass heraus die Energie, so weiter zu leben, und schrieb mir einen Abschiedsbrief, ehe er das Gift nahm, das ihm – wie er hoffte – einen sanften Tod bereiten sollte. Aber in so einem bevölkerten Zimmer kann man nicht einmal ruhig sterben. Er wurde bemerkt, ins Krankenhaus gebracht und kämpfte dort mit seiner kräftigen Konstitution noch sechs Tage gegen das Ende, das am 6. 10. 1941 eintrat. Aber," fügt der Bruder hinzu, „es blieb ihm – so sehr ich ihn betrauerte – doch das Äusserste erspart, was jetzt den Juden geschieht!" – gemeint die ersten Transporte im Herbst 1941. Die Aschenreste Otto Kohens wurden auf dem Friedhof An der Strangriede beigesetzt, ich nehme an: in einem noch freien Grab eines großen Erbbegräbnisses, die Stelle ist nicht bezeichnet.

Die Suche nach den Namen der jüdischen Opfer ist manchmal auch eine Suche nach Worten: soll man von „Selbstmord" sprechen, „Suizid", „Freitod" – welches Wort ist das angemessene?

Zu denen, die sich im Herbst 1941 – vermutlich nach Erhalt der Deportationsbefehle, die amtlich „Abwanderungsaufforderung" genannt wurden – selbst das Leben nahmen, gehörten auch die Witwe Martha Königsfeld, Jahrgang 1881, Rosa Abraham und ihre erwachsenen Kinder Ludwig und Hilde, ebenso die Witwe Clara Philippstein, geboren 1869 und der Arzt Dr. Sigmund Kohn. Die Letztgenannten sind auf dem jüdischen Friedhof Bothfeld beigesetzt; die Gräber blieben aber zum Teil ohne Stein.

Zur gleichen Zeit wurde der Massenmord in den Ghettos im besetzten Polen ins Werk gesetzt, dem die in den dreißiger Jahren nach Polen emigrierten bzw. 1938 und 1939 dorthin abgeschobenen hannoverschen Juden zum Opfer fielen. Es ist bisher nur in wenigen Fällen möglich, dies genauer zu dokumentieren. Das Schicksal von Isaak Laudon, bis 1939 Köthnerholzweg, nach der Abschiebung im polnischen Warta lebend, dem Geburtsort seiner Frau Berta, ist durch den Brief eines Überlebenden geklärt, den ich vor zwei Jahren erhielt; darin heißt es: „Weiterhin möchte ich dir mitteilen, dass der Herr Laudon, Grünbaum und ein dritter Herr aus Hannover ... in Warta Vorstände des dortigen Komitees im Ghetto Warta waren. Diese drei Leute wurden Juli/August 1942 auf dem Markt-

platz in Warta öffentlich gehenkt ... Meine Mutter, Schwester und Großvater und Familie lebten in dieser Zeit in Warta ...".

Die seit Januar 1931 in Hannover lebende Familie Reiser hatte – wohl im September 1935 – „in großer Hast" nach Polen emigrieren müssen, nachdem Ben-Zion Reiser wegen einer lauten Nazi-Kritik verhaftet und nur gegen die Zusicherung wieder freigekommen war, Deutschland umgehend zu verlassen. Ben-Zion Reiser ist vermutlich im Ghetto von Lemberg umgekommen; Erna Reiser und die Tochter Ruth wurden im September 1942 nach Belzec deportiert und dort ermordet; auch das Schicksal dieser Familie konnte nur mit Hilfe überlebender Angehöriger aufgeklärt werden.

Und zur gleichen Zeit wurden auch die von Hannover nach Holland, Belgien und Frankreich geflüchteten Juden gesammelt und in die Vernichtungslager im Osten transportiert, wie Herbert und Gertrud Loebenstein und ihre Tochter Lotte, die hier 1937 weggegangen waren und 1943 von Amsterdam aus nach Sobibor verschleppt wurden; ihre Namen werden auf dem Mahnmal noch nachgetragen.

Die kurzen biographischen Abrisse lassen etwas aufscheinen von der Situation dieser Menschen und zugleich aller Juden in diesen Jahren der Vernichtung. Erschreckend – und allen gemeinsam – ist der Abbruch jeglicher Lebens- und Alltagsnormalität; erschreckend – und alle betreffend – die gleiche unerbittliche existenzielle Bedrohung.

Die nachgewiesenen Opferschicksale von Juden aus Hannover nach dem gegenwärtigen Stand der Untersuchung sind: 1938 und 1939 aus Hannover nach Polen abgeschoben, nach der deutschen Besetzung ghettoisiert und ermordet: 248; Suizid, vor allem nach 1938: 41; hier verhaftet und im KZ umgekommen, 1939/1945: 44; Verschleppung und Ermordung jüdischer Heim-Patienten aus Hannover 1940 ff.: 18; 1941/1945 von hier deportiert und umgekommen: 1.365; emigriert, später dennoch deportiert und umgekommen – von Frankreich aus: 16, Belgien: 19, Niederlande: 94, von anderen Ländern (Polen, Italien, Luxemburg u.a.) aus: 60; Opfer einzelner Mordtaten, auch: Opfer in Polizeihaft: 10; insgesamt 1.915; diese Zahl hat nur vorübergehend Bestand – sie wird weiter ansteigen.

Die nur zu schätzende Gesamtzahl ermordeter Juden aus Hannover beträgt mehr als 2.200 Menschen.

Die bisherige und fortzuführende Suche nach den Namen der jüdischen Opfer aus unserer Stadt hat nicht nur symbolische Bedeutung, sondern ist ein wesentlicher Beitrag zur Geschichte der Juden und zur Stadtgeschichte. Bedarf es des Hinweises, daß auch dieser Beitrag kein Ende der Auseinandersetzung mit der Geschichte bewirken kann?

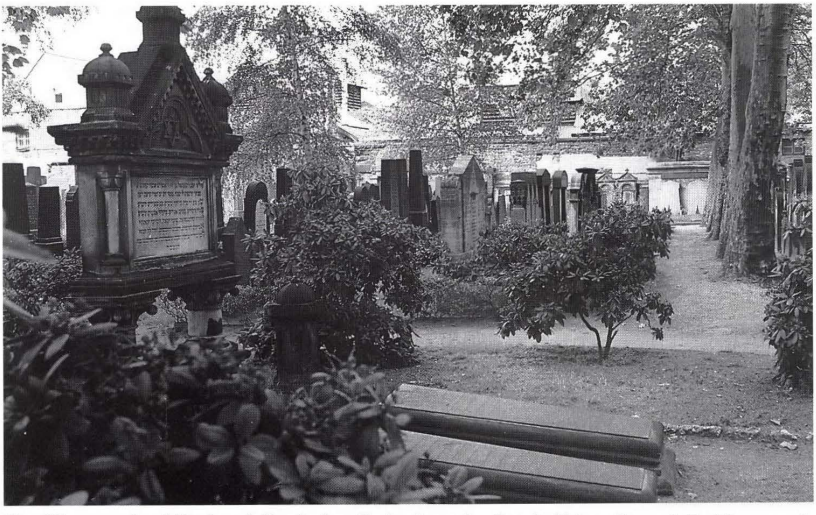
Die Dokumentation der jüdischen Opfer, eine Bilanz unvorstellbaren Grauens, läßt keinerlei Raum für übliche Floskeln. „Versöhnung"? Dazu fehlt die Gegenseite, nach all dem Morden.

Was bleibt, ist die Konfrontation mit den historischen Tatsachen. Es ist mehr gefordert als Gedenken an die Ermordeten. Das Gedenken kann nicht das Fragen und Forschen ersetzen, und das Fragen und Forschen nicht den Kampf um Wahrheit und Gerechtigkeit.

EIN RUNDGANG ÜBER DEN FRIEDHOF AN DER STRANGRIEDE [1]



Der Rundgang beginnt hinter der Alten Predigthalle und folgt dem Hauptweg bis zum Mittelrondell, zwischen den beiden ältesten Gräberfeldern des Friedhofs hindurch. Auf beiden Seiten später angelegte Ehrengräber, rechts: Schuldirektor Albert Silberberg, Lehrer Mendel Zuckermann; links: die Gemeindevorsteher Julius Kauffmann, Simon Katz und Isaac Hirsch.



Der Weg um das Mittelrondell mit den Grabstätten der Landrabbiner Samuel E. Meyer und Samuel Freund herum führt vorbei an den Gräbern des langjährigen Gemeindesekretärs und Kantors Jacob Hoffmann, des als Hauptmann 1916 gefallenen Ingenieurs Georg Meyer, des Seminardirektors Lesser Knoller und der Ehrenreihe jüdischer Kriegstoter 1914-1918, an großen Familienbegräbnissen entlang zur Westmauer.

---

[1] Zuerst veröffentlicht in: Juden in Hannover. Beiträge zur Geschichte und Kultur einer Minderheit, Hannover 1989, S. 128-131.



Vom ältesten Grab des Friedhofs aus, dem David Weils, wird der Rundgang fortgesetzt: rechts liegen die frühen Reihengräber, links die ersten Familiengrabstätten, Geheime Finanzrätin Jeanette Jacobson und - dreißig Meter weiter - ihr Bruder, Dr. med. Hermann Cohen, Vorsitzender der Gemeinde von 1875 bis 1890, Jacob Frank, Mitbegründer der Continental AG, Daniel Heinemann, Edwin Oppler und Moritz Simon.



Von Simons Grabstätte aus führt der Weg weiter an den früheren Kindergräbern vorbei auf die Predigthalle zu, in deren Nähe weitere Ehrengräber liegen (Kaufmann Leopold Fischer, Lindener Senator und Gemeindevorsitzender von 1902 bis 1914, Bernhard Schapira, Jacob Berliner).

Östlich der Predigthalle liegen die jüngeren Kindergräber sowie die Gräber der Lindener Juden. Vor dem Gedenkstein von 1862 stand das 1945 zerbombte Totenhaus. Hier wurden nach dem zweiten Weltkrieg einige Beisetzungen durchgeführt. Die Familiengräber an der Straßenmauer sind teilweise zerstört (Kaufmann Adolf Herzberg).



Hinter der großen Grabanlage der Familie Joseph Berliner beginnt die östliche Friedhofsmauer; es folgen das Familiengrab Gumpel und weitere Erbbegräbnisse (Bankier Moritz Magnus, Gustav Cohen, Administrator der Samson-Stiftung und Samsonschule in Wolfenbüttel, das heute anonyme Grabmal der Familie Meyer). Unter den Reihengräbern rechts vom Weg die Grabstätten Louis Kugelmanns und Siegmund Lessings, des Vaters von Theodor Lessing.



Eine Abkürzung führt durch den breiten Querweg zurück zum Mittelrondell an aufwendig gestalteten Familiengräbern vorbei.



Der Rundgang folgt weiter der Mauer und dann dem zweiten Querweg, rechts und links die jüngeren Reihengräber der Jahre 1910 bis 1922, dazwischen die Grabanlagen der Familien Dux und Molling, das Grab Norbert Pragers und Moritz Berliners. Vom Mittelweg aus fällt der Blick auf das Grab des Landrabbiners Selig Gronemann und den Gedenkstein für die in Auschwitz ermordeten Angehörigen der Familie Wirtheim. – Der Mittelweg führt zurück zur Predigthalle und zum Ausgang.

Aaron Spannier (in Hoya)	57
Abraham: siehe auch Jacob Abraham Joseph	
Abraham Herz Cohen: siehe Cohen, Abraham Herz	
Abraham Meyer Cohen	55
Abraham, Familie	198
Abraham, Bela	193, 195
Abraham, Hilde	202
Abraham, Ludwig	202
Abraham, Renate	193
Abraham, Rosa	202
Abraham, Wilhelm	193
Achad Ha'am (pseud. für Uscher Ginzberg)	161
Adler, Familie	82
Adler, Chaim	102
Adler, Nathan Markus	14 f., 29, 62, 66-82, 85, 90, 95 ff., 99, 102, 107, 145
Adler, Markus (Marcus)	58 f., 62 f., 67, 71
Altman, Georg	26
Arje Leibusch: siehe Levi Josua	
Beermann, Ilse	25
Beermann, Lotte	25
Beermann, Markus	25
Beermann, Ruth	25
Behrend Josua (Isaschar Berisch)	55-58, 144
Behrend, Joseph	94
Behrens: siehe auch Leffmann Behrens	
Behrens, Fellhändler	22
Bella Betty, Tochter des Jacob Abraham Joseph	149

Benfey, Philip 26
Bennigsen, Rudolf von, Oberpräsident 106
Beradt, Louis 94
Berend: siehe auch Michel Berend
Berend Lehmann 132, 134
Berend, Kossmann, Hofagent 76, 132, 134
Berend, Sarah 132
Berisch: siehe Behrend Josua (Isaschar Berisch)
Berliner, Familie 21 f., 149-155
Berliner, Adolph 151
Berliner, Aenne 177
Berliner, Alfred 23, 172
Berliner, Felix 23 f., 153
Berliner, Clara 22, 153 ff.
Berliner, Cora 22, 153 f., 179
Berliner, Ella 154
Berliner, Else 151
Berliner, Emil 21, 149, 151 f.
Berliner, Franziska 151
Berliner, Hermann 151
Berliner, Jacob 21, 149, 151-154, 206
Berliner, Johanne 151
Berliner, Joseph 21, 27, 112, 149, 151-154, 179, 207
Berliner, Manfred 21, 151 ff.
Berliner, Martin 153
Berliner, Meyer 150
Berliner, Moritz 21, 151-154, 208
Berliner, Moses 21, 149 f.
Berliner, Rahel 151, 154

Berliner, Rebecka 151
Berliner, Sally 21
Berliner, Samuel 21, 94, 150 f.
Berliner, Sara 154
Berliner, Semmy 24, 153
Berliner, Siegfried 153
Berliner, Therese 154
Bing, Abraham 71
Bismarck, Wilhelm von, Regierungspräsident 106
Blogg, Salomon 12
Bock, von, Oberstleutnant 87
Boedeker, Senior an der Marktkirche 100
Bothmer, von, Regierungsrat 113
Buber, Martin 161
Buchholz, Landrabbiner in Hildesheim 92
Buchholz, Walter 165
C siehe auch K
Cohen: siehe auch Abraham Meyer Cohen; Joseph ben Meschullam Süßel Cohen
Cohen, Kriegsagent 76
Cohen, Abraham Herz 61, 136
Cohen, Albert 107
Cohen, Gustav 207
Cohen, Hermann, Dr. med. 206
Cohen, Leffmann Herz 136
Cohen, Mathilde 136
Cohen, Moritz, Dr. jur. 94
Cohn, Adolf 171, 174 f.
Cohn, Hilde 41
Cohn, Salomon 75

Cosman Lehmann 54
Däubler, Theodor 164
David: siehe auch Joseph David Oppenheimer; Michael David; Salomon Michael David
David Michael David 122
David Oppenheimer 144
Davidt: siehe Simon Davidt
Dina Friedberg, Ehefrau des Jacob Abraham Joseph 21, 149 f.
Dinter, antisemitischer Agitator 115
Dux, Familie 208
Eckmann, Lehrer in Nienburg 106
Elsbach, Ferdinand 26
Elsbach, Margarete 27
Elsbach, Walter 27
Engelmann, Paul 167
Enoch, Friederike 150
Ernst August (hann. Herzog) 14, 48, 50
Ernst August (hann. König) 76, 88
Ettlinger, Rabbiner in Mannheim 62, 66
Falk: siehe Jakob Josua Falk
Federlein, Samuel 94
Fischer, Leopold 109, 206
Frank, Jacob 206
Frankel, Zacharias 102
Frensdorf, Martha 172
Frensdorff: siehe auch Michael Meyer Frensdorff
Frensdorff, Julius 107 f.
Frensdorff, Rosalie 107
Frensdorff, Salomon 81, 106
Freund, Julius 113, 117, 180

Freund, Samuel	18, 25, 40, 59, 77, 82, 88, 92, 100, 107, 109, 111-117, 181, 205
Friedberg: siehe auch Dina Friedberg; Joseph Meyer Friedberg	
Friedberg, Familie	154
Friedberg, Franziska	153
Friedmann, Sally	151
Friedrich II. (dt. Kaiser)	110
Fürst, Max	180 f.
Gans: siehe auch Isaak Jacob Gans; Salman Gans; Salomon Gans	
Ganss: siehe Joseph Ganss	
Georg I. (engl. König)	50
Georg II. (engl. König)	50
Georg V. (hann. König)	88, 97
Georg Ludwig (hann. Kurprinz, später: Georg I.)	50, 56
Georg Wilhelm (hann. Herzog)	48
George, Stefan	163
Ginzberg: siehe Achad Ha'am	
Glückel von Hameln	143
Gnendel, Ehefrau des Mordechai Gumpel	134
Goldmann, Familie	154
Goldmann, Blanka	21, 154
Goldmann, Paul	21, 154
Goldschmidt, Rabbiner in Weilburg	101
Gomperz: siehe Marcus Gomperz	
Graetz, Heinrich	102
Gronemann, Sammy	30, 102, 104, 108 f., 161

Gronemann, Selig 18 f., 25, 53, 95, 101-112, 114, 208
Grünbaum, N.N. 202
Grünspan, Herschel 40
Gumpel: siehe auch Mordechai Gumpel
Gumpel, Familie 207
Gumpel, Hermann 26
Gumprecht: siehe Jacob Moses Gumprecht
Guttmann, Landrabbiner in Hildesheim 92, 100
Haarmann, Fritz 32
Haltenhoff, Stadtdirektor 102
Hamburger, Landrabbiner in Aurich-Osnabrück 95
Harrys, Georg: siehe Herz
Heilbut, Landrabbiner in Stade 95
Heiliger, Oberpräsident 92
Heine, Heinrich (Vorfahren) 12
Heine, Hermann 171, 175
Heinemann, Daniel 22, 146, 206
Hellner, Baumeister 145
Hermann, Willy 172, 175
Herz (später: Georg Harrys) 128
Herz, Sohn des Leffmann Behrens 143
Herz: siehe auch Cohen, Abraham Herz; Cohen, Leffmann Herz
Herz Wolf Herz 61, 126
Herzberg, Adolf 207
Herzfeld, Karl 26
Herzl, Theodor 30, 109, 161
Hirsch, Isaac 22, 107, 205
Hoffmann, Jacob 205
Isaak Jacob Gans 136

Isaak Salomon Wilna 58 f.
Isaak Selig Karo 54 f., 57 f., 144
Isaschar Berisch: siehe Behrend Josua
Israel, Hans (Hannes) 180, 183 f.
Jacob: siehe auch Isaak Jacob Gans; Marcus Jacob Marx
Jacob Abraham Joseph 21, 149 f.
Jacob Moses Gumprecht 58
Jacobson, Jeanette 206
Jacques, David 61
Jakob Josua Falk 55
Jonas, Gemeindevorsteher 44
Josef Karo 55, 57
Joseph: siehe auch Jacob Abraham Joseph
Joseph ben Meschullam Süßel Cohen 53, 56, 58
Joseph David Oppenheimer 54, 57
Joseph Ganss 56
Joseph Meyer Friedberg 53, 56 ff., 144
Josua: siehe Behrend Josua (Isaschar Berisch); Jakob Josua Falk; Levi Josua (Arje Leibusch)
Jüdell, Theodor 94
K siehe auch C
Karo: siehe Isaak Selig Karo; Josef Karo
Katz, Iwan 26
Katz, Simon 205
Katzenstein, Menko 94
Kauffmann, Julius 205
Kauffmann, Paul 99, 102, 108, 146
Kaufmann, Gerichtsschulze 58-61, 68 f.
Kaufmann, Arthur 198, 200 f.
Kaufmann, Margarete 198, 201

Knoller, Lesser	16, 205
Königsfeld, Martha	202
Kohen, Julius	202
Kohen, Otto	198, 202
Kohn, Sigmund	202
Kraft, Paul	158
Kraft, Werner	36, 156-168, 191
Kraus, Karl	167
Kugelmann, Louis (Ludwig)	22, 207
Landauer, Gustav	181
Landsberg, Landrabbiner in Hildesheim	88, 95
Laudon, Familie	198
Laudon, Berta	202
Laudon, Isaak	200, 202
Lazarus, Gumpel	61
Lea, Ehefrau des Moses Oppenheim	124
Lea, Ehefrau des Salomon Gans	130
Leffmann Behrens	11 f., 48 f., 52 f., 58, 63, 136, 143
Leffmann Herz Cohen: siehe Cohen, Leffmann Herz	
Lehmann: siehe Berend Lehmann; Cosman Lehmann	
Leibusch: siehe Levi Josua	
Lert, Richard	26
Lessing, Ada	31
Lessing, Siegmund	207
Lessing, Theodor	31 f., 158 f., 164, 207
Levi: siehe auch Rafael Levi; Salomon Levi; Samuel Levi	
Levi Josua (Arje Leibusch)	55, 57 f., 144
Levin Ahron Spannier (in Hoya)	57
Levisohn, Louis	183

Levy, Abraham 94
Lewinsky, Landrabbiner in Hildesheim 112
Lichtenberg, Alfred 179
Löb: siehe Meyer Löb Schnaittach
Loebenstein, Familie 200
Loebenstein, Gertrud 198, 203
Loebenstein, Herbert 198, 203
Loebenstein, Lotte 198, 203
Loewenstein, Margarete 200
Londner, Willy 172, 175
Loos, Adolf 167
Lutze, Oberpräsident 116
Magnus, Moritz 207
Makower, Hermann 98
Marcus Gomperz (in Amsterdam) 128
Marcus Jacob Marx, Dr. med. 12
Marx: siehe auch Marcus Jacob Marx
Marx, Karl 22
May, Bibliotheksdirektor 165 f.
Mendelssohn: siehe Moses Mendelssohn
Menge, Oberbürgermeister 32
Meschullam: Joseph ben Meschullam Süßel Cohen
Meyer: siehe auch Abraham Meyer Cohen; Joseph Meyer Friedberg; Michael Meyer Frensdorff
Meyer, Familie 207
Meyer Löb Schnaittach 82
Meyer (Meyer Michael David) 128, 144
Meyer, Bibliotheksdirektor 165
Meyer, Adolph 12
Meyer, Ephraim 61, 82

Meyer, Georg	205
Meyer, Lina	100
Meyer, Rebekka	82
Meyer, Samuel Ephraim	15 f., 18, 77, 81-102, 107, 145, 205
Meyerhof, Otto	26
Michael David	54, 58, 63, 122, 128, 132
Michael Meyer Frensdorff	58 f.
Michel Berend	61
Molinus, Vogt in der Neustadt Hannover	10
Molling, Familie	208
Molling, Max	23
Molling, Rosalie	107
Mordechai Gumpel	134
Mosbach, Erwin	172, 175
Moses: siehe auch Jacob Moses Gumprecht	
Moses Mendelssohn	144
Moses Oppenheim	124
Müller, Ernst	24
Nachmann, Josef	94
Nathan Schiff (in Hameln)	57
Neuberg, Carl	26
Noske, Oberpräsident	113, 115
Nussbaum, Gemeindevorsteher	44
Oppenheim: siehe Moses Oppenheim; Samuel Oppenheim	
Oppenheimer: siehe David Oppenheimer; Joseph David Oppenheimer	
Oppler, Edwin	16 ff., 120, 138, 146, 206
Perle, Ehefrau des Herz Wolf Herz	126

Philippstein, Clara 202
Pomeranz, Heinrich 41
Pomeranz, Nathan 41
Prager, Dr. 101
Prager, Norbert 43 ff., 208
Prinz, Rabbiner in Berlin 192
Rafael Levi 12, 56
Rechle, Tochter des Aaron Spannier (in Hoya) 57
Reiser, Ben-Zion 203
Reiser, Erna 203
Reiser, Ruth 203
Riehn, Dr. med. (Gesundheitsamt) 42
Rose, Abraham (in Neustadt) 90
Rosen, Heinz 180
Rosenthal, Leser 145
Rüdenberg, Reinhold 26
Rumann, Stadtdirektor 62 f., 66
Rust, Kultusminister 166
Sachs, Michael 108
Salman Gans 12
Salomon: siehe auch Isaak Salomon Wilna
Salomon Gans 130
Salomon Levi 54
Salomon Michael David 128
Samson, Esaias 61
Samuel Levi, Rabbiner in Gelnhausen 82
Samuel Oppenheim 124
Sandler, Heinrich 44
Sauer, Fritz 180
Schaeffer, Albrecht 164

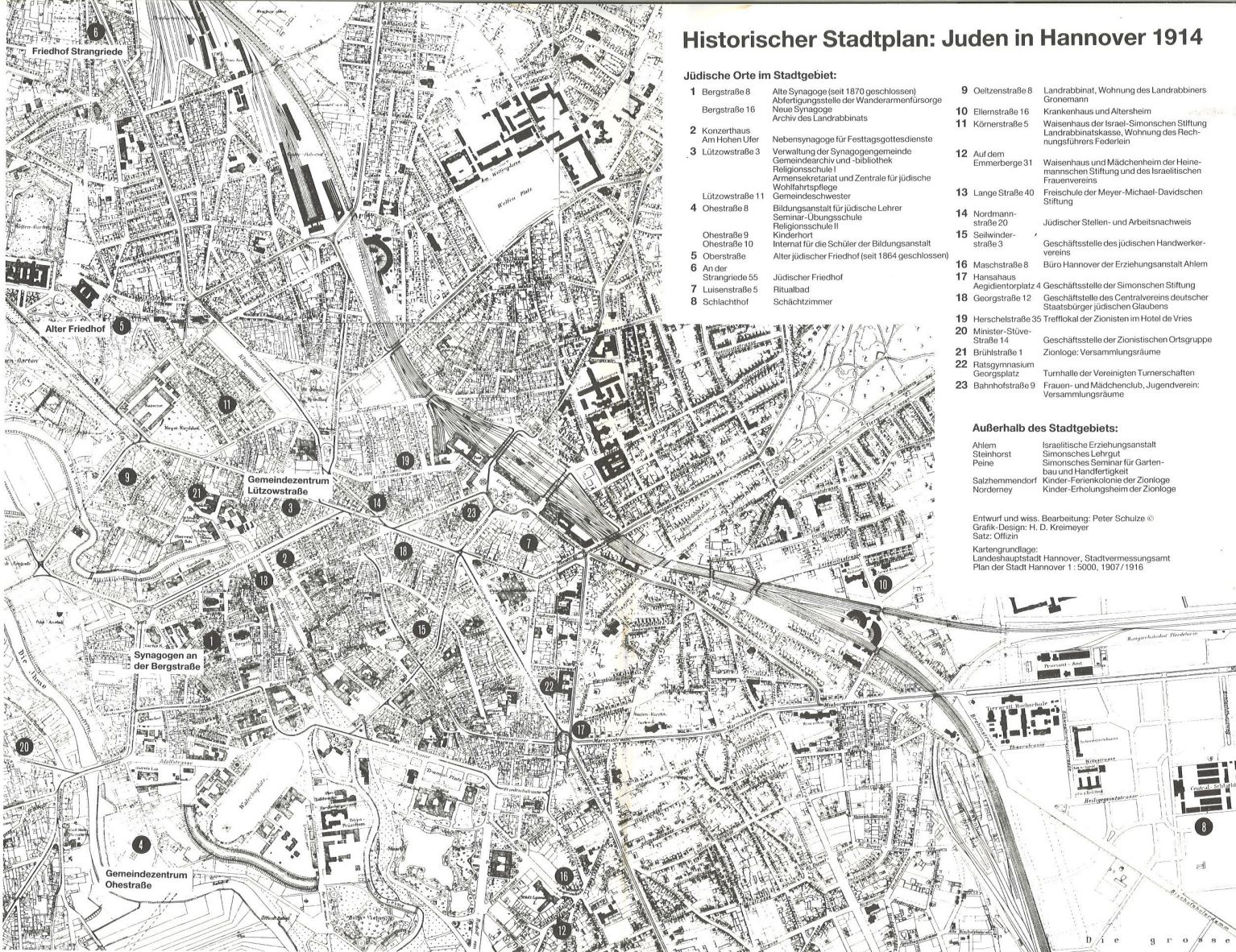
Schapira, Bernhard 206
Schiff: siehe Nathan Schiff
Schnaittach: siehe Meyer Löb Schnaittach
Schönchen, Ehefrau des Salomon Michael David 128
Schorsch, Emil 18, 29 f., 40, 114, 184-187
Schott, Rabbiner in Baden 81
Schul, Berta 187
Schwitters, Kurt 164
Selig: siehe Isaak Selig Karo
Seligmann, Henry 171
Seligmann, Siegmund 26
Serle, Ehefrau des David Michael David 122, 124
Silberberg, Albert 205
Simon Davidt (in Celle) 56
Simon, Eduard 94
Simon, Ezechiel 61
Simon, Moritz 20, 107, 206
Spanier, Bankier 76
Spanier, Friedrich (Fritz) 193
Spanier, Hans 183 f.
Spannier: siehe Aaron Spannier; Levin Ahron Spannier
Spiegel, Trude 172, 175
Steegemann, Paul 164
Stolberg, Oberpräsident 87
Strauß, Ludwig 164
Streicher, Gauleiter 35
Stub, Chaim 34
Stub, Chaja 34
Stub, David 34

Stub, Emil 34
Stub, Friedel 34
Stub, Leo 34
Stub, Liebe 34
Stub, Mathilde 34
Stub, Simon 34
Süßel: siehe Joseph ben Meschullam Süßel Cohen
Telgmann, Gerichtsschulze 57
Thorner (in Geestemünde) 91
Unger, staatlicher Wahl-Kommissar 81
Velde, Henry van de 28
Warschauer, Hans 201
Warschauer, Luci 201
Warschauer, Otto 201
Warschauer, Thomas 201
Wedell, Rabbiner in Düsseldorf 101
Weil, David 206
Weinberg, Lehrer 29
Wilhelm II. (dt. Kaiser) 108
Wilhelm IV. (engl. König) 76, 79
Wilna: siehe Isaak Salomon Wilna
Wirtheim, Familie 208
Wittgenstein, Ludwig 167
Wolfsohn, Rabbiner in Hildesheim 66
Woyda, Bruno 191
Zuckermann, Mendel 85, 205
Zydower, Simon 195

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Stadtarchiv Hannover	Seite 11, 13, 17 (Umschlag), 19
Historisches Museum	23, 31, 39, 45, 107 (o.li.), 107 (o.re.)
Jüdische Gemeinde Hannover	123, 125, 127, 129, 131, 133, 135, 137, 139, 140, 141, 142
Georg Heusch, Köln	156

Alle übrigen Abbildungen stammen aus der Dokumentation des Autors.



Historischer Stadtplan: Juden in Hannover 1914

Jüdische Orte im Stadtgebiet:

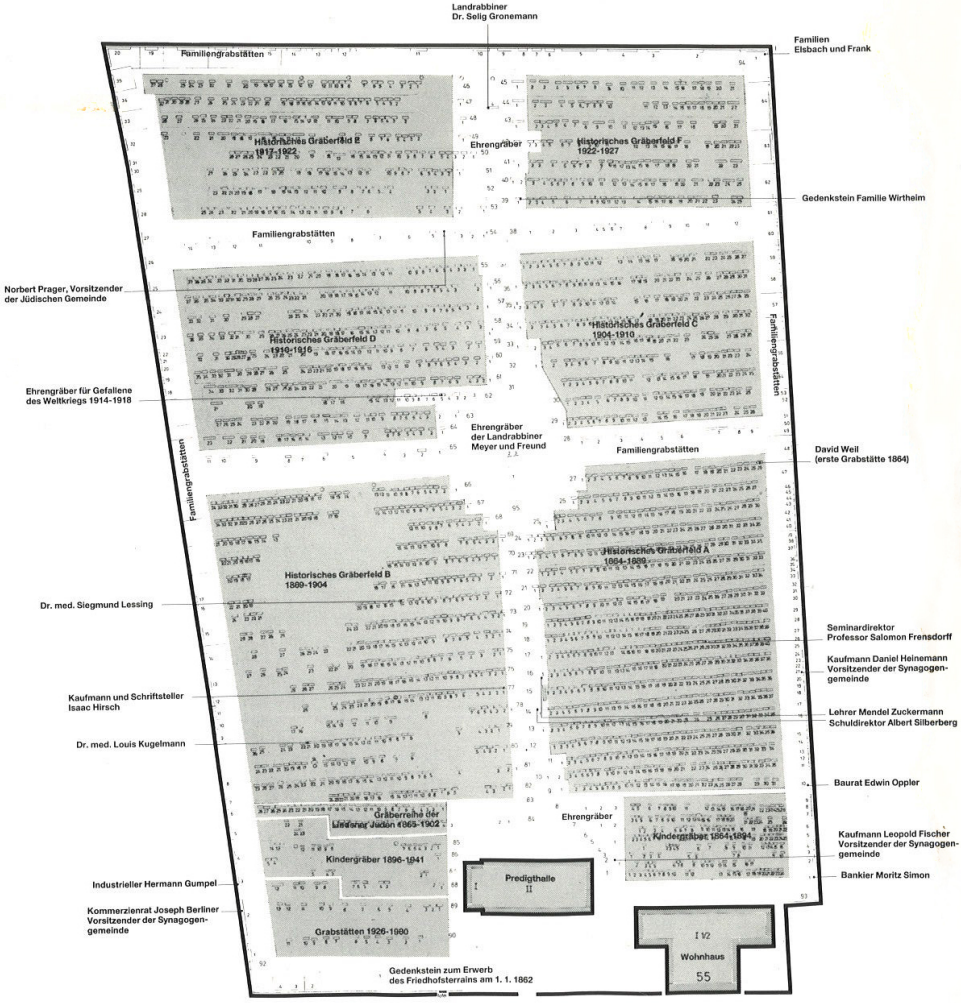
1	Bergstraße 8	Alte Synagoge (seit 1870 geschlossen)
	Bergstraße 16	Abfertigungsstelle der Wanderarmenfürsorge Neue Synagoge Archiv des Landrabbinats
2	Konzerthaus Am Hohen Ufer	Nebensynagoge für Festtagsgottesdienste
3	Lützowstraße 3	Verwaltung der Synagogengemeinde Gemeindearchiv und -bibliothek Religionsschule I Armensekretariat und Zentrale für jüdische Wohlfahrtspflege
	Lützowstraße 11	Gemeindeschwester
4	Ohestraße 8	Bildungsanstalt für jüdische Lehrer Seminar-Übungsschule Religionsschule II
	Ohestraße 9 Ohestraße 10	Kinderhort Internat für die Schüler der Bildungsanstalt
5	Oberstraße	Alter jüdischer Friedhof (seit 1864 geschlossen)
6	An der Strangriede 55	Jüdischer Friedhof
7	Luisenstraße 5	Ritualbad
8	Schlachthof	Schächtzimmer
9	Oeltzenstraße 8	Landrabbinat, Wohnung des Landrabbiners Gronemann
10	Ellernstraße 16	Krankenhaus und Altersheim
11	Körnerstraße 5	Waisenhaus der Israel-Simonschen Stiftung Landrabbinatskasse, Wohnung des Rechnungsführers Federlein
12	Auf dem Emmerberge 31	Waisenhaus und Mädchenheim der Heinemannschen Stiftung und des Israelitischen Frauenvereins
13	Lange Straße 40	Freischule der Meyer-Michael-Davidschen Stiftung
14	Nordmannstraße 20	Jüdischer Stellen- und Arbeitsnachweis
15	Seilwinderstraße 3	Geschäftsstelle des jüdischen Handwerkervereins
16	Maschstraße 8	Büro Hannover der Erziehungsanstalt Ahlem
17	Hansahaus Aegidientorplatz 4	Geschäftsstelle der Simonschen Stiftung
18	Georgstraße 12	Geschäftstelle des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens
19	Herschelstraße 35	Trefflokal der Zionisten im Hotel de Vries
20	Minister-Stüve-Straße 14	Geschäftsstelle der Zionistischen Ortsgruppe
21	Brühlstraße 1	Zionloge: Versammlungsräume
22	Ratsgymnasium Georgsplatz	Turnhalle der Vereinigten Turnerschaften
23	Bahnhofstraße 9	Frauen- und Mädchenclub, Jugendverein: Versammlungsräume

Außerhalb des Stadtgebiets:

Ahlem	Israelitische Erziehungsanstalt
Steinhorst	Simonsches Lehrgut
Peine	Simonsches Seminar für Gartenbau und Handfertigkeit
Salzhemmendorf	Kinder-Ferienkolonie der Zionloge
Norderney	Kinder-Erholungsheim der Zionloge

Entwurf und wiss. Bearbeitung: Peter Schulze ©
Grafik-Design: H. D. Kreimeyer
Satz: Offizin

Kartengrundlage:
Landeshauptstadt Hannover, Stadtvermessungsamt
Plan der Stadt Hannover 1 : 5000, 1907/1916



Plan des historischen jüdischen Friedhofes An der Strangriede in Hannover

Entwurf und wiss. Bearbeitung: Peter Schulze ©

Grafik-Design: H. D. Kreimeyer

Satz: Offizin

Kartengrundlage: Maßstab 1 : 250
Landeshauptstadt Hannover
Stadtvermessungsamt
Friedhofsaufnahme 1984
in Zusammenarbeit mit Peter Schulze



Hannover

StadtArchiv